kassIBER

stadtzeitung
für politik alltag, revolution

5 mark

nummer 41

mai 2000

Bitte lächeln, Sie werden gefilmt!

Zur Verhaftungswelle wg. RZ

Neoliberalfaschismus in Österreich?

Videoüberwachung im öffentlichen Raum

Gegen wessen Krieg welchen Widerstand?

Anmerkungen zur Expo

u.v.a.m.

editorial

Slatko ist raus. Sie haben ihn in die Wüste geschickt, und die Damen & Herren, die sich allabendlich kultigerweise das Schönste vom Big Brother reingezogen haben, müssen ihr offensichtlich ansonsten ziemlich langweiliges Dasein fürderhin ohne seine Weisheiten fristen. Aber allzuviel wird sich für die Beteiligten vermutlich nicht ändern. Die Fangemeinde wird die verbliebenen LangweilerInnen dabei beobachten, wie sie sich um die Kohle kabbeln und die Containerisierten werden sich auch weiterhin als Konkurrenzmittel bescheinigen, wie gern sie sich gegenseitig haben. "The brain" wiederum, der große Junge mit den interessanten Ansichten zu Gott & der Welt, wird sich auch weiterhin so benehmen, als würde er die ganze Zeit beobachtet werden. Und das nicht, weil er ein paar Wochen unter RTL-2-Kuratel stand, sondern weil er, wie all diese Leute, sowieso nur für die Show lebt.

Da trifft es sich gut, daß er und alle Gleichgesinnten eh die ganze Zeit gefilmt werden. Denn, **Kamera läuft**, die Videoüberwachung wird ausgeweitet, auch im öffentlichen Raum, auch in Bremen. "Allein die Installation einer Videokamera läßt schon die Kriminalität sinken", gibt der Innensenator dem Weser Report vom 22. Dezember 1999 zu Protokoll. Toll!
Wie auch das Installieren mithilfe von Gummiknüppeln die polizeiliche Zugriffsschwelle sinken läßt, die Installation eines Eisbergs am Bug die Titanic sinken läßt und die Installation von vier Flaschen Femet Branca das Gesprächsniveau in der kritischsten Redaktion auf Big-Brother-Level runterschraubt. Das dünnsinnigste Geschwätz geht ihnen durch, den Hardlinern, sobald es um die innere Sicherheit des braven Publikums geht. Und der bündnisgrüne Kritiker kontert im beliebten Anzeigenblatt an gleicher Stelle messerscharf mit der Forderung nach "verstärkter Zusammenarbeit von Polizei und sozialen Einrichtungen" sowie "Kontaktbearnten". Mehr Kontrolle aller Orten also, und dann auch noch von hoher ästhetischer Qualität, **Schöner kontrollieren** eben.

Und wenn die Humanoiden aus dem Container nicht mehr rund um die Uhr im Netz vorturnen, dann kann man immer noch auf der Homepage der Bremer Touristik Zentrale kontrollieren, was denn z.B. am Bahnhofsvorplatz so los ist. Für www.bremen-tourismus.de haben die MarketingstrategInnen in Sachen Hansestadt gar einen zweiten Preis bei einem Wettbewerb von EarthCom gekriegt, geschlagen nur von Moskau. Nicht erwähnt wird, was denn aus dem Zentrum des ehemaligen Reichs des Bösen ins Netz gestellt wird. Boris & die Jungs beim virtuellen Wodkazischen oder Wladimir, wie er tief betroffene westliche Diplomaten empfängt, die ihm seinen unschönen Tschetschenien-Krieg ausreden wollen vielleicht?

Apropos unschöne Kriege. Wenn inzwischen sogar die Leute, die ihr Geld mit Kriegen verdienen, rummeckern, daß Rudi "Blitzkrieg" Scharping sie angemogelt hat und möglicherweise flugs einen serbischen Hufeisenplan erfunden hat, dem auch noch ein kroatischer Name verpaßt wurde (da hatten sie wohl nur ein altes serbokroatisches Wörterbuch zur Hand), können sich die, die den Krieg sowieso nicht so toll fanden, auch mal die Frage stellen: **Gegen wessen Krieg welchen Widerstand?** Daß solch kritische Fragerei auch weiterhin nicht mehrheitsfahig ist, zeigt die aktuelle Prozeßwelle gegen KriegsgegnerInnen in Berlin, von der in **Wenn Staatsanwälte kein Wort über die Verfassung verlieren** berichtet wird.

DB Station&Service
Deutsche Bahn Gruppe

So ist's in Ordnung

bei der DB Station&Service AG

Herzlich willkommen in unserem Bahnhof. Wir wollen, dass Sie und alle unsere anderen Gäste sich bei uns wohl fühlen. Deswegen bitten wir Sie mitzuhelfen, dass bei uns alles seine Haus-Ordnung hat.

So nehmen Sie Rücksicht auf andere Gäste.

Zu unserem Bedauern ist Folgendes nicht gestattet, weil andere Gäste durch dieses Verhalten behindert oder gefährdet werden, z. B. durch:

- Rauchen in den ReisaZentren, Warteräumen und in gekennzeichneten Nichtraucherzonen;
- übermäßigen und gewohnheitsmäßigen Alkoholgenuss;
- Betteln und Herumlungern im Bahnhof oder auf den Vorplätzen;
- Sitzen und Liegen auf dem Boden, Missbrauch von Ausstattungsgegenständen;
- unberechtigtes Entfernen von Kofferkuli;
- Fahren mit Zweirädern, Skateboards, Rollschuhen etc.;
- nicht angeleinte Hunde;
- metallbeschichtete Luftballons mit Gasfüllung (Lebensgefahr wegen der Oberleitungen);
- Abstellen von Fahrrädern oder anderen Fahrzeugen außerhalb der dafür vorgesehenen Flächen;
- Versperren der Rettungs- und Fluchtwege.

Achten Sie bitte darauf, dass Sie auch niemanden durch Ihr sonstiges Verhalten behindern oder gefährden.

Tragen Sie dazu bei, dass unsere Bahnhöfe auch auf Dauer ansehnlich bleiben.

- Unterlassen Sie es, Wände oder auch andere Flächen zu beschriften, zu bemalen, zu beschmieren oder zu besprühen.
- Beschädigen Sie keine Bahnhofseinrichtungen.
- Sagen Sie uns, was wir besser machen können.

Wie sich die Herrschenden den Traum von einer friedlichen Welt in Techno- und Bevölkerungspolitik übersetzen und ihrerseits eine EXPO-Show abziehen, vor deren Widerlichkeit die großen Brüder von RTL 2 einpacken können, erzählt **Zu wenige Milchtüten, zu viele Menschen**. Unter Beobachtung stehen neuerdings auch die oftmals als die "besseren Volksdeutschen" erscheinenden in Österreich. Schließlich haben sie den falschen in die Regierung gewählt und werden nun vom Bannstrahl nicht nur der kritischen Öffentlichkeit, sondem auch der professionellen AntifaschistInnen der EU getroffen, von wegen ihres **Neoliberalfaschismus**.

Aber mit der wilden Filmerei und all den anderen Unschönheiten werden – außer den bescheuerten Bedürfnissen diverser guter Deutscher vor wahlweise den Kameras oder den Bildschirmen - schließlich auch einige (und zwar repressive) Zwecke verfolgt. Das zeigen etwa die aktuellen Entwicklungen um die RZ, mit der sich direkt und indirekt verschiedene Texte befassen.
Erbauliche Lektüre und Geschmackssicherheit bei der Auswahl des Fernsehprogrammes wünscht,

Die Redaktion, 10. April 2000

inhalt

M a g a z i n

4 Was bisher geschah

16 Termine

H i g h - T e c h Ü b e r w a c h u n g

19 Videoüberwachung im öffentlichen Raum: Kamera läuft

21 Bildstörung: Innere Sicherheit im Brennpunkt Stadt

24 Erster Schritt zur multifunktionalen Studi-Chipkarte

A n a l y s e u n d A c t i o n

25 Anmerkungen zur Expo:
Zu wenige Milchtüten, zu viele Menschen

27 Anti-Expo-Termine

28 Lehrauftrag nicht verlängert:
Kritische HistorikerInnen unerwünscht ??

29 Der Henker von Fossoli lebt in Horn-Bad Meinberg

30 Dokumentation:
Stop Deportation, Free All Prisoners!

33 Die neoliberale Politik der FPÖ:
Neoliberalfaschismus?

35 Schluß mit der rassistischen Hetzkampagne gegen Kurden aus dem Libanon: Flucht ist kein Verbrechen

K o s o v o - K r i e g

37 Zwischenbilanz einer Prozeßwelle gegen KriegsgegnerInnen:
Wenn Staatsanwälte kein Wort über die Verfassung verlieren

40 Thesen für einen neuen Anti-Militarismus:
Gegen wessen Krieg welchen Widerstand?

P o l i t i s c h e R e p r e s s i o n

45 Zur Verhaftung von Axel H., Harald G. und Sabine E., zur Abschiebung von Frank L. und Alicia L. und zur Erstürmung des MehringerHofes:
Wer glaubt, ein Knast steht ewig...

46 Politische Gefangene/Prozesse
Kurzmeldungen

B ü c h e r , B r o s c h ü r e n u n d F i l m e

49 Rezensionsartikel zu zwei Bremer Büchern:
Schöner kontrollieren?

52 Geschichte von unten

53 "Strategische Neuorientierung": Piraterie!

55 Boys don't cry

12. Oktober

Arbeitsamts-Razzien (I & II)

Bei einer erneuten Razzia des Arbeitsamtes, des Ausländeramtes und der Polizei auf der Großbaustelle am Doventorsteinweg - direkt gegenüber dem Arbeitsamt - werden mehrere nicht-deutsche Arbeiter, die keine Arbeitserlaubnis vorweisen können, festgenommen.
Tags darauf kontrollieren FahnderInnen der Arbeitsämter Bremen und Oldenburg auf einer Baustelle in Hemelingen sieben Arbeiter. Die legen gefälschte griechische Pässe vor, mit echten hätten sie als "EU-Arbeitnehmer" auch in der BRD arbeiten dürfen. Da die Arbeiter aber vermutlich aus der Türkei kommen, werden sie von der ebenfalls an der Durchsuchung beteiligten Polizei festgenommen und demnächst abgeschoben. Gegen die Betroffenen wird Anzeige wegen Urkundenfälschung, illegaler Beschäftigung und illegalem Aufenthalt erstattet.

21. Oktober

Arbeitsamts-Razzien (III)

Das Schausteller- und Zuckerbäckergewerbe ist gerade in Bremen, trotz anderslautender Beteuerungen, ein einträgliches Geschäft. Zur Mehrung des eigenen Reichtums greift die Branche gern auch einmal zu illegalen Mitteln. Da werden - wie im jüngst beendeten Mordprozeß gegen Renoldi, Buben & Co. (vgl. kassiber 40, November 1999, S. 16) ausgeführt - KonkurrentInnen nicht nur durch Bestechung der Lizenz-vergebenden Behörden ausge-, sondern nötigenfalls auch erstochen. Letzteres ist denn aber eher unüblich. Gängige Praxis hingegen, daß man nichtdeutsche Arbeiter ohne Arbeitserlaubnis für einen Hungerlohn schuften läßt. Zumindest bisher, denn seit einiger Zeit versucht ein Teil des Gewerbes, sich gegenüber der Konkurrenz dadurch Vorteile zu verschaffen, daß diejenigen, die "Schwarzarbeit fördern", - natürlich anonym - verpfiffen werden.
Für die Unternehmen bringt das manchmal durchaus unangenehme Geldstrafen mit sich, die eigentlich Betroffenen aber werden festgenommen und abgeschoben.
Eine solche Razzia des Arbeitsamts sowie des Ausländeramtes und der Polizei findet zum Ende der ersten Freimarkts-Woche statt. Dabei werden drei polnische Männer festgenommen. Zwei bei einem Schmalzkuchenbäcker, und einer - so das Arbeitsamt - im Fahrgeschäft eines "bekannten Bremer Schaustellers". Hierbei dürfte es sich sicherlich um die Achterbahn Klaus Renoldis gehandelt haben. Der hatte sich schon im Prozeß über das Denunziantentum in der Branche beklagt, wird sich nun aber - da gerade wegen Mordversuchs und gefährlicher Körperverletzung verurteilt - gut überlegen müssen, wie er die Konkurrenz zum Schweigen bringt.

25. Oktober

Kopfgeld

Die Sozialbehörde legt ein Sonderprogramm auf, daß immer noch in Bremen lebenden Flüchtlingen nach den Worten der Sozialsenatorin Hilde Adolf die Rückkehr in ihre Heimat erleichtern soll. Familien, die bis zum 31. Dezember 1999 freiwillig aus Deutschland verschwinden, bekommen aus Adolfs Ausländer-raus-Fonds bis zu 4.000 Mark. Diese so genannte Überbrückungshilfe, die nicht einmal zwei Monaten hiesiger Sozialhilfekosten entsprechen - denn, die Sozialämter beklagen es, der Kosovare ist sehr kinderreich - soll, im eiskalten Winter!, nach Adolfs Angaben dazu dienen, Wohnungen und Häuser im Immer-noch-Kriegsgebiet herzurichten. Ende September hätten noch rund 490 Flüchtlinge aus dem Kosovo mit Aufenthaltsgenehmigung oder Duldung in Bremen gelebt.

26. Oktober

Mach`s wie der Bortscheller

Während in einigen Wochen ehemals hochrangige CDU-Politiker gute Beispiele konsequenter Aussage-

verweigerung - wenn auch vor allem im eigenen Interesse - geben werden, geht Ralf Borttscheller, bis Mitte letzten Jahres Innensenator und inzwischen wieder gut situierter Rechtsanwalt, einen Schritt weiter. Kann die Notwendigkeit der Aussageverweigerung auch heute noch den Betreffenden politisch bzw. moralisch insistierend vermittelt werden, ist die "Knastarbeit" inzwischen zu einem Genre verkommen, das nicht einmal mehr für ein bis zwei Semester durch Jura-StudentInnen und angehende SozialwissenschaftlerInnen besetzt wird - quasi um sich im vorhinein für die später ergriffene Karriere zu entschuldigen.
Borttscheller hingegen übt sich in durchaus praktischer Solidarität mit (sozialen) Gefangenen. Zwar schleust er weder Wumme noch Feile in den Knast, doch immerhin 56 Karussell- und 44 Biergutscheine. Die sollen seinem Klienten, dem Schausteller Klaus Renoldi, das Leben im Knast etwas erträglicher gestalten. Der aber, gerade zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilt, hat "dafür ja keine Verwendung" - zumindest nicht beim gegenwärtigen, noch fünf Tage laufenden Freimarkt -, müßte aber wohl in den eigenen Betrieben ohnehin nicht bezahlen und überläßt sie deshalb einem Schließer. Der ziert sich zunächst, vielleicht weil in den vergangenen beiden Jahren zahlreiche Schließer wegen verschiedener Delikte vor Gericht standen, nimmt den Briefumschlag dann aber doch an. Peinlich allerdings, daß er ihn sogleich der Knastleiterin übergibt, und unangenehm für Borttscheller, daß schnell herauskommt, daß nur er den Umschlag mitgebracht haben kann. Der will daraufhin aber nur einen Umschlag mit Fotos - von der Dekoration des Renoldischen Freimarkts-Festzeltes - übergeben haben. Daß darin noch einige Dutzend Freifahrt-Chips klöterten und massenhaft Biergutscheine raschelten, könne nicht sein, dann das hätte er selbstredend "schon aus der Verantwortung für meinen Mandaten verhindert". Er sieht das Ganze eher als einen "weiteren Beleg dafür", daß man dem "Hardliner Borttscheller, in dessen Amtszeit der Knast-Skandal verfolgt wurde, jetzt eins auswischen will." Am 12. November erklärt die Staatsanwaltschaft allerdings, es bestehe "kein zureichender Verdacht der Beihilfe zur Vorteilsgewährung", Borttscheller brauche daher ein Ermittlungsverfahren nicht zu fürchten.

30. Oktober

Sexistische Angriffe (I)

Gegen 6 Uhr wird eine 44jährige Frau auf dem Gelände des Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße von einem Mann überfallen. Der Täter näherte sich der Frau von hinten und nimmt sie in dem Moment in den Schwitzkasten, als sie ihren Wagen aufschließen will. Die Frau wehrt sich und schreit um Hilfe. Als daraufhin zwei Personen aus einem Gebäude kommen, flüchtet der Täter.

6. November

Politisch verfehlt

Irgendwie gar nicht gut findet die Bremer SPD den von der rot-grünen Bundesregierung geplanten Export deutscher Leopard-Panzer in die Türkei. In der Tradition hanseatischer Kaufleute zeigen sich die hiesigen Sozis auf dem Landesparteitag: verbale Sympathien auch für die (vorläufigen) VerliererInnen - man kann ja nie wissen, wie das in ein paar Jahren aussieht -, die guten Geschäfte aber werden mit den (Kriegs)GewinnerInnen gemacht.
Nun ist man zwar nicht mehr nur die Partei, die zuverlässig Kriegskredite gewährt, sondern die der AngriffskriegerInnen und MörderInnen, doch in Bremen soll alles etwas anders sein. Zuletzt während des letztjährigen Überfall der NATO-Truppen - unter Beteiligung der Bundeswehr - auf Jugoslawien, übten sich die hiesigen Sozis in wie immer belang- und folgenloser verbaler Kritik am Angriffskrieg. Mit überwältigender Mehrheit beschließt deshalb der Landesparteitag, daß die Panzer-Lieferung "politisch verfehlt" sei.

14. November

Deutsche Täter sind keine Opfer

Auf dem Osterholzer Friedhof findet auch in diesem Jahr die zentrale Bremer Gedenkfeier anläßlich des Volkstrauertages statt. Feierliche Reden werden geschwungen und - in Anwesenheit zahlreicher uniformierter Bundeswehrsoldaten - Kränze von Senat, Bürgerschaft und Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge niedergelegt. Gedacht wird, wie es schon auf dem Mahnmal heißt, den "Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft". Also eher weniger den einigen hundert dort begrabenen ZwangsarbeiterInnen und ausländischen Kriegsgefangenen, sondern vor allem den deutschen Soldaten der faschistischen Wehrmacht, den Ehefrauen, die ihnen den Rücken stärkten, den KZ-AufseherInnen, den Gestapo-Männern, den DenunziantInnen, MitläuferInnen usw. usf.
Einige DemonstrantInnen, die, initiiert vom Antifaschistischen Komitee (AK), dagegen zu Beginn der Gedenkfeier unter dem Motto "Kein Volk! Kein Krieg! Keine Nazis!" lautstark protestieren, werden von der Polizei abgedrängt. Denn, wie Senatspräsident Henning Scherf (SPD) das inzwischen gar nicht mehr so neue deutsche Selbstbewußtsein in seiner Ansprache zusammenfaßt: "Wir

machen keinen Unterschied zwischen den Opfern, sondern wir verneigen uns vor allen. Es hat keinen Sinn, immer wieder neue Gegensätze aufzubauen."

15. November

Bortscheller soll zahlen

Bremens ehemaliger Innensenator Dr. Ralf Borttscheller ist ein umtriebiger Mann, sein Vermögen dürfte mindestens auf eine siebenstellige Summe zu schätzen sein. Obwohl eigentlich davon auszugehen ist, daß das Geschäft der Inneren Sicherheit zu besorgen einen wie ihn vollständig ausfüllt, fand er auch während seiner Amtszeit noch die Muße, in anderen Bereichen tätig zu werden.
So kaufte Bortscheller gemeinsam mit dem Partei- und Senatskollegen Ulrich Nölle mit, gelinde gesagt, hemdsärmeligen Methoden - der frühere Besitzer beklagte sich noch lange, daß es nicht mit rechten Mitteln zugegangen sei - die in Schwierigkeiten geratene NF-Bank. Später, es wurde kolportiert, daß Borttscheller die nötigen Millionen nicht aufbringen bzw. flüssig machen konnte, mußte er seinen Anteil allerdings weiterverkaufen - an den ehemaligen Sparkassenvorstand, Bürgermeister und Finanzsenator Ulrich Nölle. Vorübergehende pekuniäre Engpässe könnten etwas mit einem anderen Engagement Borttschellers zu tun gehabt haben. Er trat nämlich auch noch als Bauunternehmer auf. Während aber beim Bankgeschäft Ulrich und Ehefrau Ingeborg Nölle sowie Ralf und Edith Borttscheller als AnteilseignerInnen auftraten, waren bei der Baufirma "Nordgrund" nur die Gemahlinnen als Anteilseignerinnen verzeichnet. Die hatten damit aber ansonsten kaum etwas zu tun, genausowenig wie Ulrich Nölle, den es eher wieder ins Bankgeschäft zog, entscheidender Mann bei den "Nordgrund"-Projekten, das bestätigen Architekten und andere beteiligte Baufirmen, war einzig und allein Ralf Borttscheller. Unter anderem tauchte der Innensenator 1997 bei der Grundsteinlegung eines Wohn- und Geschäftshauses in Hamburg mit seinen polizeilichen Personenschützern auf wie er auch später die Rede beim Richtfest hielt.
Selbiges Projekt war in den vergangenen zwei Jahren auch Gegenstand einer gerichtlichen Auseinandersetzung. Borttscheller, das heißt "Nordgrund", bezahlte nämlich eine Rechnung in Höhe von rund 1,1 Millionen Mark an das beteiligte Ottersberger Bauunternehmen Seeger nicht. Seeger - die Million fehlte - machte Pleite, 100 Leute wurden entlassen.
Nunmehr endete die Auseinandersetzung mit einem Vergleich: 650.000 Mark muß "Nordgrund" an den Konkursverwalter Seegers zahlen.
Für Borttscheller wohl kein Problem. Der Rechtsanwalt ist seit seinem Abschied als Innensenator im vergangenen Sommer an nahezu jedem etwas spektakuläreren Prozeß in Bremen beteiligt.

Neue Autos für die Polizei

Der Bremer Polizei werden im Autohaus Schmidt und Koch sieben neue Funkstreifenwagen vom Typ VW T4 ("Sixpack") übergeben.

17. November

Kalter Krieg

Am Deutschen Haus am Marktplatz wird nach zwei Jahren wieder die mehrere Meter hohe Kalte-Kriegs-Parole "Gedenke der Brüder, die das Schicksal unserer Teilung tragen!" des ersten Bremer Nachkriegs- und langjährigen Bürgermeisters Wilhelm Kaisen angebracht. Nun ist davon auszugehen, daß der rechte Sozi eine Teilung meinte, die nicht diesseits von Oder und Neisse endete, sondern großdeutsche Ambitionen hegte, die das Deutsche Haus, das seinen Namen nicht umsonst trägt, nicht nur durch die Benennung seiner Räumlichkeiten in Bezug auf so genannte ehemalige Ostgebiete pflegt(e). Damit unterschied sich der Sozi aber nicht von seinen GenossInnen und auch nicht von der Mehrheit seiner MitbürgerInnen. Das aber ist schon länger nicht mehr opportun, von daher verständigte man sich darauf, daß selbstverständlich nur die Ossis gemeint seien. Und Fremdenführerinnen berichten immer wieder von rührenden Szenen, wenn die, auf dem Marktplatz stehend, den Gedenkspruch entdecken.
Damit ist auch klar, daß die revanchistische Parole nicht etwa weil obsolet bzw. wegen ihres politischen Gehaltes entfernt wurde. Museums- rsp. ausstellungswürdig wurde sie dadurch, weil sie Kaisen - und die Bremer Sozis, die den Spruch dort aufhängen ließen - als üble Patriachen entlarvte, denn der wollte nur der Brüder gedenken, während sich aber die Schwestern mindestens ebenso unter Stalins Knute ducken mußten. Und das ist das eigentlich Schlimme, weshalb die Parole die vergangenen zwei Jahre vorübergehend im Bonner "Haus der Geschichte" zu sehen war, dann als Blickfang der Ausstellung "Ungleiche Schwestern" in Dresden diente und zuletzt auch noch nach Berlin ausgeliehen wurde.

Anschlag auf die Ausländerbehörde

FrauenLesben aus Bremen" bekennen sich, in der Mittagszeit "den Vorräumen der Chefetage der hiesigen Ausländerbehörde einige Schäden zugefügt und die dort Arbeitenden weggesperrt zu haben". Nach Polizeiangaben wurde außerdem das Treppenhaus abgesperrt und dort Farbe sowie eine übelriechende Flüssigkeit versprüht. "Die SchreibtischtäterInnen", so die Aktivistinnen, müßten "bei der Ausführung ihrer Tätigkeit auch weiterhin mit Angriffen rechnen"! (Wortlaut des Bekennerinnenschreibens siehe nebenstehenden Kasten)

19. November

Fraktionsstatus geschenkt

Der Bremerhavener Rat der ausländischen Mitbürger (RaM), ein an und für sich bedeutungsloses, aber offiziöses Gremium, protestiert energisch gegen den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung der Seestadt, die Mindeststärke für Fraktionen von vier auf drei Abgeordnete herabzusetzen. Damit hätten SPD und CDU der faschistischen Deutschen Volksunion (DVU) "den Fraktionsstatus geschenkt".
Die beiden großen Parteien wollen aber eigentlich nur den Bündnisgrünen geholfen haben. Die hatten nämlich bei der Wahl der Stadtverordnetenversammlung drastische Einbußen (minus 5,2 Prozent) verzeichnen müssen und mit einigen Sitzen auch gleich den Fraktionsstatus verloren. Bündnis 90/Die Grünen stellt nunmehr nur noch drei Abgeordnete, genau wie die DVU.

"Die Ausländerbehörde ist eine mörderische Verwaltung

deshalb haben wir -FrauenLesben aus Bremen- heute, am 17.11., den Vorräumen der Chefetage der hiesigen Ausländerbehörde einige Schäden zugefügt und die dort Arbeitenden weggesperrt.
Zur Situation:
Die in der BRD geschaffenen Ausländer- und Asylgesetze haben zum Ziel, die Menschen ohne einen deutschen Paß einem Zustand der Belagerung, Entrechtung und Kontrolle auszusetzen. Asyl wird kaum noch gewährt und AsylbewerberInnen werden abgeschoben in Folter, Hunger und Tod.
Während ihres Asylgesuches unterliegen Flüchtlinge zudem zahlreichen Sondergesetzen: Sie dürfen ihren Aufenthalts- und Wohnort nicht frei wählen, sie erhalten nur 80% der üblichen Sozialhilfe und diese oft nur in Form von Sachleistungen. Psychologische Aufarbeitung ihrer traumatischen Erlebnisse wird genauso wenig ermöglicht, wie ausreichende medizinische Versorgung. Es gibt kein vom Ehemann unabhängigen Aufenthaltsrecht für Frauen und frauenspezifische Fluchtgründe sind nicht anerkannt. Das hat für die betroffenen Frauen bedrohliche Konsequenzen.
Die herrschende Gesetzeslage wird ausgeführt, unterstützt und gutgeheißen von zahlreichen Behörden und Ämtern und einem Großteil der bundesdeutschen Bevölkerung. Hierbei ist die Ausländerbehörde einer der zentralen Orte, an dem die rassistische, mörderische und menschenfeindliche Asyl- und Ausländerpolitik praktisch umgesetzt wird.
Die Ausländerbehörde:
Auf dem Boden der herrschenden Gesetzeslage machen sich die Angestellten der Ausländerbehörde durch ihre aktive Ausführung von Anweisungen schuldig an dem menschenverachtenden rassistischen System. Die Arbeit dieser SchreibtischtäterInnen unterstützt die Durchsetzung der mörderischen Praxis der Abschiebungen und Sondergesetze. Die deutsche Kontinuität von Sondergesetzen, mörderischer Verwaltungsakribie und dem Bluts-Staatsbürgerschaftsrecht wird in der Arbeit der Ausländerbehörde fortgeschrieben. Die dort Angestellten befolgen, wie auch die BeamtInnen im Nationalsozialismus, die "Anweisungen" von Oben und gehen dabei oft noch über diese hinaus. So wird der Ermessensspielraum, der in Paragraphen und Vorschriften enthalten ist, repressiv ausgeschöpft und bei den Pflicht-"besuchen" sind MigrantInnen und Flüchtlingen immer wieder Schikanen und Demütigungen ausgesetzt.
Abschiebungen und politische Tätigkeit:
Ist es für einen in der Bundesrepublik gestellten Asylantrag wichtig, Verfolgung im Heimatland aufgrund politischer Tätigkeit nachzuweisen, so wird anschließend in der BRD die politische Tätigkeit großen Restriktionen ausgesetzt und gilt zum Teil als Abschiebegrund. Auch hierbei ist die Ausländerbehörde aktiv beteiligt !!!
So gibt es eine Kann-Bestimmung, welche die Ausweisung von Menschen ermöglicht, die sich an verbotenen Demonstrationen beteiligt haben. Hierfür ist die Kriminalisierung des kurdischen Widerstands ein Beispiel: Seit dem PKK-Verbot reicht das Zeigen einer PKK-Fahne bereits, um die Demonstration als verboten einzustufen. Eine strafrechtliche Verurteilung des/der Demonstrierenden, bzw. der Nachweis persönlicher Schuld ist nicht notwendig, um die Teilnahme des/der Einzelnen zu kriminalisieren. So erhielten z.B. in Berlin viele KurdInnen aufgrund ihrer Teilnahme an den Protesten, anläßlich der Verschleppung Abdullah Öcalans in die Türkei, Ausweisungsverfügungen, bevor ihr Strafverfahren überhaupt begonnen hatte. Die Ausländerbehörde, die anhand von Staatsschutzlisten diese Ausweisungen ausgesprochen hat, ist mehr noch als eine rassistische Verwaltung. Sie ist ressortübergreifende Polizei gegen die kurdische Bevölkerung und Bewegung und schiebt Menschen aus der BRD ab in Folter, Hunger und Tod.
(In diesem Zusammenhang: Viele Grüße an die FrauenLesben aus Berlin, die heute früh eine Aktion vor der Ausländerbehörde durchgeführt haben anläßlich der Prozesse wegen der Botschaftsbesetzung und der Ausweisungsbescheide durch die Ausländerbehörde.)
Die SchreibtischtäterInnen müssen bei der Ausführung ihrer Tätigkeit auch weiterhin mit Angriffen rechnen!

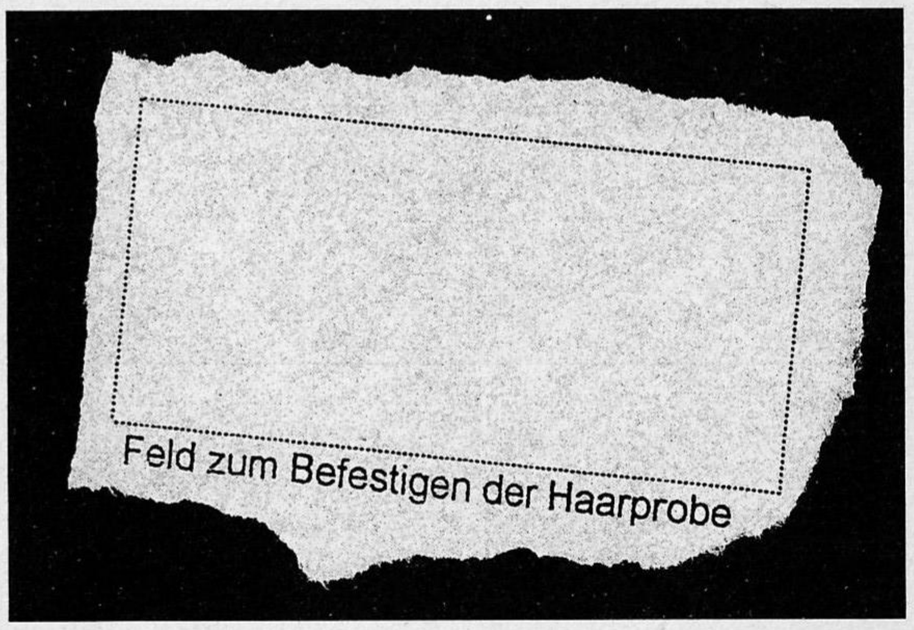
Wir fordern:
Weg mit den Ausländer- und Asylgesetzen!
Aufhebung des PKK-Verbots!
Freie Wahl des Aufenthaltsortes, überall!
Schluß mit den Abschiebungen!
Weg mit der Ausländerbehörde!"

Da mit dem Fraktionsstatus aber nicht nur zahlreiche parlamentarische Rechte, sondern ebenso jede Menge Staatsknete verbunden ist, wurde, trotz parteiinternen "antifaschistischen" Widerstandes, mit CDU und SPD gekungelt.
Auch einigen Sozis soll nicht ganz wohl gewesen sein bei dieser Entscheidung, die auch den Nazis einen ganzen Batzen zusätzlicher Staatsknete und zusätzliche Möglichkeiten in der Stadtverordnetenversammlung sichert.

20. November

Zu Ihrer eigenen Sicherheit

Mehr als 2.000 MieterInnen von Hochhauswohnungen in Osterholz-Tenever, wo die GEWOBA demnächst Video-Überwachungsanlagen installieren will, werden in diesen Tagen per Anschreiben der Vermieterin zur aktiven Mitarbeit aufgefordert:
"Wie Ihnen bekannt ist, wird in dieser Wohnanlage zu Ihrer eigenen Sicherheit eine Videoüberwachungsanlage installiert werden. Um die Effizienz dieser Anlage zu erhöhen, ist die Einführung einer elektronischen Eingangskontrolle in Vorbereitung. Mangelhafte Kontrolle und Unübersichtlichkeit leisten in Wohnanlagen dieser Größenordnung Problemen wie Vandalismus und Farbschmierereien Vorschub. Als Wohnungsgesellschaft fühlen wir uns verpflichtet,



AUSRIß AUS DEM "GEWOBA"-SCHREIBEN

Ihrem Sicherheitsbedürfnis nachzukommen und eine Beeinträchtigung Ihrer Wohnqualität durch ungebetenen Besuch von vornherein auszuschließen.
In ihrem eigenen Interesse fordern wir Sie daher auf, das beiliegende Formular auszufüllen und mit einer Haarprobe versehen innerhalb von zwei Wochen an uns zurückzusenden. Die Haarprobe bitten wir Sie in dem dafür vorgesehenen Feld auf dem Erhebungsbogen mit einem Klebestreifen zu fixieren. Zulässig sind einzelne Exemplare der Haupt-, Gesichts- oder Intimbehaarung. Aufgrund des daraus gewonnenen genetischen Fingerabdrucks wird eine fälschungssichere Codecard (Lockcard) erstellt, mit der Sie sich völlig unkompliziert Zutritt zu Ihrem Haus bzw. Ihrer Wohnung verschaffen können. Um Ihnen Unannehmlichkeiten zu ersparen, bitten wir Sie, für von Ihnen autorisierte, zugangsberechtigte Personen gesonderte Formulare anzufordern. Mit freundlichen

Grüßen, Ihre Gewoba"
In Stil, Duktus und layoutmäßiger Aufmachung ziemlich gut gemacht. Das muß auch Ralf Schumann von der GEWOBA einsehen, der das Ganze zunächst als "plumpe Fälschung" abgetan hatte. Als eine Reihe von Fragebögen mit Haarproben eingeht, entschließt sich auch die wahre GEWOBA, mehr als 2.000 Schreiben in die Briefkästen zu stecken.

24. november

Neuen Abschiebeknast in Betrieb genommen

Im neuen Abschiebegefängnis auf dem Gelände des Polizeipräsidiums werden nach Informationen von Bündnis 90/Die Grünen erstmals Häftlinge untergebracht. Trotz anhaltender Kritik von anti-rassistischen Initiativen und auch mancher Bündnisgrüner wurde an den baulichen Zuständen in den vergangenen Monaten, außer kosmetischen Korrekturen, nichts mehr geändert. So haben die vollgekachelten Zellen immer noch keine Fenster, frische Luft gibt es mithin nur über eine Klimaanlage. Damit liegt der Neubau hier noch unter dem Standard der bis vor einigen Jahren genutzten Ostertorwache.
Arbeitsamts-Razzien (IV)
Bei der Durchsuchung von 37 Gastronomiebetrieben - Imbisse, Kneipen und Restaurants - durch das Arbeitsamt und die Polizei werden zwei nicht-deutsche Männer festgenommen, die weder Arbeits- noch Aufenthaltserlaubnis haben. Die Betroffenen werden abgeschoben.

25. november

Verfahren wegen "Fixerstube" eingestellt

Das Verfahren gegen zwei Vorstandsmitglieder des Vereins "Akzept" (Landesverband) wegen eines Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz (BtmG) wird nach kurzer Verhandlungsdauer eingestellt. Die beiden seien dafür verantwortlich gewesen, daß "Akzept" Ende April 1998 am Rembertiring einen Wohnwagen als "Fixerstube" aufgestellt hatte. Mit diesem privaten Druckraum, Drogenpolitik und Sozialarbeit sprechen seit einigen Jahren vom "Gesundheitsraum", sollte Junkies eine Gelegenheit gegeben werden, unter hygienischen Bedingungen illegale Drogen zu konsumieren. Die Aktion war für drei Tage geplant, doch bereits am zweiten Tag beschlagnahmte die Polizei den Wohnwagen wegen eines angeblichen Verstoßes gegen das BtmG. Da nun aber die Einrichtung von Druckräumen in der bereits in erster Lesung verabschiedeten BtmG-Novelle in die Verantwortung der Bundesländer gestellt wird - bisher gibt es bundesweit 13, wird das Verfahren eingestellt. Zumal einer der beiden Angeklagten derzeit als Sozialarbeiter in Hamburg an der Einrichtung eines "Gesundheitsraumes" arbeitet, was in Bremen aber vom Senat nach wie vor kategorisch abgelehnt wird.

26. november

Volksbegehren abgelehnt

Auch der zweite Antrag der Initiative "WIR gegen die Rechtsschreibreform" zur Änderung des bremischen Schulgesetzes wird vom Senat abgelehnt. Die SprachbewahrerInnen hatten am 15. Oktober mehrere tausend Unterschriften auf Zulassung eines Volksbegehrens überreicht. Während aber der erste Antrag von der Landesregierung am 9. März als zu unbestimmt abgelehnt (vgl. kassiber 39, Juli 1999, S. 7) wurde, erhielt die Initiative diesmal gar keine Begründung. Nun muß der Staatsgerichtshof entscheiden.

29. november

Polizei retuschiert Paßfotos

Die Bremer Polizei will Fotos von abgelehnten Asylbewerberinnen aus dem Iran künftig nicht mehr so fälschen, daß es so aussieht als trage die abgebildete Frau ein Kopftuch. Der Rechtsanwalt Christian Haisch hatte bei einer Akteneinsicht festgestellt, daß ein Foto seiner Mandantin wie oben beschrieben verändert wurde. Das sei, so die Innenbehörde, gemacht worden, weil ohne Paßbild mit Kopftuch keine Iranerin Dokumente zur Einreise in den Iran erhalte, man die Frau - die weder in der BRD noch im Iran ein Kopftuch getragen hat - aber auf jeden Fall abschieben wolle. In Nürnberg hatten PolizeibeamtInnen einer Frau aus dem Iran bei einer Zwangsvorführung mit Gewalt ein Kopftuch aufgesetzt und sie dann fotografiert.

Agit-Pop-Disco

30. november

Neue Taktik

Die Bremer Straßenbahn AG (BSAG) hat bei ihrem unermüdlichen Kampf gegen das so genannte Schwarzfahren eigenen Angaben zufolge die Taktik geändert. Bei einer gleichbleibenden Zahl von KontrolleurInnen seien deutlich mehr DelinquentInnen erwischt worden. Vom 1. Oktober bis zum 22. November, so BSAG-

Sprecher Wolfgang Pietsch, im Wochendurchschnitt 600, in Spitzenzeiten sogar 900; früher seien es im Schnitt nur rund 400 gewesen. Grund sei hauptsächlich, daß nicht mehr flächendeckend kontrolliert werde, sondern an Schwerpunkten.

Sexistische Angriffe (II)

Eine 14jähriges Schülerin wird gegen 10 Uhr in der Kerschensteiner Straße/Ecke Aumunder Heerstraße von einem Mann überfallen. Der Täter griff das gerade auf dem Weg zur Schule befindliche Mädchen an und riß die 14jährige zu Boden. Weil sie sich heftig wehrt, kann sie schließlich entkommen.

3.Dezember

Polizeipräsidium umgezogen

Der Umzug der mehrere hundert BeamtInnen des Polizeipräsidiums in die ehemalige Bundeswehr-Kaserne in der Vahr ist nach offiziellen Angaben abgeschlossen. Im "Polizeigebäude" Am Wall befindet sich derzeit nur noch das 6. Revier.

4.Dezember

Sexistische Angriffe (III)

Ein Mann überfällt am Abend in der Poelzigstraße ein 14jähriges Mädchen. Der Täter hält das Mädchen fest und fordert sie auf, sich auszuziehen. Die 14jährige schreit den Mann an, kann sich daraufhin losreißen und anschließend flüchten.

5.Dezember

Faschistische Schmierereien

In dem Universitätsgebäude, in dem auch der AStA sitzt, sprühen unbekannte Täter rassistische und faschistische Parolen, außerdem werden einige Feuerlöscher entleert. Der AStA wertet das Vorgehen als einen "rechtsradikalen Anschlag".

7.Dezember

Arbeitsdienst wird ausgeweitet

Von bisher 1.000 auf in den kommenden Jahren 2.000 Stellen wird laut Senatsbeschluß in den kommenden Jahren das Programm "Hilfe zur Arbeit" ausgeweitet. Das soll zum einen angeblich Langzeitarbeitslose wieder in den regulären "Arbeitsmarkt" eingliedern - und bietet "ArbeitgeberInnen" von daher auch Lohnkostenzuschüsse. Das ist natürlich Unsinn, wissen die SozialpolitikerInnen doch wie die Betroffenen selbst, daß deren Arbeitskraft schon seit langem nicht mehr benötigt wird und von daher auch kaum zu verkaufen ist.
Hauptbestandteil der "Hilfe zur Arbeit" aber ist ein Arbeitsdienst, mit dem SozialhilfeempfängerInnen unter 27 Jahren verpflichtet werden, für zwei Mark so genannter Prämie pro Stunde Zwangsarbeit zu leisten (vgl. kassiber 33, November 1997, S. 20f). Zum Beispiel als UnkrautjäterInnen, Hundescheißezusammenkehrerlnnen, BierdosenaufsammlerInnen und in anderen Traumjobs, die die weiterlaufende "Aktion Saubere Stadt" zu bieten hat. Das wirkt sich auch auf den Stadtsäckel aus. Schließlich muß die Sozialhilfe von der Kommune gezahlt werden, wenn die Klientel das Programm mindestens ein Jahr durchlaufen hat, ist sie ein Fall für Arbeitsamt, das hierfür aus dem Bundesetat finanziert wird.
Mit der Verdopplung der Stellen wird die Arbeitspflicht über das Projekt "U27" hinaus demnächst auf alle Männer und Frauen bis zum Alter von 30 Jahren ausgeweitet. Wer nicht will, muß ja nicht. Dann allerdings wird die Sozialhilfe um 25 Prozent gekürzt - in der ersten Stufe ...

8.Dezember

Sexistische Angriffe (IV)

Gegen 7.20 Uhr wird eine 14jährige Schülerin in der Landskronastraße von einem Mann überfallen. Der Täter spricht das Mädchen an und nimmt sie anschließend in den Schwitzkasten. Aufgrund der heftigen Gegenwehr der 14jährigen, gibt der Täter schließlich auf und flüchtet.

9.Dezember

Abschiebeknast soll schöner werden

Der neue Abschiebeknast auf dem Gelände des Polizeipräsidiums in der Vahr soll nun doch zumindest teilweise umgebaut werden. Das beschließt zumindest die Sozialdeputation. Gefordert wird der Umbau von zwei bis drei Zellen, und zwar diejenigen, in den Abschiebehäftlinge länger sitzen müssen. Hier sollten die Kacheln an den Wänden tapeziert, außerdem die Glasbausteine durch Fenster ersetzt werden.
Allerdings haben die Deputierten die Rechnung ohne den Innensenator Bernt Schulte (CDU) gemacht. Der erklärt zwei Tage später, daß die Zellen "fachlich völlig in Ordnung und für die Insassen zumutbar" sind. Mithin würden auch keine Glasbausteine ausgewechselt, denn die entsprächen sogar dem Brandsicherungskonzept. Und überhaupt interessiert ihn das nicht weiter: "Ich nehme den Beschluß zur Kenntnis, aber Handlungsbedarf besteht nicht."

11.Dezember

Demo zum "Internationalen Tag der Menschenrechte"

Gegen "Menschenrechtsverletzung, Ausbeutung, Rassismus und Krieg" setzt sich am "Internationalen Tag der Menschenrechte" gegen Mittag ein Demonstrationszug vom Ziegenmarkt in Richtung Hauptbahnhof in Bewegung. Dort folgt eine Kundgebung zur Freilassung der politischen Gefangenen.

Sexistische Angriffe (V)

Eine Frau wird kurz nach 19 Uhr in der Diepenau von einem Mann überfallen. Der Täter hatte die 67jährige bereits in der Faulenstraße verfolgt, sie dann vor ihrer Haustür in der Diepenau angesprochen und in den Hausflur gestoßen. In einem mehrere Minuten dauernden Kampf wehrt sich die Frau so sehr, daß der Täter flüchtet.

MAGAZIN

12.ezember

Sexistische Angriffe (VI)

Kurz nach Mitternacht wird eine Frau vor ihrer Haustür in der Waller Heerstraße von einem Mann überfallen. Der Täter hält der 54jährigen Mund und Nase zu, drückt sie in den Hausflur und zieht ihr einige Kleidungsstücke aus. Nach einiger Zeit gelingt es der Frau, auf die Straße zu laufen, wo sie vergeblich versucht, ein Taxi anzuhalten. Der Täter flüchtet.

13.ezember

Die Mauer muß weg!

Zum ersten Mal seit drei Jahren gelingt einem Gefangenen die Flucht aus dem Männerknast in Oslebshausen. Der 22jährige kann am Morgen nicht nur die vier Meter hohe Mauer, sondern auch deren Krone, seit 1997 dreifach mit NATO-Stacheldraht gesichert, überwinden. Allerdings wird er schon am Abend, ziemlich betrunken, bei seiner Freundin festgenommen. Das war nicht das beste Versteck...

22.ezember

PDS abgemahnt

Weil der Bremer Landesverband der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) ein markenrechtlich geschütztes Plakat für das in Bremen laufende Musical "Jekyll & Hyde" vor den letzten Bürgerschaftswahlen zur "Horrorshow in Bremen: Perschau & Scherf" verfremdete, wurde er damals vom Musicalveranstalter abgemahnt. So gleich wurden die Plakate überklebt, denn es wurden 49.000 Mark Schadensersatz gefordert. Nun urteilt das Amtsgericht, daß die PDS die Rechnung der Musical-Anwälte für die Abmahnung zahlen muß, immerhin 3.439,40 Mark.

25.ezember

Sexistische Angriffe (VII)

Eine Frau wird in ihrer Wohnung in der Wisbystraße von einem Einbrecher vergewaltigt. Der Täter brach um 0.30 Uhr in die Wohnung ein.

31.ezember

War da was?

Nachdem sich in den Silvesternächten der vergangenen Jahre auf der Sielwallkreuzung die Relation von PolizistInnen bzw. BGS-BeamtInnen und potentiellen UnruhestifterInnen immer mehr zugunsten ersterer verändert - auch weil letztere weniger wurden -, geht ein massives und höchst aggressives Polizeiaufgebot diesmal sogar daran, Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung zu verhindern. Mit Erfolg.

1.anuar

Sexistische Angriffe (VIII)

Gegen 10 Uhr wird eine Frau in der östlichen Vorstadt von einem Einbrecher vergewaltigt. Der Täter kam über ein Gerüst durch die geöffnete Balkontür in die Wohnung der 42jährigen in der ersten Etage. Der 28jährige Täter wird später von der Polizei festgenommen.

5.anuar

Sexistische Angriffe

In der Ahlringstraße wird eine Frau gegen 7.30 Uhr von einem Mann überfallen. Kurze Zeit zuvor hatte der Täter sie nach der Uhrzeit gefragt, um sie dann mit dem Fahrrad zu verfolgen. Hinter dem Tunnel der Bahnunterführung griff er die 17jährige plötzlich an. Der Frau gelingt es, ihm CS-Gas ins Gesicht zu sprühen und zu flüchten.

Bremer Atomkraftgegner verurteilt

Das Landgericht Münster hat in der Berufungsentscheidung einen Bremer Atomkraftgegner dazu verurteilt, 6230,90 Mark Schadensersatz an die Deutsche Bahn AG zu zahlen. Er hatte sich vor dem herannahenden Castor-Transport nach Ahaus mittels eines Rohrs an die Schienen gekettet. Die Polizei trennte die Schiene auf, um ihn zu entfernen. Dieses Schienenstück soll er nun nebst Prozeßkosten zahlen. Ein Widerspruch gegen das Urteil war nicht mehr möglich.
Das Gericht begründete das Urteil damit, daß das Festketten an der Schiene eine Eigentumsverletzungshandlung und das Aufschneiden der Schiene herausgefordert worden sei. Anders hatten das Ton Steine Scherben schon 1971 ausgedrückt: Wer das Geld hat, hat die Macht - und wer die Macht hat, hat das Recht. Die Schiene gehört der Bahn, also kann sie damit machen, was sie will. Wer sie hindert, soll die Kosten dafür tragen.
Das Urteil reiht sich ein in eine Folge von Repressionsmaßnahmen, die darauf abzielt, politische Aktionen nicht mehr allein durch das Strafrecht zu kriminalisieren. Vielmehr geht die Tendenz dahin, direkte Aktionen mit einem derartigen finanziellen Risiko zu verknüpfen, daß die Folgen eines Urteils immer unüberschaubarer werden. Wer erwischt wird, droht sozial an den Rand gedrängt zu werden. Weitere Beispiele für ein solches Vorgehen sind der so genannte "Turmbesetzungsprozeß" bei dem AtomkraftgegnerInnen insgesamt mehr als 101.000 Mark zahlen sollten, ein Zivilverfahren gegen Autobahnbaustellen-BesetzerInnen in Sachsen, die auf 92.000 Mark verklagt wurden, Rückforderungen in beträchtlicher Höhe von Ämtern, an die im so genannten Hakenkrallenverfahren Überwachten oder und Verlautbarungen der Bahn, einer Gruppe von AtomkraftgegnerInnen aus Marburg die Kosten für die Verspätung von Zügen durch ihre Castor-Blockade aufzudrücken.
Der Fall des Bremer Atomkraftgegners ist mit der Entscheidung im Zivilverfahren jedoch noch nicht zu Ende. Das Landgericht Münster hat für den 6. Juni einen Termin im Strafprozeß festgesetzt. Die Begleitung zum Prozeß nach Münster ist dringend erwünscht, Mitfahrgelegenheiten werden organisiert (Näheres im Infoladen, St.-Pauli-Straße 10/12, Tel: 700144, Fax: 75682). Spenden für die Kosten werden auch noch dringend gesucht. Rechtshilfe Konto: C. Rudolph, Kontonummer 2804891537, Postbank Hamburg (BLZ 20110022).

6. Januar

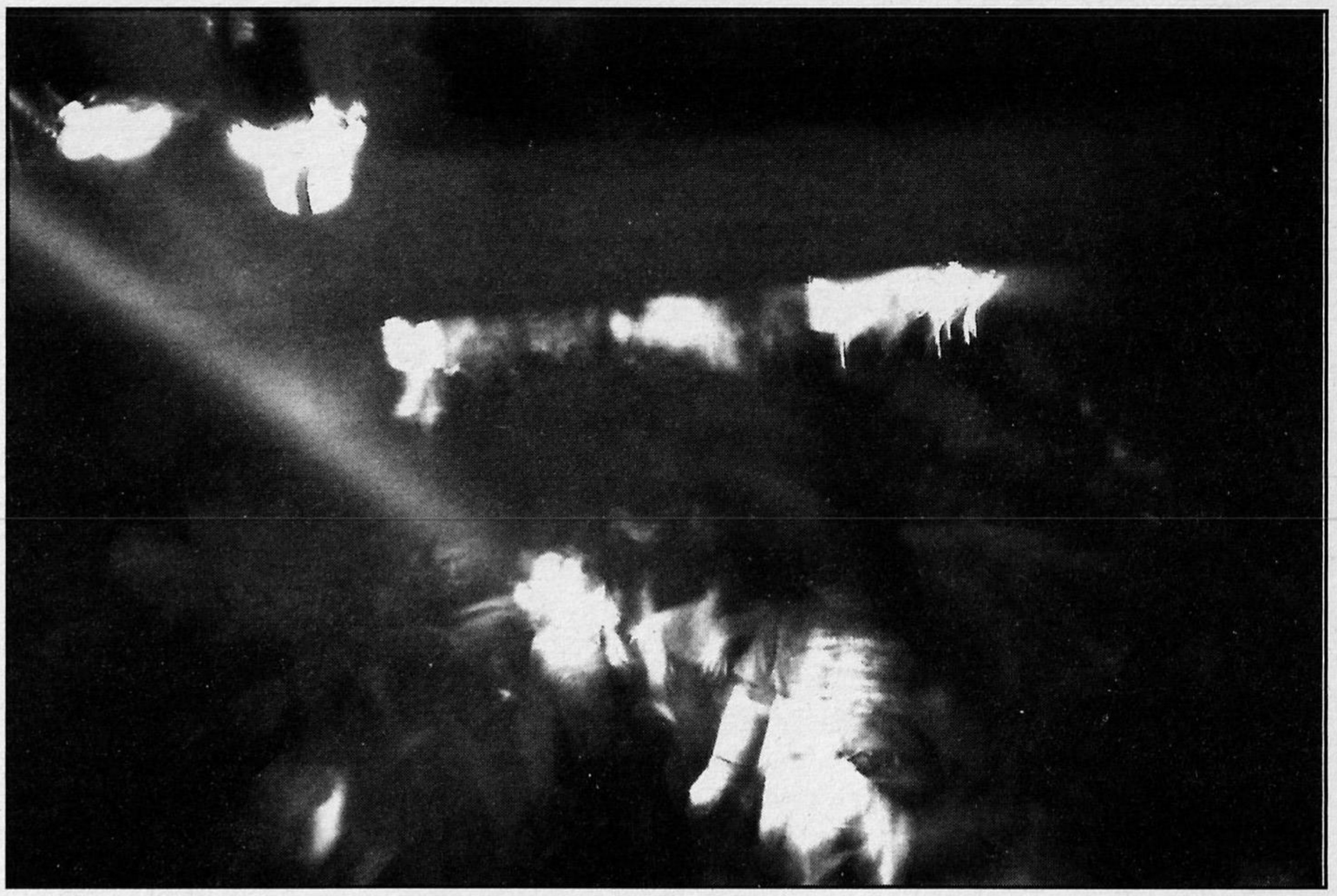
Tod in Polizeigewahrsam

Ein 32jähriger Mann stirbt am frühen Morgen in einer Zelle des Polizeireviers Schwachhausen. Die Polizei war, eigenen Angaben zufolge, am Vorabend gegen 19 Uhr zum Kulturzentrum Schlachthof gerufen worden, weil der stark betrunkene Mann dort für Unruhe gesorgt hätte. Da der Obdachlose nicht mehr in der Lage gewesen wäre, zu gehen, hätten die PolizistInnen ihn mitgenommen und in die Zelle gebracht. Dort hätte er ruhig geschlafen. Gegen 6 Uhr morgens, er sollte entlassen werden, hätte man ihn aber leblos gefunden. Ursache sei aber nicht etwa eine Gewalteinwirkung - Hinweise darauf seien nicht entdeckt worden -, sondern eine Veränderung an der Magenschleimhaut, die zum Austritt von Blut in den Bauchraum geführt hätte.

11. Januar

Politstaatsanwalt bläst zur Jagd auf PKK-Aktivisten

Mehrere KurdInnen demonstrieren auf dem Marktplatz gegen die neueste Kriminalisierungskampagne gegen KurdInnen. Bremens Politstaatsanwalt Uwe Picard würde eine Jagd auf PKK-AktivistInnen veranstalten. Der hatte der Presse vor ein paar Tagen eine Geschichte aufgetischt, nach der angebliche Führungskader der PKK den Mord an einem kurdischen Pärchen im Sommer 1999 in Auftrag gegeben hätten. Die DemonstrantInnen aber werfen ihm vor, diesen Doppelmord nur als "willkommenen Anlaß für die willkürlichen Aktivitäten der Staatsanwaltschaft" zu nutzen.
In der Nacht zum 24. August waren Serif Alpsozman und Ayshe Dizim in der Nähe des U-Boot-Bunkers in Farge brutal ermordet worden. Obwohl Polizei und Staatsanwaltschaft bei den Bremer KurdInnen "auf eine Mauer des Schweigens" trafen, wurden später drei kurdische Männer festgenommen, die den Doppelmord begangen haben sollen. Allein, es fehlte am Motiv, denn "die Leute waren damals noch nicht einmal bereit, Gerüchte weiterzugeben", so Picard. Nunmehr habe sich bestätigt, was er eigentlich schon immer gewußt hat: Dahinter kann nur die PKK stecken.
Serif Alpsozman habe trotz seiner erst 23 Jahre in der PKK bereits als Märtyrer gegolten. Der ehemaliger PKK-Guerillo verlor beide Beine und saß im Rollstuhl. Wahres Heldentum aber verlange den ganzen Mann und vertrage keine Ablenkung. Also, schlußfolgert Picard, habe Serif Alpsozman dadurch, daß er sich zunehmend ins Privatleben zurückzog und insbesondere durch seine begonnene Liebesbeziehung zu Ayshe Dizim gegen die Gesetze der PKK verstoßen. Und damit sterben mußte.
Diese Geschichte gefalle ihm deutlich besser als die zweite, die er zu bieten hat und die mehr nach Staatsanwalt klingt: Bei einer Verkehrskontrolle Ende vergangenen Jahres sei ein hoher PKK-Funktionär festgenommen worden und habe angefangen, zu plaudern. Dieser angebliche Regionsbeauftragte der PKK trage den Decknamen "Celal" und sei unter anderem für Bremen zuständig gewesen. Sein Vorgänger, "Ali", sei wenige Tage nach dem Doppelmord untergetaucht. Genauso wie "Servet", mutmaßlicher Gebietsverantwortlicher für Bremen. "Servet" sei, habe "Celal" gegenüber dem Staatsschutz ausgesagt, mit dem im letzten Jahr eingeschlagenen neuen Kurs der PKK ("Friedenspolitik in der Türkei") unzufrieden gewesen, und habe daher die PKK durch die zwei Morde öffentlich in Mißkredit bringe wollen. Das belege auch eine Ende November in der "Özgür Politika" abgedruckte Presseerklärung der PKK, in der "Servet" mit seinem Klarnamen genannt werde.
Der Kurde aber verstehe nicht nur von der wahren Liebe nichts, sondern auch keinen Spaß. Denn wenn "Servet" und "Ali" wirklich gegen die offizielle PKK-Linie verstoßen hätten, weiß Picard, hätten sie sterben müssen. Aber zwei weitere Leichen habe man nicht gefunden.



Agit-Pop-Disco

11. Januar

Nicht so erfolgreich

Das Anfang November gestartete Sonderprogramm der Sozialbehörde, da· dem mehr oder weniger freiwilligen Weggang in der Stadt Bremen lebender Kosovo-AlbanerInnen in ihre mit Hilfe der rot-grünen deutschen Armee befreiten Heimat mit materiellen Anreizen nachhelfen soll (siehe 25. Oktober), wird um zwei Monate verlängert. Weil es, wie Sozialsenatorin Hilde Adolf (SPD) behauptet, gut angenommen werde. Für Erwachsene gibt es 1.500 Mark, für Kinder bis zu zwölf Jahren 250 Mark, insgesamt pro Familie aber maximal 4.000 Mark. Tatsächlich aber haben bis Mitte nur 46 der nach offiziellen Angaben hier lebenden rund 490 Flüchtlinge diese "überbrückungshilfen" beantragt, insgesamt sind nach Angaben der Beratungsstelle für ausländische Flüchtlinge in den vergangenen sechs Monaten 109 Kosovo-AlbanerInnen gegangen (worden).

16. Januar

Von der Polizei verprügelt (I)

Daß Beamte und BeamtInnen der Steintorwache der Polizei am Brommyplatz angebliche oder tatsächliche schwarze Drogendealer, weiße Drogengebraucher und manch anderen gern einmal verprügeln, die Treppe her-

unter schmeißen, mit Elektroschockern malträtieren ist nichts neues und wurde an dieser Stelle oft genug berichtet. Das vorgenannte trifft sicherlich vor allem auf die Sondergruppen und andere Ziviltrupps zu. Während nun aber Schwarze und andere der Polizei nicht deutsch anmutende Personen offensichtlich nach rassistischen Kriterien ausgesucht und drangsaliert werden, sind ansonsten eben Junkies und Obdachlose die hauptsächlichen Risikogruppen. Nichtsdestotrotz berichtet die bremische Presse immer wieder auch über andere Leute, die behaupten, im ehemaligen 3. Revier mißhandelt worden zu sein.

So nun auch zwei CloppenburgerInnen. Eigenen Angaben hatte Christian B. ein Taxi an der Sielwallkreuzung nur verlassen, um bei einem der Imbisse etwas zu essen zu kaufen. Kurz darauf stürzten sich mehrere Männer, wie sich später herausstellt: Zivilpolizisten, auf ihn, drücken ihn in ein Auto, wo er geschlagen wird und, im Fußraum liegend, zur Steintorwache gefahren wird. Auf dem Parkplatz davor wird er "gleich wieder vermöbelt" und noch einmal im Revier selbst. Die Freundin des Betroffenen, Ilona P., ging, am Sielwall im Taxi wartend, zunächst von einem ganz "normalen" öberfall aus, mischte sich ein und wurde ebenfalls mit zur Wache genommen, dort aber bald wieder vor die Tür gesetzt; Christian B. folgte um 2.30 Uhr.

Der erstatte noch in der gleichen Nacht in einem anderen Polizeirevier Anzeige wegen Verdachts der Körperverletzung. Wie das nun aber mal so ist mit prügelnden PolizistInnen, haben auch die Anzeige erstattet, wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz. Denn Christian B. habe sich an der Sielwallkreuzung nicht etwas zu essen, sondern illegale Drogen besorgen wollen, worauf hin er, gemeinsam mit einem "amtsbekannten" Dealer festgenommen worden sei. Im Zivilfahrzeug der Polizei habe dann einer der Beamten Angriffe des 31jährigen "durch gezielte Schläge auf den Körper" abwehren müssen, vor der Steintorwache sei "einfache körperliche Gewalt" eingesetzt worden, um B. aus dem Wagen zu bekommen, während er beim dritten Mal nicht "vermöbelt", sondern auf dem Boden der Wache fixiert" worden sei.

18. Januar

Sachschäden zugefügt

Der "Lesbenclub Borgfeld und umzu" bekennt sich dazu, "den Autos einiger Mitarbeiter/innen der Ausländerbehörde in HB Sachschäden zugefügt" zu haben. Denn "die Ausländerbehörde veranlaßt Abschiebungen. Sie steht für Rassismus, Diskriminierung und Mord."

Demonstration für Freilassung Abdullah ôcalans

Rund 100 kurdische Männer und Frauen demonstrieren vor der Bürgerschaft anläßlich des Neujahrsempfangs des Parlaments für die Freilassung Abdullah ôcalans. Der PKK-Vorsitzende war Mitte Februar vergangenen Jahres aus Kenia in die Türkei verschleppt worden.

19. Januar

Doitsche Bedrohungsszenarien

Die Bremer Polizei befragt seit etwa zwei Jahren nach und nach jeweils mehrere tausend EinwohnerInnen verschiedener Stadtteile nach ihrem "Sicherheitsgefühl", der Kriminalität vor Ort und anderem mehr. Das ist heutzutage nichts besonderes mehr und findet in ähnlicher Weise in anderen Städten statt. Wirbel gibt es allerdings dadurch, weil bei der Umfrage im Bremer Süden ungefähr die Hälfte (48,5 Prozent) der Antwortenden die Frage, ob sie sich von "zu vielen Ausländern und Asylbewerbern im Stadtteil beeinträchtigt fühlen" bejaht. Das ist der Spitzenwert, klingt aber natürlich ziemlich mißverständlich und könnte, aufgrund der Fragestellung, darauf weist die liberale Journaille hin, die Polizei "in den Ruch der Ausländerfeindlichkeit" (Weser-Kurier) bringen. Die Bögen sollten daher für die nächste Umfrage, die im Frühjahr im Bremer Osten startet, überarbeitet werden - und so geschieht es dann auch. Denn wenn man den braven, an der inneren Sicherheit höchst interessierten BürgerInnen nicht die "zu viele(n) Ausländer" direkt unter die Nase reibt, sondern sie selbst über die angeblichen Problemlagen nachdenken läßt, sieht es schon etwas anders aus. So empfinden nach dem Top-Wert von 19,4 Prozent für "Verkehrsprobleme" nur noch 15 Prozent der Befragten Ausländer als "das dringendstes Problem" bzw. wußten vielleicht nicht, wie man "Kümmeltürken", "Bimbos", "Neger" und was sie dort immer hätten einfügen wollen, nach der neuen Rechtsschreibreform schreibt.

Agit-Pop-Disco

20. Januar

Faschistischer Anschlag

Vermutlich faschistische Täter werfen in das Schaufenster des Büros der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) einen Gullydeckel. Dadurch entsteht in der 10 Milimeter dicken Sicherheitsglasscheibe ein etwa ein Quadratmeter großes Loch. Die Täter stehlen dann aus dem Schaufenster die Fahne der VVN/BdA. Einige Tage zuvor war das Büro von außen mit faschistischen Symbolen ("Wolfsangel") beschmiert worden.

28. Januar

Vier kurdische Männer verhaftet

Wie nach der letzten Pressekonferenz des Bremer Polit-staatsanwalts Uwe Picard vor einigen Wochen (siehe 11. Januar) zu erwarten, kommt es nun im Zusammenhang mit den Morden an zwei KurdInnen im vergangen August in Bremen-Farge zu weiteren Verhaftungen. So seien in den vergangenen Tagen Wohnungen in Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt durchsucht worden, vier Männer wurden verhaftet. Mit ihnen sitzen nunmehr bereits sieben angebliche PKK-Aktivisten in Untersuchungshaft, die drei, die die Morde ausgeführt haben sollen, wurden wenige Tage danach verhaftet. Damit aber nicht genug. Nach Angaben Picards hätten sich neue Hinweise darauf ergeben, daß hohe Funktionäre der PKK den Auftrag für den Doppelmord gegeben hätten. Also gebe es noch weitere Beteiligte - und demnächst wohl auch noch weitere Verhaftungen.

Innenstadtwache umgezogen

Die Einsatz-Hundertschaft der Bereitschaftspolizei, der zivile Einsatzdienst, die Polizeiinspektion Mitte und das Polizeikommissariat Mitte, alle bisher beheimatet in der Innenstadtwache in der Sandstraße, beziehen den Neubau am Doventor (gegenüber dem Arbeitsamt). Das 6. Polizeirevier bleibt im ehemaligen Polizeihaus Am Wall, das von der Stadt inzwischen verkauft wurde.

Drogenpolitik

DrogengebraucherInnen sind für die ApothekerInnen insbesondere im Viertel eine vielleicht nicht immer angenehme, aber doch sehr einträgliche Klientel. Dadurch erklärt sich vielleicht auch die dortige Apothekenkonzentration, ein halbes Dutzend auf wenigen hundert Metern. Und es sind nicht nur die Pflasterchen, Wundverbände, "Dias" oder Tranquilizer mit denen das große Geld gemacht wird. So macht zum Beispiel mindestens eine Apothekerin in der Nähe der Sielwallkreuzung Riesenumsätze durch den Verkauf von Kodein in verschiedenen Darreichungsformen. Nunmehr wird ein noch viel einträglicheres Geschäft bekannt, an dem sich wohl mindestens fünf Apotheken - gegen die die Polizei ermittelt - beteiligt haben. Die ApothekerInnen kauften dabei HIV-infizierten DrogengebraucherInnen Rezepte zu ihrer Behandlung für 300 Mark Bargeld ab, rechnen dafür aber - ohne die teuren Medikamente ausgegeben zu haben - bis zu 3.000 Mark gegenüber den Krankenkassen ab. Für die Junkies aus der sogenannten Offenen Szene, deren einzige legale Einnahmequelle zumeist die Sozialhilfe ist, tat sich da eine Einnahmequelle auf, die allerdings drastische gesundheitliche Konsequenzen zeitigte. Und daß sich diese Bargeldquelle für die DrogengebraucherInnen immer mehr herumsprach, wurde von den ApothekerInnen kaltblütig ausgenutzt: Lag der Anfangstarif pro Rezept noch bei 800 Mark, wurden zuletzt nur noch 300 Mark gezahlt.

31. Januar

Von der Polizei verprügelt (II)

Der Anwalt eines jungen Mannes aus Bremen-Nord erklärt gegenüber der Presse, daß sein Mandant in der Silvesternacht durch Bremer Polizisten schwer mißhandelt wurde. Danach habe Tim K. damals zunächst eine kleine Rangelei mit einem Bekannten auf den Domtreppen gehabt, als ihn Zivilpolizisten dort wegreißen. Die Beamten hätten ihn danach zum Polizeiwagen geschleift und dabei seinen Kopf gegen dessen Dach geknallt. Daraufhin sei er in Handschellen zur Innenstadtwache in der Sandstra0e gebracht worden, wo ihn mehrere Polizisten ins Gesicht geschlagen hätten - solange, bis er bewußtlos wurde. Freunde des 21jährigen hätten später beobachtet, wie Tim K. aus der Wache in einen Einsatzwagen geschleift wurde, wobei sein Kopf immer wieder auf den Boden geschlagen sei. Der Betroffene wachte später, an Händen und Füßen gefesselt, auf dem Fußboden einer Zelle des 6. Reviers auf. Dort habe ihn ein Polizist auf den Rücken gedreht, ihm sei ein Strick um den Hals gelegt worden. Tim K. hätte keine Luft mehr bekommen und Todesangst empfunden.
Noch in der gleichen Nacht gemachte Fotos zeigen den 21jährigen mit geschwollenen Augen, Würgemalen am Hals, blutverkrusteten Ohren und Platzwunden an Kopf und Kinn. Tim K. mußte drei Tage im Krankenhaus behandelt werden, wegen einer Schädelbasisfraktur, eines Haarrisses am rechten Wangenknochen, eines geplatzten Trommelfells, Einblutungen in den Augenhöhlen und der Würgemale am Hals. Und wie immer in solchen Fällen haben die beteiligten Polizisten sofort - noch in der Silvesternacht - Anzeige gegen den Betroffenen erstattet: wegen Körperverletzung, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Drogenbesitzes - er hatte etwas Haschisch dabei.

1. Februar

Sexistische Angriffe (X)

Eine 40jährige Frau wird gegen 21.40 Uhr im Havermannweg von einem Mann überfallen. Als der Täter Geschlechtsverkehr von der Frau verlangt und versucht, sie an sich zu ziehen, sticht die 40jährige ihm mit einem Taschenmesser in die linke Brustseite. Der Täter flüchtet.

DNA-Analyse überführt Vergewaltiger

Die Polizei nimmt einen 19jährigen Mann fest, der am 25. Dezember eine Frau in deren Wohnung in der Wis-

Männerrundbrief Nr. 13

Inhalt u.a.: Kosovo/a- Krieg,
Interview mit Bob Connell,
Geschlecht und Männlichkeit,
Genitale Korrekturen
an intersexuellen Menschen

Männerrundbrief
c/o Infoladen Bankrott
Dahlweg 64
48153 Münster
MaennerRB@aol.com
Fax: 040-3603 351 307

bystraße, in der er zuvor eingebrochen war, vergewaltigt hatte. Der Täter stammt aus dem Bekanntenkreis der Frau und wurde mit Hilfe zweier DNA-Analysen überführt. (Zu polizeilichen Gentests und zur zentralen DNA-Analyse-Datei vgl. kassiber 36, Oktober 1998, S. 42ff).

8.Februar

Innenbehörde will Sammellager für Flüchtlinge

Das Bestreben der Innenbehörde wie auch ihrer BeamtInnen, PolizistInnen usw. ist es, in Bremen leben wollenden Flüchtlingen den Aufenthalt so gut wie möglich zu vermiesen und diese Klientel am liebsten so schnell als möglich abzuschieben. Denn der Flüchtling ist, zu mal in Bremen - das lehr(t)en uns Kampagnen in den vergangenen Jahren und in diesen Wochen -, an und für sich ein Betrüger, der, da tatsächlich keine Flüchtgründe vorhanden sind, sich gern eine falsche Identität verschafft. Und die kommt, da nun Unterbringung und Verpflegung fällig werden, den Staat rsp. den Steuerzahler teuer zu stehen.
Also, denkt man sich in der Innenbehörde, die bisher seit dem Amtsantritt des neuen Senators Bernt Schulte sich - verbal - relativ ruhig verhalten hat, könnte ein "Rückführungszentrum" nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens nützlich und kostensparend sein. In dieses eigentlich Sammellager - alles hat derzeit nur den Stand von "überlegungen" - kämen sogenannte ausreisepflichtige Ausländer. So nennt die Behörde diejenigen Flüchtlinge, deren Asylantrag rechtskräftig abgelehnt wurde. Die sollten eigentlich freiwillig verschwinden, tun das aber meistens nicht, müßten also abgeschoben werden. Um dies zu verhindern, behaupteten sie, keine Personalpapiere zu besitzen. Und - wer kann es ihnen verdenken - sind bei der Beschaffung von Ersatzpapieren bei den Botschaften ihrer "Herkunftsländer" auch nicht allzu hilfreich. In Bremen gebe es derzeit hundert Personen, die mit falscher Identität versuchten, der Abschiebung zu entgehen und Zeit zu gewinnen. Nehme man ihnen die Wohnungen und bringe sie ins Lager, könnte der Aufforderung zum Wegzug aus der BRD - aufgrund der in der Sammelunterkunft herrschenden Bedingungen - Nachdruck verliehen werden. Außerdem wären im Lager Unterbringung und Verpflegung billiger als ständen den Flüchtlingen Wohnungen zur Verfügung.

9.Februar

Demonstration für "Volle Halbtagsschulen"

Rund 2.000 Kinder, Eltern und LehrerInnen aus den Grundschulen demonstrieren am Vormnittag für den Erhalt der sogenannten Vollen Halbtagsschule und damit gegen die von Bildungssenator Willi Lemke ab dem Sommer geplante "verläßliche Grundschule". Die sieht nämlich nur noch die kostengünstigere Verwahrung der SchülerInnen bis zum Mittag durch teilweise unqualifiziertes Personal (Eltern u.a.) vor, während in der "Vollen Halbtagsschule" sich während der ganzen Zeit LehrerInnen um die GrundschülerInnen kümmern.

Demonstration gegen ein faschistisches Österreich

Einige Dutzend BremerInnen demonstrieren am Nachmittag gegen "ein faschistisches ôsterreich - für Freiheit und Selbstbestimmung". Die Demonstration, die vom Marktplatz zum Hauptbahnhof zieht, richtet sich natürlich vor allem gegen die in Wien gerade abgemachte Koalition von FPô und ôVP.

11.Februar

Staatsgerichtshof: Volksbegehren zulässig

Der Staatsgerichtshof erklärt das Volksbegehren der Initiative "WIR gegen die Rechtsschreibreform" für zulässig. Der Bremer Senat hatte dies im vergangenen Herbst bestritten und das Ganze zur Entscheidung an das höchste Bremer Gericht überwiesen. Nunmehr können die SprachbewahrerInnen versuchen, in den kommenden drei Monaten 52.000 Unterschriften - etwa ein Zehntel der Wahlberechtigten - zu sammeln, damit die wahlberechtigten BremerInnen dann in einem Volksentscheid über den Gesetzentwurf abstimmen. Damit soll das Bremer Schulgesetz um eine Passage ergänzt werden, in der es heißt: "In den Schulen wird die allgemein übliche Rechtsschreibung unterrichtet. Als allgemein üblich gilt die Rechtsschreibung, wie sie in der Bevölkerung seit langem anerkannt ist und in der Mehrzahl der lieferbaren Bücher verwendet wird."
(Am 23. Februar erklärt die Initiative indes, vorerst keine Unterschriften sammeln zu wollen. Denn dann könnte - wenn man Erfolg hat - das gleiche passieren wie in Schleswig-Holstein. Dort hatten 54 Prozent der Wahlberechtigten gegen die neue Rechtsschreibreform gestimmt, dem Parlament aber war das egal. Es beschloß ein Jahr später ein Gesetz, daß auch in Schleswig-Holstein die Rechtsschreibreform verbindlich machte.)
Demgegenüber fällt das zweite Urteil des Staatsgerichtshofs negativ für die das Volk begehrenden DemokratInnen aus. Der Versuch des Vereins "Mehr Demokratie", die generellen Zulassungsvoraussetzungen für Volksbegehren zu erleichtern, sei unzulässig. Das Quorum für ein Volksbegehren von derzeit 25 Prozent der Stimmberechtigten auf fünf Prozent der bei der letzten Wahl abgegebenen Stimmen zu senken, sei, so das Gericht, mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, denn auch kleine Minderheiten müßten für ihre Anliegen zunächst einmal eine breite Unterstützung in der Bevölkerung finden.

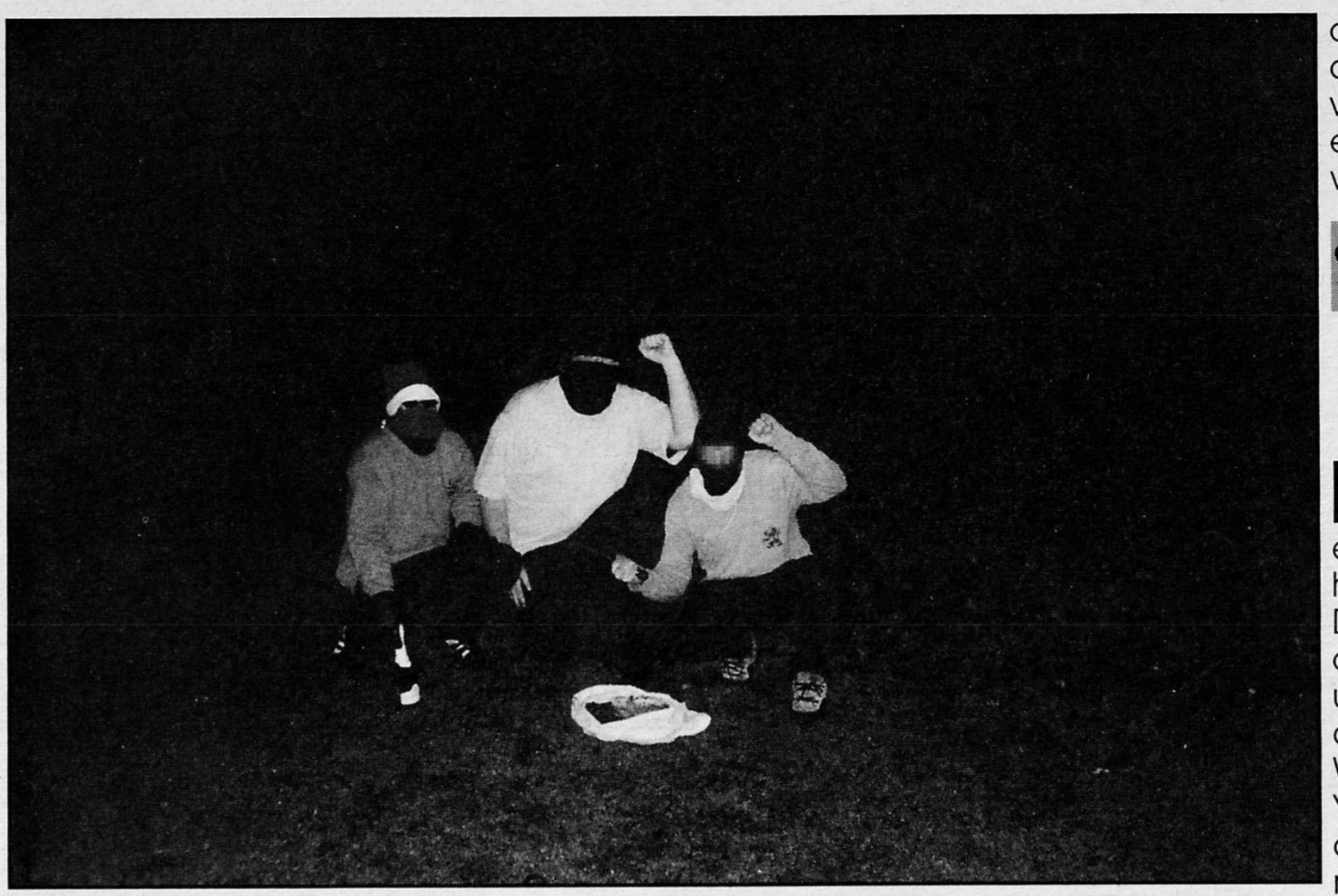
15.Februar

Demo für ZwangsarbeiterInnenentschädigung

Zwei Tage vor dem Beginn neuer Verhandlungen in Berlin demonstrieren am späten Nachmittag in Bremen über 100 Männer und Frauen für die sofortige Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen. Die Demonstration, die auf dem Marktplatz endet, war von linken Gewerkschaftern organisiert worden.

Zwei Polizisten entlassen

Die Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht urteilt, daß zwei Bremer Polizisten "aus dem Dienst entfernt" werden. Die 35 bzw. 39 Jahre alte Männer hätten sich nämlich Verfehlungen "im Kernbereich ihrer Beamtenpflichten" zu Schulden kommen lassen. Das ist natürlich bitter für die beiden Polizisten, haben sie doch nichts anderes getan als viele ihrer KollegInnen auch, nämlich zwei ausländische Männer bestohlen. Was in der Regel folgenlos bleibt, führte hier in den vergangenen Jahren zu zahlreichen Gerichtsverfahren. Das jetzige Disziplinarverfahren bildet da nur den Abschluß. Die zivilrechtliche Auseinandersetzung endete vor einigen Wochen mit einem Vergleich: Obwohl die beiden Beamten zwei ukrainischen Männern im März 1994 knapp 40.000 Mark abgenommen haben und nicht zurück gegeben haben sollen, wurden sie nur zu 28.500 Mark Schadensersatz verpflichtet.



Kommando Andreas Sassen

Die beiden Opfer waren 1994 aus der Ukraine nach Bremen gekommen, um hier zwei gebrauchte Kleinlastwagen zu kaufen. Daß sie beim Grenzübertritt mindestens 31.000 Mark dabei hatten, ist durch eine Zollbescheinigung belegt. Das hatten auch die beiden Polizisten mitbekommen, die denjenigen der ukrainischen Männer, der das Geld dabei hatte, wegen eines angeblichen Ladendiebstahls in der Innenstadt, überprüften. Dabei nahmen sie ihm das Geld ab, ohne es zurück zu geben.
Zunächst weigerte sich 1994 das Amtsgericht, überhaupt ein Verfahren zu eröffnen. Dann kam es 1995 auf Betreiben der Staatsanwaltschaft doch zum Amtsgerichtsprozeß, die Angeklagten wurden freigesprochen. Der zuständige Staatsanwalt, Hans-Georg von Bock und Polach (!), legte Rechtsmittel ein, das Wiederaufnahmeverfahren endete mit zehn Monaten Haft auf Bewährung - das Urteil ist rechtskräftig. Im Zivilprozeß wurden die beiden Beamten im Juni 1999 zu 35.000 Mark - soviel sollen sie nach Meinung der Zivilkammer des Landgerichts gestohlen haben - Schadensersatz verurteilt. Daran schloß sich ein Vergleich an, der mit besagter Verpflichtung, 28.500 Mark zu zahlen, endete.

18. Februar

Demonstration gegen "Apartheid in der Familien-

In der Mittagszeit demonstrieren rund hundert Männer und Frauen gegen die sogenannte Apartheid in der deutschen Familienpolitik. Die Demonstration, die vom Hauptbahnhof durch die Innenstadt zum Marktplatz zieht, wurde von gleichnamiger Kampagne organisiert und vom Internationalen Menschenrechtsverein unterstützt. Fast jedes Paar mit PartnerInnen unterschiedlicher Nationalität sei "in Deutschland mit großen Schwierigkeiten konfrontiert". Der nicht-deutsche und oft nicht-weiße Beziehungsteil, das sind hier zumeist die Männer, lebe immer in der Angst vor Abschiebung.

Arbeitsamts-Razzien (V)

In den vergangen Tagen haben FahnderInnen des Arbeitsamtes sowie PolizistInnen mehrere Baustellen im Bremer Stadtgebiet kontrolliert. Dabei wurde in einem Altbremer Haus in Schwachhausen in polnischer Mann festgenommen, in einem unbewohnten Mehrfamilienhaus im gleichen Stadtteil ein Mann aus Tschechien. Die beiden Arbeiter konnten weder eine Arbeits- noch eine Aufenthaltserlaubnis vorweisen und werden jetzt abgeschoben.

25. Februar

Polizei stürmt Kirchenasyl

Die Polizei stürmt in Niedersachsen zum vierten Mal ein Kirchenasyl. Im evangelischen Jugendheim in Lilienthal wird Hakki Yildirim festgenommen. Der 17jährige Kurde wird am Abend in den Jugendknast in Hameln gebracht und einige Tage später in die Türkei abgeschoben.
Während drinnen eine Anhörung Hakki Yildirims läuft, demonstrieren am Mittag drei Dutzend FreundInnen des Festgenommenen vor dem Amtsgerichts Osterholz-Scharmbeck gegen die Verletzung des Kirchenasyls.

Willi Leow

Dokumentation:

Die "REVOLUTIONÄRE FUSSBALL-FRONT" startet den Kampf

Am Mittwoch, den 1. März 2000, hat das Kommando Andreas Sassen der Revolutionären Fußball-Front den Angriff gestartet. Um der weltweiten Kommerzialisierung des Fußballs die Stirn zu bieten, haben wir uns entschieden, die Schalcht im Herzen der Bestie zu beginnen. Der faschistische DFB schickt sich an, der Welt erneut ein Schauspiel zu liefern. Die WM 2006 mit ihrem völkischen Siegestaumel-Charakter werden wir auf keinen Fall in Deutschland dulden.
Im Stadion der Sportanlage "Am Kuhhirten" mußten wir aktiv werden: Um am revanchistischen und blutleeren ATS Buntentor ein Exempel zu statuieren, entließen wir den Anstoßpunkt des Hauptplatzes in die Freiheit!
Dies war der Auftakt einer weltweiten Kampagne mit dem Ziel, den Plätzen im imperialistischen Zentrum der Welt das kapitalistische Herz zu entreissen. Wir werden nicht ruhen, bis wir unsere Ziele erreicht haben:

Keine WM in Deutschalnd!

Freier Fußball für alle!

Maradona muß Nationaltrainer von Lybien werden!

Kommando Andreas Sassen

bremer kassiber stadtzeitung

april

So, 16.

Perlas Traum" - Erinnerungen an die "Liliput-Truppe" in Auschwitz, Dokumentarfilm. Mafalda, Kreuzstr. 29, 17 Uhr.

Di, 18.

Kapitalismus light?" Ist die Wirtschaftspolitik von Lafontaine, Gysi und Co. eine Alternative? (V: Sozialistische Alternative Voran (SAV)). Freizeitheim, Friesenstraße 110, 19 Uhr.

Wo ist die Wahrheit über den Krieg? - Ausstellungseröffnung (Ausstellung der Friedensbibliothek, des Antikriegsmuseums der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg). Gustav-Heinemann-Bürgerhaus (Vegesack), Sedanplatz, 19.30 Uhr.

Mi, 19.

Groovy movies gegen die Expo, in Kooperation mit der MedienCoop Bremen, Bonbonfabrik, Hardenbergerstr. 52-54, 20 Uhr.

Do, 20.

Radio Restmüll - alle vier Wochen auf UKW, 92,5 Mhz, 16 Uhr.

Fr, 21.

Das TINA--Syndrom - Der postmoderne Ordnungsdiskurs und seine Propheten, EXPO 2000, soziale Bewegungen (Referent: Armin Strickler). Paradox, Bernhardstraße 12, 19.30 Uhr.

Change-Konzert mit "Amen 81", "Anatol" und "Staniak" (von Punk bis Geprügel), Kulturzentrum Schlachthof, Magazinkeller, Findorffstraße 51.

Sa, 22.

Die Verfolgung und Ermordung Jean Paul Marats (Peter Weiss). Schauspielhaus, Goetheplatz, 20-22 Uhr, Eintritt: DM 48,-/37,-/31,-/26,-.

So, 23.

Die Dreigroschenoper (Bert Brecht/Kurt Weill). Theater am Goetheplatz, 19.30-22.45 Uhr, Eintritt: DM 59,-/47,-/36,-/31,-/26,-/21,-.

KontrollierBAR- penetrant, entsichert, unkontrolliert. Soliparty für die Siebdruckwerkstatt im Sielwallhaus. ZAKK, 22 Uhr.

18. April - 5. Mai

Wo ist die Wahrheit über den Krieg? [Ausstellung der Friedensbibliothek, des Antikriegsmuseums der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg]. Schon bei der Durchsicht von Memoiren und Erinnerungen zum Ersten Weltkrieg fiel dem französischen Schriftsteller J.N. Cru auf, wie wenig die Realität des Kriegsalltages mit den späteren Niederschriften zu tun hatte. Je weiter weg man vom Schützengraben war, um so romantischer und heldenverklärter wurden die Berichte. Die Ausstellung will am Beispiel Jugoslawiens zeigen, was menschliche Unvernunft in diesem Jahrhundert auf allen Seiten angerichtet hat. Es beginnt mit dem Ersten Weltkrieg, wo deutsche und österreichisch-ungarische Truppen einen Krieg als "Strafexpedition" gegen Serbien und Montenegro führten. Dabei wurden allein 60.000 Zivilisten exekutiert. Ein zweiter Teil der Ausstellung beschäftigt sich mit dem Zweiten Weltkrieg und dem Überfall der großdeutschen Wehrmacht am 6. April 1941 auf Jugoslawien unter dem Code-Namen "Unternehmen Strafgericht". Ein dritter Teil zeigt die Vorgeschichte dessen, was in Jugoslawien in den 80er und 90er Jahren geschah. Und der letzte Teil der Ausstellung beschäftigt sich mit dem Kosovo-Krieg und den Folgen für uns alle. Gustav-Heinemann-Bürgerhaus (Vegesack), Sedanplatz, Öffnungszeiten: Mo-Fr, 8-22 Uhr, Sa, 9-13 Uhr.

Soundplantage 2a, space bar, Dj(ane)s Christian Haake (monaural), Detail Overdose + Mc Flo, Saphine (jazzy jungle), Pink Dog (pumin´techno), Micky & Melorey (memory beats), Fuglesang (electronica). Kairo, Reuterstr. 9.

Di, 25.

Große Geschäfte, Staatlicher Terror und Aufstandsbewegung - Lesung von Raul Zelik zur politischen Situation in Kolumbien. Paradox, 20 Uhr.

City-club. Öffentliches Treffen von city.crime.controll zum Austausch und zur Planung zukünftiger Projekte, anschließend Bar. ZAKK, 20 Uhr.

Mi, 26.

Dürfen Deutsche Klezmer spielen? KITOkontrovers im Rahmen des Klezmer-Festivals (R: Rita Ottens, Berlin). Die Motive der Klezmer-Klarinette, eher Sinnbild des zerstörten Ostjudentums als geschätzter Bestandteil europäischer Musikkultur, sind gegenwärtig in vielfältiger Weise verwoben mit der bundesrepublikanischen Kultur und der Herausbildung nationalistischer Bestrebungen. So prallen auf dem Territorium der Klezmer-Musik im wiedervereinigten Deutschland neben Philo- und Antisemitismus auch die soziokulturellen Ideologien des Judentums aufeinander und produzieren eine Fülle von Fälschungen, Fehlurteilen und Mißverständnissen. Diese haben mittlerweile eine Eigenständigkeit als Fakten erlangt und nicht nur zu aufschlußreichen 'Erfindungen' von musikalischen Traditionen, sondern auch zur Mythologisierung der Klezmer-Geschichte selbst geführt. KITO, Alte Hafenstraße 30, 20 Uhr.

Keine Zensur studentischer Presse! - Die Redaktion der 30s lädt Interessierte und potentielle MitstreiterInnen zur Diskussion der letzten Ausgabe ein, Lagerhaus Schildstr., 20 Uhr.

Do, 27.

GegenStandpunkt & Diskussion - die politische Vierteljahreszeitschrift "GegenStandpunkt" lädt ein zur öffentlichen Diskussion (Thema s. Tagespresse). Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich 70b, 19 Uhr.

Feministische Geschichtswerkstatt: "Gesches Schwestern" - Kriminalgeschichte(n) aus Bremen (Leitung: Hannelore Cyrus). Hexen und Hysterikerinnen, Mörderinnen, Diebinnen und Dirnen, Kindsmörderinnen, Kollaborateurinnen und Frauen, die ihre Schwangerschaft verheimlichten - sie alle standen in Bremen vor Gericht und wurden verbrannt, ertränkt, lebendig begraben, gebrandmarkt, ausgepeitscht oder ins Zuchthaus gesteckt. In der Feministischen Geschichtswerkstatt sollen Gesetze, Gnadengesuche und Prozeßakten studiert werden, um aus ihnen die Lebensgeschichten dieser Frauen herauszuarbeiten, zu biographischen Erzählungen zusammenzufügen und eventuell als Buch zu veröffentlichen. Offener Kreis für alle Frauen, die Lust auf's Recherchieren und Schreiben haben. belladonna, Sonnenstraße 8, 20 Uhr.

termine

Fr, 28.

Die Kontinuität des Veit Harlan und die erste Studentenbewegung (R: D. Kuhlbrod). Kulturzentrum Lagerhaus (Kioto), Schildstraße 12-19, 20 Uhr.

Change-Konzert mit "Excreadores" (HC-Punk aus Brasilien) und noch einer Band, Kulturzentrum Schlachthof, Magazinkeller, Findorffstraße 51.

Gegen das Vergessen. Ende der 80er bis Mitte der 90er Jahre erschien in der autonomen Zeitschrift radikal die elfteilige Geschichtsserie "Gegen das Vergessen". Von der Hexenverfolgung über Geschlechterpolarisation und "Entdkckung" der Liebe im Mittelalter bis zur Geschichte der BRD und der DDR in den 50er Jahren wurde der Versuch unternommen, eine eigene, linke Geschichtsschreibung mit einem konsequenten "Blikck von unten" zu betreiben. Ein Mitarbeiter des UNRAST-Verlages wird das gleichnamige Buch vorstellen (siehe auch Rezension in diesem kassiber). Im Anschluß daran ist eine Diskussion zu einzelnen Themen des Buches geplant sowie zu den Fragestellungen, was eigentlich linke Geschichtsschreibung ist und ob wir sie überhaupt brauchen. Besonders interessant wäre zum Beispiel der Komplex, ob eine "eigene" Geschichtsschreibung wirklich zur Aneignung der eigenen Geschichte beiträgt oder sie dadurch nicht gerade "verpackt und ad acta gelegt" wird? Infoladen Bremen, St.-Pauli-Straße 10/12, 20 Uhr.

Geht auf die Barrikade"- AStA Auftaktparty für die SPD BürobesetzerInnen, Buchtstraße, 23 Uhr.

Sa, 29.

Kräuterwanderung - Wildkräuter links und rechts am Wege (Leitung: A. Nieland; Veranstalter: Verein Ökologiestation). Treffpunkt: Schönebecker Schloß, Schloßkate, 9-11 Uhr.

So, 30.

Nicht für die Schule, sondern für's Leben" - Stadtrundgang zur Mädchen- und Frauenbildung in Bremen (R: Christine Holzner-Rabe; V: belladonna in Kooperation mit dem Bremer Frauenmuseum). Dieser Rundgang (Dauer etwa zwei Stunden) zeichnet die Entwicklung der Bildungseinrichtungen nach, die Mädchen und Frauen in den vergangenen Jahrhunderten offenstanden. Denken und Handeln bedeutender Pädagoginnen und engagierter Politikerinnen werden gesellschaftlicher (männlicher und weiblicher) Schwerfälligkeit und Ignoranz gegenübergestellt. Der Weg führt zu Orten, an denen diese Bildungsgeschichte stattfand und die heute noch zum Teil als solche existieren. Treffpunkt: Sögestraße/Ecke Schüsselkorb ("Schweineskulptur"), 14.00 Uhr.

Rhythm Guerilla ...into Mai. Soliparty für Retwas ziemlich Gutes. ZAKK, 22 Uhr.

mai

Mo, 1.

Wo ist die Wahrheit über den Krieg? (Begleitprogramm zur gleichnamigen Ausstellung) Diskussionsveranstaltung mit der Internationalen Friedensschule im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus. Gast: Jochen Schmidt, Leiter der Friedensbibliothek, des Antikriegsmuseums der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg. Gustav-Heinemann-Bürgerhaus (Vegesack), Sedanplatz, 12 Uhr.

Do, 4.

Die Welt ist schön bei allem Graus" - Zur Biographie von Rosa Luxemburg (R.: Prof. Annelies Laschitza), Paradox, Bernhardstraße 12, 19.30 Uhr.

Gender-Parodie oder Gender-Melancholie? Judith Butlers Verkehrung des Subjekts - 1. Veranstaltung der Reihe "Positionen feministischer TheoretikerInnen" (R: Sylvia Pritsch; V: belladonna in Kooperation mit dem Zentrum für feministische Studien der Universität Bremen). belladonna, Sonnenstraße 8, 20 Uhr.

Change-Konzert mit "Liquidillo" (HC-Punk und Theatershow aus Spanien) und "Fiskales ad hoc" (Punk aus Chile). Wehrschloß, Hastedter Osterdeich.

Fr, 5.

Welt-Nacht: Tafalawis - Musik und Tänze der Sahara mit einem zehnköpfigen Tuareg-Ensemble aus dem Norden Nigers; dazu: aktuelle Informationen zur Lebenssituation der Tuareg. Anschließend: Welt-Tanz-Nacht (V: Bürgerhaus Weserterrassen, Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung, Deutsch-nigrische Freundschaftsgesellschaft), Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich 70b, 20 Uhr.

Sa, 6.

Change-Konzert mit "Pridigarji" (Ska-Punk aus Slowenien) und "Warmachine" (Ex-"Detestation"). Grünenstraße.

Agit-Pop-Disco. Tanzveranstaltung zur Finanzierung link(sradikal)er politischer Projekte (Vereinsveranstaltung); 22-24 Uhr "Happy Hour". Haus der NFJD, Buchtstraße 14/15, 22 Uhr.

So, 7.

Anti Expo Infos zu Widerstandsaktionen gegen die Expo. Mafalda, Kreuzstr. 29, 17 Uhr.

Punk-Konzert mit "Statford Mercenaries" und "Lost World", Freizeitheim, Friesenstraße 110.

So, 14.

Dokumentation über den Widerstand von Sinti und Roma in Auschwitz. Mafalda, Kreuzstr. 29. 17 Uhr.

Mi, 17.

Anti-Expo-Vokü mit MenschNaturSurprise, in Kooperation mit der Medien-Coop Bremen, Bonbonfabrik, Hardenbergerstr. 52-54, 20 Uhr.

Do, 18.

Radio Restmüll - alle vier Wochen auf UKW, 92,5 Mhz, 16 Uhr.

GegenStandpunkt & Diskussion - die politische Vierteljahreszeitschrift "GegenStandpunkt" lädt ein zur öffentlichen Diskussion (Thema s. Tagespresse). Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich 70b, 19 Uhr.

Arbeit! Arbeit! Arbeit! - Die Gruppe Krisis zum überfälligen Abschied vom Proletariat (R.: Achim Bellgart, Otto Hirschel), Paradox, Bernhardstraße 12, 19.30 Uhr.

Feministische Geschichtswerkstatt: "Gesches Schwestern" - Kriminalgeschichte(n) aus Bremen (Leitung: Hannelore Cyrus) (siehe 27. April) belladonna, Sonnenstraße 8, 20 Uhr.

Bildstörung: Innere Sicherheit im Brennpunkt Stadt". Podiumsdiskussion. (R: Berndt Schulte (Senator für Inneres, Kultur, Sport und blöde Ideen), Robert Bücking (Ortsamtleiter Östliche Vorstadt. "Die Drogennehmer und Alkoholiker, die sich im ´Viertel´ öffentlich treffen, sind eine große Belastung für jeden, der in der Nachbarschaft ihrer Treffpunkte lebt oder Geschäfte macht." Interview in: Müller/Dröge: Die Straße, HB 1998, S. 126). Moderation: Ulrike Petzhold (Radio Bremen)) Seitdem Innensenator B. Schulte im Dezember letzten Jahres die Videoüberwachung der Innenstädte gefordert hat, ist auch in Bremen die Debatte eröffnet. Die Veranstaltung ist zugleich Auftakt zur Veranstaltungsreihe "Safety First - Innere Sicherheit im öffentlichen Raum", die mit künstlerischen und wissenschaftlichen Beiträgen im September und Oktober stattfinden wird (vgl. den Schwerpunkt der ZETT März 2000). Kesselhalle im Schlachthof, 20 Uhr

termine

So, 21.

Veranstaltung zur Situation von Frauen im Iran. Mafalda, Kreuzstr. 29. 17 Uhr.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus). (Rezension der Kresnik-Inszenierung im U-Boot-Bunker "Valentin" in kassiber 39, Juli 1999, S. 61). Schiffsabfahrt ab Schlachte: 18 Uhr, Vorstellungsbeginn: 20 Uhr. Eintritt incl. Schiffsfahrt vermutlich: DM 60,-/40,-

Di, 23.

Informationsveranstaltung mit VertreterInnen der mexikanischen UMAM zur Situation des dortigen Universitätsstreiks. Paradox, 20 Uhr.

Mi, 24.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. So, 21. Mai).

Informationsveranstaltung mit VertreterInnen der mexikanischen UMAM zur Situation des dortigen Universitätsstreiks. Uni Bremen, auf Aushänge achten.

Sa, 27.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. So, 21. Mai).

So, 28.

Offen für Spontanes. Mafalda, Kreuzstr. 29. 17 Uhr.

Mi, 31.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. So, 21. Mai).

juni

Sa, 3.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. So, 21. Mai).

Agit-Pop-Disco. Tanzveranstaltung zur Finanzierung link(sradikal)er politischer Projekte (Vereinsveranstaltung); 22-24 Uhr "Happy Hour". Haus der NFJD, Buchtstraße 14/15, 22 Uhr.

So, 4.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. So, 21. Mai).

Fidelio (Kresnik-Inszenierung der Beethoven-Oper, Rezension in kassiber 33), Theater am Goetheplatz, 19.30 Uhr

(auch Sa. 17. & 24. Juni)

Mo, 5.

Arbeitsgesellschaft am Ende? Ein Streitgespräch über die Zukunft der Arbeit, (R.: Prof. Rudolf Hickel, Robert Kurz), Zentrum für Sozialpolitik, Barkhof, Parkallee 39, 19.30 Uhr.

Di, 6.

Strafprozeß gegen Bremer Atomkraftgegner wg. Castor-Blockade vor dem Landgericht Münster um 9 Uhr. Es werden Mitfahrgelegenheiten ab Bremen organisiert, näheres im Infoladen, St.-Pauli-Straße 10/12, Tel: 0421-75682.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. So, 21. Mai).

Mi, 7.

Politik der Technowissenschaft: Donna Haraways Survivaltips für das 21. Jahrhundert - 2. Veranstaltung der Reihe "Positionen feministischer TheoretikerInnen" (R: Jutta Weber; V: belladonna in Kooperation mit dem Zentrum für feministische Studien der Universität Bremen). belladonna, Sonnenstraße 8, 20 Uhr.

Sa, 10.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. So, 21. Mai)(auch 11.,17., 20., 27.-29. Mai)).

Mi, 14.

Arbeit ist die beste Medizin" - Zusammenhänge von gesellschaftlichem Arbeitsbegriff und Sozialrassismus, (R.: Udo Sierck), Paradox, Bernhardstr. 12, 19.30 Uhr.

Do, 15.

Radio Restmüll - alle vier Wochen auf UKW, 92,5 Mhz, 16 Uhr.

GegenStandpunkt & Diskussion - die politische Vierteljahreszeitschrift "GegenStandpunkt" lädt ein zur öffentlichen Diskussion (Thema s. Tagespresse). Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich 70b, 19 Uhr.

Mi, 21.

Im Namen meiner Schwester" - Lesung aus dem Buch von Nabela Benaïssa (V: belladonna in Kooperation mit der Beratungsstelle gegen sexuellen Mißbrauch an Mädchen "Schattenriß"). Das Buch "Im Namen meiner Schwester" steht im Zusammenhang mit der so genannten Dutroux-Affäre in Belgien. Nabela Benaïssa ist 15, als ihre neunjährige Schwester Loubna 1992 in Belgien entführt wird. In ihren Aufzeichnungen berichtet sie von den Jahren des Wartens und der Ungewißheit, von den Wellen der Empörung, die durch Belgien zogen. Es entsteht das Bild einer jungen Frau, die in der Pubertät mit dem Ausmaß sexualisierter Gewalt gegen Mädchen konfrontiert wird und sich dabei nicht mundtot machen läßt. Sie verbündet sich mit anderen betroffenen Familien, beteiligt sich an der Gründung von Komitees gegen Kinderpornographie und organisiert einen landesweiten Protestmarsch. Nach der Lesung berichten Referentinnen aus ihren jeweiligen Arbeitsbereichen und beantworten Fragen der Zuhörerinnen: Andrea Heuschmid und Solrun Jürgensen (Schattenriß), Gudrun Jache (Frauenkommissariat für Sexualdelikte), Songül Oruçoglu (Mädchentreff "Lilas Pause") sowie Renate Semken (Atlantik-Verlag). belladonna, Sonnenstraße 8, 20 Uhr.

Sa, 24.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. So, 21. Mai).

So, 25.

Bremer Un(Freiheit) - Frauenleben im 17. Jahrhundert - Frauengeschichtlicher Rundgang durch die historische Innenstadt (R: Christine Holzner-Rabe; V: belladonna in Kooperation mit dem Bremer Frauenmuseum). Wie frei oder "unfrei" lebten Bremerinnen im 17. Jahrhundert? Der Spaziergang durch die Innenstadt Bremens führt zu historisch bedeutenden Plätzen und Architekturen und interpretiert diese dem Thema entsprechend neu zu einem facettenreichen Bild der weiblichen Lebensumstände in jener ereignisreichen Zeit. Treffpunkt: Sögestraße/Ecke Schüsselkorb ("Schweineskulptur"), 14.00 Uhr.

Fr, 30.

Subversion - Jungle Party zugunsten des Infoladen Bremen, Oldenburg, Alhambra.

Obige Liste berücksichtigt Programme und Ankündigungen untenstehender VeranstalterInnen (ohne daß notwendigerweise Termine aufgenommen wurden)

Videoüberwachung im öffentlichen Raum

Kamera läuft

Langsam aber stetig schreitet sie auch in Deutschland voran: Die Videoüberwachung in öffentlichen Räumen und denen, die es einmal waren. Mal gilt sie als Patentlösung gegen Kriminalität und zur Revitalisierung von Innenstädten, dann ist sie wieder Routine bei der Überwachung von Geschäften, Tankstellen und Banken. Was aber sind die tatsächlichen Gründe und Folgen des Einsatzes von Closed Circuit Television (CCTV) (1)? Sind sie eine Lösung für Probleme oder nur eine technische Spielerei? Oder ermöglicht sie nun doch noch - unbeachtet von der Öffentlichkeit - die totale Überwachung aller Menschen?

Um es vorwegzunehmen: George Orwell wäre erstaunt, wenn er wüßte, wie fortgeschritten die Technik und wie ausgedehnt der Überwachungsdrang sechzehn Jahre nach dem berühmten Titel seines Romans ist.

Sieht man einmal von den Stadtstaaten Singapur und Monaco ab, so kann Großbritannien als Vorreiter für den exzessiven Einsatz von Videokameras gelten. Die Geschichte der sprunghaften Verbreitung von CCTV begann dort Mitte der 1980er Jahre. 1984 wurden anläßlich des Minenarbeiterstreiks Kameras installiert, um AktivistInnen besser identifizieren zu können. 1985 wurde damit begonnen, Fußballstadien zu überwachen, und Kameras in U-Bahnstationen verbreiteten sich in dieser Zeit zunehmend. Im selben Jahr wurde ebenfalls die erste Videoüberwachungsanlage im öffentlichen Raum installiert: Die Stadt Bournemouth setzte sie offiziell ein, um gegen Vandalismus vorgehen zu können. 1990 schließlich wurden erstmals drei *IRA*-Mitglieder ausschließlich aufgrund von Videoaufnahmen des Mordes an zwei Soldaten überführt und verurteilt.

Damit sind bereits wesentliche Motive für die Verbreitung, aber auch für die anfänglich hohe Akzeptanz von Videoüberwachung genannt. Fußballkrawalle waren vielen Menschen ein Dorn im Auge, und unzählige Verletzte und sogar Tote in und um Stadien ließen den Ruf nach Kameras gerade in den Medien lauter werden. PolitikerInnen, Polizei und Staatsanwaltschaft wiederum sehnten sich danach, bei politisch motivierten Protesten, wie auch in Brixton oder anläßlich der poll-tax-riots 1990, Ergebnisse bei der Strafverfolgung zu erzielen. Schlußendlich standen auch die Anschläge der *IRA* im Fadenkreuz der ErmittlerInnen, und gerade hier ließ sich leicht Zustimmung in der Bevölkerung finden (2). Im Jahre 1993 schließlich wurden zufällig zwei jugendlichen Mörder eines zweijährigen Kindes von einer Kamera erfaßt. Auch wenn die Tat dadurch nicht direkt aufgeklärt werden konnte, heißt es seitdem, daß ein Argument gegen Videoüberwachung ein Argument für Kindesmord ist. Je spektakulärer Ereignisse sind, die durch Video erfaßt werden oder werden könnten, um so größer ist der Ruf nach CCTV.

Im Ergebnis existieren heute in allen größeren Städten Großbritanniens CCTV-Anlagen, die auf den öffentlichen Raum ausgerichtet sind, und 200 in sich geschlossene Systeme sind in kleineren Städten installiert. Insgesamt sind dies, je nach Schätzung, 200.000 - 400.000 Kameras, die dieses Jahr ca. 100 - 300 Millionen Pfund an Kosten verursachen. Allein in der Londoner U-Bahn stehen 5.000 Kameras. Weitere 450 dienen der Überwachung des Straßenverkehrs, und eine unbekannte Anzahl weiterer, von Polizei oder Unternehmen betriebener Kameras filmen Fußgängerzonen, den Financial District oder Wohnviertel. Nicht eingerechnet sind dabei all die Kameras, die in Banken, Tankstellen, Kaufhäusern, Shopping Malls, Restaurants, Parkhäusern, Schulen, Bussen, Kneipen, Krankenhäusern, Altersheimen etc. und sogar in Toiletten von Schulen stehen, oder mit denen Menschen ihre NachbarInnen beobachten oder die Industrie ihre Konkurrenz ausspioniert (3). Es existiert also im Unterschied zu George Orwells 1984 nicht ein *„Big Brother"*, es handelt sich vielmehr um unzählige kleine Brüder. Und deren Kameras an all diesen, im eigentumsrechtlichen Sinne privaten, Standorten sind auch in

Mittels Laser wurden die Objektivlinsen getrübt, ätzende Flüssigkeiten in Behälter der Reinigungsflüssigkeit gegossen, Überwachungszentralen besetzt, Kameras mit Laken verdeckt, entsprechende Theateraufführungen vor den Augen der Kameras aufgeführt und Straftaten fingiert - Leute brachen in ihre eigenen Autos ein, simulierten Drogenhandel oder Schlägereien und fuchtelten mit Waffenattrappen vor den Kameras herum.

Deutschland weit verbreitet. Im öffentlichen Raum stehen vor allem die Innenstädte und Geschäftsviertel im Blickpunkt der Kameras. Revitalisierung und *'feel-good'*-Faktor sind dabei die Stichworte, die neben Unruhen und Anschlägen als Gründe für Videoüberwachung angeführt werden. Somit ist besonders der Einzelhandel aktiv, wenn es um die Implementierung von CCTV geht. In „Public-Private" Partnerschaften - also in Verbindung mit der Polizei oder den Kommunen - werden dann Überwachungsanlagen installiert. Town-Centre Manager sehen dementsprechend Videoüberwachung auch als wesentlichen Ansatz zur Verbesserung der Attraktivität der Innenstädte und zur Verhinderung von unerwünschten Erscheinungsformen wie Betteln, informellem Straßenhandel oder Skateboardfahren an, und dies noch weit vor beispielsweise der Verbesserung der Parkplatzsituation oder dem Einsatz von Werbematerial. *„CCTV doesn't just make sense - it makes business sense"*. Aber auch Versicherungen drängen auf den Einsatz von Videoüberwachung und bieten in manchen Städten bis zu 30% Discount bei Tarifen, wenn sich der Einzelhandel an Videoüberwachung beteiligt. Neben den Innenstädten werden aber auch sogenannte soziale Brennpunkte und Industrieviertel überwacht und auch BewohnerInnen von wohlhabenderen Stadtteilen fordern Videoüberwachung und bezahlen diese oftmals.

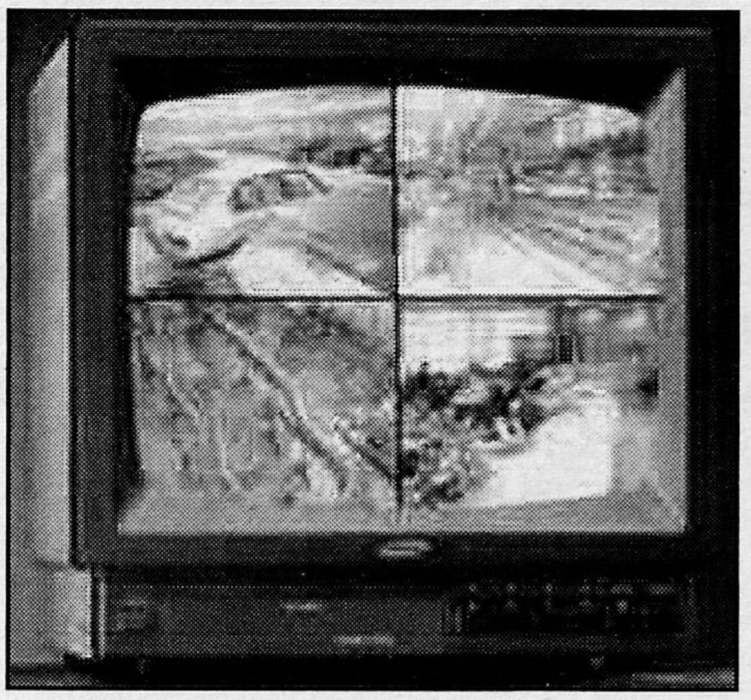
In Deutschland ist die Videoüberwachung des öffentlichen Raums bislang noch recht selten anzutreffen. Zur Überwachung des Verkehrs wird sie zwar bereits seit den 50er Jahren eingesetzt, und dabei werden auch nebenbei Demonstrationen überwacht oder auch sogenannte Randgruppen kontrolliert. Der explizite Einsatz zur Kriminalitätsprävention oder auch zur ver-

meintlichen Verbesserung des Einzelhandelsstandortes Innenstadt findet sich hingegen bislang nur auf Sylt (Westerland), Leipzig und Dresden. Während Sylt seine Attraktivität als Urlaubsort für die High-Society behalten möchte und der Einsatz sich dort unverblümt gegen *„Drogenszene und aggressive Bettler"* richtet - und dies nur zur Hauptsaison -, gilt Leipzig als das Modellprojekt zur Kriminalitätsbekämpfung in Deutschland. Dort werden die Innenstadt, der Hauptbahnhofsvorplatz und seit wenigen Wochen auch der lange Zeit von einer HausbesetzerInnenszene geprägte Stadtteil Connewitz mittels Kameras überwacht, sowie seit Neustem auch eine Straßenbahn. Parallel dazu werden Polizisten in Zivil eingesetzt, die als Festnahmetrupps fungieren (4). In jüngerer Zeit sind verschiedene Kommunen und Bundesländer dabei, ähnliche Initiativen vorzubereiten. Dabei handelt es sich neben Baden Württemberg, Hessen, Hamburg und Bayern auch um Bremen. Dort stehen die Innenstadt, der Bahnhofsvorplatz sowie die Sielwallkreuzung zur Diskussion. Aber auch einzelne Buslinien sollen videoüberwacht werden und die *Gewoba* plant in Tenever die Einrichtung einer Videoüberwachungsanlage mit bis zu 100 Kameras, um Diebstählen und Vandalismus vor allem in Tiefgaragen zu begegnen (5). Was ein Ergebnis davon sein könnte, zeigt einmal mehr ein Beispiel aus England: *„Im Nottinghamer Stadtteil Broxtone ist die Abgleichung des Kamerabildes mit der gesetzten Norm bereits Realität: Eltern, deren Kinder sich häufiger zusammenrotten, eher in Raufereien verstrickt sind oder wiederholt bei Diebstählen beobachtet werden, wird mit Kündigung gedroht. Ändert sich nichts oder werden einzelne Kinder straffällig, fliegt auch der Rest der Familie auf die Straße. Sippenhaftung als Möglichkeit der 'Wohnumfeldverbesserung'. Und als Alternative zu vorsorgender Verbrechensbekämpfung: Verlagerung"* (6).

Science Fiction?

Das Beispiel Großbritannien zeigt, welch scheinbar grenzenlose Möglichkeiten entstehen, um Städte und ihre BewohnerInnen zu überwachen. Aber nicht nur die Anzahl der Kameras ist entscheidend, sondern auch ihre technischen Möglichkeiten.

Während Anlagen, die bereits seit den 1980er oder frühen 1990er Jahren in Betrieb sind - und das sind in Großbritannien noch die Mehrzahl - eher eine bescheidene Bildqualität aufweisen und meist nur schwarz-weiß Aufnahmen liefern, sind neuere CCTV-Systeme in der Regel fernbedienbar, rundum schwenkbar, können große Flächen bis zu einer Meile überblicken und theoretisch auch aus 100 Metern einen Buchtitel lesen oder eine Tätowierung identifizieren. Sie verfügen oft über Restlichtverstärker oder Infrarotsichtgeräte, so daß sie auch bei Dunkelheit, Nebel oder Regen einsetzbar sind. Mal nehmen sie dauerhaft auf, mal werden nur die Bildschirme beobachtet, mal sind sie mit Bewegungsmeldern oder Mikrophonen gekoppelt und mal lösen sie erst Alarm aus, wenn in geschlossenen Räumen ein Mikrochip Veränderungen des Luftdruck registriert oder aber wenn sie auf Gerüche oder Berührungen programmiert wurden (7). Die neue Generation von Videoüberwachung, mit der im großem Umfang Arbeitsplätze eingespart werden könnten, hockt bereits in den Startlöchern. *„Thinking Cameras"* und *„Algorythmic Surveillance"* sind die neuen Stichwörter. Kameras, wie beispielsweise die z.Zt. im Londoner Stadtteil Newham erprobte Anlage - 140 Kameras! - , sollen dank entsprechender Software automatisch Personen, die in Bilddatenbanken erfaßt sind, in Menschenmengen identifizieren. Was jedoch in Fußballstadien mit Sitzplätzen und überschaubaren Gruppen von Hooligans als praktikabel erscheint, muß sich in der



Ins Fadenkreuz geraten Menschen aufgrund von visuellen Merkmalen wie Hautfarbe und Geschlecht.

bewegten Praxis von Fußgängerzonen noch bewähren. Denn bei aller neuen Software stößt die automatische Echtzeiterkennung z.Zt. noch bei der Hardware auf eine technische Grenze (8). Die Fehlerquote bei diesem Verfahren liegt noch bei 20%. Aber wenn aufgrund eines Verdachts ein Portrait von jemanden angefertigt worden ist, dann ist angeblich alles ganz einfach: *„Über ein biometrisches Verfahren werden Gesichtszüge analysiert. Gesichtsmuskel, Falten, Grübchen machen zusammen mit der Gesichtsform das Gesicht fast so unverwechselbar wie ein Fingerabdruck. Sogar mit Sonnenbrille, geänderter Frisur und frisch gewachsenem Bart kann das System nicht überlistet werden"* (9). Werden zudem noch Bewegungen berücksichtigt, liegt die Fehlerquote laut Herstellerfirma nur noch bei 0,1% - *„Vermummung ausgeschlossen"* (10). Die Erkennungsgeschwindigkeit ist dabei allerdings unberücksichtigt, d.h. bei einer entsprechend kleinen Datenbank und einer geringen Menschenmenge dürfte das so funktionieren. Bei mehreren hunderttausend gespeicherten Photos mit Zehntausenden sich bewegender Menschen könnte allerdings schnell das Limit erreicht sein. Solche Systeme werden daher bislang nur in Hochsicherheitsbereichen eingesetzt und für Geldautomaten geplant. Die britische Regierung unternimmt allerdings alles, damit sie in Zukunft - bei einem fortgeschritteneren technischen Standard - weitreichender eingesetzt werden können: sämtliche neuen Paßbilder werden digitalisiert und somit jährlich ca. 3,5 Millionen digitale Fotos in einer einzigen Datenbank neu erfaßt. Realistischer sind solche Einsatzmöglichkeiten jedoch erst einmal im kleineren Rahmen, wie z.B. in Fußballstadien oder wenn ein Kaufhaus oder auch eine Shopping Mall eine eigene, relativ kleine Datei mit erfaßten LadendiebInnen unterhält, und Videokameras der Durchsetzung des Hausverbotes dienen sollen.

Software läßt sich jedoch auch auf Verhaltensweisen oder bezüglich Menschenmassen programmieren. So können übliche Verhaltensweisen programmiert werden, und wenn jemand von diesen über einen Toleranzwert hinaus abweicht, wird Alarm ausgelöst, oder das System erfaßt „unübliche" Dynamiken von z.B. Demonstrationen, oder das Entstehen von Menschenansammlungen wird erkannt. Durch die Kombination von verschiedenen Merkmalen, wie z.B. Geschlecht, Hautfarbe, Haarlänge etc. könnten somit automatisch bestimmte Personengruppen erkannt werden. Computerprogramme würden damit von ihren ProgrammierInnen Stereotypen bzw. Ausgrenzungs- und Diskriminierungsvorgaben übernehmen. Dies ist jedoch noch Zukunftsmusik. Standard sind eher einfache Schwarzweiß- oder Farbkameras, die schwenkbar sind und über Zoomobjektive verfügen. Doch vor wenigen Jahren war auch der heutige Stand noch undenkbar, und mit dem Preisverfall bei der Computertechnologie wird vermutlich alles daran gesetzt werden, um teures Personal durch Software zu ersetzen und Überwachungsmöglichkeiten zu verfeinern.

Was bereits alles möglich ist und praktiziert wird, verdeutlicht auch das Beispiel der Verkehrsüberwachung in London. Der gesamte Innenstadtring kann nicht mehr befahren werden, ohne daß alle Kfz-Kennzeichen registriert und überprüft werden (11). Der Financial District ist sogar so stark kontrolliert, daß automatisch Alarm ausgelöst wird, wenn ein Auto in einen bestimmten Bereich fährt und diesen nicht innerhalb kurzer Zeit wieder verläßt. Aber auch GeisterfahrerInnen und Geschwindigkeitsübertretungen lassen sich selbständig erfassen.

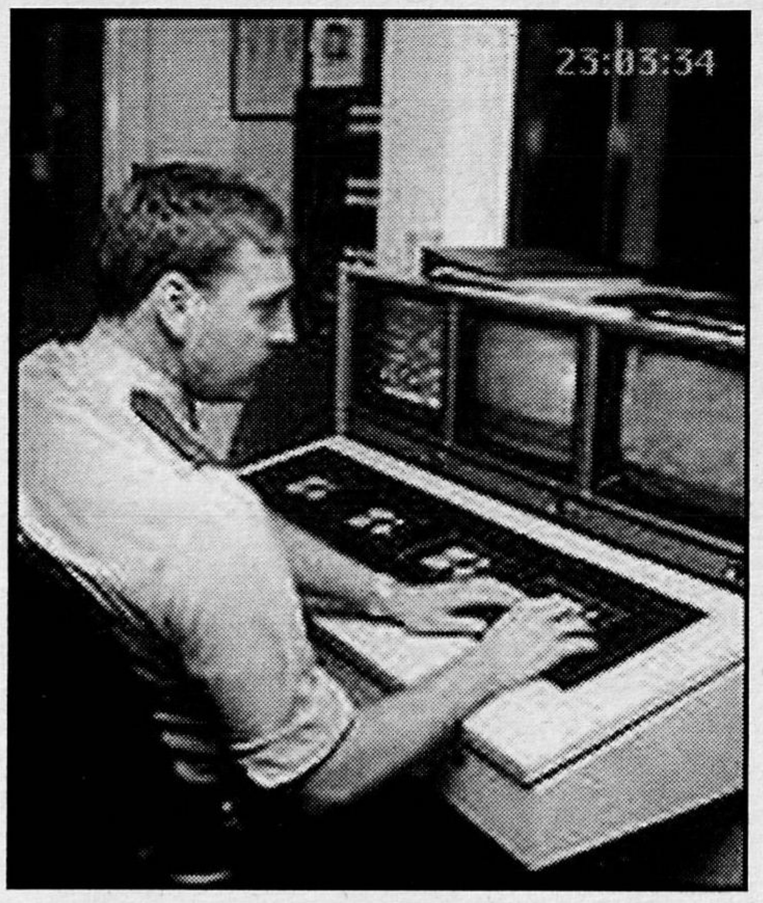
Trotz aller technischen Möglichkeiten verläuft Videoüberwachung nicht problemlos. So existieren nicht nur politische Widerstände oder juristische Schranken - je nach Rechtslage in den einzelnen Ländern oder je nach Aktivität der örtlichen DatenschützerInnen - , sondern auch technische Hindernisse. Sonnenlicht oder Scheinwerfer dürfen nicht vertikal auf die Objektive treffen, starker Regen kann die Aufnahmen behindern, die Räume müssen so gestaltet sein, daß keine Bäume, Denkmäler, Mauern etc. die Sicht blockieren und vor allem müssen die high-tech Anlagen auch bezahlt werden. Das größte Problem ist bislang jedoch noch die Bilderflut, sowie die Tatsache, daß ohne zusätzlichen Ton - denn die Aufnahme von Gesprächen ist (offiziell) fast überall verboten - der Eindruck von Bildern täuschen kann und daß die Beobachtung von eventuell Dutzenden von Monitoren - auf denen fast die gesamte Zeit belanglose Handlungen geschehen - eine der Idee inhärente Langeweile darstellt. Selbst wenn also Kameras Bilder permanent übertragen, wird vieles nicht registriert. Wie schwierig die Auswertung des Bildmaterials ohne entsprechende Software ist, zeigt ein einfaches Rechenbeispiel aus Glasgow. Dort nehmen „nur" 32 Kameras Bilder aus dem öffentlichen Raum auf. Dies ergibt 768 Stunden Datenmaterial pro Tag, die an einem einzigen Tag aufgenommen wurden und im Verdachtsfall gesichtet werden müßten. Die Polizei wird zwar nicht alle Aufnahmen betrachten, sondern Filmsequenzen, der Arbeitsaufwand dürfte anhand dieses Beispiels jedoch deutlich geworden sein.

Wie scheinheilig oftmals die Argumentation für Videoüberwachung ist, zeigt auch die Entdekkung der Sicherheit von Frauen in den Innenstädten:

Das Problem als Lösung

Entgegen jeglicher statistischer Erkenntnisse, daß nämlich ganz überwiegend Sexual- und Gewaltdelikte bzw. sexualisierte Gewalt an Frauen von Freunden, Bekannten, Verwandten und damit im unmittelbaren Privatbereich begangen wird, und daher Frauen eigentlich nur geraten werden kann: *„Verlaßt eure vier Wände so oft ihr könnt, traut keinem eurer Beschützer und rettet euch in die Stadt"* (17), wird von Seiten der Politik und Polizei regelmäßig auf die Gefahr der Stadt gerade für Frauen hingewiesen. Dabei geht es allerdings meist nicht um durchschnittliche Männer und deren Verhalten Frauen gegenüber. Statt dessen stehen die klassischen, von Medien und Politik konstruierten Tätergruppen im Vordergrund - nämlich Obdachlose, vermeintliche KonsumentInnen von Drogen und per se Ausländer -, und auch Schikanen von Polizisten an Migrantinnen sind dabei nicht gemeint. Das Problem liegt jedoch hauptsächlich bei den „normalen" Alltagserscheinungen bzw. bei den alltäglichen Belästigungen durch Männer aller Schichten und aller Altersgruppen, und dies wird auch im Zusammenhang mit Videoüberwachung deutlich.

In privaten wie öffentlichen Räumen werden Frauen ganz besonders beobachtet. Dies zeigt sich im „normalen Mißbrauch" von Überwachungskameras, wenn Frauen in Umkleideräumen am Arbeitsplatz gefilmt werden oder auch wenn Polizisten, wie beispielsweise in einem bekannt gewordenen Fall aus Brooklyn/New York, Großaufnahmen von Frauen bzw. einzelnen Körperteilen schossen (18). Zwar erregen solche Fälle bei bekanntwerden öffentliches Aufsehen, unbeachtet bleibt jedoch der „normale Gebrauch" von Videokameras durch überwiegend männliches Überwachungspersonal, der nicht besonders thematisiert wird. Das Problem ist nicht, daß Frauen Angst vor Kriminalität oder



Videoüberwachung reduziert keinesfalls das Anstarren von Frauen, sondern ergänzt es durch die Beobachter hinter der Kamera.

spezifischen Gefahren haben, sondern daß die gesamte Bandbreite männlich dominanten Verhaltens sie bei einer freien unabhängigen Lebensgestaltung behindert. Dies schlägt sich dementsprechend auch in ihrer Präsenz im öffentlichen Raum nieder: Sowohl tags als auch nachts nutzen doppelt so viele Männer wie Frauen die Stadtzentren und deren Einrichtungen wie Kneipen und Clubs zur Freizeitgestaltung. Während sich ebenfalls Männer von typisch männlichem Verhalten, wie Schlägereien und Trunkenheit zusammen mit *„rowdiness"* gestört oder bedroht fühlen, reagieren Frauen - im Unterschied zu Männern - schlicht und einfach damit, entsprechende Räume zu meiden. Männer sind auch hierdurch wesentlich öfter Opfer und Täter im Zusammenhang mit physischer Gewalt im öffentlichen Raum als Frauen. Frauen fühlen sich jedoch explizit von dem belästigt und damit auch unwohl und unsicher, was Männer als Spaß ansehen bzw. was Männer denken, was Frauen gefällt - nämlich das Anstarren, Hinterherrufen etc. Das Hauptproblem ist also die unerwünschte Aufmerksamkeit und die daraus resultierende Belästigungen, die Frauen im öffentlichen Raum durch Männer erfahren. Die Frage in bezug auf Videoüberwachung ist daher nicht, ob real die Sicherheit von Frauen verbessert wird, sondern das Problem ist, daß Videoüberwachung keineswegs das Anstarren oder andere Belästigungen durch Männer reduziert sondern viel mehr die ständige Beobachtung noch durch die Männer hinter den Kameras ergänzt wird. Das sonst so oft herangezogene subjektive Sicherheitsgefühl bzw. der bereits erwähnte *'feel-good'* Faktor wird also für Frauen gar nicht verbessert. Daß dies tatsächlich so ist, belegt auch eine Studie der *University of Hull*, bei der 888 *„targeted surveillances"* ausgewertet wurden: bei jeder zehnten Frau, die länger beobachtet wurde, geschah dies nur zum Zwecke des Voyeurismus (19). Videoüberwachung ist also nicht - wie z.B. die bessere Ausleuchtung öffentlicher Räume - nur eine *„technokratische Symptombekämpfung"*, sondern sogar eine institutionalisierte Fortschreibung des Problems, welches angeblich bekämpft werden soll.

„Randgruppen" im Fadenkreuz der Kontrolleure

Während die Videoüberwachung von Frauen offenbar auch dazu dient, männliches Dominanzgefühl zu befriedigen und an den Monitoren u.a. Voyeurismus die Motivation für verstärkte Observation ist, zielt sie bei gesellschaftlichen Randgruppen auf konkrete Überwachung und räumliche Ausgrenzung. Visibilität ist auch hier von Bedeutung. Ähnlich wie im Zusammenhang mit dem Entstehen von polizeilichen Kriminalstatistiken unterliegen bestimmte Personengruppen einem erhöhten Kontrolldruck. Bei Videoüberwachung verstärkt sich dies: Zum einen geraten Menschen aufgrund von visuellen Merkmalen, wie Haut- oder Haarfarbe, Alter und Geschlecht, ins Fadenkreuz der ÜberwacherInnen, und zum anderen wird den bereits erwähnten unerwünschten Verhaltensweisen eine erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt, und diese werden wiederum in der Regel einzelnen Bevölkerungsgruppen zugeschrieben.

Auch hier kann wieder auf die Studie der Kriminologen der *University of Hull* zurückgegriffen werden: 40% der observierten Personen wurden ohne spezifischen Grund wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe überwacht. Schwarze wurden 1½ bis 2½ mal so oft überwacht, wie es ihrer statistischen Repräsentanz in der Bevölkerung entspräche. 30% der Schwarzen wurden über neun Minuten hinaus beobachtet, bei Weißen waren dies nur 10%. Weiterhin waren vor allem Jugendliche in Gruppen - und ganz besonders schwarze -, BettlerInnen, Betrunkene, Obdachlose und informelle StraßenverkäuferInnen Opfer von gezielter Videoüberwachung. Aus den erwähnten 888 „Zielüberwachungen" resultierten lediglich 12 Fest-

Bildstörung:

Innere Sicherheit im Brennpunkt Stadt

Seitdem Innensenator B. Schulte im Dezember letzten Jahres die Videoüberwachung öffentlicher Räume in der Innenstadt gefordert hat, ist auch in Bremen die Debatte eröffnet. Am 18. Mai findet um 20 Uhr im Schlachthof (Kesselhalle) eine Podiumsdiskussion zu diesem Thema statt. Es diskutieren:

Bernt Schulte (Senator für Inneres, Kultur und Sport. „Sie (die Videoüberwachung) ist (...) ein hervorragendes Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung in der Innenstadt." WR, 22.12.99)
Thomas Leithäuser (Professor für Psychologie an der Uni Bremen, Leiter des Projekts „Sicherheit im öffentlichen Raum")
Robert Bücking (Ortsamtsleiter Östliche Vorstadt. "Die Drogennehmer und Alkoholiker, die sich im 'Viertel' öffentlich treffen, sind eine große Belastung für jeden, der in der Nachbarschaft ihrer Treffpunkte lebt oder Geschäfte macht." Interview in: Müller/Dröge: Die Straße, HB 1998, S.126)
Klaus Ronneberger (Stadtforscher und Publizist aus Frankfurt a.M.. „Was den Protagonisten der inneren Sicherheit vorschwebt, ist die Wiederkehr eines autoritären Staates, der durch Disziplinierung und Repression politisch definierte Normen durchsetzt." Ronneberger/Lanz/Jahn: Die Stadt als Beute, Bonn 1999, S.138f.)
Moderation: Ulrike Petzold (Radio Bremen)

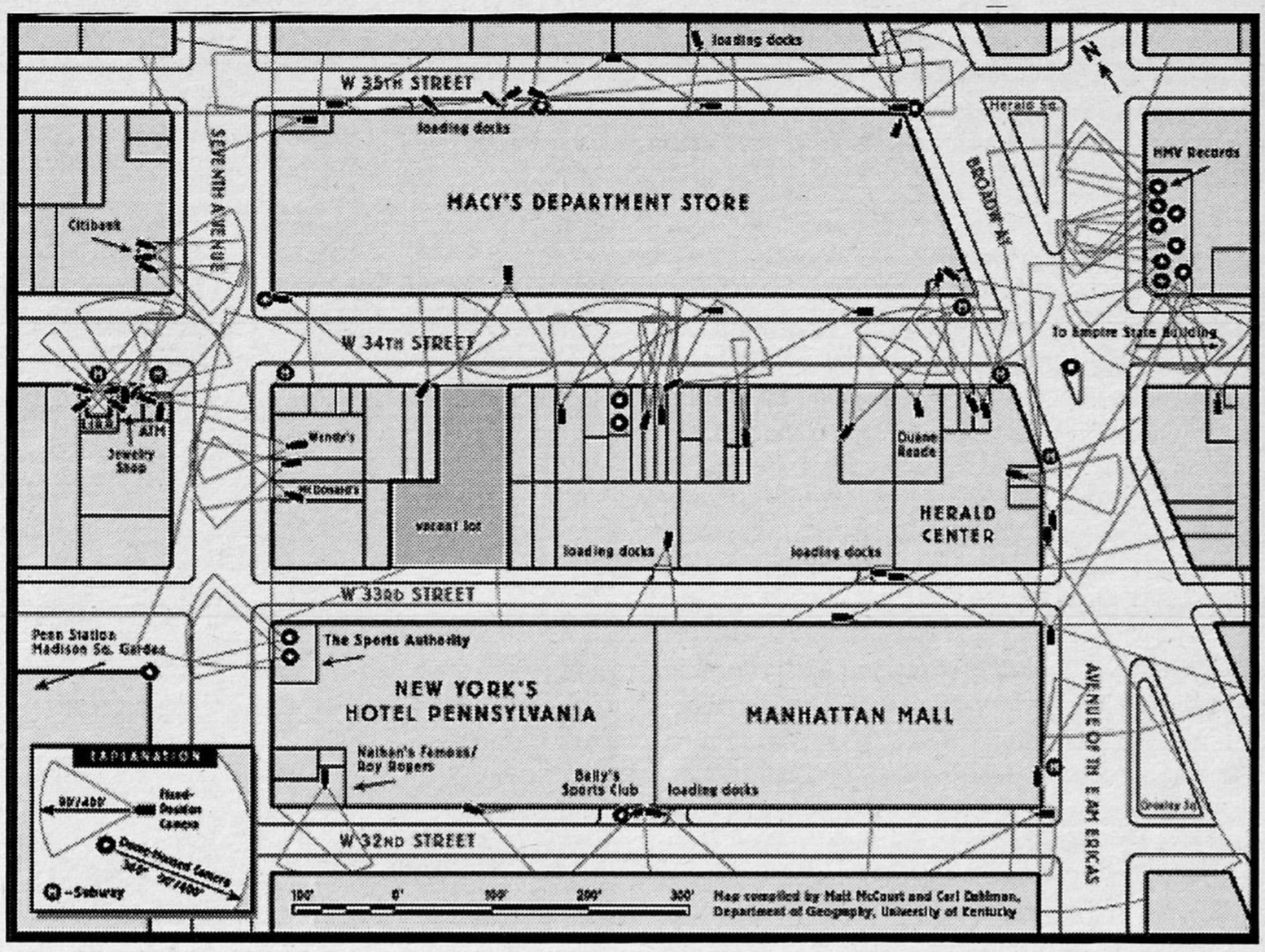
Die Podiumsdiskussion ist zugleich Auftakt zur Veranstaltungsreihe "Safety First - innere Sicherheit im öffentlichen Raum", die mit künstlerischen und wissenschaftlichen Beiträgen im September und Oktober stattfinden wird. Veranstalter ist der Schlachthof in Kooperation mit city.crime.control und dem Arbeitslosenzentrum Tenever (vgl. den Schwerpunkt der ZETT März 2000).

Einer solchen Aufgabe stellte sich daher 1996 auch die Polizei aus Manchester nach einem Anschlag der *IRA*. Sie war mit 2.000 Stunden Aufnahmen konfrontiert - ein Ergebnis ist nicht bekannt.

Fragliche Ergebnisse

Kameras im öffentlichen Raum sollen im wesentlichen zwei Aufgaben erfüllen: Erstens im Vorfeld disziplinieren, d.h. das Panoptische der Videoüberwachung liegt darin, daß jeder Mensch im öffentlichen oder semi-öffentlichen Raum zwar jederzeit damit rechnen muß, überwacht zu werden, er/sie aber nie weiß, ob und wann es tatsächlich geschieht und von wem. Aber allein die potentielle Überwachung soll disziplinierend wirken und Verhaltensabweichungen unterbinden. Damit sollen unerwünschte Verhaltensweisen in den Innenstädten oder Einkaufszentren, die andere Menschen möglicherweise beim Konsum stören, verhindert werden. Der zweite Aspekt ist Aufklärung von Kriminalität bzw. Beweissicherung. Die erwähnten spektakulären Fälle - wie auch die Überführung eines der *„Oklahoma-Bomber"* - dienen zur Durchsetzung von Videoüberwachung. Das bedeutet, mögliche „kriminelle Subjekte" werden von der Tat abgehalten, weil sie anschließend sowieso gefaßt werden. Doch ist dies alles wirklich so?

Regelmäßig wird von einer bahnbrechenden Reduzierung von Kriminalität berichtet. Betrachtet man jedoch Einzelfälle näher, so ist dies nicht mehr ganz so eindeutig. Das Beispiel von Redton (Pseudonym für eine nordenglische Stadt) bringt wesentlich differenziertere Ergebnisse zu Tage, und die wenigen existierenden Studien zu anderen Städten bestätigen die nicht einheitlichen Ergebnisse: In bezug auf Redton wurden längere Zeiträume vor und während des Betriebs von CCTV untersucht. Dabei wurden verschiedene Erhebungsmethoden zur Erfassung von Kriminalität berücksichtigt. Als Resümee der Studie stellt der Kriminologe David Skinns fest: *„(...) in the first year of operation the introduction of CCTV did not lead to a statistically significant reduction in all offences recorded in the area under surveillance. However it did lead to a significant reduction in theft of and from motor vehicles in this area. Further, the introduction of CCTV did lead to a diffusion of benefits to the area immediately surrounding the system. Whilst there was no evidence to support the view that the cameras merely displaced Crime from the streets inside commercial premises, there was evidence that a significant displacement to the outlying townships occurred"* (12). Der Autor betont jedoch, daß auch diese Studie zu kurz war, um Langzeiteffekte evaluieren zu können. Unberücksichtigt bleiben weiter Gewöhnungseffekte, andere, zusätzliche Polizeistrategien, Änderung der Nutzungsform der Räume, Änderungen in der Sozialstruktur etc.. Auch die oft thematisierte Vermutung, daß Menschen zu geringerer Anzeigentätigkeit neigen, da sie davon ausgehen, daß sowieso alle Vorkommnisse beobachtet werden, bleibt unberücksichtigt (13). Da zudem polizeiliche Kriminalstatistiken überwiegend Tätigkeitsberichte der Polizei sind, ist es nicht verwunderlich, daß in anderen Studien oftmals sogar ein Anstieg von Kriminalität zu verzeichnen ist. Vor allem inkriminierte Handlungen wie Drogenhandel



Suchbild: Bitte finden Sie den Platz, an dem Sie sich ungestört daneben benehmen können.

oder Ordnungswidrigkeiten, die sonst nicht angezeigt würden, steigen daher an. Delikte hingegen, die im Zusammenhang mit exzessiven Alkohol- oder Drogengenuß stehen, lassen sich - ähnlich wie z.B. Eifersuchtsdramen - sowieso nicht durch CCTV verhindern. Einheitliche Aussagen über die Auswirkungen von Videoüberwachung können folglich nicht getroffen werden. Weder über Rückgang oder Anstieg von Kriminalität, noch über Verlagerungseffekte. Gerade Aussagen, die sich ausschließlich an einfachen Polizeistatistiken orientieren, sind daher fraglich, vor allem dann, wenn Videoüberwachung als monokausale Erklärung für einen Kriminalitätsrückgang in überwachten Gebieten genannt wird.

Im Vorfeld disziplinierende Effekte sind also in Bezug auf Kriminalität kaum zu erkennen. Eher scheinen sie bei den Verhaltensweisen zu wirken, die vermutlich auch in Wahrheit Hintergrund für die Videoüberwachung sind: *„Die Kamerasysteme* [werden] *vor allem dazu verwendet, 'asoziales' Verhalten wie Urinieren auf öffentlichen Plätzen, Rauchen unter 18, Graffitischmierereien, Vandalismus, Trunkenheit und Schummeln mit dem Parkschein zu ahnden"* (14). Es scheint nicht die Kriminalitätsprävention das Ziel zu sein (bzw. ausschließlich als Generalprävention durch Androhung von Strafe), sondern die anschließende Verfolgung von unerwünschten Handlungen und Straftaten. Bei den genannten Ordnungswidrigkeiten können Sicherheitsdienste und Polizei schnell intervenieren, denn BettlerInnen flüchten nicht. Ernsthafte Straftaten oder politisch motivierte Aktionen können jedoch auch oder nur im Nachhinein verfolgt und kriminalisiert werden, wenn auch mit extrem hohem Aufwand (15). Vorausgesetzt, die Aufnahmen wurden gespeichert.

Doch ob sich die Attraktivität der Innenstädte für KundInnen bzw. deren Sicherheitsgefühl dadurch verbessert, daß sie wissen, daß ein Verbrechen aufgeklärt wird, nachdem es verübt wurde, ist doch mehr als fraglich. Doch selbst die Aufklärungsquoten durch Videoüberwachung sind - vor allem in Deutschland - bescheiden: Die Leipziger Polizei präsentiert zwar anhand ihrer, nicht anderweitig verifizierbarer, Daten einen beträchtlichen Kriminalitätsrückgang in dem überwachten Innenstadtbereich, aber dennoch wurden in 21 Monaten zwischen dem 01.04.1997 und dem 31.12.1998 immer noch insgesamt 1217 Straftaten (Diebstähle von und aus Kfz, Taschendiebstähle, Raub/räuberische Erpressung, Körperverletzungen und Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetzt) unter den Augen der Kameras verübt. Zur Aufklärung bzw. zu Festnahmen aufgrund von Videobildern kam es gerade mal in 11 Fällen. Das entspricht einer Quote von 0,9%, und das, obwohl der Bereich theoretisch permanent observiert wurde (16). In der Praxis sieht dies jedoch anders aus: Entweder die Kamera hat dort den gesamten Bahnhofsvorplatz im Blick, dann ist der Ausschnitt so groß, daß keine Details erkannt werden können, und wenn einzelne Personen herangezoomt werden, sieht man die übrigen ca. 99% des überwachten Bereichs nicht. Das bedeutet, daß die Kamera vorwiegend bei zuvor erfolgten Hinweisen eingesetzt wird, oder bei zufällig entdeckten „verdächtigen" Handlungen, wenn z.B. eine Person von einem Parkplatz wegrennt. Ein eventueller Autoaufbruch kann kaum erkannt werden, wohl aber eine anschließende Flucht. Aber selbst aus Großbritannien, wo die Kamera- und damit die Überwachungsdichte wesentlich höher ist, werden keine wesentlichen Aufklärungserfolge durch Videoüberwachung berichtet: In Airdire/Schottland liegt laut Polizeilicher Kriminalstatistik eine Steigerung der Gesamtaufklärungsquote von 50% auf 58% vor. Hier wären möglicherweise 8% auf Videoüberwachung zurückzuführen, wobei wiederum andere Faktoren nicht berücksichtigt werden können. Dies ist jedoch angesichts der Tatsache, daß wesentlich mehr Kameras im Einsatz sind und Bilder gespeichert werden, und ebenfalls im Vergleich zum Aufwand und der Tatsache, daß theoretisch Sicherheitspersonal und PolizistInnen alle Delikte beobachtet haben müßten, eine kaum nennenswerte Steigerung.

nahmen und davon sieben wegen Schlägereien und drei wegen Diebstahls. Was also im Endeffekt als Problem identifiziert, observiert und möglicherweise sanktioniert wird, hängt von den Einstellungen, Vorgaben und der Ausbildung der BeobachterInnen ab. Jemand, der Dreadlocks trägt, kann in den Augen des Überwachers kein seriöser Kunde von (teuren) Schweizer Uhren sein und ist daher verdächtig, genauso wie per se Gruppen von Jugendlichen als Ordnungs- oder Sicherheitsrisiko eingestuft werden. Vorurteile und Stereotypen geben den Ausschlag, wer überwacht wird und wer nicht - oder eben explizite Vorgaben z.B. von Firmen wie *Marks & Spencer,* die z.T. auch im öffentlichen Raum selbst CCTV Anlagen unterhalten. Daß auch andere unbeliebte Personengruppen oder Aktivitäten ins Visier geraten können, und daß sich Videoüberwachung nicht nur stationär und in den Städten vollzieht, soll ein weiteres Beispiel verdeutlichen. In Großbritannien wurden Infrarotsichtgeräte, die sogar aus 600m Höhe Personen in zwei Kilometer Entfernung erkennen können, eingesetzt, um illegale Techno-Parties zu verhindern: *„The day before a helicopter search located sound equipment hidden in a wood. The equipment was seized and the organiser of the rave were arrested. Later that evening, the helicopter took off again and used the infrared camera locate the party goers who were flooding into the area. Using microwave airborne transmitter, these pictures were sent back to a police control room 50 kilometres away near Oxford. Here, senior officers were able to see everything that was happening and to coordinate the police who were at the scene, dispersing would-be ravers"* (20). Die heutzutage praktisch nicht mehr existenten Raves, bei denen nicht das Stadtsäckle - wie in Berlin bei der Love Parade - oder andere Kassen üppig gefüllt werden, waren und sind offenbar nicht tolerierbar.

Die Omnipräsenz von Videokameras trifft jedoch nicht nur die Sphäre von Randgruppen, Frauen oder RaverInnen. Dadurch, daß in Großbritannien bereits nahezu alle Innenstädte überwacht werden, wird auch der durchschnittliche männliche Innenstadtbesucher beäugt, und das dürfte auch ihm nicht lieb sein. Bei vielen Handlungen läßt man(n) sich nämlich ausgesprochen ungern beobachten: Wenn diskret soziale Beratungsstellen oder Praxen von PsychologInnen aufgesucht werden sollen, man sich an einer Gewerkschaftsveranstaltung beteiligt oder in einer Bürgerinitiative engagiert, sich unauffällig aus einem Sexshop schleichen oder ein wenig Kokain erwerben möchte, sich mit der (oder dem) heimlichen Geliebten trifft oder Koffer mit Geld übergibt. Videoüberwachung überwacht alle Menschen, die sich in den entsprechenden Räumen aufhalten. Lediglich die Folgen, Intentionen und die Häufigkeit der Überwachung variiert. Einmal entstandene Aufnahmen landen dann - zumindest in Großbritannien - des öfteren auch im Fernsehen oder werden sowohl legal als auch illegal (je nach Inhalt und Zustandekommen der Zusammenschnitte) als Videos vertrieben. Reality TV erfreut sich hoher Einschaltquoten und sogar Selbstmordversuche, die heimlich gefilmt wurden, werden gesendet. Um so erstaunlicher ist es, wieso scheinbar eine überwältigende Mehrheit Videoüberwachung im öffentliche oder pseudo-öffentlichen Raum für gut und wichtig erachtet.

Akzeptanz oder Résistance?

Zahlreichen Befragungen zur Folge, erfreut sich Videoüberwachung einer großen Zustimmung. 95% ist dabei die magische Zahl, die vor allem bei Amateurerhebungen von lokalen Zeitungen und Fernsehsender oder aber durch die örtliche Polizei in Großbritannien hervorgebracht wird. Aber auch wissenschaftliche Studien bringen Zustimmungsergebnisse um die 70% hervor. Hier ist zwar bereits eine größere Diskrepanz festzustellen, aber die Zustimmung ist immer noch sehr hoch. Nun ist hinreichend bekannt, daß Erhebungen, die Einstellungen abfragen, höchst unterschiedliche Ergebnisse hervorbringen. Wer wird befragt und wie wird gefragt, ist dabei der Knackpunkt. Aber selbst Testuntersuchungen, die mit Pro, Contra und neutralen Fragen zu Videoüberwachung versuchen, die Stimmungslage zu überprüfen, bringen eine hohe Zustimmung hervor. Dabei sprechen sich zwar die Menschen, welche die überwachten Räume hauptsächlich nutzen, weniger für CCTV aus, als die durchschnittliche Bevölkerung, aber selbst wenn alle Unwägbarkeiten heruntergerechnet werden, äußern sich immer noch fast 50% positiv zu Videoüberwachung. Angesichts der Tatsache, daß inzwischen in englischen Großstädten fast kein Schritt mehr getan werden kann, ohne daß man beobachtet wird, ist dies immer noch ein sehr erstaunliches Ergebnis. Stört sich wirklich kaum noch jemand ernsthaft an totaler Überwachung?

Ganz so einfach scheint es doch nicht zu sein, denn obwohl mit *IRA*-Anschlägen, Hooligans und Kindesentführung Stimmung gemacht wurde, wandelt sich die Realität in Großbritannien und Umfragen von Anfang der 1990er Jahre könnten heute zu anderen Ergebnissen kommen. Es scheint, daß sich mit der exzessiven Verbreitung von Videoüberwachung auch das Bewußtsein wandelt und mit der Verbreitung nun auch die Ablehnung langsam zunimmt. Der Direktor der Bürgerrechtsorganisation *Privacy International* Simon G. Davies verweist daher auch auf eine andere Untersuchung, die sogar ebenfalls von Anfang der 1990er Jahre stammt. Demnach ist Videoüberwachung nicht nur akzeptiert, sondern gleichzeitig fordert jedeR zehnte Befragte die Entfernung der Kameras und 72% glauben sogar, daß die Technologie mißbraucht werden kann und immerhin noch 37% meinen, daß die Regierung in Zukunft die Bevölkerung damit auch tatsächlich überwachen wird (21). Seit 1997 scheint sich nun zusätzlich auch aktiver Widerstand gegen CCTV-Überwachung zu formieren. So dokumentiert Davies nicht nur Aktivitäten von BürgerInneninitiativen, sondern auch zahlreiche Sabotageaktionen, die auch die z.T. mit kugelsicheren Gehäuse und mit automatischen Alarmsystemen ausgerüsteten Anlagen in Mitleidenschaft zogen: Mittels Laser wurden die Objektivlinsen getrübt, ätzende Flüssigkeiten wurden in Behälter der Reinigungsflüssigkeit gegossen, unter Systemen, die Bilder mittels Mikrowellen übertragen, wurden Kindertreffpunkte eingerichtet und die Kinder bekamen mit Helium gefüllte Luftballons mit reflektierenden Industriefoliestreifen in die Hand gedrückt, Überwachungszentralen wurden besetzt, Kameras mit Laken verdeckt, entsprechende Theateraufführungen vor den Augen der Kameras aufgeführt und Straftaten fingiert - Leute brachen in ihre eigenen Autos ein, simulierten Drogenhandel oder Schlägereien und fuchtelten mit Waffenattrappen vor den Kameras herum. Auch Kampagnen mit Aufklebern, die massenhaft verklebt, auf Videoüberwachung hinwiesen, förderten das Bewußtsein über die permanente Videoüberwachung. Der Protest ist vielfältig, und das hat auch der *'Reclaim the Streets Day'* im Juni letzten Jahres in London gezeigt, bei dem Tausende gegen die Umstrukturierung und Überwachung der Städte protestierten. Wenn von überwältigender Zustimmung geredet wird, sind also Zweifel angebracht. Lassen sich die Menschen anfangs noch von Medienberichten und spektakulären Einzelerfolgen von Videoüberwachung beeindrukken, so scheint im Laufe der Zeit nicht nur ein Gewöhnungseffekt einzutreten, sondern auch das Bewußtsein über die Überwachung und damit die Ablehnung zu steigen.

In anderen Ländern sieht es ähnlich aus. Während sich in Frankreich Videoüberwachung zwar trotz Widerstände verbreitet, wurde in Dänemark CCTV grundweg als Ausspionieren der BürgerInnen abgelehnt. In New York, wo inzwischen über 2.000 meist private Kameras den öffentlichen Raum von Manhattan beobachten, hat die *New York Civil Liberties Union* eine digitale Straßenkarte veröffentlicht, auf der alle entdeckten Kameras eingezeichnet sind und in Kalifornien wehrte sich ihr Äquivalent, die *American Civil Liberties Union of Northern California*, auf dem rechtlich-administrativen Weg 1999 zum zweiten Mal erfolgreich gegen Videoüberwachung in Oakland.

Nichts desto trotz muß man sich auch fragen, ob nicht ein Jahrhundert des Exhibitionismus und Voyeurismus auf uns zukommt, denn neben der Videoüberwachung boomen Talkshows, bei denen die Menschen ihr Intimleben präsentieren, Webcams übertragen aus privaten Wohnzimmern, Räume wie der Bremer Universitätscampus oder Bushaltestellen in Beverly Hills sind im Internet einsehbar und die Big Brother Show aus Holland wird in eigener Auflage seit kurzem auch im deutschen Fernsehen ausgestrahlt. Was Regierungen und Unternehmen zum Sammeln von Daten und zur Überwachung verleitet, liegt auf der Hand: Sie wollen ihre spezifischen Interessen oder Machtpositionen schützen und ausbauen. Was Menschen jedoch dazu treibt, dies zu ignorieren oder sich gar massenhaft freiwillig daran zu beteiligen und entsprechende Bilder im Reality TV gierig zu konsumieren, bleibt dahingestellt. Es scheint jedenfalls, als ob zwar ein reges Interesse besteht, „reales Leben" zu konsumieren und dies auch live. Aber live scheint sich nur auf den Zeitpunkt und nicht auf den Ort zu beziehen. Denn so sehr im Fernsehen reale Alltagsbilder und -geschichten ausgestrahlt und konsumiert werden, um so weniger scheinen sich die Menschen mit diesen Geschichten tatsächlich und vor Ort auseinandersetzen zu wollen. Im Fernsehen gerne, aber nicht vor dem eigenen Haus oder in den artifiziellen Welten der Einkaufszentren.

Jan Wehrheim

(redaktionell gekürzt und leicht überarbeitet)

Anmerkungen.
(1) CCTV bezeichnet einen geschlossenen Kreislauf von Fernsehsende- und -empfangseinrichtungen, er dient also einem 'privaten', geschlossenen Teilnehme-

rInnenkreis. Gemeint sind damit die unzähligen einzelnen Videoüberwachungsanlagen.
(2) Auch in Deutschland lassen sich ähnliche Hintergründe erkennen: Im Kontext von Anschlägen der *RAF* wurden in einem Radius von 30 km um das NATO-Hauptquartier in Heidelberg verdeckt mit 13 Kameras im öffentlichen Raum aufgestellt.
(3) Allein in Großbritannien werden jährlich ca. 125.000 Miniaturkameras, in Größe eines Kugelschreibers oder etwas kleiner oder etwas größer verkauft. Besonders in den USA verbreiten sich auch Kameras, die zuhause Kindermädchen überwachen, oder aber die Kinder und ihr Umfeld - z.B. ErzieherInnen - werden rund um die Uhr überwacht, und die Bilder sind live im Internet vom Arbeitsplatz oder Zuhause abrufbar.
(4) Der Leipziger Hautbahnhof, als Paradebeispiel der neuen Generation von Bahnhöfen, weist sich ebenfalls durch eine Omnipräsenz von Videokameras aus: Z.Zt. sind es innerhalb des Bahnhofsgebäudes 120 und diese sollen noch auf 160 aufgestockt werden, um laut Aussage des Bahnhofsmanagments die Sauberkeit gewährleisten zu können. Mit so vielen Kameras und drei Angestellte pro Schicht an jeweils neun Monitoren, ist dies wohl weltweit das teuerste Sauberkeitsprojekt. Wobei doch auffällig ist, daß die ebenfalls zahlreich angestellten Schwarzen Sheriffs sich weniger der Sauberkeit, als vielmehr z.B. mit SchülerInnen, die auf dem Boden sitzend auf ihre Züge warten, widmen und diese schnell zur Ordnung rufen - koordiniert durch die 3-S-Zentrale.
(5) Buten und Binnen vom 30.11.99 (Bremer Lokalfernsehen)
(6) Levine (1995), zit. in: Sack, Fritz / Nogala, Detlef / Lindenberg, Michael (1997): „Social Control Technologies" - Aspekte und Konsequenzen des Technikeinsatzes bei Instanzen strafrechtlicher Sozialkontrolle im nationalen und internationalen Kontext.
(7) Auch weitere technische Spielereien sind im Kommen: *'Forward looking Infra-Red Radar Systems'* können den genauen Standort von Personen auch hinter Mauern orten, und die Firma Sony bot bis vor kurzem einen Camcorder mit Night-Shot-Modus an, der - durch seine Infrarotverstärkung - bei Tag eingesetzt es ermöglicht, durch die Kleidung von Personen hindurchzufilmen.
(8) Dabei ist weniger die Speicherkapazität der Festplatten entscheidend (ca. 5000 Gesichter brauchen ein Gigabyte Speicherplatz), als vielmehr die Prozessorgeschwindigkeit.
(9) Schulzki-Haddouti, Christiane (1998, S.86): Watching you - Spähangriff auf den Bürger. In: c`t Heft 24; S.84-89
(10) Ebd.
(11) Die neuen EU-Autokennzeichen sind im übrigen extra so gestaltet, daß sie automatisch lesbar sind.
(12) Skinns, David (1999, S.185f): Crime reduction, diffusion and displacement: evaluating the effectivness of CCTV. In: Norris, Clive / Moran, Jade / Armstrong, Gary: Surveillance, Closed Circuit Television and Social Control. Aldershot. S.175-189. Insgesamt fiel die Kriminalität in den überwachten Gegenden um 16% und in der gesamten Stadt im gleichen Zeitraum um 11%, signifikante Auswirkungen von CCTV sind folglich nicht festzustellen. Diebstähle von und aus Kfz reduzierten sich um 45%, wobei nicht berücksichtigt wurde, daß weniger Kfz in die Innenstadt kamen. In und um Einkaufszentren am Stadtrand stieg die Zahl der Einbrüche wie der Diebstähle aus und von Kfz um 26% bzw. 30%.
(13) Die gleiche Vermutung existiert auch in Bezug auf Hilfeleistungen. Menschen könnten noch weniger bei rassistischen Übergriffen oder anderen Verbrechen eingreifen, weil sie die Verantwortung auf die omnipräsenten ÜberwacherInnen verlagern. Videoüberwachung wäre damit völlig konträr zu den schicken Zivilcouragekampagnen, wie sie in Bremen auf den Straßenbahnen zu sehen sind. Daß diese sowieso, durch slogans wie *„Du bist der Nächste"*, eher Angst schüren als zum Eingreifen ermuntern, sei nur am Rand erwähnt.
(14) Schulzki-Haddouti (1998), S.85 a.a.O.
(15) Dies zeigt auch die Veröffentlichung von Fotos im Internet von mutmaßlichen TeilnehmerInnen einer *'Reclaim the Streets'* Aktion in London durch die englische Polizei. Die Aktion wurde nicht durch Videokameras verhindert, diese - gegen die sich die Aktion u.a. richtete - dienen nun jedoch als Hilfsmittel bei der Kriminalisierung des Protestes gegen Überwachung.
(16) Vgl.: Angaben der Polizeidirektion Leipzig (unveröffentlichte Statistiken). Insgesamt schwankt laut Polizeilicher Kriminalstatistik die Kriminalität in Leipzig bzw. bewegt sich im bundesweiten Trend. 1996-1998 ging sie zurück, 1999 stiegt sie leicht an, und nun hat sie wieder eine fallende Tendenz. Zu Verlagerungseffekten in Leipzig können aufgrund fehlender Studien keine Aussagen gemacht werden. Lediglich drogenrelationierte Delikte bzw. offene „Drogenszenen" verlagern sich, und dies ist nach Aussage der Polizeidirektion auch explizit ein Ziel der Videoüberwachung.
(17) Roller, Franziska (1998, S.28): Ein Freigehege gegen die Angst? In: StadtRat (Hg.): Umkämpfte Räume, Hamburg/Berlin/Göttingen. S.23-29
(18) Die Verbreitung von Videoüberwachung an Arbeitsplätzen trifft insgesamt auch besonders Frauen. Von den schätzungsweise 40 Millionen ArbeitnehmerInnen die in den USA durch Kameras kontrolliert werden, sind die ganz überwiegende Anzahl Frauen, da sie stärker in den überwachten Berufszweigen, wie z.B. Einzelhandel, tätig sind.
(19) Armstrong, Gary /Norris, Clive (1999, S.98ff): The maximum surveillance society, Oxford/New York.
(20) Clayton (1993), zit. in: Sack et al. (1997), a.a.O., S.66
(21) Davies, Simon (1999): CCTV: a new battleground for privacy. In: Norris u.a., a.a.O. S.243-254.

Erster Schritt zur multifunktionalen Studi-Chipkarte:

Unimensa hat Chipkarte eingeführt – Boykott steht noch aus!

Die neue Uni-Mensa ist eröffnet, die Mensakarte ist da. Lange Schlangen vor den zwei Barkassen, lange Schlangen vor dem "Mensacard-Aufwerter". Unter dem Eindruck des Neuen und des schicken Ambientes dachten sich viele wohl: "Ach so ist das jetzt hier – dann will ich mal alles richtig machen" und haben am "Service-Point" die Karte gekauft – für 10 DM und gegen Registrierung ihrer Matrikelnummer – und anschließend dem Studentenwerk durch Aufladen der Karte zwischen 10 und 100 DM Kredit gegeben.

Im Bereich der Essenausgabe lädt mensch sich das Essen aufs Tablett, Stammessen (1) oder Auswahl, und soll seit neuestem die Mensacard auf ein Lesegerät legen, wo dann der entsprechende Betrag abgebucht wird. Auch Getränkeautomaten nehmen die Karte an, sowohl in der Mensa als auch im Café Central. Während fünf Kassen ausschließlich für die Kartenzahlung zur Verfügung stehen, kann an nur zwei Kassen bar gezahlt werden – Karten werden aber auch dort akzeptiert. Es ist erklärtes Ziel, die Kartenzahlung zur alleinigen Zahlungsform zu machen; die Freiwilligkeit wird nicht von langer Dauer sein und scheint auch eher der Akzeptanzbeschaffung zu dienen. Neue NutzerInnen sollen sogar damit geködert werden, daß bis zum Jahresende jedeR 50. ErwerberIn eine Prämie von 50 DM gutgeschrieben kriegt. Eine interessante Neuerung ist, daß in Essen I kein Dessert mehr inclusive ist – das muß jetzt extra bezahlt werden. Damit sind die Preise auch jetzt schon nicht mehr stabil, erhöht werden sie trotzdem noch: Im Juni wird Essen I dann 50 Pfennig teurer und der Studentenwerksbeitrag steigt um 5 DM.

Laut Werbezettel des Studentenwerks werden auf der Karte nur die Matrikelnummer bzw. (bei Nicht-StudentInnen) eine "Persönliche Kennnummer" sowie das aktuelle Guthaben gespeichert. Daß aber auch damit die Vorgänge auf der Karte den einzelnen Personen zuzuordnen sind, wird indirekt zugegeben, denn bei Verlust der Karte ("Kein Problem!") kann die alte Karte gesperrt und das Guthaben auf die neue übertragen werden (die "natürlich" neu bezahlt werden muß). Und dieses Guthaben muß ja – obwohl die Karte gar nicht mehr vorliegt – vom Studentenwerk irgendwie festgestellt werden können. Das heißt, es werden noch anderswo als direkt auf der Karte Daten gespeichert, wie immer bei solchen Systemen. Das wirft weitere Fragen auf: Kann nachvollzogen werden, ob eine Person mehrere Stammessen pro Tag mit der Karte bezahlt hat? Ist feststellbar, wann mit welcher Karte an welcher Kasse bezahlt wurde? Laut Studentenwerks-Chef Rohlfing war eine Intention bei der Karteneinführung die Kontrolle von Mißbrauch – zu viele Profs und WiMis hätten zu Studi-Preisen gegessen. Ein Verleihen der Karte ist zwar möglich, Rohlfing hat aber stichprobenartige Kontrollen angekündigt. Der Hinweis, daß auf der Karte "keine persönlichen Daten" gespeichert werden, soll wohl beruhigend klingen und scheint eine Reaktion auf die bisherigen Artikel und Flugblätter gegen die Karte zu sein. Er zeigt aber, daß die Kritik wie üblich nur oberflächlich, auf der Datenschutzschiene, rezipiert wurde. Die Reklame schließt denn auch mit dem überraschenden "Tipp für Sie: besorgen Sie sich jetzt schon die Mensacard!"

Fakt ist aber, daß die Mensacard einen Fuß in die Tür kriegen soll für weitere Chipkarten: Nach wie vor ist eine multifunktionale StudentInnen-Chipkarte geplant, die wiederum ein Teil der multifunktionalen Signaturkarte für alle BremerInnen im Rahmen des Media@KOMM-Projektes werden soll. "Unser Tipp für Sie": Boykottieren Sie jetzt schon die Mensacard!

Roswita Kurz

(1) Stammessen: Essen I und II, die durch Studentenwerks-Beiträge subventioniert werden und zu deren Bereitstellung für die StudentInnen das Studentenwerk verpflichtet ist

Anmerkungen zur EXPO

Zu wenige Milchtüten, zu viele Menschen

Es ist wie ein Zeltlager. Wer war zuerst; wem gelingt es als erstem, zwei Stühle und einen Tisch vors Zelt zu stellen und darauf drei gebrutzelte Spiegeleier zu präsentieren? Wo sitzen die Spielverderber, unfähig, sich ins Gemeinschaftsganze einzubringen. Was es da nicht alles zu sehen gibt: Oh schau mal, Fähnchen Japanschweif hat sein Zelt ganz aus Altpapier. Das Weltganze feiert in Hannover in aller Harmonie seinen Camping-, nein, seinen Pavillonurlaub.

Zu diesem Eindruck kommt man jedenfalls, wen man derzeit in die Zeitungen schaut: die Finnen sind zuerst fertig, die Österreicher verteilen schon mal Bier, und die doofen Amis und Israelis wollten erst nicht mitspielen, sind aber jetzt wieder lieb. Und was läßt sich nicht alles über die vielen, vielen Länder und ihre vielen, vielen Eigenheiten berichten. Uganda hat seine Berggorillas, Äthiopien das Skelett des ersten menschenähnlichen Wesens, die Polen backen das Lieblingsgebäck des Papstes. Und was ist aus Vietnam geworden? Eine Anbaustelle für ökologischen Reis ...

Wahrscheinlich läßt sich die Berichterstattung zur EXPO noch lange auf diesem Niveau des Possierlich-provinziellen halten. Eine Lesart wäre damit auf jeden Fall gestützt: die Expo ist auch Projekt des gesamten Erdenrunds, alle geben von sich das Beste, um das gemeinsame voranzutragen: eine stolze positive Bilanz weltweiten Schaffens an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. In Deutschland kann man stolz sein, diese Schau des Gemeinsamen präsentieren zu dürfen; Kritik und Analysen dürften sich dann erübrigen.

In diesem Zug: Wir sind doch nur das Festkomitee provinzieller Erdenkultur sind Breuel und Co. bislang gut gefahren. Viele in früheren Zeiten kritische Zeitgenossen und genossinnen haben einen Platz am Fahrkartenschalter und als Weichensteller bekommen. Begeistert ist so richtig niemand; aber die Kritik bleibt verhalten. Die EXPO ist nicht toll, aber so in und unvermeidlich wie Handys an einem sonnigen Samstagnachmittag.

Das scheinen auch die Linken und Linksradikalen zu denken. Wenn nicht der Verfassungsschutz zum wiederholten Male uneigennützig wie sehnsüchtig in der Presse das Bild des gewaltbereiten Autonomen gemalt hätte, der doch bitte, bitte die EXPO bedroht, so hätte man von dieser Seite noch gar nichts gehört.

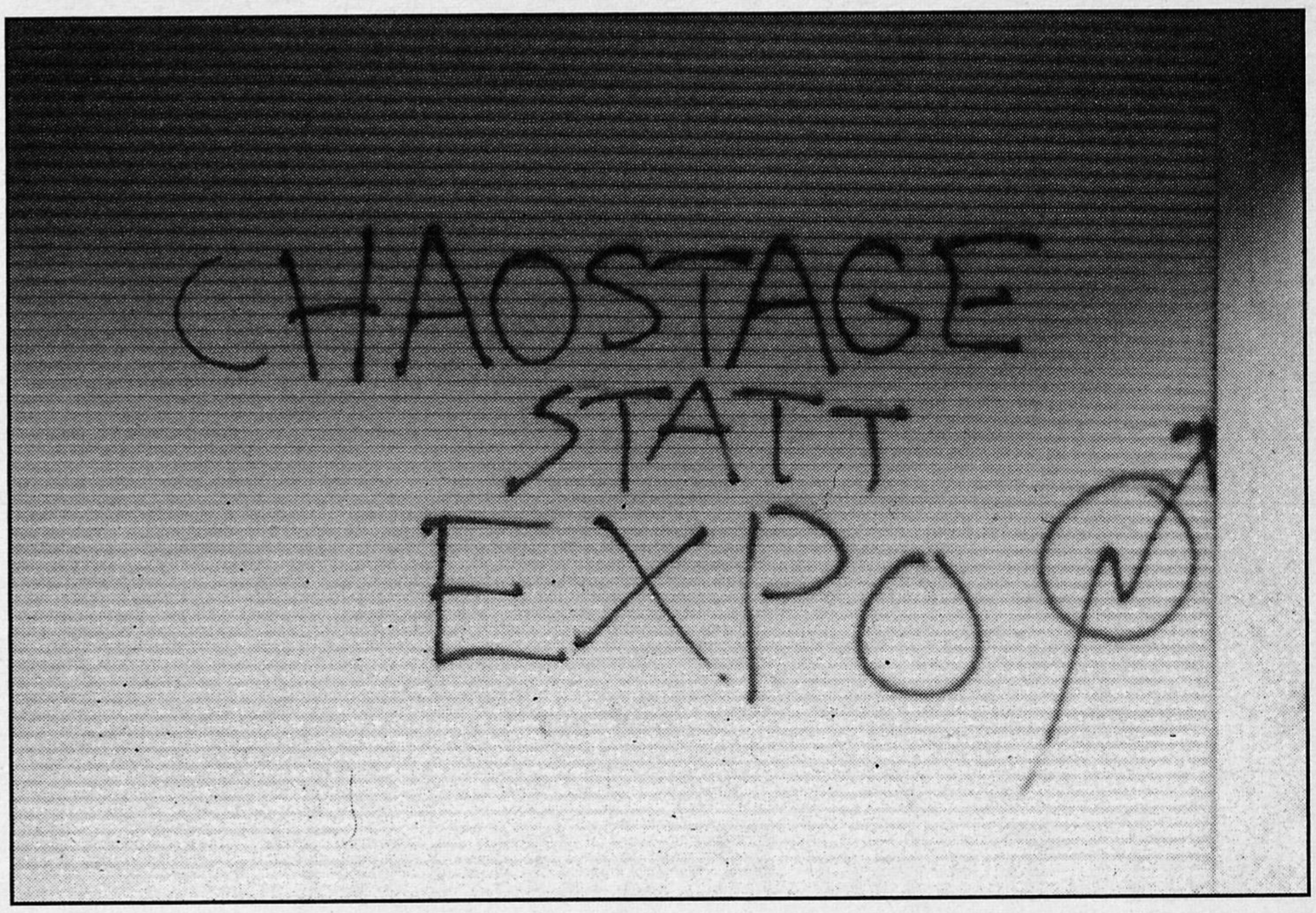
Die Teilbereichsbewegungen halten sich zurück. Die meisten hängen in ihren Arbeitsfeldern. Warum mühsam das Modell Deutschland beklagen, wenn am Wochenende Faschoalarm ist? Wem ist geholfen, rassistische Strukturen aus der EXPO-Konzeption zu destillieren, wenn vor Ort Gegenwehr gegen die bundesdeutsche Abschiebepraxis von Nöten ist?

Aufgrund der Zeltlager-Facetten, die eher ein träges Konsumbedürfnis und die romantische Schnsucht in uns allen nach ein wenig Multikulti ansprechen als das Großhirn, ist es zum anderen auch mühsam, die EXPO als Großereignis anzugehen. Das ist schade, denn in Hannover wird ein halbes Jahr Zeit sein, eine Sicht auf die Welt durchzusetzen. Ein halbes Jahr Ideologieproduktion: weltweite Lösungs- und Problemerkennungskonzepte.

Die Lösung aller Probleme heißt Technologie. Das hört sich trotz völlig ungelöster Entsorgungsprobleme der Atomtechnologie, die ja 1958 bei der Weltausstellung Synonym für Fortschritt und Fortschrittsgläubigkeit war, heute irgendwie gar nicht merkwürdig an. Das liegt daran, daß sich die EXPO-PlanerInnen auf die Agenda 21 und das Prinzip der Nachhaltigkeit berufen. Mit diesem Prinzip hat man sich einen Generalschlüssel zur Welt besorgt, der in die verschiedensten Schlösser paßt. So gibt es z.B. einen Begriff von Nachhaltigkeit für die Sonn- und Feiertage des Lebens, wenn alle Industriemanager sich brav ökologisch anziehen, gegenseitig eine Sonnenblume ans Revers heften und sich an den Händen fassen. Dann weiß man natürlich, daß Sonnenenergie prima ist, daß extensive Landwirtschaft super schmeckt und der Individualverkehr eine ökologische Bedrohung ist, dessen Überwindung zahlreiche Impulse für ein gesundes Wirtschaftsleben darstellen können. Man weiß selbst, daß es psychisch Kranke gibt oder hat jedenfalls nichts dagegen, kurz darüber zu reden. Und um auch kurz anzudeuten, daß man das alles lösen könnte, hält man sich hier ein Projekt Bodenseeregion, dort eines für Seelische Gesundheit und natürlich die unvermeidlichen aufziehbaren Radios in Simbabwe.

Und dann hat man viel unterhaltsamer eine Nachhaltigkeit für den alltäglichen Hausgebrauch, ein bequemes schlichtes ideologisches Mäntelchen. Jedes noch so tumbe Produkt aus den Tiefen der Industriegesellschaft wandelt sich abrakadabra in ein Instrument der Nachhaltigkeit. So erfährt man nicht nur, daß in Afrika noch viele, viele Straßen zu bauen sind, samt Zement, Landschaftsverbrauch und allem drum und dran. Das nämlich verbessert die Infrastruktur und sichert angesichts der schnell wachsenden Bevölkerung im Trikont den einzigen Weg zu besserer sprich: nachhaltigerer Versorgung. Nein, man kann gleich darüber diskutieren, wo den die besten Autobahnen zu bauen sind, wie Nairobi am besten an den Verkehr anzubinden ist schön. Ähnlich wie mit Beton und Straßenkilometern geht es mit Düngemitteln, Pflanzenschutzmitteln, Konservierungsmitteln und mit den Mitteln der Verpackungsindustrie. Alles, was einst als umweltschädigend und als Inbegriff von Überflußgesellschaft und typisch kapitalistischer Konzentrations- und Abhängigkeitsprozesse galt, wandelt sich so abrakadabra in Vollstreckungsgehilfen der Nachhaltigkeit. Besser konservieren, schneller transportieren das spart Ressourcen.

Das dies alles so schön aufgeht, liegt an dem Problem, das die EXPO als weltweit und groß



Auch ein Teil der ausgetüftelten Werbestrategie der Expo?

erkannt hat. Denn das Prinzip der Nachhaltigkeit wird ständig getragen und gepuscht von der Gefahr der Überbevölkerung, der man sich während der Ausstellung ständig gegenübersieht. Alles läßt sich zumal an Sonn- und Feiertagen, siehe oben technologisch wegdefinieren. Armut, Seelische Gesundheit, alles nur noch Details. Nicht länger soziale, sondern lediglich logistische Verteilungsprobleme, die die Industrieländer einfach noch besser organisieren müssen. Die Gesellschaft hat man so im Griff, die Gefahr droht laut Weltanschauung EXPO aus der Natur. Und wer könnte natürlicher sein als die Menschen im Trikont. Das Bevölkerungswachstum dort erscheint als die globale Gefahr der Zukunft.

Mensch, Natur, Torte auf zwei Expo-Vertreter.

Das Problem der Überbevölkerung bildet so einen zentralen Sinn- und Erklärungszusammenhang der Weltausstellung. Es hat Qualitäten, kritische Stimmen einzubinden. Denn zum einen gehört die Gefahr unkontrollierten Bevölkerungswachstums schon seit je zum Hintergrund auch bürgerlich-kritischer, auch widerständiger Gruppen. Liest man heute sich manchen Text aus den Hochzeiten der Ökologiebewegung, die damals in vorderster Linie industrie-, wenn nicht kapitalismuskritisch war, so stolpert man fast immer über Kapitel, die diese Gefahr beschreiben. Beim Club of Rome, heute einer der engagiertesten Mahner und Organisator einer der großen events zur Bevölkerungspolitik im Rahmen der EXPO, waren diese Tendenzen von jeher deutlicher, bei alternativen Publikationen eher verhalten.

Zum anderen stellt sich Bevölkerungspolitik oft als Ausfluß anderer, positiv gewerteter Politikfelder dar. So erscheint sie oft genug als feministisches Hilfsmittel, um Frauen Im Trikont zu Selbstverwirklichung und Freiheit zu verhelfen. Zum anderen erscheint es wie angesprochen als Konsequenz der Ökologiedebatte. Spätestens seit der Konferenz in Rio 1992 gilt der Mensch als Anzahl, als Quantum, der die Umwelt belastet und bedroht. Daraus leiten sich Berechnungen ab, wieviel Umweltverbrauch zulässig ist. Oder umgekehrt: wieviel Personen eine gewisse Menge Umwelt aushalten kann.

Ist dieser Schritt, von der Technik zur Natur, von der Natur zur Mathematik, einmal akzeptiert, befindet man sich in Wirklichkeit schon im Zentrum bevölkerungspolitischer Debatten, wie sie schon immer gelaufen sind. In früheren Zeiten war es die Landnorm, die mathematisch zu bestimmen war, wieviel Land eine Person braucht, aber auch wieviel Personen eine Einheit nur aushalten kann. Dies führte zu Zeiten des Nationalsozialismus mit zur These des Volks ohne Raum. Und weiter: Wo Lebensraum oder heute: Umwelt nur eine gewisse Belastung von Menschen aushält, werden natürlich auch Diskussionen losgetreten, wer auf diesem Planeten eigentlich leben soll. Ein Bedrohungsmuster, das z.B. für den deutschen Staat längst etabliert ist, läßt sich so leicht global ausdehnen. Die Massen an AsylbewerberInnen und MigrantInnen, die seit Jahren drohen, das volle Boot Deutschland zu überfluten, gefährden nun auch die ganze Erde. Die Kampagne 6 Milliarden Menschen der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW; gemeinsam mit Pro7 und CinemaXX) hat das in den CinemaXX-Kinos bereits folgerichtig aufgegriffen. Im Herbst 1999, als statistisch die Zeit war, in der der sechsmilliardste Mensch geboren wurde, war auf den Leinwänden ein Planet zu sehen, der durch die Bevölkerungsmassen mehr und mehr erstickt. Bedrohlich und gruselig.

Die Gefahr kommt demnach aus dem Trikont. Dort werden nach einer Statistik der DSW in den nächsten 50 Jahren 98% aller Menschen geboren. Eine Zeitbombe, deren Ticken sich man auf der Internetseite der Stiftung jederzeit mitanschauen kann. Auf der Weltbevölkerungsuhr ist minütlich abzulesen, wie der Druck der Bevölkerung wächst und wächst.

Mit dem Thema der Überbevölkerung hat die EXPO ein Problem aufgegriffen, das für ihre Zwecke ideal ist. Der Kapitalismus ist fein raus, auch die westliche Mehrheitsbevölkerung ist nicht betroffen. Trotzdem aber können sich alle gruseln und besorgt den Kopf schütteln, daß hier aber wirklich schnell gehandelt werden muß.

Gegenwehr gegen Bevölkerungspolitik, wie sie die EXPO propagiert, sollte eigentlich kampagnenfähig sein. Denn hier trifft sich eine Wissenschaft, die von allen sozialen Prozessen abstrahiert und vorgibt, statistisch unhintergehbare Wahrheiten zu produzieren, mit einem besorgniserregenden strukturellen Rassismus. Wer als Problem sieht, daß es erdenweit zu viele Menschen geben wird, hat natürlich auch Antworten, welche Menschen geboren werden dürfen und welche nicht. Da die Gefahr aus dem Trikont erwächst, muß die Antwort nach der Vorstellung weltweiter ErdenplanerInnen auch dort gegeben werden. Diese Antwort hat zwei Gesichter: Aufklärungskampagnen über Verhütung und Familienplanung gehen im Trikont Hand in Hand mit Zwangssterilisationen und Verabreichungen von Medikamenten, die zeitweilig unfruchtbar machen. Und an dieser Stelle kommt endlich auch mal wieder das Patriarchat ins Spiel: Bevölkerungskontrolle ist ein Instrument, daß sich des weiblichen Körpers bedienen muß, um zum Erfolg zu kommen.

Hans-Richard Rasch

Anti Expo Rundbrief

Der Anti Expo Rundbrief versteht sich selbst als Diskussions- und Informationsforum der Anti-Expo-Bewegung. Die Nullnummer der monatlich erscheinenden und 32 Seiten umfassenden Broschüre enthält in erster Linie Plenumsprotokolle und umfangreiche Terminankündigungen. Das Cover mit dem Motto „Mensch Natur Torte“ zeigt ein unscharfes Bild von zwei Expovertretern, die eine verdiente Torte ins Gesicht geworfen bekommen. „Wir gratulieren zum zweibesten Wurf des Jahres 99“, so die Bildunterschrift. Bei diesem Kaffekränzchen handelte es sich um den Leiter des Expothemenparks Ernst Mitschke und den Geschäftsführer der an der Expo beteiligten Deutschen Umwelthilfe Jürgen Resch, die sich die Torten auf einem Jugend-Umwelt-Kongreß zwischen Weihnachten und Silvester 1999 eingefangen haben.

Des weiteren werden mögliche Strategien des Expo-Widerstandes diskutiert, die das Hauptziel verfolgen, die Anreise der BesucherInnen zu stören oder zu verhindern. Dabei sollen die Beteiligten „selbst planen und vernetzen, statt zentralistische Aktionen, die die Bullen abschätzen können,... Mal gucken, was die Zecken in diesem Land noch so auf die Beine stellen können.“ Falls die DB und Hannover das nicht schon von allein hinbekommen, wird es für alle Aktionswütigen einen Stadtführer und ein „Direct-Action-Handbuch“ geben, es ist geplant Camps einzurichten und zu besonderen Terminen, z.B. den Nationentagen, in größerem Rahmen zu mobilisieren.

Der Rundbrief im Abo ist gegen eine einmalige Zahlung von 10,- DM oder mehr zu beziehen beim Büro für mentale Randale, Wickingstr. 17, 45657 Recklinghausen.

Termine zur Expo 2000

Do, 18. - Fr, 19.5.
Anti-Expo Tage auf der linken Aktionswoche in Bremen. Aktionen und Veranstaltungen zu (18.5.:) Bevölkerungspolitik, Biotechnologie, Großtechnologie und (19.5.:) Rassismus, Abschiebung, Internationalismus, Modell Deutschland, Arbeit(szwang). Auf weitere Ankündigungen achten!

Sa, 27.5.
Große Demo gegen Expo 2000, Info: Anti-Expo-AG, Hannover.

Sa, 27. Mai - 4. Juni
Aktionswoche gegen die Expo 2000 - Für diese Woche soll sich der Widerstand zentral auf Hannover richten - um dort eine Wirkung zu erzielen, die dann auch bei regionalen Aktionen und Veranstaltungen hilft. Ziel sind bunte, vielfältige Aktionen, die von Basisgruppen und regionalen Bündnissen entwickelt werden. In Hannover wird eine Infrastruktur als Büroräumen, Camps und mehr bereitstehen. Ständig geplant sind u.a. Camps, Veranstaltungen, 2-tägige Anti-Expo-Zeitung und Radiosendungen, spontane und geplante Aktionen, Info: Anti-Expo-AG, Hannover.

Do, 1.6.
"Die Expo wird nicht eröffnet!" - Aktionstag. Kleine und große, nette, spaßige oder direkte Aktionen, Blockaden und Störungen gegen die Expo - wir sind Sand oder Steine im Getriebe: Kreuzungen, Straßen, Bahnstrecken, S-Bahnen, Expo-Eingänge, Infrastruktur und vieles können die Ziele sein. Rechtzeitig vorher wird ein Stadt(ent)führer mit allen Daten zur Expo und den beteiligten Firmen, Lagepläne usw. veröffentlicht. Hannover.

Fr, 2. - Sa, 3. 6.
Perspektiven des Internationalismus - Strategiediskussion, Info: alaska, 0421/72034, Hannover, Pavillon.

Sa, 3. 6.
Reclaim-the-Streets, Hannover.

Sa, 3. - So, 4.6.
Innen!stadt!aktions!tage, Schwerpunkte: Umstrukturierung der Innenstadt, Sicherheitswahn in Hannover, Ausgrenzung von Menschen, die nicht in das herrschende Verwertbarkeitsschema passen. Info: Innenstadt-AG, c/o ASTA Hannover, Hannover.

Mi, 7. 6.
Anti-Siemens-Tag in Hannover.

Sa, 9. - Di, 13.6.
Anti-Expo-Camp, Info: JANUN, BDP und Naturfreundejugend, 0511/3940415, Mellendorf.

Sa, 9. - Di, 13.6.
Anti-Expo-Camp, Info: Falken (Bundesverband), 0228/221055, Walsrode.

So, 11. 6.
Innenstadt-Aktionstag, Info: Die Falken, 0511/528298, Hannover.

So, 2.- Di, 4.7.
Expo-Kongreß "Local Heroes 21"
Nachhaltigkeit, Agenda, ökoneoliberale Konzepte sowie NGO/Konzern-Verbrüderungs-Symbolik (Veranstalter sind die deutschen Umwelt- und Entwicklungsverbände) Aktionen gegen den Kongreß geplant. Info: Netzwerk "Umweltschutz von unten", http://go.to/umwelt/, Berlin.

Anfang Juli bis Mitte August
Karawanen-Rundreise "NIXDA 2000 - Die Weltaufhellung" mit Fahrrädern und Wägen, Infos, Kreativität, Spaß und Aktionen. info: karawane@mail.nadir.org, Norddeutschland.

Mo, 10. Juli - 8. August
Chaostage 2000, Hannover.

Mi, 19.7.
Spanien-Aktionstag (aus Anlaß des Nationaltages von Spanien auf der Expo).

Fr, 21. - 30. Juli
Anarchistisches Sommercamp. Es gibt ein lauschiger Platz zwischen Wald, Wiesen und Plantagen inkl. See, dazu die Infrastruktur für ein 300 Leute Camp, Großraumzelte für Menschen ohne eigenes Faltdach. Das A-Camp ist selbstorganisiert, was heißt, entweder der Inhalt kommt von den TeilnehmerInnen oder gar nicht. Angedacht sind: Workshops, Filmvorführungen, Diskussionen, Projektinfos, Performances, Klettereien, Theater. Falls ein Frauen-Lesben Bereich realisiert werden soll, bitte bei den OrganisatorInnen melden. Je nach Einkommen oder finanziellen Möglichkeiten sollten etwa 90-140 DM bezahlt werden (inkl. Essen, Kaffee, Tee), für Menschen von weit weg ist ein Fahrtkostenzuschuß möglich. Es werden noch ÜbersetzerInnen und KinderbetreuerInnen gesucht. Infos und Anmeldung (bis spätestens Mitte Juli) unter: Infoladen Daneben, Liebigstraße 34, 10247 Berlin, Tel.: 030-420 17286 (Di 17-20 Uhr), Mail: acamp@jpberlin.de, Netz: http://travel.to/acamp. Ort: Irgendwo in der Nähe von Berlin.

Sa, 29. Juli - 6. August
Grenzcamp

So, 30.7.
Interkulturelle FrauenLesben-Uni, Info: Bego, c/o ASTA Hannover, 0511/7625064, Hannover.

So, 6. - Di, 8.8.
Chaostage 2000 - Höhepunkt- und Abschluß-Wochenende, Hannover.

So, 20.8.
Mexiko-Aktionstag: Chiapas und mehr (aus Anlaß des Nationaltags von Mexico auf der Expo)
Info: Ya Basta, karawane@mail.nadir.org, Hannover.

Di, 3.10.
Antinationaler Aktionstag (aus Anlaß des Tages der Deutschen Einheit, der gleichzeitig Deutschland-Nationaltag auf der Expo ist). Info: Infoladen Dresden, Hannover und Dresden.

Di, 3.10.
"Wir begrüßen unsere Diktatoren", Pavillon, Hannover.

Di, 31.10.
Offizielles Ende der Expo (bis hierhin hoffen die Expo-MacherInnen, durchzuhalten)
Auch der Tag, an dem Birgit Breuel stöhnt: "Puuhhh, hätten wir das nur nie angefangen".

Lehrauftrag nicht verlängert

Kritische HistorikerInnen unerwünscht??

Anfang März erhielt eine wissenschaftliche Mitarbeiterin des Studiengangs Geschichte der Universität Bremen vom Kanzler der Universität die Mitteilung, daß ihre Dienstleistungen in Forschung und Lehre nicht mehr gefragt seien, weshalb man von einer Verlängerung ihres Arbeitsvertrages Abstand nehme.

Die Forschung und Lehre, der hier von Seiten der Universität gekündigt werden soll, umfaßt vor allem Themen der historischen Sozialforschung und historischen Frauenforschung/Gendergeschichte. Die auf die Abschußliste der Universität geratene Wissenschaftlerin bot nicht nur Seminare zu wichtigen, von der etablierten Historie vernachlässigten Themenkreisen an, betreute entsprechend spezialisierte Nachwuchshistorikerinnen und Projekte und engagierte sich als Aktivistin des bundesweiten Arbeitskreis Historische Frauenforschung, sondern initiierte in der Vergangenheit auch kritische Veranstaltungen zu aktuellen Ereignissen, wie beispielsweise dem Kosovokrieg. Bemerkenswert ist, daß die Nichtverlängerung des Arbeitsvertrages explizit nicht mit leeren Kassen begründet wird. Der Kanzler berief sich in seinem Schreiben auf eine Anfrage beim Dekan des Fachbereichs 8 (Sozialwissenschaften). Laut diesem, der seine neuen quasidiktatorischen Vollmachten infolge des neuen bremischen Hochschulgesetzes offenbar gerne wahrnimmt, bestehe schlicht kein Bedarf mehr an einer WiMi-Stelle eigens für historische Frauenforschung.

Zwar können Zusammenhänge zwischen einem gesellschaftskritischen Standpunkt und derartigen Kündigungen von Seiten des Fachbereichs bzw. der Universität hier nur vermutet werden, andere Ereignisse deuten jedoch in eine ähnliche Richtung: So wurde beispielsweise der ehemaligen Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, die Ende 1998 nach Bremen umgezogen ist und ihre umfangreichen Bibliotheks- und Archivbestände dem Institut für Regional- und Sozialgeschichte (IRSG) und damit in der Universität Bremen vermacht hat, Anfang des Jahres die weitere Benutzung einer "c/o Universität Bremen" - Postadresse untersagt. Denn so beschwerten sich zahlreiche ProfessorInnen, sonst sähe es so aus, als sei die Stiftung ein Bremer Produkt des ebenfalls sozialgeschichtlich ausgerichteten Studiengangs Geschichte der Universität erscheine. Die historische Forschung der (ehemaligen Hamburger) Stiftung für Sozialgeschichte ist zwar international renommiert, aber - oh schreck - sie ist auch kritisch und noch dazu untrennbar mit dem Namen Karl-Heinz Roth verbunden, ein sogenannter *„Salon Autonomer"*, wie *der Spiegel* vor etlichen Jahren einmal schrieb. Zum Anlaß für die Distanzierung von den Ex-Hamburgern nahm man zwei Ereignisse, die der Stiftung in kürzester Zeit mehr Öffentlichkeit bescherten, als der Studiengang Geschichte in den vergangenen zehn Jahren erreichte: Zum einen ein von den Stiftung veröffentlichtes Gutachten, in dem errechnet wurde, daß die Zwangsarbeiter der NS-Zeit - legt man die gesamte von Ihnen geleistete Arbeitszeit und den damaligen Durchschnittslohn für deutsche Arbeiter zugrunde - Arbeit für umgerechnet 180,5 Milliarden DM geleistet haben. Derartige, für die deutsche Industrie zweifellos eher unangenehme historische Tatsachen, während der laufenden Entschädigungsverhandlungen zu präsentieren, hat in den Augen der distanzierungswütigen ProfessorInnen offenbar ebenso den Tatbestand der Nestbeschmutzung erfüllt. Für die einen ein Affront gegen die vornehme akademische Zurückgezogenheit in den Studierstuben, für die anderen ein Rückschlag in den Bestreben endgültig den Geruch der „roten Kaderschmiede" los zu werden. Vor allem Letzteres dürfte die ausschlaggebende Motivation gewesen sein. Denn neben dem Gutachten wollte der Studiengang Geschichte zum anderen keinesfalls mit der Preisverleihung des von der Stiftung verwalteten René-Kuczynski Preises in Verbindung gebracht werden. Dieser wurde, wie in *buten und binnen* zu sehen, Anfang Dezember an den Historiker Rüdiger Hachtmann, der vertretungsweise an der Bremer lehrte, vergeben. Die Feierlichkeiten wurden von den meisten HistorikerInnen des Studiengangs Geschichte weitgehend ignoriert. Gilt doch v.a. der Preis als solcher unter etablierten HistorikerInnen als anrüchig, da er vom Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski, der in der westdeutschen Historikerzunft schon immer als Unperson galt, bereits zu DDR-Zeiten gegründet und verliehen wurde. Der Verdacht, daß sich der Studiengang Geschichte seit einiger Zeit verstärkt mit allerlei Spitzfindigkeiten darum bemüht, das vermeintliche "linke Schmuddel-Image" loszuwerden, nährt sich darüberhinaus auch aus anderen Vorkommnissen. So wurden beispielsweise bereits vor einigen Semestern im Rahmen eines interdisziplinären Projekts (Geschichte/Politikwissenschaft) die von einer beteiligten und als "links" geltenden Politikprofessorin ausgestellten Leistungsnachweise entgegen der bis dahin üblichen Praxis bei studiengangsübergreifenden Projekten von Seiten der Geschichte nicht anerkannt. Nun sind derartige Versuche, kritischen Geistern das Leben schwer zu machen bis hin zu einer Art verdeckten Berufsverbotspraxis wahrlich nichts neues. Anders als bei spektakulären Kampagnen in anderen Fachbereichen wie z.B. gegen Inge Schmitz Feuerhake vor zwei Jahren oder gegen Karam Khella Anfang der 90er Jahre hat es der Studiengang Geschichte noch nicht einmal mehr nötig, seine Aktivitäten gegen linke WissenschaftlerInnen zu kaschieren. Weder das Geld-Argument noch die sonst so beliebte Unterstellung von angeblicher "Unwissenschaftlichkeit" werden aus der Schublade gekramt. Historische Frauenforschung, wie im eingangs geschilderten Fall, sei schlicht nicht mehr gefragt. Da dies zum Beispiel von studentischer Seite nun wirklich leicht zu widerlegen ist, müssen sich Fachbereich und Studiengang noch einiges einfallen lassen, damit es nicht doch noch schwer nach Berufsverbot riecht...

AK kritische GeschichtsstudentInnen des Stuga Geschichte

www.gigi.de

Gigi

Zeitschrift für sexuelle Emanzipation

1/99 Homo-Ehe
2/99 Stonewall
3/99 Antisemitismus
4/99 Identität

Ein kostenloses Probeheft ist zu beziehen über:
Redaktion Gigi ◦ Postfach 08 02 08 ◦ D-10002 Berlin
tel&fax: 0180/ 44 44 94 5 ◦ redaktion-gigi@whk.org

Tuntentinte Nr.17

Folgen sexueller Gewalt - Umgang mit Tätern

Zu beziehen über:
Institut zur Verzögerung und Beschleunigung der Zeit,
Kastanienallee 86 - 10435 Berlin

Tuntentinte Nr.16
Queer- und wir?

Der Henker von Fossoli lebt in Horn-Bad Meinberg!

Unbehelligt

In Horn-Bad Meinberg, Westfalen-Lippe, verbringt ein Nazimörder seinen unverdient ruhigen Lebensabend: Carl Friedrich Titho, der in Italien auch „il boia di fossoli" (der Henker von Fossoli) genannt wird.

Untersturmführer Titho, folgte als Chauffeur von Wilhelm Harster, Befehlshaber des Sicherheitsdienstes (SD) und der Sicherheitspolizei (SiPo) in den Niederlanden, diesem 1943 bei seiner Versetzung nach Italien. Dort avancierte er zum Lagerkommandanten des Konzentrationslagers Fossoli di Carpi in Oberitalien und sorgte für reibungslose Deportationen tausender italienischer JüdInnen in die Vernichtungslager sowie für die Erschießung von PartisanInnen. Fossoli, 1940 ursprünglich als Kriegsgefangenenlager errichtet, wurde im Zuge der deutschen Besetzung 1943 in ein KZ umgewandelt. Es gab zwei Abteilungen: den "Campo Vecchio" und den "Campo Nuovo". Im "Campo Vecchio" waren allgemeine Gefangene, italienische Armeeangehörige, die sich weigerten unter der Fahne des faschistischen Satellitenstaates zu dienen, sowie Eltern, die Widerstand gegen die Wehrerfassung ihrer Söhne leisteten eingeknastet. Der "Campo Nuovo" diente Internierung politischer Gefangener und wurde nach den ersten systematischen Judenverhaftungen zum Durchgangslager ausgebaut. Blieb anfänglich das gesamte Lager unter italienischer Leitung, so wurden Anfang 1944 die Befugnisse des italienischen Lagerleiters auf den "Campo Vecchio", beschränkt. Der SD Italien in Verona übernahm das Kommando über den "Campo Nuovo", um die zu diesem Zeitpunkt anrollenden Deportationen der italienischen JüdInnen und der politischen Gefangenen zu organisieren. Das Büro des SD in Verona unterstand direkt Adolf Eichmann. Offizielle Dokumente des Lagers Fossoli trugen nun die Unterschrift "Der Befehlshaber der Wehrmachtspolizei und des SD in Italien, Durchgangslager Capri". Vom Februar 1944 bis Juli 1944 wurden aus Fossoli zwischen 2.440 und 2.458 JüdInnen und zwischen 2.465 und 2.483 politische Gefangene deportiert. Fossoli war das Zentrum für die Deportationen in die Lager Auschwitz, Bergen-Belsen, Ravensbrück, Buchenwald und Mauthausen. Die ersten Deportationen erfolgten am 19. und 22. Februar 1944, kurz nachdem der SD das Lager unter sein Kommando gestellt hatte Das ganze Jahr1944 hindurch fand, während der Krieg an allen Fronten tobte, eine regelrechte Menschenjagd statt, wobei die Verfolgungen und Deportationen intensiviert wurden. Im Sommer 1944 erwiesen sich aus Treblinka zurückgekommene SS-Leute unter dem Befehl von Franz Stangl bei der Suche und Verschleppung von JüdInnen als besonders emsig. Die Bewohner diverser psychiatrischer Einrichtungen und Heilanstalten, die bei der ersten Razzia als nicht transportfähig galten, wurden zusammen getrieben und am 11. Oktober deportiert. Bis zum 25. April 1945, dem Tag der Befreiung, setzten die SS und ihre italienischen Helfershelfer, vor allem in den letzten Monaten, die Menschenjagd, Verhaftungen und Deportationen in verstärktem Maße fort, obwohl die Vorahnung der nahen Niederlage sowie der PartisanInnenkrieg schon ihre Wirkung zeitigten.

Die ständigen PartisanInnenangriffe, die Solidarität eines Teiles der Bevölkerung von Fossoli und die herannahende Front der Alliierten führten im Juli 1944 zu dem Entschluß, das Lager aufzugeben und in das sichere Gries am Brenner zu verlegen. Der "Campo Vecchio" wurde von den Deutschen besetzt und ebenfalls aufgelöst. Ein Teil der Gefangenen wurde entlassen, ein anderer nach Deutschland zur "lavatori volotari" geschickt. Diese Bezeichnung meint Zwangsarbeit.

Im Lager Fossoli war eine kleine Gruppe des SD tätig, die Untersturmführer Carl Friedrich Titho und seinem Stellvertreter, Unterscharführer Hans Haage, unterstand. Hier trug Titho die Verantwortung für eine Geiselerschießung am 25.06.1944, bei der 70 PartisanInnen als "Vergeltung" für eine Aktion in Genua ermordet wurden. In Genua gelang PartisanInnen ein Anschlag, bei dem 7 Nazisoldaten getötet wurden. Titho wurde bislang erst einmal gerichtlich belangt. In den Niederlanden wurde er wegen Folterungen an Kriegsgefangenen verurteilt, jedoch nach zwei Jahren, die er im Knast verbrachte, an Deutschland ausgeliefert, wo er seit dem in Freiheit lebt. Zur Zeit wird am Militärgericht von La Spezia in Italien ein Verfahren gegen Titho erwogen, bei dem er wegen der oben genannten Geiselerschießung angeklagt werden soll. Titho hat über seinen Detmolder Rechtsanwalt Arndt Kuhlmann (einem ehemaligen Mitglied der "SS-Leibstandarte Adolf Hitler") Kontakt zum Militärgericht in La Spezia aufgenommen und in italienischen Zeitungen darlegen lassen, daß er nicht zu einem möglichen Prozeß zu erscheinen gedenkt. Titho hat noch in den letzten zehn Jahren, bei dem Versuch sie zu verprügeln, Kinder aus dem Ort als "Judensäue" beschimpft, seine Vergangenheit ist in dem Ort nicht unbekannt.

Griechischer Holzschnitt, der Geiselerschießungen durch deutsche Truppen darstellt. (Ausschnitt)

Die Anklage ist erst jetzt möglich geworden, weil in den '50er Jahren die Akten zu den Nazi-Morden in Italien aus Rücksicht auf den NATO-Partner BRD beiseite geschafft wurden. Diese Akten sind erst seit etwa drei Jahren der Öffentlichkeit zugänglich. Unter diesen Akten befinden sich auch jene von Priebke, Titho und Saevecke. Letzterer war ehemals SD-Chef in Mailand, später Mitarbeiter des BND, dann der "Sicherungsgruppe Bonn", dann des BKA-Wiesbaden, unter anderem Leiter der Durchsuchungsaktionen gegen die Redaktion des SPIEGEL, während der "Spiegel-Affäre", lebt heute 40 km von Detmold entfernt in Bad Rothenfelde.

Dieser Artikel ist Auftakt für Veranstaltungen und Aktionen zu C.F.Titho. Geplant sind Informationsveranstaltungen in Detmold und Bremen Anfang Mai. Dort sollen unter anderem die Unterschiede zwischen deutschem Nationalsozialismus und italienischem Faschismus insbesondere im Hinblick auf den Antisemitismus thematisiert werden. Zur Detmolder Veranstaltung wurden der Historiker Luigi Borgomaneri und der Rechtsantwalt R.A. Maris eingeladen. Luigi Borgomaneri aus Mailand ist Mitarbeiter des ISRMO (auf deutsch etwa: Historisches Institut der ArbeiterInnen- und PartisanInnengeschichte). Er hat als Verfasser diverser Bücher über die Geschichte der PartisanInnen in Norditalien auch die historische Beratung des Gerichtes in La Spezia im Zusammenhang mit dem Fall des ehemaligen Mailänder SD-Chefs Saevecke geleistet. Rechtsanwalt Maris ist Präsident der AMED, einer Vereinigung der Ex-Deportierten, ZwangsarbeiterInnen und PartisanInnen. Auf einer anschließenden Demonstration in Horn-Bad Meinberg zum Haus des Nazimörders wollen wir zeigen, daß Thitos Lebenslauf beispielhaft für die Lebensläufe der meisten Naziverbrecher in Deutschland steht und keinesfalls eine Ausnahme ist. Damit richten wir uns explizit gegen die Gemeinschaft der schweigenden MordkumpanInnen, UnterstützerInnen und MitwisserInnen, gegen die Deutschen in Horn-Bad Meinberg und anderswo.

Einige AntifaschistInnen aus Detmold: "AG Fossoli", Postfach 1309, 32703 Detmold.

(redaktionell stark überarbeitet)

Dokumentation

Stop Deportation, Free All Prisoners!

**„Wenn die Untat kommt, wie der Regen fällt, dann ruft niemand mehr: halt!
Wenn die Verbrechen sich häufen, werden sie unsichtbar.
Wenn die Leiden unerträglich werden, hört man die Schreie nicht mehr.
Auch die Schreie fallen wie Sommerregen."
Bertolt Brecht**

Am 9. März 2000 haben wir die stellvertretende Leiterin des Gesundheitsamtes Altona, Solveig Jürges, zu Hause im Siegrunweg 22 in Hamburg-Rissen besucht, an ihrem Haus Farbe hinterlassen und die Glastür eingeschlagen sowie ihren PKW angezündet.

Frau Solveig Jürges ist eine aus der Riege bereitwilliger ÄrztInnen, die als ErfüllungsgehilfInnen der Ausländerbehörde Menschen bei Abschiebungen "Reisefähigkeit" attestieren. Am 10. Juni 1999 war sie an der Verschleppung von Nigar S. in die Türkei beteiligt. Frühmorgens wurde die an schweren reaktiven Depressionen leidende Kurdin, die seit 1987 mit Unterbrechungen in Hamburg lebte, zusammen mit ihren Töchtern aus dem Schlaf gerissen und verhaftet. Die Bullen haben sie geschlagen und an Händen und Füßen gefesselt, barfuß und nur mit Pyjama bekleidet in die Ausländerbehörde gebracht.

STELLEN - INFORMATIONS - SERVICE

```
Beruf          :  Praktischer Arzt, Arzt

Beschreibung   :  für Rückführung ausreisepflichtiger Auslander
               :  bis zum Zielflughafen des jew. Heimatlandes,med
Kenntnisse     :  .Grundversorgung,Medikamenteneinnahme sicherste
               :  llen,psych.Unterstützung,engl.,kurzfr.verfügbar
Arbeits-Ort    :  Hamburg
Arbeits-Zeit   :  Vollzeit
Gehalt/Lohn    :  Honorar
Frei ab        :  sofort
Stellenanzahl  :  1
Führerschein   :
Alter          :  gleich
Betriebsart    :  Behörde
Arbeitgeber    :  Beh.f.Inneres-Einwohner-Zentra
Anschrift      :  Amsinckstr.28, 20097 Hamburg
Telefon        :  nur schriftliche Bewerbung
Rückfragen an  :  Herrn Mahlke

Eingabennummer :  1 2 3 0 1   2 0 0 4 1 9 9 9   7 8 8 9 5     BKZ :  8 4
```

Frau S. befand sich wegen ihrer Depressionen in fachärztlicher Behandlung. Ihre Ärztin/ ihr Arzt bescheinigte ihr, daß sie nicht reisefähig sei. Einige Tage vorher hatte sie noch eine sechswöchige Duldung erhalten, allerdings mit folgendem, der Willkür bewußt Tür und Tor öffnenden Stempeltext: "Die Duldung erlischt unabhängig vom Datum des Ablaufs der Geltungsdauer, wenn die für die Erteilung maßgeblichen Gründe (rechtliches oder tatsächliches Abschiebungshindernis) entfallen." Erst im Laufe des Vormittags sind ihre AnwältInnen über die eingeleitete Abschiebung informiert worden. Eilanträge ans Verwaltungsgericht wurden abgelehnt. Der Richter erachtete die Aktion als rechtmäßig, wenn Frau S. von Amtsärzten für reisefähig befunden und ärztlich betreut würde. Den amtsärztlichen Job zur Wahrung des legalen Scheins übernahm Frau Dr. Jürges, die "ärztliche Betreuung" ein über das Arbeitsamt als Honorarkraft für Abschiebungen angeworbener Arzt, der in der Ausländerbehörde zugegen war und den Flug begleiten sollte. Die Ausländerbehörde kann auf mindestens neun solcher Ärzte und Ärztinnen zurückgreifen. Der dreckige Lohn beträgt für eine Verschleppung in die Türkei 500,- Mark.

Dr. Jürges segnete die Abschiebung auf dem Flughafen Fuhlsbüttel ab, obwohl sie miterlebt hatte, wie Frau S. zweimal versucht hatte, einem Bullen die Waffe abzunehmen und sich zu erschießen. Dr. Jürges hielt es nicht für nötig, eine Untersuchung vorzunehmen, ja sie hat sich nicht, einmal mit Frau S. unterhalten. Stattdessen war ihr wortwörtlicher Kommentar: "Den Flug wird sie überleben." Auf dem Flughafen in Istanbul ist Nigar S. zusammen mit ihren Kindern mehrere Stunden lang verhört worden.

Eine Anzeige gegen Dr. Jürges wegen Verstoßes gegen das Berufsrecht versandete ungeachtet einer Erklärung des Deutschen Ärztetages von Juni 1999, in der eine Beteiligung von ÄrztInnen an Abschiebungen in Form von Flugbegleitungen, zwangsweiser Verabreichung von Psychopharmaka und Ausstellung einer Reisefähigkeitsbescheinigung unter Mißachtung fachärztlich festgestellter Abschiebehindernisse ausdrücklich als nicht mit der ärztlichen Ethik vereinbar verurteilt worden war.

Die Häufung überfallartiger Festnahmen und anschließender Abschiebungen nicht "reisefähiger" Menschen ist die Folge eines vertraulichen Papiers der Innenbehörde vom 28. April 1999 mit dem Titel "Rückführung vollziehbar ausreisepflichtiger ausländischer Staatsbürger - Politische Ziele - Aktuelle Probleme". Vor dem Hintergrund eines Rückgangs von Abschiebungen aus Hamburg wurde unter verschiedenen Aspekten eine Effektivierung der Abschiebungsmaschinerie anvisiert. Folgende "Probleme" mußten nach Auffassung der SchreiberInnen des Papiers gelöst werden:

» Die Verhinderung der Abschiebung durch Vorlage ärztlicher Atteste.

» Die Verhinderung der Abschiebung ganzer Familien durch Geltendmachung von Abschiebehindernissen eines einzelnen Familienmitgliedes.

» Die Verhinderung der Abschiebung durch kurzfristige Eingaben an den Petitionsausschuß.

» Die Verhinderung der Abschiebung wegen mangelnder Kooperationsbereitschaft in Form von Nichterscheinen.

» Ineffiziente Arbeit der Ausländerbehörde insbesondere bei der Feststellung ungeklärter Identitäten aufgrund personeller Engpässe.

Die vorgeschlagenen Lösungen bestimmten zunehmend die Abschiebepraxis der vergangenen acht Monate. Zuerst wurde die Abteilung "Aufenthaltsbeendende Maßnahmen" um 16 Stellen verstärkt, mit der akribischen Zielvorgabe, die Zahl der Abschiebungen um 144 zu erhöhen. (Der Rechnungshof hatte die Rentabilität dieser Maßnahme vorher berechnet unter anderem wegen der erwarteten Einsparung erheblicher Sozialhilfemittel in Anbetracht einer Verkürzung der Aufenthaltsdauer abgelehnter AsylbewerberInnen.) Dann kam es, wie schon erwähnt, vermehrt zu überfallartigen, überraschende Festnahmen bei Behördenterminen oder im Morgengrauen. AnwältInnen wurden oft gar nicht mehr oder sehr spät informiert, um das Einlegen von Rechtsmitteln zu verhindern.

Hinsichtlich des Problems der Familienabschiebungen ging man dazu über, Familien auseinanderzureißen und getrennt abzuschieben. Zitat aus dem Papier: "Einzelfälle aus der Vergangenheit haben gezeigt, daß anläßlich der geplanten Abschiebung eines Teils der Familie in vielen Fällen die Bereitschaft zur Ausreise beim anderen Teil der Familie erheblich steigt." Bezüglich der Vorlage ärztlicher Atteste wurde versucht, eine Hetzkampagne gegen ÄrztInnen loszutreten, die Flüchtlinge behandeln und solche Atteste ausstellen. Der Begriff "Gefälligkeitsbescheinigungen" geisterte durch die Presse. Selbst AmtsärztInnen wurde vorgeworfen, sie würden zu lasch entscheiden, die Bearbeitung der Fälle dauere zu lange und es käme in der Regel zu einer Bestätigung der fachärztlichen Gutachten. Dies führe zu keiner Entspannung der Situation. Nur die Einrichtung eines eigenen ärztlichen Dienstes in der Ausländerbehörde könne Abhilfe schaffen. Zu den Aufgaben dieser Stelle sollten unter anderem die Überprüfung von Attesten, die Begleitung von Flügen insbesondere bei attestierter Suizidgefahr sowie die Koordinierung von Abschiebungsbegleitungen durch andere Ärzte oder auch MitarbeiterInnen der Abteilung E44, des Abschnitts für Rückführungsangelegenheiten.

Im Oktober 1999 wurden zwei Ärztinnen fest eingestellt. Zur Effektivierung des Apparates sind im vergangenen halben Jahr mehrere sogenannte Botschaftsvorführungen durchgeführt worden, das heißt Sammelvorladungen von

AfrikanerInnen in die Ausländerbehörde. Offizielle Vertreter afrikanischer Staaten sollten hierbei die Identitäten bisher nicht identifizierbarer Menschen feststellen, um so auch dieses Abschiebehindernis zu beseitigen.

Nach Protesten gegen das berüchtigte Papier der Innenbehörde erzielten im Juli 99 GAL und SPD eine sogenannte politische Verständigung. Öffentlich feierte die GAL diese Übereinkunft als Rücknahme der Vorstöße der Innenbehörde, während diese bluffte, es sei bisher noch gar nicht zu einer Umsetzung der Überlegungen gekommen. Tatsächlich aber wurden die Vorhaben des Innensenators substantiell bestätigt, das Thema ärztliche Begleitung von Flügen nicht erwähnt und an der im Koalitionsvertrag festgestellten "Notwendigkeit" von Abschiebungen festgehalten. Kosmetisch wurde betont, AmtsärztInnen sollten nach wie vor fachärztliche Gutachten überprüfen. Die Realität des Abschiebeterrors seitdem zeigt, daß die Vorgaben der Ausländerbehörde wie geplant umgesetzt wurden.

"Schlagkräftig zu werden auf allen Ebenen bedeutet auch, die ausländerbehördliche Praxis vor Ort aus dem Schatten der Anonymität zu reißen, die Orte des rassistischen Alltags, der vielen Flüchtlingen und ImmigrantInnen gerade dort begegnet, ans Licht zu bringen und anzugreifen. Die Arbeit der Abschiebeschweine muß be- und verhindert werden, wo es möglich ist."
(RZ, zum Angriff auf das Ausländeramt in Böblingen, August 1991)

Dieser Aussage können wir uns nur anschließen. Wir fordern alle, die Informationen über Strukturen und Personal der Ausländerbehörde haben, auf, diese öffentlich zu machen. Eine Möglichkeit, das reibungslose Funktionieren des Apparates zu stören oder zu blockieren, besteht im Angriff auf die TäterInnen und ihre Verunsicherung. Solange sie sich sicher fühlen und unbehelligt bleiben, werden sie weiterhin unbekümmert ihren dreckiger Job machen. Druck auf die relativ überschaubare Anzahl von ÄrztInnen, die Abschiebungen ermöglichen bzw. durchzuführen helfen, könnte dieses Instrument staatlicher Abschiebepraxis lahmlegen.

Mit den Verhaftungen in Frankfurt/Main, Berlin und in Frankreich hat die Bundesstaatsanwaltschaft die Runde der Abrechnung mit den RZ und der Roten Zora eingeläutet. Nahezu 20 Jahre militanten und bewaffneten Kampfes, in dem die verschiedenen Formen von Herrschaft benannt und angegriffen wurden, sollen exemplarisch abgestraft werden. Es soll vorgeführt werden, wie hoch der Preis dieses entschiedenen Kampfes ist und daß die Herrschenden durchaus nachtragend sind. Allen, die sich auch heute und für die Zukunft nicht vorschreiben lassen wollen, welche Mittel sie gegen dieses Menschenfressersystem einsetzen wollen und die an der Notwendigkeit klandestiner Organisierung festhalten, soll ein abschreckendes repressives Beispiel vorgeführt werden. In der Politik der RZ und der Roten Zora haben sich in den letzten drei Jahrzehnten viele Linksradikale orientiert. Die Vielfalt der Aktionsfelder und das Aufgreifen neuer Themen der Auseinandersetzung, das Bemühen, sich immer wieder auf Bewegungen zu beziehen, die Propagierung einer Verbreiterung des militanten Widerstandes und ihre Fähigkeit zur Selbstkritik waren Stärken der RZ und der Roten Zora. Das offensichtliche Ende ihres Projektes in den 90ern wurde jedoch leider nie abschließend von ihnen erklärt oder kommentiert.

An vielen Punkten der vergangenen Jahre, wie der Verschärfung rassistischer Gesetze, dem Erstarken faschistischer Strukturen und nicht zuletzt dem Krieg gegen Restjugoslawien, haben effektive, vernetzte militante Strukturen der Linken gefehlt. Die Tendenz, bewaffnete Politik als geschichtlich überholt und abgeschlossen zu bewerten, betrachten wir als kontraproduktiv. Es gibt keinen Grund und ist politisch falsch, wenn auch noch die Linke sich an der gewünschten Abwicklung der Politik von RZ und Rote Zora beteiligt.

Wir denken, daß militante bzw. bewaffnete Politik auch in diesen bewegungsarmen Zeiten unverzichtbar ist und daß es falsch wäre, auf bessere Zeiten zu warten oder zu hoffen. Eine Antwort auf das RZ/Rote Zora-Verfahren ist auch die Fortführung militanter Angriffe gegen die deutsche Flüchtlingspolitik. In diesem Sinne wollen wir unsere Aktion verstanden wissen:

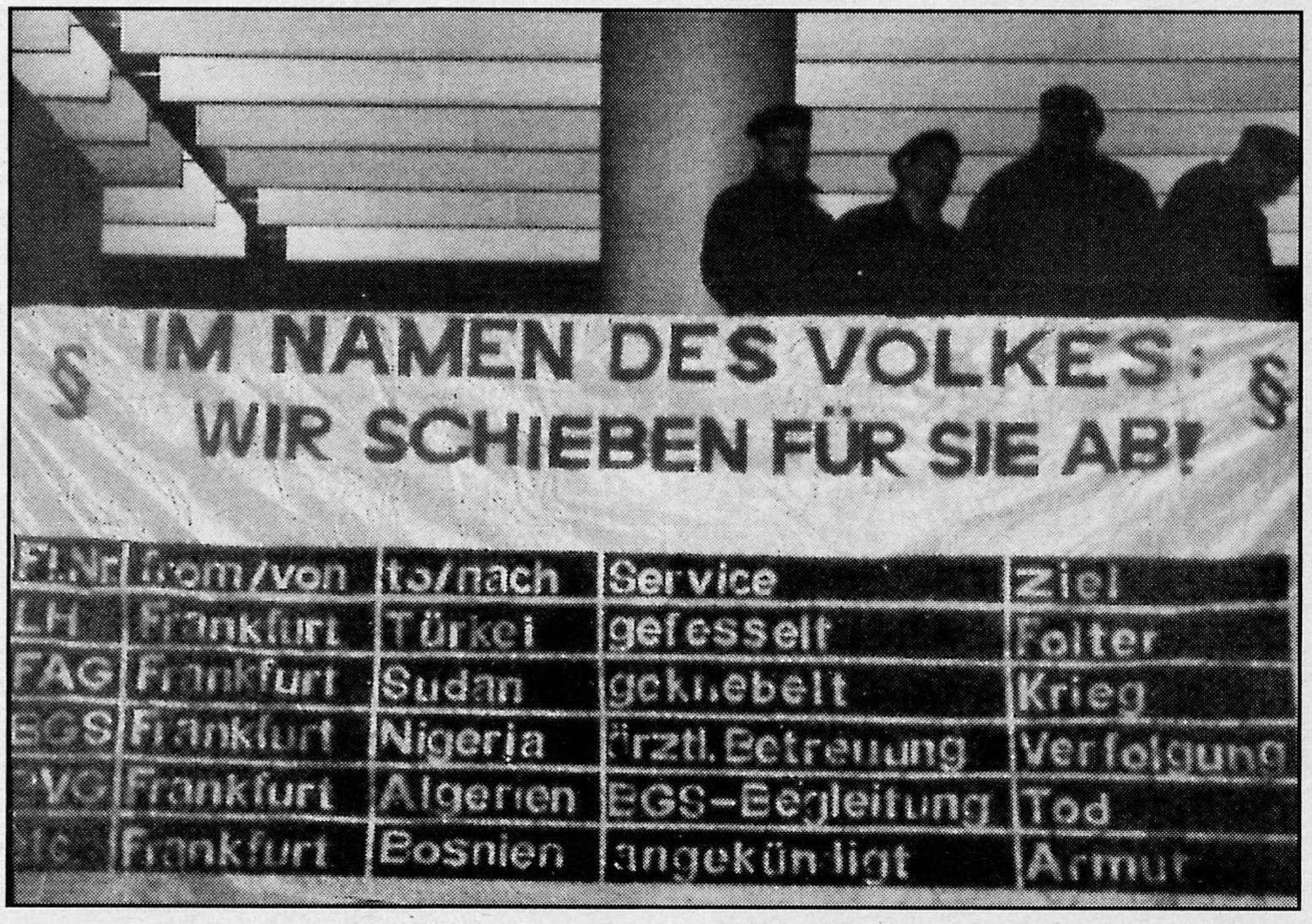
Bleiberecht für alle

Freiheit für die Gefangenen, die im Zuge des RZ/Rote Zora-Verfahrens eingeknastet wurden: Rudolph, Axel, Sabine, Harald, Sonja und Christian

Stop Deportation, Free All Prisoners!

Anfang März haben wir zwei Aktionen gegen die Deutsche Lufthansa gemacht: Die Fassade und die Scheiben des Wohnhauses von Jürgen Weber, Vorstandsvorsitzender der Lufthansa, Am Karpfenteich 15 in Hummelsbüttel sind mit Steinen und Farbe beschädigt worden. In St. Pauli wurde ein Bus der Lufthansa in Brand gesetzt.

Die Lufthansa ist in großem Umfang an der Durchführung von Abschiebungen beteiligt. Jürgen Weber, die zentrale Figur der Neugestaltung des Konzerns in den 90er Jahren, trägt dafür die Verantwortung. Die willfährige Kooperation der Lufthansa mit den deutschen Behörden und die Bedeutung der Dienste von Fluggesellschaften für die Infrastruktur der Abschiebungen sind lange bekannt. Trotzdem hat das Unternehmen bis heute nicht mit ernsthaften Imageverlusten zu kämpfen. Daran änderte auch der gewaltsame Tod von zwei Menschen während ihrer Abschiebungen in Lufthansa-Maschinen nichts. 1994 wurde Kola Bankole mit einer Beruhigungsspritze umgebracht. Im Mai letzten Jahres starb Aamir Ageeb einen "lagebedingten Erstickungstod", wie es im Amtsdeutsch heißt. Er war von BGS-Bullen gefesselt worden, auf den Kopf wurde ihm ein Motorradhelm gesetzt, drei BGS´ler drückten seinen Körper nach vorne - er erstickte. Die daraufhin von Innenminister Schily angeordnete Aussetzung von zwangsweisen Abschiebungen dauerte keine vier Wochen. Im September 1998 mußte nach dem Tod von Semira Adamu der belgische Innenminister zurücktreten. Zuvor hatte es Proteste gegeben und es war zu großen Demonstrationen gekommen. Die beteiligte Fluggesellschaft SABENA übernimmt seitdem keine Abschiebungen unter Zwang mehr.



In Deutschland war von Konsequenzen aus dem Tod Ageebs nicht die Rede. Weder geriet die Lufthansa in die Kritik noch wurden die systematischen Mißhandlungen durch den BGS thematisiert, geschweige denn die Praxis der Abschiebungen generell in Frage gestellt. Die einzige Folge war; daß seitdem keine Motorradhelme mehr zur "Ruhigstellung" verwendet werden dürfen.

Das System der Abschiebung wird immer perfekter ausgebaut. Eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern arbeitet zur Zeit an neuen Konzepten für ein "effektiveres Rückkehrmanagement". Dabei wird neben anderem der Einsatz von Personal und Maschinen der Bundeswehr ernsthaft in Betracht gezogen. Auch die verstärkte Nutzung von Charterflugzeugen ist geplant, die auch in der Vergangenheit schon durchgeführten Sammelabschiebungen sollen ausgeweitet werden.

Bei Linienflügen stellt der mögliche Widerstand der Flüchtlinge für die TechnokratInnen der Abschiebungsmaschinerie ein Problem dar. Diejenigen, die abgeschoben werden sollen, wissen, daß ihre Gegenwehr auf dem Weg dahin bzw. im Flugzeug selbst ihre letzte Chance ist, die Abschiebung zu verhindern. Deshalb leisten viele Widerstand, demolieren die Einrichtung der Maschinen oder verletzen sich selbst. In solchen Fällen verweigern Piloten oft den Transport "im Interesse der Flugsicherheit".

20 Jahre Plakate Autonomer Bewegungen · Friedenspolitischer Ratschlag in Kassel · Abrüstung: Die Bundeswehr und ihre neuen Waffensysteme · Razzia im Berliner Mehringhof · Proteste gegen die WTO – Macht wurde in Frage gestellt! · Sozialpolitik: Konferenz »Lichter der Großstadt« in Hamburg; Armutskonferenz in Berlin · Ingenieurgenossenschaften in der BRD · Initiative »Bauen-Wohnen-Arbeiten« verwirklicht Projekt auf Kölner Kasernengelände · u.a.

Termine · Rezensionen · Projektemarkt

3-monatiges Schnupperabo (endet automatisch) für 10 DM gg. Vorkasse (Schein, Briefmarken, V-Scheck)

Bestelladresse: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, Tel: 0 62 21/16 24 67

Zeitunglesen im Internet: www.contraste.org

Da stornierte Flüge ein Kostenfaktor sind, tun die BGS-Schergen, die Abschiebungen begleiten, alles, um möglichen Widerstand durch Einschüchterung zu verhindern und die Abgeschobenen "ruhig zu stellen". Sie werden systematisch mißhandelt, während des Fluges gefesselt, geknebelt, unter Medikamente gesetzt.

Auch wenn europaweit am Aufbau von Sammelabschiebungen gearbeitet wird und eine gemeinsame "Clearingstelle" zur Beschleunigung und Kostensenkung im Gespräch ist, sind die Staaten weiter auf die Dienste von Linienfluggesellschaften angewiesen. 1998 wurden ca. 35.000 Menschen mit Flugzeugen abgeschoben, zur Flugbegleitung stellte der BGS allein 5.400 Schergen ab. Etwa die Hälfte der Flüge geht zugunsten der Lufthansa. Das dreckige Geschäft lohnt sich: Als die Lufthansa in den 80er Jahren für ein Jahr die Beteiligung an zwangsweisen Abschiebungen zurückzog, nachdem ein Flüchtling eine Stewardeß bedroht hatte um seine Abschiebung zu verhindern, verlor der Konzern acht Millionen Mark. Wie hoch die Gewinne inzwischen gestiegen sind, ist nicht bekannt. Wiederholt wurde die Lufthansa aufgefordet, sich nicht an Abschiebungen zu beteiligen. Ende 1995 riefen VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen der Kampagne "Sagt Nein" das Unternehmen dazu auf, seine Beihilfe einzustellen. Der Kommentar des Lufthansa-Sprechers dazu: "Für uns sind die 'Deportees' Passagiere wie andere auch."

Nicht nur im Geschäft mit den Abschiebungen tut sich der Konzern als Nutznießer rassistischer Gesetzgebung und Ausbeutungsstrukturen hervor. 1995 kündigte die Lufthansa an, mit Zustimmung von ÖTV und DAG eine Praxis auszuweiten, die sie schon seit 30 Jahren betrieb: Die Beschäftigung von FlugbegleiterInnen aus anderen Ländern werde auf zehn Prozent aufgestockt, was Billiglöhne ermöglicht, weil diese nach den im "Heimatland" (z.B. Thailand oder Indien) üblichen Lohnbedingungen beschäftigt werden.

Wie die Lufthansa es immer wieder verstand, aus jeder politischen Konstellation größtmöglichen Nutzen zu ziehen, zeigt ein Blick in ihre Geschichte: Im zweiten Weltkrieg waren Transportmaschinen für die deutsche Luftwaffe im Einsatz. In Lübeck wurden ZwangsarbeiterInnen für den Konzern ausgebeutet. Im Zusammenhang mit der Entmilitarisierung Deutschlands wurde die Lufthansa nach dem Krieg zwangsweise aufgelöst, das Firmenvermögen wurde liquidiert. Schon 1953 aber kam es in Köln zur Neugründung des Unternehmens. Im "Wirtschaftswunderland Deutschland" der 50er Jahre konnte die Lufthansa rasch wieder mit In- und Auslandslinienflügen Fuß fassen. Einen wirklichen Knick in seiner Erfolgsgeschichte erlitt der Konzern Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre mit dem Übergang vom Staats- zum Privatunternehmen. Im Dezember 1991 reichte das Geld nicht für die Auszahlung der Gehälter, monatlich machte die Lufthansa 230 Millionen Mark Verlust.

In dieser Krise wurde Jürgen Weber Vorstandsvorsitzender der Lufthansa, die er in den Folgejahren mit drastischen Mitteln sanierte. Eine Grundlage seines Erfolges ist Webers rigide Politik gegen ArbeitnehmerInnen. 9.000 Beschäftigte wurden entlassen, die übrigen mußten sich seinem Diktat "Mehr Arbeit für weniger Geld" beugen. Vor allem damit, den Anforderungen der Globalisierung bestens gewachsen zu sein, hat sich Weber einen Namen gemacht. Sein "Meisterstück" ist die Gründung der "Star Alliance", der erste und weltweit größte Zusammenschluß von Luftverkehrsunternehmen, der

Aktion auf dem Flughafen Frankfurt/Main gegen die Abschiebungen per Flugzeug

der Lufthansa Einfluß und Konkurrenzfähigkeit im globalen Maßstab sichert.

Nicht nur als "heimlicher Chef" der "Star Alliance" hat Weber eine Machtposition inne. Zusätzlich zu seinem Vorstandsposten bei Lufthansa sitzt er in den Aufsichtsräten von Bilfinger und Berger, einer internationalen Baugesellschaft, der Mobil Oil AG und der Karstadt AG. Weber, der seit Ende der 60er Jahre für die Lufthansa arbeitet, gelang Anfang der 90er ein rasanter Aufstieg zur Spitze der Macht: 1989 als stellvertretendes Mitglied in den Vorstand gekommen, 1991 stellvertretender Vorsitzender, im September des gleichen Jahres dann Vorstandsvorsitzender. Alle maßgeblichen Entscheidungen und Veränderungen bei Lufthansa in den letzten zehn Jahren gehen auf sein Konto. Eine Bestätigung seiner Erfolges als Sanierer des Konzerns und als „global player" war auch die Wahl Webers zum "Manager des Jahres" 1999.

In anderen europäischen Ländern, wie Belgien (SABENA) und den Niederlanden (Martinair), ist es durch massiven Druck auf beteiligte Fluggesellschaften dazu gekommen, daß sie sich aus dem Geschäft mit Abschiebungen zurückgezogen haben. In Deutschland haben Profiteure der rassistischen Abschiebepraxis bisher nicht um ihren Ruf zu fürchten. Daran sollte sich einiges ändern!

Das Geschäft mit Abschiebungen angreifen!

Offene Grenzen - Bleiberecht für alle!

Freiheit für Sabine, Rudolf, Axel, Harald, Sonja und Christian!

Die neoliberale Politik der österreichischen RassistInnen

Neoliberalfaschismus?

Schon ist es wieder ruhiger geworden in Haiders kleinem Österreich. Die FPÖ sitzt mit in der Regierung und alles scheint an 1933 zu erinnern. Bezüge zum Aufstieg der Nationalsozialisten finden sich in den letzten zwei Monate zuhauf: Ob nun bei Teilen der antifaschistischen Linken, die geradewegs ein „neues 33" ausmachen, oder auch bei der bürgerlichen Presse, die nicht müde wird zu betonen, daß es sich hier sicherlich nicht um eben jenen Neuanfang handelt. Aber auch einige Linke in Österreich wenden sich vom bloßen „Nazi"-Vorwurf ab und entdecken die neoliberale Seite Haiders oder sehen ihn gar als „Poprechten".

Der Vorwurf, es handle sich bei der FPÖ und ihrem Chef um einen neoliberalen Haufen mit braunen Einsprengseln, greift etwas zu kurz, bzw. umfaßt in seiner Essenz mehr oder weniger alle bürgerlichen Parteien in der BRD oder Österreich. Doch zunächst ein Exkurs:

Die FPÖ formierte sich 1956 als Zusammenschluß unterschiedlicher Gruppierungen als (wirtschafts-) liberale Partei. Später dann spaltete sie sich in einen eher liberalen und einen deutschnationalen Flügel und wurde erst unter dem Parteivorsitz des Karrieristen Haider, seit 1985, autoritär geeint. Haider propagierte eine „nationale" Linie, was für ihn bedeutete: eine deutsch-nationale Linie, denn er leugnete die Existenz einer österreichischen Nation, die er als „ideologische Mißgeburt" bezeichnete.

1989 wird er zum Landeshauptmann von Kärnten gewählt, was dem hiesigen Amt eines Ministerpräsidenten entspricht, muß 1991 jedoch zunächst von dieser Funktion zurücktreten, da er sich bemüßigt fühlte, die „ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich" zu loben. Aufgrund der Haiderschen Dominanz verließen 1993 die letzten „Liberalen" die Partei und gründeten das recht bedeutungslose „Liberale Forum".

Haider selbst schaltete im Hinblick auf die österreichische Parlamentswahl einen Gang zurück: Im Streben nach Salonfähigkeit entschuldigte er sich im letzten November öffentlich für die „unglücklichen" Erklärungen in der Vergangenheit, wie zum Beispiel seinen Aufrufen zur „Ehre und Anerkennung der Veteranen der Waffen-SS", seinen gängigen Titulierungen von Rumänen als „Taschendieben" oder auch seiner Vorliebe für völkische Propagandafloskeln wie „Überfremdung". Seine Parteikameraden standen ihm da in nichts nach: In Ergänzung zu den Wahlkampfparolen wie „Stopp dem Asylmißbrauch", „Keine Gnade für Drogenhändler" oder der Forderung nach zwangsweisen Aidstests für Einwanderer, Obdachlose und Prostituierte behauptete zum Beispiel die Nummer 2 der FPÖ-Liste, Thomas Prinzhorn, daß Ausländer und Asylbewerber eine Gratishormonbehandlung erhielten zur Steigerung ihrer Fruchtbarkeit. Hervor taten sich etliche FPÖ-Würdenträger auch mit ihrer Vorliebe für Konzentrationslager, die einmal als einfaches „Straflager für Zivilisten" bezeichnet, ein anderes Mal in der von der FPÖ finanzierten faschistoiden Uni-Zeitschrift „Aula" als Stätten des Holocaust geleugnet wurden.

Trotz all dieser immer wieder als „Ausfälle" bezeichneten inoffiziellen Grundsatzerklärungen der Partei gab sich die FPÖ schließlich doch stromlinienförmiger und verabschiedete 1997 ein neues Parteiprogramm, aus dem die unverhüllten Bezüge auf den Nationalsozialismus, etwa Begriffe wie „Volksgemeinschaft", und des Pangermanismus eliminiert wurden. Es war die Zeit gekommen für eine neue Phase der Propaganda. Jetzt, beim Endspurt zur erhofften Machtübernahme oder zumindest –beteiligung, wurde die Aggressivität im öffentlichen Auftreten zurückgeschraubt. Wichtigstes materielles Ziel der FPÖ-Politik ist und bleibt die fundamentale Beseitigung des Wohlfahrtsstaates und seiner institutionellen Vermittlung, der österreichischen Sozialpartnerschaft. Ein Staat, der sich die Schaffung allgemeiner Wohlfahrt auf seine Fahnen schreibt, stellt für die FPÖ eine Bedrohung der Freiheit dar. „Die sozialistische Phantasie, Arbeit, Wohnen, Freizeit, Lieben, Leben und Sterben auf den Staat zu übertragen, führt zu Entmündigung und Aufgabe der Bürgerrechte", referierte FPÖ-Obfrau Susanne Riess-Passer 1997 unter Gleichgesinnten. Freiheit wird von der FPÖ schlicht als negative Freiheit verstanden: Freiheit bedeutet so einzig und allein die Abwesenheit von Zwang, d.h. die Rechte der Individuen gegenüber dem Staat beschränken sich im wesentlichen auf die Teilhabe am Marktgeschehen, das dem Individuum die Möglichkeit eröffnen soll, seine subjektiven Ziele verfolgen zu können. Staatliche Korrekturen der Marktergebnisse, also Maßnahmen zur Abschwächung des kapitalistischen Konkurrenzkampfes durch Beschäftigung-, Einkommens-, Bildungs- oder Wohnungsbaupolitik etc. (Stichwort „Chancengleichheit"), schließt dieses Freiheitsverständnis im Grundsatz ebenso aus wie die Verfolgung allgemeiner gesellschaftlicher Ziele, etwa ein angemessener Lebensunterhalt für alle. Bei diesem Bilderbuchmodell neoliberalen Wirtschaftens beschränkt sich das soziale Element folglich auf die Verwirklichung allgemeiner Wettbewerbsbedingungen.

Haider, mit Koalitionspartner Schüssel, spricht unverhohlen aus, was der Rest der bürgerlichen Parteien umständlich verklausuliert.

Soweit entspricht dieses Grundmodell allerdings auch der aktuellen nationalstaatlichen Politik neoliberaler Entgrenzung: Staatliche Eingriffe, die den Kapitalismus in seiner Reinform „begrenzen" sollen, um den sozialen Frieden zu sichern, sollen der Vergangenheit angehören. Bei der FPÖ wird hierbei jedoch, im Gegensatz zu den anderen bürgerlichen Parteien, im Kern an eine soziale Kosmetik erst gar nicht gedacht.

Um so lauter muß sich dagegen die FPÖ-Propaganda bemerkbar machen, denn einer populistische „Protest"-Partei steht solch extremer Elite-Liberalismus nicht gut zu Gesicht. Das wirtschaftliche Credo ist demgemäß ein wildes Potpourri populistischer Tiraden gegen „Turbo-Kapitalismus, Neo-Liberalismus, Rambo-Kapitalismus" (Haider), die „Shareholder-Value-Gesellschaft", aber auch natürlich immer wieder gegen den Sozialismus, egal ob in Form der Sozialdemokratie oder des Schreckgespenstes Kommunismus, und speziell gegen die traditionelle Sozialpartnerschaft der großen SPÖ/ÖVP-Koalition. Daß sich die FPÖ-Politik hierbei oft selbst widerspricht, so z.B. bei der Forderung von Schutzzöllen, scheint nicht weiter aufzufallen.

Nun hat sich der neoliberale Ansatz im heutigen Kapitalismus zum Ausdruck der weltweiten Politik der letzten 20 Jahre entwickelt. Sowohl von der Sozialdemokratie wie auch von rechten bürgerlichen Parteien ist diese Ideologie zur Ultima ratio im kapitalistischen Wettbewerb geworden. In dem Bestreben, mehr und mehr Arbeitsverhältnisse aus tariflichen Bindungen herauszunehmen, staatliche Unternehmen zu privatisieren und soziale Leistungen in einer Weise zu kürzen, daß das Wort „Reform" allgemein als Drohung verstanden werden muß, unterscheiden sich die Programme von Sozialdemokraten und Konservativen kaum noch voneinander. Seit den Amtsantritten von Thatcher und Reagan werden die Forderung nach einer ungehemmten Entfesselung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs immer lauter und erstzunehmender. Zudem ist der „Sozialstaat", wie er sich gerade in der BRD und Österreich in ihrer Funktion als werbewirksame „Frontstaaten" des kalten Krieges gegenüber dem sozialistischen Ostblock herausgebildet hat, seit dem Verschwinden des sogenannten Systemgegensatzes offenbar Makulatur geworden.

In ihrer Rede von der neuen „fairen Marktwirtschaft" versucht die FPÖ das neoliberale Modell populistisch auszuschlachten, in dem die Betonung auf Chancengleichheit im Wettbewerb gelegt wird, bei gleichzeitiger Anklage gegen „die da oben", welche ja aber von genau diesem Neoliberalismus profitieren.

Diese Umdeutung erinnert an die traditionelle Versuche des Faschismus, sich eine Art von Sozialismus auf die Fahnen zu schreiben. Dieser war in seinem Gleichheitsanspruch für den Nationalsozialismus aber letztlich nur gemeint als Gleichheit der „arischen" Deutschen in der „Volksgemeinschaft". Soziale Leistungen gab es nicht als Garantie, sondern als zielgerichtete Befriedungs- und Familienpolitik („Kraft durch Freude"), inklusive der rassischen und sozialen „Ausmerzung". Mit Arbeitsdienst und Zwangsarbeit wurde schließlich die ArbeiterInnenklasse gespalten in Lohn- und SklavenarbeiterInnen, und auch die Deutsche Arbeitsfront, im Gegensatz zu den verbotenen Gewerkschaften, war nie mehr als ein Arbeiterverein, der die Interessen von Staat und Wirtschaft zu vertreten hatte. Es ist an dieser Stelle sicher nicht notwendig, noch weiter auf die unveränderten Produktionsverhältnisse einzugehen, es bleibt Fakt, daß das sozialistische Mäntelchen der NSDAP keine Bedeutung gegenüber der raschen imperialistischen Expansion von Staat und Wirtschaft im deutschen Faschismus hatte.

Hier werden bestimmte Parallelen sichtbar zwischen der Politik von FPÖ und NSDAP: Beide Parteien machten sich eine populistische Ablehnung gegenüber den „Altparteien" zu nutze, und um diese zu bekräftigen, verordnete sich die NSDAP eine Portion „Sozialismus". Heute wird dagegen nur von wenigen eine konkrete neoliberale Politik gefordert, die aber als Opposition zur allgemein als ineffizient wahrgenommenen Politik als einzig denkbare Alternative erscheint. Der ausdrückliche Ruf nach Rettung per Neoliberalismus ist an den Stammtischen nicht zu vernehmen.

Es läßt sich daran ermessen, wie die Propaganda heutiger Politik funktioniert: Die NS-Propaganda verkaufte ihren WählerInnen unter dem Schlagwort „Sozialismus" etwas, für dessen Gegenteil sie eintrat. Die FPÖ dagegen wirbt für sich mit dem Etikett des „Neoliberalismus", den genau sie auch will, stellt diesen jedoch als gerechte und mithin soziale Sache dar, der er nicht sein kann.

Beide Spielarten faschistischer Politik beschwören in diesem Zusammenhang auch die naturgegebene Determiniertheit der gesellschaftlichen Formation, bzw. der geforderten gesellschaftlichen Formation. Hieraus speiste sich die Legitimation der deutschen „Volksgemeinschaft" ebenso wie die Rechtmäßigkeit neoliberaler Entgrenzung: Die angestrebte neoliberale „Chancengleichheit trägt dem Umstand Rechnung, daß in einer pluralistischen Gesellschaft das Vorhandensein von verschiedenen Schichten und Gruppierungen natürliches Ergebnis unterschiedlicher Entwicklungen der Menschen ist" (FPÖ-Programmentwurf 1997).

In diesem Kontext wird in der Debatte um die FPÖ oft die rassistische und antisemitische Politik der oben beschriebenen neoliberalen Modernisierung untergeordnet. Nach dem Motto: „Erst sie, dann wir", drehen sich die Bedenken vieler FPÖ-KritikerInnen doch letztlich um sie selbst und weniger um die in erster Linie Verfolgten. Sicher ist bei dem Bestreben, die neoliberale Konkurrenz durzusetzen, auch von Nutzen, daß zuerst die Toleranz den Marginalisierten dieser Gesellschaft gegenüber aufgekündigt wird. Auf der anderen Seite hieße dies aber auch, den Rassismus und Antisemtitismus der FPÖ zu unterschätzen. Auch wenn in der FPÖ-„Weltanschauung" der Antisemitismus dem alltäglichen Rassismus quasi mehr als ideologisches Fundament dient und stereotype Muster mit Wiedererkennungswert für die rassistischen Hetze liefert, so bleibt er doch nicht das nebulöse Hintergrundphänomen wie bei den übrigen bürgerlichen Parteien. Haider spricht das Wort „Juden" aus und jedesmal wenn er es benutzt, reicht die bloße Erwähnung schon für einen Tabubruch, mit dem die FPÖ und gerade Haider schon immer kokettierte, und der dem Volk offenbar gefällt. Hier wird beim Namen genannt und Politik der Offensive betrieben, die als „ehrliche" daherkommt und sich damit von der der etablierten Parteien abzugrenzen versteht – die autoritäre Forschheit schafft Respekt bei den WählerInnen.

Indem Haider unverhohlener ausspricht und fordert, was der Rest der bürgerlichen Parteien umständlich verklausuliert, nämlich den „Zuzugsstopp für Asylanten", macht er sich zum Vorreiter und wahren Trendsetter des Rassismus – er macht als erster das, was sich andere erst später trauen. Auch wenn all die bürgerlichen Parteien eigentlich aufs Gleiche hinauswollen. Dabei schafft er es, im Gegensatz zu den Republikanern, erfolgreich den Anspruch auf das „Original" in der rassistischen Politik zu behaupten.

Doch vielleicht beginnt sich auch mit dem Regierungsantritt der FPÖ die Lücke zwischen ihrer Propaganda und Wirklichkeit zu vergrößern. Zuvor wurden von ihr alle möglichen Köder ausgestreut bei dem Versuch, mit einem zielgruppengerechterem Programm ein noch weiteres WählerInnenspektrum anzusprechen. So bot die FPÖ für verschiedene gesellschaftliche Gruppen etwas an: Kinderschecks als Symbol für traditionelle Sozialpolitik, „Flat Tax" (die sogenannten fairen Steuern) als Symbol für Wirtschaftskompetenz und Entbürokratisierung, lebenslange Freiheitsstrafe bei Kindesmißbrauch als Zeichen einer Law-and-order-Politik und als Beweis gesellschaftlicher „Sittlichkeit" sowie Einwanderungsstopp und „Rückführung" von AusländerInnen zur Bedienung des rassistischen Elementes.

Nach der Wahl sieht die Realität etwas anders aus: Der Kinderscheck und auch der Einwanderungsstopp sind erst einmal vom Tisch und in der Steuerpolitik wird, wie es selbst die rechte „Kronen-Zeitung" bemängelte, „der kleine Mann" zur Kasse gebeten. Es werden nun höhere Steuern auf Zigaretten, auf die KfZ-Versicherung und den Strom geschlagen, der Preis für die Autobahnvignette hat sich fast verdoppelt und die Krankenkassen können jetzt bis zu 20 Prozent Selbstkostenanteil auf Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte verrechnen. Auch die verminderten Sozialleistungen, die längeren Ladenöffnungszeiten und die Erhöhung des Pensionsalters treffen am ehesten die traditionelle Anhängerschaft der FPÖ. Nur in der Familienpolitik finden sich zum Teil erhöhte Leistungen wieder, diese finanzieren sich allerdings aus dem Abbau bei den Frauen-Förderungsprogrammen...

Günther Feind

Reader

Vom Gesellschaftlichen Naturverhältnis zur postmodernen Ordnung

Artikel u.a. zu EXPO 2000 & Biopolitik, Globalisierung & Patriarchat, Nachhaltiger Entwicklung, Regional- und Stadtentwicklung, Technik- und Wissenschaftskritik

Schriftenreihe Band 02

DM 8,- incl. Porto, Bestellung gegen Vorkasse

Rosa-Luxemburg-Initiative
- Bremer Forum für Bildung, Gesellschaftsanalyse und -kritik

Postfach 10 21 44, 28021 Bremen

Schluß mit der rassistischen Hetzkampagne gegen Kurden aus dem Libanon

Flucht ist kein Verbrechen

Wieder einmal hat die Bremer Innenbehörde eine Gruppe von Flüchtlingen ins Visier genommen. Diesmal sind es kurdische Flüchtlinge aus dem Libanon, denen der Garaus gemacht werden soll. Eine Sondererermittlungsgruppe der Polizei hat angeblich "systematischen, organisierten Asylmißbrauch" (WK) aufgedeckt.

Die Propaganda gegen diese Flüchtlinge ist eine gezielte Kampagne zur Vorbereitung und Durchsetzung einer großangelegten Abschiebeaktion: mehrere hundert Menschen, die seit 10 oder mehr Jahren in Bremen leben, sollen in die Türkei. Etwa ein Drittel der Betroffenen sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die wiederum zum Teil in Deutschland geboren wurden und den größten Teil ihres Lebens in Bremen verbracht haben. Es ist absurd, davon zu sprechen, daß ihr bisheriger Aufenthalt in Bremen Betrug gewesen sei.

Wir weisen die vom Bremer Innensenat initiierte sogenannte. „Asylbetrugs-Kampagne„ wonach sich rund 300 Flüchtlinge jahrelang "zu Unrecht" in Bremen aufhalten und obendrein auch noch Sozialhilfe bezogen hätten, zurück, und verlangen einen gesicherten Aufenthalt für die betroffenen Menschen.

Die aktuelle Hetze kehrt das Verfolgungsdrama und die Flüchtlingsschicksale unter den Teppich. Arabisch sprechende Kurden wurden bereits in den 20er Jahren aus der Türkei vertrieben: Opfer bei der Entstehung des Nationalstaates, die weder als "richtige" Türken noch als "richtige" Kurden zählten. Im Libanon waren sie toleriert aber nicht gewollt. Während des Libanon-Krieges gerieten sie zwischen die Fronten und mußten erneut fliehen, diesmal nach Europa.

Wer fliehen muß, ist in der Regel überall unerwünscht. Dies galt für die von Nazideutschland verfolgten Jüdinnen und Juden ebenso wie für die Flüchtlinge von heute. Das "Verbrechen" der nun als "Betrüger" gebrandmarkten Menschen besteht darin, daß ihr Versuch in Deutschland zu leben, als kriminelle Handlung und verwerfliche Haltung definiert wird. Daß der Versuch der Versuch, nach Deutschland bzw. Westeuropa zu gelangen, nur deshalb kriminalisiert und entsprechend ins moralische Abseits gestellt werden kann, weil es eine mittlerweile eine kaum noch zugängliche Festung Europa gibt, kommt kaum jemand in den Sinn.

Die vom Bremer Innensenator aufgestellte Behauptung, daß KurdInnen mit türkischen Pässen allesamt "falsche Libanesen" seien, zeigt nur allzu deutlich, wie ungeeignet derlei nationalstaatliche Kategorien für Flüchtlingsschicksale sind. Im Laufe des libanesischen Bürgerkriegs flohen die meisten der dort lebenden KurdInnen zunächst in die heutige Türkei, wo ihre Großväter vor der Vertreibung einmal gelebt hatten. Die dort besorgten Pässe, ermöglichten ihnen die Weiterflucht nach Deutschland, denn Bürgerkrieg ist kein anerkannter Asylgrund. Diese Pässe änderten überhaupt nichts daran, daß diese Menschen arabisch und nicht türkisch sprechen, im Libanon ein zu Hause gefunden hatten und ihrem ganzen Selbstverständnis nach kurdische LibanesInnen sind. Vor diesem Hintergrund sind sowohl Asylanträge als türkische Staatsangehörige, Besuchsreisen in den Libanon oder Versuche mit neuerlichen Asylanträgen als KurdInnen aus dem Libanon anerkannt zu werden, verständlich. Daß die einzelnen Paragraphen des Asylverfahrensgesetz dabei nicht immer peinlich genau beachtet wurden, mag deutschen BürokratInnen zwar mißfallen, die Flüchtlinge dürften andere Sorgen gehabt haben. Denn die Menschen kommen nicht zum "Betrug" nach Deutschland, sondern es ist die Suche nach Sicherheit vor Verfolgung und nach einer (Über-)Lebens- und Einkommensperspektive.

Bei den nun an den Pranger gestellten kurdischen Familien sollen türkische Reisepässe oder Eintragungen in türkische Melderegister als Beweise dafür dienen, daß die betroffenen Menschen in Wahrheit TürkInnen und keine LibanesInnen seien. Tatsache ist, daß diese Menschen - wie viele andere KurdInnen - nach Deutschland kamen, weil ihnen der Aufenthalt im Libanon wie in der Türkei aufgrund von Krieg, Bürgerkrieg und politischer Verfolgung nicht möglich war. Im übrigen "reisen" Flüchtlinge nicht wie durchschnittliche EU BürgerInnen, sondern sind auf ihrer Flucht auf Tricks, "gefälschte" Papiere etc. angewiesen. Wer fliehen muß, steckt nicht mal so eben die Kreditkarte ein, setzt sich eine coole Sonnenbrille auf und hält den Grenzbeamten den EU-Pass unter die Nase. Wer sich solche Ansichten rassistischer Bürokraten zu eigen macht, übernimmt völlig irreale Vorstellungen, die nur dazu dienen, Flüchtlinge und zu kriminalisieren.

Dazu dient auch das Gerede vom "Sozialhilfebetrug": Aus der Tatsache, daß Flüchtlinge auch nach Jahren keine Arbeitserlaubnis erteilt bekommen, werden immer wieder regelrechte Räubergeschichten fabriziert. Per Sondergesetz zum Sozialhilfebezug gezwungen, werden Flüchtlinge als "Kriminelle", als "Abzocker" oder gar als "Mafiosi" diffamiert, um sie zu isolieren und Abschiebungen durchzusetzen, denen ein Großteil der hiesigen Bevölkerung willig zustimmt.

Hintergrund der Asylbetrugs-Hetzkampagne ist der Versuch der Innenbehörde, eine Massenabschiebung durchzusetzen und zu verhindern, daß die betroffenen Flüchtlinge aufgrund ihrer Aufenthaltsdauer zum größten Teil unter die sogenannte „Altfallregelung" fallen. Diese würde ihnen einen gesicherten Aufenthaltstitel zusprechen. Es hat in den vergangenen Wochen bereits Abschiebungen gegeben, ein Teil der Betroffenen erhielten Anklageschriften wegen Betruges und einigen Familien wurde anstelle der üblichen Verlängerung der Aufenthaltsbefugnisse eine Ausreisefrist bis Anfang April 2000 gesetzt. Seit Anfang März führt die Polizei in Bremen und Bremerhaven nahezu täglich Hausdurchsuchungen bei kurdischen Familien durch. Berichten von Betroffenen zufolge wurden die Durchsuchungsopfer teilweise stundenlang in einen Raum der Wohnung gesperrt. Es wurden Bargeld, Videos, Briefe, Erinnerungsstücke, Dokumente und ähnliches beschlagnahmt. Da oftmals keine Beschlagnahmebescheinigungen ausgestellt werden, wissen die Betroffenen nicht, was tatsächlich mitgenommen wurde. Dabei wurde sogar Kindern der Schmuck abgenommen, so daß bereits Mutmaßungen bestehen ob eine derartige rigorose Beschlagnahme von Wertgegenständen mit der Sozialhilfe verrechnet werden soll, was in der Tat

anarchistisch gewaltfrei

graswurzelrevolution

- widerstand gegen staat und krieg
- befreiung im alltag
- transnationalismus
- aktuelle politik aus gewaltfrei-anarchistischer sicht
- rezensionen
- concert for anarchy u.v.m.

Jahresabo: 40 DM (10 Ausgaben)
Schnupperabo: 3 Ausgaben gegen 10 DM Vorkasse
Förderabonnentinnen und SpenderInnen herzlich willkommen

Graswurzelrevolution
Breul 43
D-48143 Münster
Tel. 0251/48290 57
Fax 0251/4829032
www.comlink.de/graswurzel

GWR
Postbank Hamburg
Kto.-Nr.: 26657207
BLZ 200 100 20

NEU

Bücher der Graswurzelrevolution:

Lou Marin
Ursprung der Revolte
Albert Camus und der Anarchismus
326 S. • 39,80 DM
ISBN 3-9806353-0-9

GWR (Hg.)
Gewaltfreier Anarchismus. Herausforderungen und Perspektiven zur Jahrhundertwende
203 S. • 29,80 DM
ISBN 3-9806353-1-7

einen ungeheurer Vorgang ohne Rechtsgrundlage darstellen würden.

Für die betroffenen KurdInnen schließt sich ein Teufelkreis von Vertreibung, Neuanfang und abermaliger Verfolgung: Erst werden sie aus der Türkei vertrieben, dann aus dem Libanon und nun aus Bremen.. KurdInnen aus dem Libanon sind eine verfolgte Minderheit, nirgends gewollt, faktisch staatenlos aber Staatenlose kann man nicht abschieben. Um den Weg in die Türkei frei zu machen, konstruieren deutsche Polizeibehörden fieberhaft an dem Nachweis, daß die ins Visier genommenen Menschen türkische Staatsangehörige seien - ob, wann und wie lange sie dort gelebt haben, spielt keine Rolle. Deutsche Polizeibehörden haben dabei Zugriff auf türkische Melderegister und Datenbanken. Polizeiliche Sonderkommissionen, stellen die, in vielen Akten verstreuten Informationen so zusammen, daß dabei ein türkischer Staatsbürger heraus kommt, den man abschieben kann. Mit der Kriminalisierungs- und Hetzkampagne wird die bisherige Duldung der LibanesInnen als LibanesInnen aufgekündigt und eine Massenabschiebung vermeintlicher "Asylbetrüger" gegen die Altfallregelung durchsetzbar gemacht.

Antirassismus-Büro Bremen

(redaktionell überarbeitet)

ÄrztInnen, ZahnärztInnen, HeilpraktikerInnen, KrankengymnastInnen, Hebammen, Krankenhauspersonal, die sich zur Zusammenarbeit bereit erklären, ermöglichen die Arbeit der Beratungsstelle.

Zur Deckung der Kosten für Vermittlungs- und Beratungstätigkeit ist MediNetz auf Spenden angewiesen.

Öffnungszeiten: Dienstags 15.^{00} – 18.^{00} Uhr

MediNetz Bremen
c/o Flüchtlingsinitiative
Friesenstr. 21
28203 Bremen
Tel. 0421/7901959

Straßenbahn: Linien 2, 3 und 10,
Haltestelle Brunnenstraße,
Zugang durch die Horner Straße
Spendenkonto (die Spenden sind steuerlich absetzbar):
Flüchtlingsinitiative e.V.
Stichwort: MediNetz (wichtig!)
Konto.-Nr. 11673720,
Sparkasse Bremen
BLZ 290 501 01

MediNetz Bremen

Medizinische Vermittlungs- und Beratungsstelle für Flüchtlinge, MigrantInnen und Papierlose

Zwischenbilanz einer Prozeßwelle gegen Kosovo-KriegsgegnerInnen

Wenn Staatsanwälte kein Wort über die Verfassung verlieren

Vor gut einem Jahr begann der Krieg der NATO gegen Jugoslawien. Die NATO-Staaten haben erwartungsgemäß gesiegt, die Zahl der Opfer ist bis heute ungeklärt und die Zustimmung der guten Deutschen war und ist weitgehend uneingeschränkt. Doch regen sich auch kritische Stimmen: Tornado-Piloten jammern, daß sie nicht in adäquater Weise als Helden verehrt würden, der Ex-General Klaus Naumann moniert, daß im Frühjahr 1999 nicht alle Chancen zur friedlichen Beilegung des Konfliktes (das heißt: zur bedingungslosen Kapitulation Jugoslawiens auch ohne Waffengang) ausgeschöpft worden seinen, Umbau und Verkleinerung der Bundeswehr sind umstritten und die scheidende Wehrbeauftragte meldet schlechte Moral in der Truppe.

Neben diesen konstruktiven Kritiken gibt es jetzt eine Reihe von PolitikerInnen der rot-grünen Koalition wie auch ehemalige Bundeswehr-Offiziere, die neuerdings behaupten, damals von Scharping, Fischer und der NATO getäuscht worden zu sein. Denn den von Scharping behaupteten "Hufeisen-Plan" würde es gar nicht geben, genauso wenig wie es im vergangenen Jahr kriegsähnliche Konflikte im Kosovo in dem von der NATO propagierten Ausmaß gegeben habe. Man sei also betrogen und belogen worden, um die Zustimmung zum Angriffskrieg unter Beteiligung der Bundeswehr zu geben.

Darüber hinaus gibt es aber auch noch die mißliebigen Stimmen, die den Krieg schon im vergangenen Jahr insgesamt nicht gutheißen mochten. Um deutlich zu machen, daß diese Kritik der neuen deutschen Außenpolitik so gar nicht ins Konzept paßt, stehen derzeit in Berlin-Tiergarten Pazifistinnen und Pazifisten vor Gericht, die Bundeswehrsoldaten im April 1999 in einer Anzeige in der *tageszeitung* zur Desertion aufgerufen hatten. Nachdem Ende März mit dem Berliner Politologen Wolf-Dieter Narr ein einigermaßen prominenter Kriegsgegner zu 50 Tagessätzen à 150 Mark verurteilt wurde, nahmen auch die bürgerlichen Medien verstärkt Notiz davon. Im folgenden dokumentieren wir eine - redaktionell gekürzte - Zwischenbilanz von Roland Roth, die Grundlage seiner Verteidigungsrede am 1. Februar war. Roth, der freigesprochen wurde, ist Professor für Politikwissenschaft der Fachhochschule Magdeburg und einer der Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie in Köln. Auch wenn uns am NATO-Krieg nicht seine Verfassungs- und Völkerrechtswidrigkeit stört, finden wir es wichtig zu verfolgen, daß und wie auch noch die letzten KriegsgegnerInnen mundtot gemacht werden sollen. (Die Redaktion)

Am 4. November 1999 begann eine Prozeßwelle gegen Gegner des NATO-Krieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, die wenige Tage nach Kriegsbeginn auf den grundgesetz- und völkerrechtswidrigen Charakter der Bombardierungen aufmerksam machten und allen beteiligten Soldaten nahe legten, ihre Einsatzbefehle zu verweigern und sich von der Truppe zu entfernen. Der Aufruf war vor Kasernen und der Hardthöhe verteilt worden und erschien am 21. April 1999 als Anzeige in der *tageszeitung*. Gegen fast alle etwa 60 UnterzeichnerInnen des Aufrufs wurden von der Staatsanwaltschaft Tiergarten Strafbefehle und Anklagen wegen der Aufforderung zu einer Straftat (§ 111 Strafgesetzbuch) erhoben (angestrebtes Strafma_: 30-90 Tagessätze, also Strafgelder zwischen 2000 und 7500 Mark).

Fast alle Beschuldigten sehen sich mit zwei bis drei Anklagen konfrontiert, weil jede erneute Verwendung des Flugblatts als weitere Straftat der Unterzeichner gewertet wurde. Insgesamt sind also weit mehr als 100 Anklagen in Berlin anhängig. Nach mehr als einem Dutzend Verfahren ist eine erste Zwischenbilanz möglich. Die Urteile der ersten Instanz sind überwiegend zu Gunsten der Angeklagten ausgefallen: 17 Freisprüche bei drei Verurteilungen. Die Staatsanwaltschaft konnte sich in der Regel mit ihren Strafforderungen nicht durchsetzen. Die Richterinnen und Richter begründeten ihre Freisprüche mit dem Grundrecht der Meinungsfreiheit, das gerade in außergewöhnlichen Konfliktsituationen zugespitzte Meinungsäußerungen und begründete Handlungsaufforderungen garantiere. Die AmtsrichterInnen vermieden dabei eine völkerrechtliche Bewertung des Krieges, machten aber deutlich, daß die Auffassung der Beklagten nicht als "völlig abwegig" eingestuft werden könne. Gelegentlich ließen sie sogar durchblicken, daß ein Aufruf zur Fahnenflucht und zur Gehorsamsverweigerung durchaus legitim sein könne, falls die Unterzeichner mit ihrer völkerrechtlichen Bewertung des Krieges Recht behielten.

Systematisch verzerrte Kommunikation

Dennoch verlaufen die Prozesse nach dem Muster gestörter Kommunikation. Nach der Verlesung einer dürftigen Klage durch die Staatsanwaltschaft präsentieren die Angeklagten ihre persönlichen Erfahrungen und Prägungen, die sie zu konsequenten Kriegsgegnern gemacht haben. Meist handelt es sich um langjährig Aktive der Friedensbewegung. Gelegentlich stehen Personen vor Gericht, die - wie die Ehepaare Helga und Konrad Tempel oder Klaus und Hanne Vack - bereits in den pazifistischen Mobilisierungen der 1950er und 60er Jahre eine zentrale Rolle spielten. Zudem haben prominente VertreterInnen der DDR-Bürgerbewegungen (Neues Forum, Kirche von unten, Redaktion telegraph etc.) den *taz*-Aufruf unterzeichnet. Alle Angeklagten bemühen sich intensiv um den Nachweis, und dies war auch der argumentative Kern des inkriminierten Aufrufs, daß der sogenannte Kosovo-Krieg des Jahres 1999 sowohl in seiner Begründung wie in seiner Durchführung völkerrechtswidrig und die deutsche Beteiligung zudem verfassungswidrig war. Es geht ihnen also nicht nur darum, für die radikal pazifistische Ächtung des Krieges überhaupt zu werben, sondern um den Nachweis, daß dieser besondere Krieg, der erste, an dem bundesdeutsche Truppen nach dem 2. Weltkrieg kämpfend beteiligt waren, nicht nur moralisch verwerflich, sondern schlicht kriminelles Unrecht war. Dieser Bezug auf Völkerrecht und Grundgesetz ist deshalb so zentral, weil - wie die Staatsanwaltschaft immer wieder betont - nicht die pazifistische Gesinnung vor Gericht stehe, sondern die Zuspitzung des Antikriegsprotests in einem grund- und menschenrechtlich begründeten Aufruf, sich gegen diesen Krieg aufzulehnen.

Und hier setzt eine Kommunikationsstörung mit der Staatsanwaltschaft ein, die die bisherigen Prozesse wie ein roter Faden durchzieht: (a) Die Staatsanwaltschaft ignoriert schlicht den für die Beklagten zwingenden Zusammenhang zwischen der völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Bewertung des Kosovo-Krieges und den Konsequenzen, die sich daraus nach Ansicht der UnterzeichnerInnen für die beteiligten Soldaten ergeben. So heißt es im hervorgehobenen Teil des Aufrufs: ("Eine Beteiligung an diesem Krieg ist nicht zu rechtfertigen. Verweigern Sie deshalb Ihre Einsatzbefehle. Entfernen Sie sich von der Truppe! Lehnen Sie sich auf gegen diesen Krieg!") Indem die Staatsanwaltschaft diesen argumentativen Zusammenhang "übersieht", betreibt sie eine schlichte Verkehrung der Intentionen des Aufrufs. Den Unterzeichnern ging es darum, die Soldaten darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg beteiligen und damit auch strafrechtlich für ihr Tun belangt werden können. Eine Rechtsauffassung, die mit Blick auf die damalige öffentliche Debatte keineswegs als abwegig abgetan werden kann, sondern auch von namhaften Völker- und Verfassungsrechtlern geteilt und auf zahlreichen Protestveranstaltungen vertreten wurde. Es ging den UnterzeichnerInnen also - rechtlich gesehen - um die Ver-

hinderung von schweren Straftaten durch Befehlshaber und Soldaten der Bundeswehr und die Wahrung des Rechtsfriedens. Die Anklagen der Staatsanwaltschaft drehen den Spieß schlicht um. Die Unterzeichner des Aufrufs sind es nun, die zu einer Straftat aufgefordert haben, indem sie die an diesem Krieg beteiligten Soldaten zur Fahnenflucht und zur Gehorsamsverweigerung aufgerufen hätten. Für die Angeklagten muß dies wie Hohn klingen. Aus der Aufforderung, keine Straftaten zu begehen, wird eine Aufforderung zum Rechtsbruch gezimmert.

(b) Wie betreibt die Staatsanwaltschaft am Amtsgericht Tiergarten diese Umkehrung? Die erste Voraussetzung liegt in der beharrlichen Weigerung, die völker- und verfassungsrechtliche Ebene überhaupt zu betreten. Es gab bisher in keiner Verhandlung und keinem Schriftsatz einen ernsthaften Versuch der Staatsanwaltschaft, die rechtliche Legitimation dieses Krieges darzulegen und zudem den Nachweis zu führen, daß die Beklagten von der unzweifelhaften Rechtmäßigkeit des Krieges immer schon hätten wissen können, also auch keinen Verbotsirrtum für ihren Aufruf in Anspruch nehmen können. Diese Weigerung ist - angesichts des erkennbar gesteigerten Verfolgungs- und Strafinteresses der Staatsanwaltschaft - verständlich, denn dieser Nachweis einer unbedenklichen rechtlichen Legitimation dieses Krieges kann nicht gelingen. Zwar gab es und gibt es im öffentlichen Raum genügend Stimmen - auch von Juristen -, die den jüngsten NATO-Krieg rechtfertigen. Aber es dominieren dabei vor allem moralisch-menschenrechtliche Begründungen, die mit der Formel "humanitäre Intervention" früh von den Verantwortlichen in Umlauf gebracht wurden. (Einige Angeklagte haben inzwischen eine umfassende Streitschrift gegen diese Kriegsbegründung vorgelegt: Wolf-Dieter Narr / Roland Roth / Klaus Vack: Wider kriegerische Menschenrechte. Eine pazifistisch-menschenrechtliche Streitschrift. Beispiel Kosovo 1999 - NATO-Krieg gegen Jugoslawien, Köln: Komitee für Grundrechte und Demokratie 1999.) Prominente Philosophen und Sozialwissenschaftler sind sogar so weit gegangen, im Kosovo-Krieg den exemplarischen Schritt auf eine neue Stufe universeller Menschenrechtspolitik zu erblicken (die NATO erschien gar als "bewaffneter Arm" von amnesty International).

Gleichwohl ist unstrittig, daß zu Beginn der "Luftschläge" nicht nur unter Völkerrechtlern die Meinung vorherrschte, daß dieser Krieg nach den geschriebenen Regeln der UN-Charta rechtswidrig sei und zudem wesentliche Elemente der Kriegführung (Bombardierungen aus großer Höhe, die eingesetzte Munition, zivile Ziele) gegen das Kriegsvölkerrecht verstoßen. "Bei Kriegshandlungen ist stets darauf zu achten, daß die Zivilbevölkerung, Zivilpersonen und zivile Objekte verschont bleiben", heißt es unmißverständlich in der Genfer Konvention (Artikel 57 des ersten Zusatzprotokolls). Daß der Ausgang des Krieges selbst einen Paradigmenwechsel im Völkerrecht - im Sinne eines neuen Gewohnheitsrechts auf "humanitäre Intervention" - ausgelöst habe, darf nicht zuletzt mit Blick auf den aktuellen Krieg in Tschetschenien füglich bezweifelt werden. Immer wieder wurden von den Verteidigern in den Prozessen erfolglos Beweisanträge gestellt, die Gutachten von Völkerrechtlern einfordern, um diese Rechtslage zu belegen. Wiederholte Aufforderungen an die Staatsanwaltschaft, sie möge doch ihre - vermutlich andere - Sicht der Dinge juristisch begründet und nachvollziehbar darlegen, blieben ohne Ergebnis.

"Unter keinen Umständen ist Fahnenflucht legal"

Die einzige Ebene, auf der die Staatsanwaltschaft juristisch argumentiert, ist die des Wehrstrafgesetzes (WStG). Sind in den Anklageschriften noch § 16 (Fahnenflucht) und § 20 (Gehorsamsverweigerung) genannt, so reduzierte sich die Klage in den Prozessen bislang zumeist auf den Tatbestand der Aufforderung zur Fahnenflucht. So sei es durchaus möglich und legitim, Soldaten aufzufordern, rechtswidrige und darum unverbindliche Befehle zu verweigern. (Dies sieht § 22 des WStG ja ausdrücklich vor: Bei Ungehorsam und Gehorsamsverweigerung [§§ 19-21] "handelt der Untergebene nicht rechtswidrig, wenn der Befehl nicht verbindlich ist, insbesondere wenn er nicht zu dienstlichen Zwecken erteilt ist oder die Menschenwürde verletzt oder wenn durch das Befolgen eine Straftat begangen würde". Ähnliche Einschränkungen finden sich in § 11 [2] des Soldatengesetzes: "Ein Befehl darf nicht befolgt werden, wenn dadurch eine Straftat begangen würde.") Hätten die UnterzeichnerInnen des Flugblatts ausschließlich zur Verweigerung von rechtswidrigen Einsatzbefehlen aufgerufen, dann wäre die Staatsanwaltschaft - nach eigenen Aussagen - nicht tätig geworden.

Grundsätzlich anders verhielte es sich jedoch mit jenen Passagen des Aufrufs, die als Aufforderung zur Fahnenflucht bzw. Meuterei verstanden werden müßten. Denn hier sehe das WStG keine rechtfertigenden Ausnahmen vor. "Man weiß, daß Soldaten nicht einfach weggehen können." "Unter keinen Umständen ist Fahnenflucht legal." "Nichts rechtfertigt das Verlassen der Truppe." Auf solch schlichte, rechtlich nicht haltbare Überzeugungen, die von den StaatsanwältInnen zum Besten gegeben wurden, gründet sich die Klageflut am Berliner Amtsgericht Tiergarten. Da die Beschuldigten zu Handlungen aufgerufen haben, die nach dem Wehrstrafgesetz verboten sind, werden sie nach § 111 StGB "Öffentliche Aufforderung zu Straftaten" angeklagt, die auch dann zu bestrafen ist, wenn die Aufforderung, wie in diesem Fall, ohne den gewünschten unmittelbaren Erfolg geblieben ist.

Indem der Aufruf einzig an den Bestimmungen des Wehrstrafgesetzes gemessen wird, verkürzt die Staatsanwaltschaft die für die VerfasserInnen des Aufrufs zentrale Frage nach der Rechtmäßigkeit des NATO-Angriffs mit Beteiligung der Bundeswehr auf die Sorge um die Funktionsfähigkeit der Truppe, denn einzig diesem Ziel sind die einschlägigen strafrechtlichen Bestimmungen des Wehrstrafgesetzes (§ 16 Fahnenflucht; § 27 Meuterei) gewidmet. Über Fragen der rechtlichen Legitimation militärischer Einsätze schweigt sich das WStG als einfaches Gesetz - genauer als Spezialbereich des allgemeinen Strafrechts - aus. Aber genau darum müßte es eben in den Prozessen um dem veröffentlichten Aufruf gehen.

Juristisch dürftig, rechtspolitisch skandalös

Die Auffassung der Staatsanwaltschaft, die sie in dieser Prozeßwelle ebenso einsilbig wie mehrstimmig vorgetragen hat, ist juristisch allzu schlicht, um zu überzeugen oder gar Bestand zu haben. Sie ist rechtspolitisch abenteuerlich und für die politische Kultur der "Berliner Republik" geradezu verheerend. Diese Bewertung läßt sich begründen: Der Versuch, Gegner dieses Krieges auf der Grundlage des Wehrstrafgesetzes zu verurteilen, ist juristisch skandalös. Es handelte sich ja nicht um Formen der Gehorsamsverweigerung oder "Entfernung von der Truppe", wie sie im Bundeswehralltag immer wieder vorkom-

ak – analyse & kritik

manchmal treffen wir auch ins Schwarze

ak – analyse & kritik

Zeitung für linke Debatte und Praxis

erscheint vierwöchentlich mit
36 Seiten im Zeitungsformat, DM 7,50

Kostenloses Probeexemplar bestellen bei:

ak – analyse & kritik
Rombergstraße 10
20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174
Fax: 040-40170175

e-mail: ak-Redaktion@cl-hh.comlink.de

Internet: www.akweb.de

men, sondern um eine bislang einmalige und zugespitzte Situation. Immerhin war es der erste Krieg mit deutscher Beteiligung seit dem 2. Weltkrieg. Ein Krieg zudem, der wegen des fehlenden UN-Mandats völkerrechtlich nicht legitimiert und damit - nach Meinung vieler - verfassungswidrig war und gleichzeitig gegen das Verbot des Angriffskriegs im Grundgesetz (Artikel 26) verstieß.

Es ist juristisch nicht plausibel, wieso solch grundlegende rechtliche Bedenken gegen diesen Krieg nicht geprüft werden, wenn es darum geht, Leute zu verurteilen, die mit solchen Bedenken ihr Handeln, in diesem Falle ihren Aufruf legitimieren. Glaubt die Staatsanwaltschaft allen Ernstes, daß ein grundgesetz- und völkerrechtswidriger Krieg keinen Einfluß auf die Bewertung von Desertion und Befehlsverweigerung hat? Nicht nur die Auseinandersetzung um die Anerkennung der Deserteure im Nazikrieg, sondern auch die Mauerschützenprozesse haben andere Maßstäbe gesetzt. In beiden Fällen ist nicht die Funktionsfähigkeit einer Armee Ultima Ratio, sondern der Charakter des Krieges bzw. des Grenzregimes entscheidend für die Bewertung.

Das Befolgen einfacher Gesetze genügt nicht, um dem einzelnen Soldaten Straffreiheit zu verbürgen. In der Rechtssystematik ist schon mit Blick auf die jeweiligen Strafandrohungen völlig klar, welche Gewichtung zu treffen ist. Auf Fahnenflucht steht eine Strafandrohung von maximal 5 Jahren, die Beteiligung an der Vorbereitung eines Angriffskrieges wird dagegen mit mindestens 10 Jahren bis zu lebenslanger Freiheitsstrafe bedroht (§ 80 des Strafgesetzbuches). Die Notwendigkeit zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit ergibt sich schon aus dem Vorrang der Verfassung gegenüber einfachen Gesetzen. Dies unterscheidet einen Rechtsstaat von einem demokratischen Rechtsstaat. Und dies gilt nicht nur für die Meinungsfreiheit, sondern auch für den Friedensauftrag des Grundgesetzes, wie er an prominenter Stelle bereits in Artikel 1 (Menschenwürde), Artikel 2 (Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit) und ausführlich als Verpflichtung zur Friedenstaatlichkeit in Artikel 26 festgelegt ist. Damit wurde der rechtliche Rahmen legitimer militärischer Gewaltanwendung vom Verfassungsgeber bewußt sehr eng abgesteckt. Die Begrenzung legaler militärischer Aktionen auf den Verteidigungsfall und damit verknüpfte Bündnisverpflichtungen einerseits und das explizite Verbot des Angriffskriegs andererseits waren ja für die Verfassungsväter und die wenigen -mütter wichtige Konsequenzen aus den von Deutschland maßgeblich betriebenen Weltkriegen des 20. Jahrhunderts. Mit Blick auf das Grundgesetz ist Krieg eben kein Normalfall, sondern eine besonders legitimationsbedürftige Ausnahme (wie zuletzt das Bundesverfassungsgericht in seinem "out of area"-Urteil noch einmal betont hat). [...]

Noch ist die deutsche Kriegsbeteiligung nicht zu einer solch selbstverständlichen "Normalität" geworden, daß die pazifistische Opposition einfach nach dem Wehrstrafgesetz abgefertigt werden kann, auch wenn die Staatsanwaltschaft dies zu glauben scheint. Werden verfassungs- und völkerrechtliche Argumente gegen den Kosovo-Krieg nicht dadurch hinfällig, daß sich breite parlamentarische Mehrheiten fanden, die dem Einsatz zustimmten? In einem Verfahren kleidete eine Richterin dies zunächst in die Aussage, die Regierung werde die Rechtsfragen einer Kriegsbeteiligung schon geprüft haben, um dann am Ende des Prozesses einzuschränken, daß sie dies zumindest hoffe. Sowohl zeitgeschichtliche Erfahrungen wie die Basisnorm der Gewaltenteilung mahnen zur Wachsamkeit. Es ist unbestreitbar, daß auch liberal demokratisch legitimierte Regierungen ungerechte, menschenverachtende und völkerrechtswidrige Kriege führen. Davon zeugen nicht nur die zahlreichen Kolonialkriege nach dem 2. Weltkrieg, sondern nicht zuletzt zahlreiche Kriege der USA, die ja als zentrale Führungsmacht der NATO auch für die Kriegführung auf dem Balkan maßgeblich war.

Die bereits sprichwörtliche "Arroganz der Macht" (William Fulbright) hat immer wieder zu einem menschenverachtenden und völkerrechtswidrigen Umgang mit überlegenen kriegerischen Mitteln verführt. Der gegenwärtige US-Präsident hat sich in seiner Amtszeit für insgesamt drei "schmutzige" Kriege der USA entschuldigen müssen: die Beteiligung am Coup gegen die rechtmäßige Regierung in Chile, die Unterstützung der Contras in Nicaragua und den Vietnam-Krieg. Aber was haben die Opfer dieser Kriege von solchen Entschuldigungen? Wir haben also allen Grund, wachsam zu sein, wenn es um Kriegsbeteiligung geht. (...)

Politische Justiz: ein juristischer Slalom den Herrschaftsgipfel hinauf

Der rechtspolitische Skandal im Umgang mit diesem Krieg besteht darin, daß die Justiz weder dem Anspruch der Unabhängigkeit noch dem der Gleichbehandlung genüge getan hat, sondern sich als Putzerfisch der Machthabenden andient. Schon früh nach Kriegsbeginn hat der Generalbundesanwalt unmißverständlich signalisiert, daß er keine der zahlreichen Klagen wegen dieses Krieges gegen die Regierung annehmen werde. Uns ist nichts von Ermittlungen oder Anklagen bekannt, die sich gegen die Verantwortlichen der Bundesregierung richten, obwohl z. B. Herr Scharping nachweislich die Öffentlichkeit mehrfach grob getäuscht und belogen hatte (Aussagen über KZs) und einige seiner Feindbild produzierenden Äußerungen den Tatbestand der Volksverhetzung und des Aufstachelns zum Angriffskrieg (§ 80 a StGB) erfüllten (etwa mit Äußerungen über Serben, die mit abgeschnittenen Köpfen Fußball spielten), wie ja generell "vergessen" wurde, daß auch in der Bundesrepublik mehrere hundertausend Jugoslawen, Serben und Kosovo-Albaner leben. Uns ist nichts von Ermittlungen und Anklagen gegen Soldaten und ihre Vorgesetzten bekannt, die sich in diesem Krieg offensichtlicher Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben (Bombardierung von Eisenbahnzügen, Bussen, Rundfunksendern und anderen zivilen Objekten). Nicht von ungefähr ist "Kollateralschaden" zum Unwort des Jahres 1999 gekürt worden, weil es die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung verschleiern soll, die "beiläufig" anfallen und durch die Art der Kriegführung billigend in Kauf genommen wurden.

Wer auch nur einen Augenblick den Gedanken zuläßt, daß dieser Krieg einen Verstoß gegen Völkerrecht und Verfassung darstellen könnte, dem wird die herrschaftstreue Einseitigkeit der Staatsanwaltschaft am Amtsgericht Tiergarten überdeutlich. Sie verfolgt einzig und mit großem Aufwand die UnterzeichnerInnen eines pazifistischen Aufrufs, der zudem ohne sichtbaren Einfluß auf das Kriegsgeschehen geblieben ist. Daß Regierung und Armee rechtlich ungeschoren bleiben, bestärkt nicht gerade das Vertrauen in die Unabhängigkeit der Justiz. Entgegen der Beteuerungen der Staatsanwaltschaft fällt es deshalb schwer, in dieser Klageflut gegen oppositionelle BürgerInnen einen Beitrag zum Rechtsfrieden zu sehen, der ja wohl durch den Auftrag von Amtsträgern und den Gehorsam von Befehlsempfängern zur Tötung von Zivilisten "out of area" in ganz anderer Weise gefährdet wurde.

Die Unbefangenheit der Blockwartenkel

[...] Die Bundesrepublik ist reich an militärstrafrechtlich begründeten Skandalurteilen gegen Deserteure der Hitler-Armee. Daß auch viele Militärs die Entnazifizierung unbeschadet überstanden und sich als "neue" Führungsriege etablierten, sei nur am Rande erwähnt. Über die Fortsetzung des Militarismus - mit anderen Vorzeichen - in der DDR ist kein Zweifel möglich. Immerhin konnte bis vor kurzem die Hoffnung keimen, in einer überwiegend zivilen Gesellschaft zu leben, in der das Militär keine Sonderrechte und schon gar keinen extrakonstitutionellen Status beanspruchen kann; in einer Gesellschaft, in der militärische Mittel nur unter ganz eingeschränkten Bedingungen und mit höchstem Legitimationsbedarf eingesetzt werden dürfen.

Gegen dieses zivilgesellschaftliche Leitbild hat nicht nur die rot-grüne Regierung mit ihrer rechtlich nicht zu legitimierenden Kriegsbeteiligung verstoßen. Die neue NATO-Doktrin der "Selbstmandatierung" out of area stellt diesen Rückschritt auf Dauer. Die Berliner Staatsanwaltschaft betreibt juristische Nach- und Vorsorge, wenn sie versucht, die rechtlichen Legitimationsansprüche an Militär und kriegerisches Tun zu deren Gunsten abzusenken. Bestürzend ist, daß diese Variante der "Normalisierung" nicht von greisen Ewiggestrigen mit schnarrenden Stimmen und militärischem Habit, sondern von jungen Staatsanwältinnen und Staatsanwälten betrieben wird, die sich so präsentieren, als hätten sie die "Last der deutschen Vergangenheit" und die sich daraus ergebende Verpflichtung zum Frieden nie verspürt. Es ist eine Angst einflößende Unbefangenheit, die ein Autor der Wochenzeitschrift Die Zeit kürzlich auf den bösen Begriff "Blockwartenkel" brachte. Ihnen fehlt jede Empathie für die Opfer. Die Greuel des Krieges sind für sie unendlich weit weg. Die Art der Kriegführung im NATO-Krieg scheint sie darin zu bestätigen, obwohl sie nur einen Moment den Gedanken an die Situation in den Luftschutzkellern der Bombennächte in Belgrad und anderswo zulassen müßten. Ich habe jedenfalls selten solch "coole" Reaktionen auf die Konfrontation mit Kriegsfolgen erlebt, wie auf der Bank der Staatsanwaltschaft in diesem Gericht. Ihre Reaktionen sind geprägt von Realitätsverleugnung.

Thesen für einen neuen Anti-Militarismus

Gegen wessen Kriege welchen Widerstand?

Während elf Wochen nach dem 24. März 1999 bombardierte die NATO unter Mitwirkung der Bundeswehr in einem unerklärten Krieg die Bundesrepublik Jugoslawien. Gegen diesen Krieg formierte sich in keinem der beteiligten Angreiferländer eine nennenswerte Antikriegsbewegung. Der folgende Text versucht thesenhaft, die Ursachen hierfür zu analysieren und mögliche Handlungsoptionen in zukünftigen, ähnlich gelagerten Auseinandersetzungen zu diskutieren. Denn, so lautet eine Kernthese der nachfolgenden Überlegungen, der Kosovo-Krieg war neben und nach dem zweiten Golfkrieg 1990/91 Prototyp einer neuen Art von Konflikten, die zugleich symbolischer und materieller Ausdruck der neuen Weltverhältnisse sind.

Die Schwäche der Antikriegsbewegung in diesem Konflikt manifestierte sich auf allen Ebenen.Auf diskursiver Ebene gelang es nicht, den Argumenten der Kriegsbefürworter eine logisch geschlossene, geschweige denn eine in deröffentlichen Diskussion wirkmächtige Argumentation entgegenzusetzen. Auf politisch-praktischer Ebene gelang es nicht, angemessene Formen des symbolischen oder auch praktischen Widerstands zu finden, so daß nicht einmal innerhalb der -ohnehin nicht starken - linken Oppositionsbewegungen wirksam gegen den Krieg mobilisiert werden konnte. Um die Gründe hierfür zu verstehen, ist es sinnvoll, zunächst einen Blick auf das diskursive Szenarium um den Krieg zu werfen. Im folgenden beziehen wir uns vor allem auf die deutsche Situation; es hat aber für uns denAnschein, daß sich die Verhältnisse in zahlreichen anderen Angreiferländern kaum unterschieden haben.

Zwei Seiten der okzidentalen Ideologie: Mehrheitsgesellschaft und Bellizisten

Die Wahrnehmung des Kosovo-Kriegs in der Gesellschaft war durch einen verbreiteten kulturalistischen (differentialistischen) Rassismus strukturiert, der sich - in Anlehnung an Edward W. Saids Begriff des "Orientalismus" - mit dem Begriff des *Balkanismus* bezeichnen läßt. Im Diskurs des Balkanismus wird der Südosten Europas zu einem geographischen und symbolischen Raum, in den der 'freie Westen' oder das 'zivilisierte Mitteleuropa' Gewalt und Barbarei verorten. Hierbei wird an kollektive Bilder einer vor-zivilisierten Welt der Stammeskrieger in den "Schluchten des Balkans" angeknüpft. Diese Welt steht im grundsätzlichen Gegensatz zur westlichen, bürgerlichen Zivilgesellschaft. Völkermord und Barbarei werden über die Bilder des Balkans als etwas dem freien Westen Äußerliches symbolisch ausgelagert. Ethnische Konflikte, so der Diskurs des Balkanismus, sind auf dem Balkan Normalität, nach ihren Ursachen braucht nicht gefragt zu werden. In der Konsequenz ergibt sich aus der Logik des Balkanismus vor dem Hintergrund der Kosovokrise die Handlungsalternative: Entweder (polizeilich) eingreifen oder den Balkan sich selbst überlassen.

Die 'schweigende Mehrheit' in der Bundesrepublik neigte wohl der zweiten Antwort zu. Die Auseinandersetzung in Ex-Jugoslawien wurde häufig als ein Konflikt zwischen Halbwilden interpretiert, der 'uns','die zivilisierten Mitteleuropäer, nichts angeht. Die Konsequenz daraus hieß: Einen Zaun außenherum ziehen und fertig! Dementsprechend war nach Kriegsbeginn die Haltung eines großen Teils der Bundesdeutschen weniger durch begeisterte Zustimmung zu den Bombardements denn durch dumpfe Ablehnung und Indifferenz gekennzeichnet.

Auch die Kriegsbefürworter argumentierten vor dem Hintergrund einer stillschweigend vorausgesetzten Überlegenheit des zivilisiertenfreien Westens, zogen daraus allerdings die entgegengesetzte Konsequenz. Es ist bezeichnend, daß ihre Argumentation über weite Strecken als Aktualisierung einer okzidentalen Ideologie erscheint, die bereits im Zweiten Golfkrieg als Legitimationsgrundlage für das militärische Eingreifen diente: "Die okzidentale Ideologie ist jene während des Golfkriegs am Beispiel des Islamismus durchdeklinierte rassistische Überlegenheitsdoktrin gegenüber nichtwestlichen Kulturen und Lebensweisen, die einerseits dazu dient, die herrschenden Verhältnisse im Weltmaßstab wie sie sind zu legitimieren, und andererseits deren einstmals linken Kritikern den theoretisch abgesicherten Ausstieg aus ihrer eigenen Geschichte zu ermöglichen." (Schönberger/Köstler 1992, 38ff.) Kernfiguren der Argumentation sind die Dämonisierung des jeweiligen Kriegsgegners und seines Führungspersonals sowie die gleichzeitige Verherrlichung des zivilisierten Westens.

Gegen Indifferenz und Wurstigkeit der Mehrheitsgesellschaft setzten die Kriegsbefürworter einen stark moralisierenden Diskurs. Vor dem Hintergund der serbischen Politik im Kosovo wurde von Völkermord gesprochen; die NATO-Bombardements wurden mit dem Argument legitimiert, es gelte, ein neues Auschwitz zu verhindern. Die militärische Intervention wurde so als "Kampf gegen das absolut Böse" (vgl. a. Tony Blair in Großbritannien) inszeniert. Wie zuvor im Falle Saddam Husseins und des Irak während des Golfkriegs wurde nun das politische und militärische Handeln von Milosevic und der Bundesrepublik Jugoslawien mit den Nazi-Verbrechen verglichen. Der politische Imperativ "Nie wieder Auschwitz" wurde auf die Bürgerkriegssituation umgemünzt. Dabei ging es weniger darum, 'die Deutschen' durch Relativierung von Auschwitz von ihrer historischen Schuld zu entlasten (was möglicherweise ein gern gesehener Nebeneffekt sein mag), als vielmehr darum, die Diskussion des Konflikts von der politischen auf eine moralische Ebene zu verlagern: Die Anrufung der Verbrechen von Auschwitz ließ es offenkundig illegitim erscheinen, über politische Interessen, Motive und Handlungsalternativen in diesem Konflikt zu diskutieren. Die moralisierende Entpolitisierung mündete letztlich in der Propagandafloskel, wer Milosevic nicht militärisch bekämpfe, sprich Jugoslawien nicht bombardiere, paktiere realiter mit ihm und beteilige sich letztlich durch Wegschauen an einem Genozid. Es ist bezeichnend, daß das Führungspersonal der Berliner Republik einerseits eine neue deutsche Normalität beschwört, die nicht mehr an die Verbrechen des Nazi-Faschismus erinnert werden will. Andererseits zögerten sie nicht, Auschwitz als"Moralkeule" (und nur in diesem Zusammenhang macht ein solcher Begriff Sinn) gegen möglichen moralisch argumentierenden Widerspruch zu schwingen.

Zumindest in der Bundesrepublik, aber auch in anderen europäischen Staaten gelang die Durchsetzung dieses Diskurses nicht zuletzt, weil das politische Führungspersonal nicht mehr im Verdacht steht, nazistische (bzw. andernorts kolo-

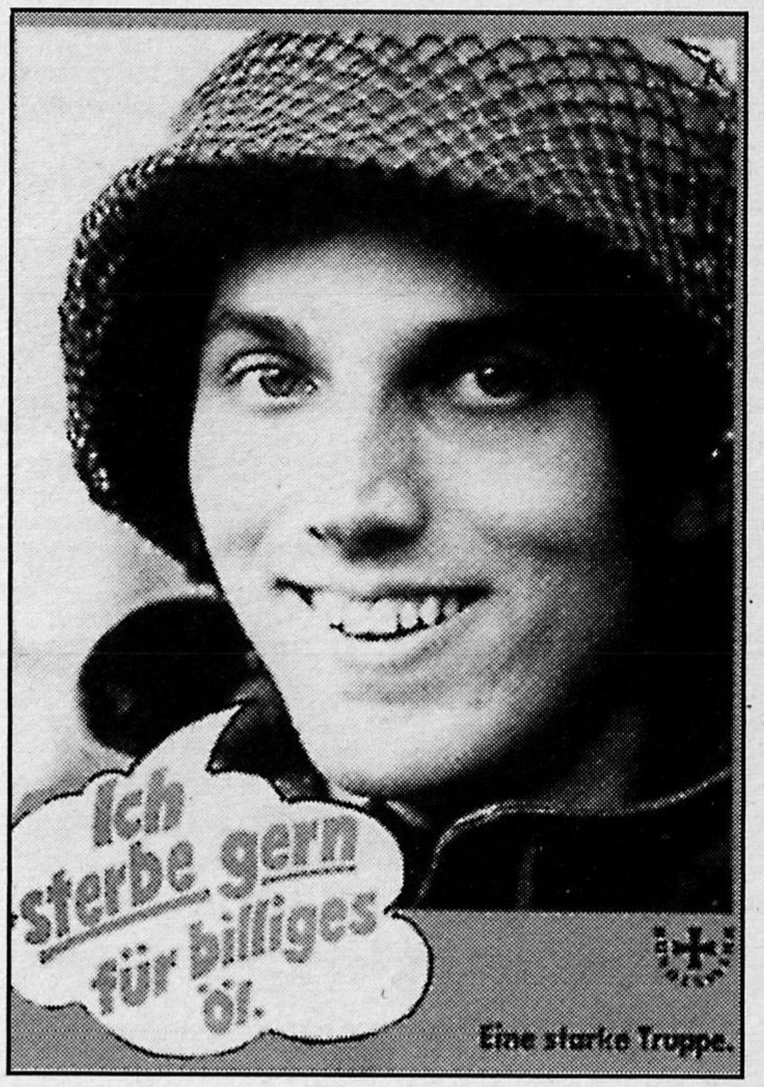
nialistisch-imperialistische) historische Kontinuitäten zuverkörpern. Darüber hinaus konnten Schröder, Fischer (ebenso wie Blair, Solana, Clinton und Co.) eine Art 68er Bonus verwerten, der immer noch für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte steht. Glaubhafter als jede konservative, CDU-geführte Regierung waren sie in der Lage, die Behauptung zu verkörpern, in diesem Krieg gehe es um Menschenrechte (vgl z.B. jene BILD-Zeitungstitelseite: "Schaut in ihre Gesichter"). Ihr "humanitärer Fanatismus" (Franco "Bifo" Berardi) verknüpfte die mörderische Gewalt der Stealth-Bomber mit der Inszenierung von Zweifeln und Gewissensbissen und verkaufte das Ganze als ethisches Handeln.(1) Gegen diesen "Kriegshumanismus" (Dirk Kretschmer) der gewendeten 68er bekamen die linken und antimilitaristischen KriegsgegnerInnen keinen Fuß auf den Boden. Das haben sie sich bis zu einem gewissen Grad selbst zuzuschreiben. Letztlich ergibt sich die Möglichkeit, Auschwitz im Sinne eines "militärischen Humanismus" (Ulrich Beck) zu instrumentalisieren, auch aus der schlechten linken Tradition, alles und jedes mit dem Faschismusetikett zu überziehen (vgl. Schönberger/Köstler 1992, 95ff.). Insofern zeigten die Ex-68er nur, daß sie ihre Lektion gut gelernt haben. Sie nahmen die linke Tradition der unaufhörlichen Moralisierung politischer Konflikte mit auf die Regierungsbank und spielten auf dieser Klaviatur mit einer Lautstärke, angesichts der selbst der CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble noch als Gemäßigter erschien. Die Retorsion des moralischen Imperativs "Nie-wieder-Auschwitz", also die Vereinnahmung eines kritischen Begriffs und das gleichzeitige In-sein-Gegenteil-Verkehren (vgl. z.B. "Solidarpakt") entspricht einem gängigen Muster gegenwärtiger Herrschaftsdiskurse. In diesem speziellen Fall braucht sich eine Linke, die jahrzehntelang mit falschen oder verkürzten Faschismusvorwürfen Politik (ge)macht (hat), allerdings nicht zu wundern, daß andere mit solchen Argumenten nun ihr eigenes Spiel spielen.

Es ist klar, daß die Instrumentalisierung von Auschwitz durch die Kriegstreiber eine Verharmlosung der Verbrechen des Nazi-Faschismus darstellt (ZAK Tübingen). Opfer des Nazi-Faschismus haben die Parallelisierung 'Kosovo=Auschwitz' als eine "neue Art der Auschwitz-Lüge" bezeichnet (Bejarano u.a.: Offener Brief an die Minister Fischer und Scharping). Es ist legitim, wenn die Opfer angesichts der von den Kriegsbefürwortern betriebenen Enteignung ihrer Geschichte die Unvergleichbarkeit von Auschwitz einfordern. Als zentrales politisches Argument einer Anti-Kriegsbewegung allerdings ist der Hinweis auf die Verlogenheit des Auschwitz-Vergleichs wenig hilfreich. Angesichts der Tatsache, daß vor Auschwitz jedes andere Verbrechen verblaßt, kann dieser Hinweis zu der fatalen Lesart führen, daß aktuelle Verbrechen als harmlos erscheinen. In der Sprache des Balkanismus gesprochen: Wozu die ganze Aufregung, wenn sich doch bloß auf dem Balkan wieder einmal die Halbwilden gegenseitig massakrieren? Eine Debatte, die den Auschwitzvergleich kritisiert, ohne dieses Problem mitzudenken, läuft Gefahr, diejenigen zu verhöhnen, die in der Gegenwart Opfer einer ethnifizierenden Politik werden, gleichgültig ob Milosevic & Co. oder jetzt die UCK ihre Urheber sind.

Ruhe an der Heimatfront

Bei der Suche nach Ursachen für die Schwäche der Antikriegsbewegung liegt es nahe, auf ein Erklärungsmuster zurückzugreifen, das zum Standardrepertoire linker Denkfiguren gehört: die Öffentlichkeit wurde durch die bürgerlichen Medien manipuliert, Hauptgrund für die Schwäche der KriegsgegnerInnen sei mithin die Effizienz der Propaganda der Kriegstreiber gewesen. Dem ist entgegenzuhalten, daß die Medienbilder des Krieges nicht allein Produkte der NATO-Propagandamaschinerie waren: Die Berichterstattung war nicht gleichgeschaltet. In der Konsequenz ließ sich die Fiktion eines klinisch sauberen Krieges seitens der NATO nicht aufrechterhalten. Es standen genügend Medieninformationen zur Verfügung, aus denen sich die Schlußfolgerung ziehen ließ, daß die Strategie der NATO in diesem Konflikt auf ein "bewußtes und delibertäres Mürbe-Bomben der serbischen Bevölkerung" (Bussemer) hinauslief. Daß diese Informationen folgenlos bleiben, liegt zum einen daran, daß der durch die bellizistischen Politiker vorgegebene Interpretationsrahmen des Konfliktes in den Medien weitgehend unhinterfragt übernommen wurde. Die Medienöffentlichkeit zweifelte zwar den Wahrheitsgehalt der täglichen NATO-Frontreports an, nicht aber die grundsätzliche Interpretation des Konflikts als "Kampf für die Menschenrechte". Daß diese Interpretation unhinterfragt durchgehen konnte, mag zum Teil auch daran liegen, daß alternative Lesarten des Konflikts durch die linke Antikriegsbewegung selbst unzureichend waren. Deshalb greift die Behauptung einer weitgehenden Medienmanipulation zu kurz: Die Lage an der Heimatfront war weniger durch die Stärke der Kriegspropaganda gekennnzeichnet als durch das Fehlen jeder überzeugenden Gegenargumentation. Die Verunsicherung hinsichtlich der Legitimität des Krieges, welche in Teilen der Bevölkerung durchaus bestand, mußte deshalb sprachlos bleiben.(2)

Ein weiteres, grundsätzliches Problem lag in der oben skizzierten Indifferenz des Durchschnittsbürgers, der sich über ein paar Bomben mehr oder weniger auf Serbien, Albanien oder Bulgarien nicht groß aufregt und allenfalls beunruhigt ist, wenn diese Bomben aus Versehen im Gardasee oder in der Adria landen.(3) Zwar gab es in der Bevölkerung keine Kriegsbegeisterung und keinerlei Bedürfnis, etwa großdeutsches Hegemonialstreben in glorreichen Kriegseinsätzen durchzusetzen. Die Handlungsmöglichkeiten für eine antimilitaristische Bewegung vergrößerten sich dadurch jedoch nicht im Geringsten. Im Gegenteil: Hier zeigt sich eine Form von Indifferenz, die weder von Kriegsbefürwortern noch von Kriegsgegnern mobilisiert werden kann.(4) Konflikte wie der im Kosovo erscheinen als undurchschaubar, die Leute wollen wohlstandschauvinistisch ihre Ruhe haben. Es ist ihnen schlicht gleichgültig, ob sich nun 'Neger' oder 'Albaner' irgendwo vor den Toren der Festung Europa gegenseitig massakrieren. Allenfalls gegenüber Opfern von Naturkatastrophen oder bedürftigen Flüchtlingen lassen sie sich zu einer symbolischen Geste der Mildtätigkeit hinreißen. Gegenüber dieser Haltung greifen weder moralische Appelle noch das sonstige vorhandene symbolisch-politische Instrumentarium der Linken. Es ist eine Frage, die seitens der linken Kriegsgegner kaum je diskutiert wurde, wie mit dieser Heimatfront neuer Art umzugehen ist.



Vom Elend der kritischen Kritik

Angesichts des Krieges bezogen die linken Kriegsgegner, soweit sie nicht in ratlosem-Schweigen verharrten, häufig in reflexhafter Weise die üblichen Schützengräben.

Dazu gehört der Versuch, die Verhältnisse unbedingt und in jedem Fall mit der (anti-)deutschen Brille betrachten zu wollen. Diese negative Deutschlandfixierung nimmt nicht einmal die einfache Tatsache zur Kenntnis, daß sich die Situation weder in Großbritannien noch in den meisten anderen europäischen Ländern wesentlich anders dargestellt hat. Gerade weil von Antideutschen immer wieder vorgetragen wird, die deutsche Balkanpolitik sei für die Auflösung Jugoslawiens ursächlich gewesen, läßt sich fragen, ob hier nicht deutscher Größenwahn nur mit umgekehrtem Vorzeichen präsentiert wird.(5) Slavoj Zizek (*Die NATO - die linke Hand Gottes?*) und Immanuel Wallerstein (*"Bombs away!"*) verweisen demgegenüber darauf, wie problematisch es ist, Milosevic zum Protagonisten des multiethnischen Jugoslawien zu stilisieren. Gerade seine schon 1987einsetzende Entfesselung des "Gespensts ethnischer Leidenschaften" (Slavoj Zizek: *Die doppelte Erpressung*) sei es gewesen, die das Ende des multiethnischen Nachkriegsjugoslawien eingeläutet habe. (6)

Auch Kriegsgegner, die aus der Logik eines traditionellen Anti-Imperialismus argumentierten, reproduzierten in letztlich hilfloser Weise gewohnte, aber unzureichend gewordene Erklärungsmuster. Sie versuchten verzweifelt klarzumachen, daß die Bombardierung Jugoslawiens in Wirklichkeit um ökonomischer oder geostrategischer Interessen willen erfolgte.(7) War eine entsprechendeArgumentation im Falle des Golfkriegs (wo sie unter der Parole "Kein Blut für Öl" vorgetragen wurde) noch einigermaßen plausibel, wurde es im Falle des Krieges gegen Jugoslawien schwierig, die 'wirklichen' ökonomischen Interessen hinter dem Kriegseinsatz

auszumachen. Wir gehen davon aus, daß das weniger an einer besonders perfiden Verschleierung der wahren Kriegsgründe liegt sondern eher daran, daß die Folie einer traditionellen Imperialismuskritik auf die Konstellation dieses Krieges nicht paßt (vgl. a. Alain Kessi: *NATO/Kosov@*). Die Demaskierungs-Strategie mit dem Versuch, die 'eigentlichen' Kriegsgründe aufzudecken, erwies sich in dieser Situation als politisch wirkungslos. Es konnte ihr nicht gelingen, die Moralisierung der Politik durch die Kriegstreiber zu diskreditieren.

Postfordistische Kriege - Auseinandersetzungen neuen Typs?

Von verschiedener Seite wurde versucht, dem spezifischen Charakter des Krieges Rechnung zutragen und diesen als Auseinandersetzung neuen Typs ohne Rückgriff auf verkürzte traditionelle Erklärungsstereotype zu untersuchen. Zu nennen sind hier insbesondere die Analysen von Robert Kurz (*Ökonomie der Ausgrenzung*) sowie die Überlegungen italienischer postoperaistischer Theoretiker wie Marco Revelli, Franco 'Bifo' Berardi, Toni Negri u.a. (Thomas Atzert: *Das Imperium schlägt alle*). Die Analysen unterscheiden sich weniger in der Substanz als im sprachlichen Gestus. Der 'Krisentheoretiker' Kurz beschwört apokalyptische Bilder: Der Konflikt erscheint ihm als Ausdruck aufbrechender weltgesellschaftlicher Widersprüche, die sich angesichts eines scheinbar alternativlosen Weltkapitalismus, in dem es derzeit nichts gibt, "was auch nur entfernt als Kampf um gesellschaftliche Emanzipation interpretiert werden könnte", in Ethnisierung, politischem Gangsterwesen und Barbarei artikulierten. Der Todeskampf zusammenbrechender, von den Kriterien des Weltmarkts ruinierter Gesellschaften beruhe auf der Auswegslosigkeit einer ökonomisch substanzlos gewordenen Konkurrenz, in der der selbstzerstörerisch wiederbelebte völkische Wahn nur noch auf der Binnenrationalität der Krisenkonkurrenz beruhe. Ethnokriege, Bandenherrschaft und Klientelsystem seien die destruktiven Phänomene und Folgen des nicht mehr reproduktionsfähigen Kapitalverhältnisses.

Es kann an dieser Stelle dahingestellt bleiben, ob der derzeitige ökonomische Umbruch und die damit einhergehenden Konflikte eine fundamentale Krise markieren, das Wetterleuchten von Armageddon, wie Kurz es beschwört, oder lediglich den Übergang zu einem neuen (in den Begriffen der Regulationsschule: postfordistischen) Regime fortdauernder kapitalistischer Akkumulation. Marco Revelli und andere italienische Theoretiker neigen der zweiten Lesart zu und interpretieren den Konflikt als typisch für das neue Akkumulationsregime. Revelli beispielsweise bezeichnet die NATO-Intervention als "extreme (politische) Synthese" des Postfordismus (zit. n. Atzert).

Einig sind sich die Analysen darin, daß der Ausgangspunkt des Krieges gegen Jugoslawien in dem Epochenbruch liegt, der sich auf politischer Ebene mit dem Datum von 1989 verbindet und der auf ökonomischer Ebene eine grundsätzliche Veränderung des warenproduzierenden Weltsystems markiert: Im Zeichen einer Weltökonomie, die von globaler Integration der Warenproduktion und des Weltmarktes gekennzeichnet ist, werden immer größere Segmente der Weltgesellschaft von der ökonomischen Entwicklung abgekoppelt und fallen aus dem Regime der globalisierten Produktion heraus. Zugleich lassen auch die entwickelten kapitalistischen Staaten den Anspruch fallen, eine gleichmäßige soziale und ökonomische Entwicklung anzustreben, wie er paradigmatisch durch das Modell Deutschland des fordistischen Klassenkompromisses der Nachkriegszeit formuliert worden war.(8) Anstelledessen werden soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Ausgrenzung akzeptiert und durch Naturalisierungen gerechtfertigt, die entweder ethnifizierend oder gleich biologistisch daher kommen. Diese Entwicklung betrifft bestimmte gesellschaftliche Bereiche innerhalb des freien Westens ebenso wie ganze Volkswirtschaften in den Peripherien; die Unterscheidung von Erster, Zweiter, und Dritter Welt wird dabei "tendenziell enträumlicht". Im Ergebnis entsteht eine weltumspannende "strukturelle soziale Apartheid" (Joachim Hirsch).

Vor diesem Hintergrund konstituiert sich ein ökomomischer Ausgrenzungsimperialismus ('Festung Europa'/'FestungNordamerika') und politischer Sicherheitsimperialismus auf weltweiter wie auf binnengesellschaftlicher Ebene. Auseinandersetzungen werden in der Logik dieses Imperialismus neuen Typs nicht mehr um die Aneignung von Territorien oder die Konstituierung von Einflußzonen geführt;national zentrierte territoriale Imperien oder wirtschaftliche Einflußsphären verlieren an Bedeutung - auch wenn natürlich reaktionäre "Geopolitiker" und "ein gewisses linksradikales Veteranentum", so Kurz (*Ökonomie der Ausgrenzung*), "noch immer gewohnheitsmäßig über den strategischen Blaupausen eines vergangenen Zeitalters brüten". Es geht nicht um Einverleibung (auch nicht von menschlichen Ressourcen), sondern die strategische Orientierung bezieht sich darauf, sich die Überflüssigen in der Peripherie vom Leib zu halten und die kapitalistische Ökonomie "gegen störend unkontrollierte Gewaltausbrüche der Herausgefallenen und ihrer Überlebenskonkurrenz zu sichern" (ebd.). "Die von der universellen Marktwirtschaft selbst erzeugten Katastrophen sollen möglichst draußenbleiben". Es entsteht eine weltregional gestaffelte Ausgrenzungshierarchie, die von einem Kern aus NATO und EU und wenigen mit ihnen assoziierten Ländern (z.B. Ungarn) über Satrapen- und Operettenstaaten (Kroatien) bis zu völlig unselbständigen von internationalen Organisationen oder Bandenkriegern 'verwalteten' Protektoraten (Kosovo) reicht und zugleich eine Verelendungshierachie bildet. "Unter diesen Bedingungen geht es den politischen und wirtschaftlichen Eliten nicht mehr um die Sicherung von Territorien oder Volkswirtschaften, sondern um das 'Funktionieren' des Prozesses insgesamt. (...) Es geht um die Sicherung gesellschaftlicher Funktionszusammenhänge, um die Absicherung gegen die Globalisierungsrisiken" (Bendrath). Demzufolge hat sich der Sicherheitsbegriff seit 1989 verschoben, es geht um die "Sicherheit vor Risiken". "Als Risiken können alle Entwicklungen wahrgenommen werden, deren Ausgang offen ist und aus denen irgendwann eine Störung des globalen Kapitalverwertungsprozesses entstehen kann" (ebd.).

Die Logik des globalen Ausgrenzungs- und Sicherheitsimperialismus konstituiert ein neues gemeinsames Meta-Interesse zwischen den kapitalistischen Blöcken. Trotz aller Konkurrenz entsteht eine gesamtkapitalistische Geopolitik, in der die NATO unter Führung der USA zur gemeinsamen westlichen Weltpolizei wird und das Gewaltmonopol beansprucht. Als Folge ist das Ende der völkerrechtlichen Souveränität angebrochen, der Kapitalismus kann seine eigene internationaleRechtsordnung nicht mehr anerkennen.(9)

Diese Analysen liefern einen Interpretationsrahmen für den Krieg, in dem klar wird, daß es nicht der übermächtige US-Imperialismus war, der etwa der BRD seine spezifischen Interessen aufzwang, und auch nicht umgekehrt die BRD den US-Koloß listig im Dienste teutscher Geopolitik über den Tisch zog. Allerdings ist einzuschränken, daß materialistische Globalanalysen, wie sie oben skizziert wurden, notwendigerweise pauschalen Charakter haben und deshalb Fragen offenbleiben. Dieses Problem läßt sich am Beispiel der Kurz'schen Argumentation (*Ökonomie der Ausgrenzung*) illustrieren: Im Krieg gegen Jugoslawien sei es einmal mehr darum gegangen, die ausufernde Krise des warenproduzierenden Weltsystems weltpolizeilich einzudämmen. Da Milosevic dem Plan der EU in die Quere gekommen war, die halbwegs produktiven Teile Jugoslawiens für das warenproduzierende System verfügbar zu halten, wurde er zum Repräsentanten eines 'Schurkenstaates'. Weil die 'humanitären Katastrophen' nicht mit der Krise des warenproduzierenden Systems erklärt werden dürfen, mußte der Kreuzzug gegen Milosevic den Charakter eines Kreuzzugs gegen das Böse schlechthin annehmen. Hier sind etliche Fragen zu stellen: Inwiefern lag in der Auseinandersetzung um den Kosovo eine Krise vor, die das warenproduzierende Weltsystem potentiell bedrohte? Warum sind die Konflikte in Jugoslawien überhaupt noch von Interesse, nachdem sich doch mit der Sezession Sloweniens und Kroatiens die "halbwegs produktiven" Teile schon 1991/92 aus dem Staatsverband verabschiedet haben? Welche materiellen und ideologischen Konsequenzen hatte der Kreuzzug der NATO im Kosovo, welche in der Bundesrepu-

blik Jugoslawien, welche im restlichen Südost- und Osteuropa? Kurz gelingt es nicht, diese Fragen zu beantworten, weil er sich in seiner materialistischen Globalanalyse weder für die politische, ökonomische und ideologische Mikrophysik des Kosovokonflikts noch für die symbolische Ökonomie der NATO-Intervention sonderlich interessiert.

Hinsichtlich der innerjugoslawischen Konflikte und der Ethnisierungsprozesse, die dem Krieg vorausgingen, unternahm Alain Kessi (Kosov@/NATO) einen ersten Versuch, deren Eigendynamik in Bezug zur weltgesellschaftlichen Entwicklung zu analysieren. Auf die symbolischen Aspekte der NATO-Intervention schließlich soll im folgenden Abschnitt kurz eingegangen werden.

Clinton, Du Milosevic Du

Den symbolischen Rahmen des Kosovokonflikts kennzeichnet der slowenische Psychoanalytiker Slavoj Zizek mit der Feststellung, daß "ein Phänomen wie Milosevics Regime nicht ein Gegensatz zur neuen Weltordnung", sondern ihr Symptom ist, das "ihre versteckte Wahrheit" ans Tageslicht befördert. Regimes wie das von Milosevic (oder, im Zusammenhang mit dem zweiten Golfkrieg, Saddam Hussein) seien nicht das Andere des freien Westens, sondern vielmehr "seine eigene Kreatur", "ein Monster" nach Hausmacherart. (10)

Figuren wie Milosevic markieren die Gestalt der neuen Weltordnung in ihren ausgegrenzten, ökonomisch abgeschnittenen Sektoren: Gangster, Bandenführer jeglicher Art, ob in Belgrad oder in der Inner City von L.A. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, den Krieg gegen Jugoslawien in Analogie zu einer Polizeiaktion, einer Razzia zu analysieren. Bei einer Polizeirazzia muß es nicht notwendigerweise darum gehen, eine materielle Bedrohung auszuräumen oder die betroffene Gegend dauerhaft unter Kontrolle zu bringen. Noch viel weniger geht es darum, für die dort lebenden Menschen, potentielle Gangster allesamt, erträgliche Lebensbedingungen herzustellen: Weder die Herrschaft der Gangs noch die Verhältnisse, die sie begründen, werden letztlich angetastet. Wesentlich ist dagegen, daß die Polizeiaktion Definitionsmacht begründet, materiell durchsetzt oder bestätigt: Definitionsmacht darüber, was eine Bedrohung darstellt und was nicht, wer guter Bürger ist und wer Krimineller, was toleriert wird und was nicht. Es geht darum zu zeigen, daß die Herrschaft der Gangs subaltern ist und auf die stillschweigende Duldung durch die übermächtige Gewalt des Staates (im Weltmaßstab: der kapitalistischen 'westlichen Wertegemeinschaft') angewiesen bleibt. Die scheinbare Willkür, mit der von dieser Verbrechen in manchen Situationen abgestraft werden und in anderen nicht, ist Teil eines Kontrollregimes, in dessen Rahmen "Gewalt und Recht ununterscheidbar werden" (Giorgio Agamben, zit. n. Atzert). Nachdem eine Gruppe (so wie 'die Serben') einmal als Kriminelle und Delinquenten definiert ist, hat sie letztlich keinen Anspruch mehr auf irgendwelche Rechte. Die Logik des Polizeiregimes interessiert sich nicht für Unterscheidungen zwischen Soldaten, Deserteuren und Zivilisten, Regierenden und Regierten. Die Barbarei des Westens zeigt sich nicht zuletzt auch in der Gleichgültigkeit, mit der bei solchen Polizeiaktionen tote Zivilpersonen als unvermeidliche 'Kollateralschäden' in Kauf genommen werden.

In der Logik von Polizeiaktionen liegt auch, daß die aggressive Moralrethorik, mit der diese begründet werden, nichts mit den realen Ergebnissen zu tun haben muß. Es ist interessant zu beobachten, daß sowohl Saddam Hussein wie auch Milosevic zunächst zum Abbild des absolut Bösen stilisiert wurden, es dann aber keinesfalls nötig war, die Kriege gegen diesen neuen Hitler auch zu gewinnen: Die Logik dieser Kriege war eben nicht die eines Kampfes für die Menschenrechte und gegen die Barbarei, sondern die einer Polizeirazzia, mit der ein paar lokale Gangs aufgemischt werden, um zu zeigen, wer Herr im Hause ist. In diesem Sinne agierte die NATO erfolgreich, ihre Intervention im Kosovokonflikt konstituierte zugleich ein Kontroll- und Polizeiregime für ganz Südosteuropa. (Es sei hier auch an die im Zusammenhang mit dem Konflikt von Fischer und Co. abgehaltenen 'Balkankonferenzen' erinnert, in denen die herbeizitierten Regierungschefs der südosteuropäischen Staaten im Hinblick auf den Krieg die Rolle eines Komitees 'Bürger helfen der Polizei' spielen durften.) Mit der Abstrafung Milosevics und der Installierung der UCK im Kosovo gelang es der NATO tatsächlich, sich als "linke Hand Gottes" (Zizek) zu etablieren.

Was nun?

Vor dem Hintergrund, daß analytische Alternativen offenbar kaum interessieren und praktische Handlungsmöglichkeiten fehlen, droht innerhalb der Linken eine weitere Ausbreitung des Zynismus. Welche praktischen Konsequenzen ergeben sich aus dieser Situation für politische Akteure, denen reine Negation und wohlfeile Distinktion nicht genügen? Wie läßt sich eine dritte Seite formulieren, die sich der Scheinpolarisierung zwischen zivilisiertem Westen und vermeintlicher Barbarei verweigert und gleichzeitig politische Wirksamkeit entfaltet?

Eine praktische Ursache für die Lähmung der linken Opposition gegen diesen Krieg mag aus dem linker Politik zumindest in Deutschland immanenten Zwang resultieren, moralisch Stellung zu beziehen: Wir sind die Guten. Dieser Zwang führt zur Lähmung, wenn es darum geht, sich in einer Auseinandersetzung zwischen Kontrahenten zu positionieren, für die man sich bei Verstand nicht entscheiden darf. (11) Das hat sich schon im Golfkrieg gezeigt, und ähnliche Konstellationen sind auch in künftigen militärischen Konflikten zu erwarten. Vor dem Hintergrund der Entwertung kommunistischer und sozialistischer Utopien öffnet sich der Raum für nationalistische, rassistische und 'fundamentalistische' Ideologien. Auseinandersetzungen, die im Zeichen dieser Ideologien ausgetragen werden, können verschiedene Dimensionen haben: Repression, Pogrom oder Revolte. Eine eindeutige Bewegungsrichtung ist schwer auszumachen, es gibt jedoch kaum mehr eine Möglichkeit, sich vorbehaltlos mit einer Partei zu identifizieren. Das Argument, daß Nicht-Solidarisierung mit Figuren wie Saddam Hussein oder Milosevic der Kriegspropaganda das Wort rede, geht am Kern der Sache vorbei. Einmal davon abgesehen, daß linksradikale Kritik nun das allerletzte ist, was seitens der Kriegstreiber als

Legitimation herangezogen werden müßte: Es kommt gerade darauf an, deutlich zu machen, daß Machthaber wie Milosevic nicht Gegner der 'neuen Weltordnung' sind, sondern deren Produkte. Milosevic und NATO brauchen sich für ihre jeweils partikularen Interessen. Es wäre ein lohnender Versuch in diesem Sinne die Totalitarismus-Theorie vom Kopf auf die Beine zustellen: Clinton, Schröder und Blair auf der ei nen und Milosevic auf der anderen Seite als Repräsentanten zweier Pole der Totalität des Kapitalismus?

Die Handlungsmaxime 'der Feind meines Feindes ist mein Freund' gehört endlich auf den Müllhaufen der Geschichte. In einer Zeit des globalisierten und entfesselten Kapitalismus macht es keinen Sinn mehr, sich mit Staaten oder nationalen Identitäten zu solidarisieren. Vielmehr muß das Ziel sein, sich mit gesellschaftlichen Gruppen oder Organisationen auszutauschen und gemeinsame Handlungsperspektiven zu entwickeln. Im Falle dieses Krieges erwies es sich als wesentliches Defizit, daß die Antikriegsbewegung vor dem Krieg praktisch keine Kontakte zu oppositionellen Gruppen in Ex-Jugoslawien geknüpft hatte. Immerhin gab es Ansätze hierfür: Alain Kessi (*Kosov@/NATO*), Florian Schneider (*Zivile Ziele* und *'Balkanien'*) und Mark Terkessidis über ARKZIN [http://www.arkzin.com/index.html] (*Die Fiktion vom wilden Balkan*) haben versucht, bestehende Möglichkeiten aufzuzeigen.

Es wurde erneut deutlich, daß der außerparlamentarischen Opposition zumindest hierzulande jede soziale Erdung fehlt. Wir müssen schleunigst daran gehen, Bündnisse für konkrete politische Projekte zu schließen, die über den gewohnten Umkreis hinausreichen. Die Versuche der Initiativen "kein mensch ist illegal", den eigenen Handlungsraum zu erweitern, sind dafür ein Beispiel. Wer dabei Angst hat, die reine Lehre zu mißachten oder sich sonstwie die Finger schmutzig zu machen, verfolgt kein politisches Projekt, sondern betreibt Kritik um der Distinktion, sprich um des wohlfeilen Gut- bzw. Klugmenschentums willen. Wir müssen jene Distinktionslinken alleine zurücklassen, denen es nicht um gesellschaftliche Veränderung, sondern allein um die Frage geht: Spieglein,

Spieglein an der Wand, wer ist der radikalste/kritischste im ganzen Land. Es stellt sich die Frage, in welcher Weise einer diskursiven Formation wie dem Kriegshumanismus entgegenzutreten ist. Hier hilft es nicht, eine Desavouierungsstrategie unter Hinweis auf die 'wirklichen', imperialistischen oder sonstigen Motive der Kriegstreiber zu betreiben. Wegweisend wäre vor allem eine Kampagne für die Öffnung der Grenzen für die Flüchtlinge gewesen. Der Aufruf "Break the logic of war! Desert! Open the borders!" war ein Versuch hierfür.(12) Eine breitere Auseinandersetzung darüber hätte offensichtlich werden lassen, wie humanitär diese Kriegsbefürworter tatsächlich sind.

Es ist nicht der geniale ideologische Schachzug, und es sind auch nicht die Massen, an denen es uns mangelt. Es bedarf vielmehr neuer sozialer Netzwerke all derer, die sich in Widerspruch zu den herrschenden Verhältnissen setzen wollen. Hierfür benötigen wir einen langen Atem, eine außerordentliche Frustrationstoleranz und die Bereitschaft sich verwickeln zu lassen. Dabei sollten wir nicht selbst Sicherheits- und Ausgrenzungsmechanismen im Kleinen (re)produzieren, sondern die Fähigkeit entwickeln, 'fuzzy networks' über ideologische Differenzen und unterschiedliche Motivationen hinweg zu knüpfen.

autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe

Fußnoten:

1 Es kann an dieserStelle dahingestellt bleiben, ob sie dieser Inszenierung selbst glaubten oder nicht. Uns erscheint das erstere wahrscheinlicher.

2 Das heißt nicht, daß ein überzeugenderes diskursives Auftreten der KriegsgegnerInnen alleine und unmittelbar eine stärkere Mobilisierung bedeutet hätte.

3 Aber der Krieg fand ja vor der Sommersaison statt.

4 Dieses Phänomen zeigte sich sogar in Griechenland, wo 90% der Bevölkerung den Krieg ablehnten. Dennoch blieb militanter Widerstand eine Randerscheinung. Zwar kam es zu einer massiven Zunahme von offenem anti-albanischem Rassismus, ansonsten aber zog der größte Teil der Bevölkerung aus der teilweise vehement geäußerten Ablehnung des Krieges kaum politisch-praktische Konsequenzen.

5 Ein weiteres Paradox ist das Faktum, daß die (anti-)deutsche Linke glaubte, sich gemäß der Logik "der Feind meines Feindes ist mein Freund" auf die Seite 'derSerben' stellen zu müssen. In dieser Logik eines Lumpen-Antiimperialismus fand sie ungewollte Begleiter: Die NPD nämlich diagnostizierte im Kosovokonflikt eine Unterordnung der BRD unter die Interessen der USA und bezog konsequenterweise - der Feind meines Feindes ist mein Freund - ebenfalls eine proserbische Position.

6 Vgl. a. Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 6: Die Ethnisierung des Sozialen, Berlin 1993.

7 Vgl. etwa. Ole See, zur Kritik: Robert Kurz: *Immer wieder zweiter Weltkrieg.*

8 Alex Demirovic (*Balkankrieg, Postfordismus, Global Governance*) beschreibt aus regulationstheoretischer Perspektive die Aufkündigung des fordistischen Klassenkompromisses als Teil der Strukturkrise beim Übergang von der fordistischen zur postfordistischen Form kapitalistischer Vergesellschaftung.

9 Die ideologische Vorarbeit für die 'humanitären Interventionen' leisteten Sozialdemokraten vom Schlage Ulrich Becks,Anthony Giddens u.a., als sie in den Kategorien von "Weltbürgertum" oder "Zivilgesellschaft" neue Herrschaftsdiskurse entwickelten,die nicht mehr ausschließlich auf nationalstaatlichen Kategorien beruhen.

10 Boris Buden vonBastard/Arkzin zitiert eine/n Belgrader Sprayer/in, der/die das Problem mit den Worten "Slobo, Du Clinton" auf ihre Weise brilliant zusammenfaßt.

11 Cynthia Cockburn (*Being able to say neither / nor*) verwies darauf,daß es notwendig sei, sich falschen Alternativen zu verweigern. Vgl. a. die Bemühungen von Alain Kessi (*Kosov@ - Widersprüchlichkeiten undSubjektivitäten*) in dieser Ausgabe der com.une.farce, neue Wege zufinden.

12 Dieser Aufruf konnte an die im Zuge der Amsterdamer "Next5Minutes"-Tactical-Media-Konferenzen (zuletzt im März 1999) begonnene internationale Vernetzung anknüpfen.

Literatur:

Thomas Atzert: *Das Imperium schlägt alle. Italiens Kriegsgegner diskutieren den postfordistischen Krieg.* In: Jungle World Nr. 25,16.5. 1999, S. 27. Online: http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_99/25/27a.htm

Ulrich Beck: *Der militärische Euro. Humanismus und europäische Identität.* In: Süddeutsche Zeitung, 1.4. 1999.

Ester Bejarano/Kurt Goldstein/Peter Gingold: *Offener Briefan die Minister Fischer und Scharping.* In: Frankfurter Rundschau,23.4. 1999. Vgl. a. ak 427, 10.6. 1999, S. 6f. Online:http://www.vdj.de/Duesseldorf/1999_Krieg_03.htm

Ralph Bendrath: *Die postmoderne NATO. FragmentierteHerrschaft und globalisierte Gewalt.* In: Zivilcourage 23 (1997), 4,August 1997, S. 6-9. Online:http://www.antimilitarismus.de/org/nato/artikel/bendrath.html

Franco Bifo Berardi: *Offener Brief an die Männer undFrauen von '68, die die Macht haben.* In englisch online:http://www.nettime.org/nettime.w3archive/199905/msg00332.html

"Break the logic of war! Desert! Open the borders!" In englisch online:http://www.nettime.org/nettime.w3archive/199903/msg00155.html

Boris Buden: *The Official Bastard(ARKZIN)-statementon the war in Yugoslavia - Saving Private Havel,* 20.4. 1999. Online:http://www.nettime.org/nettime.w3archive/199904/msg00330.html

Thymian Bussemer: *Der Kosovo-Krieg und die Medien. Info-Desaster oder Punktsieg des Journalismus.* In: Vorgänge 38(1999) 3, Nr. 147, S. 1-10.

Cynthia Cockburn: *Being able to say neither / nor.* In englisch online: http://www.copyriot.com/unefarce/portal/encore/wib.html.

Alex Demirovic: *Balkankrieg, Postfordismus und Global Governance.* In: diskus 48 Jg. (1999) Nr. 2, S. 16-23. Online:http://www.copyriot.com/diskus/2_99/3.htm

Alain Kessi: *Kosov@/NATO. Ökonomie des Krieges und der Kommunikation.* In: com.une.farce Nr. 2/1999. Online:http://www.copyriot.com/unefarce/no2/kosovo.html. Gekürzt auch in: diskus 48 Jg. (1999) Nr. 2, S. 5-11 sowie in: Scharzer Faden 20 (1999) Nr. 1 (Nr. 68.).

Alain Kessi: *Kosov@ - Widersprüchlichkeiten und-Subjektivitäten. Eine Einladung, genau hinzusehen und sich irritieren zulassen.* In: com.une.farce Nr.3/1999. Online:http/www.copyriot.com/unefarce/no3/kosovo.html

Dirk Kretschmer: *Die Last der Krieger. Über den rot-grünen Kriegshumanismus und die (Un-)Möglichkeiten eines bewegtenAntimilitarismus.* In: diskus 48. Jg. (1999) Nr. 1, S.5-8. Online:http://www.copyriot.com/diskus/1_99/1.htm

Robert Kurz: *Ökonomie der Ausgrenzung. Der globale Krisenkapitalismus und der Balkan.* In: jungle world, 5.5. 1999.Online: http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_99/19/15a.htm

Robert Kurz: *Immer wieder zweiter Weltkrieg. Wie die radikale Linke ihre Opposition gegen die Menschenrechtskrieger unglaubwürdig macht.* In: Jungle World Nr. 30, 21.7. 1999, S. 6. Online:http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_99/30/06a.htm

Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 6: *Die Ethnisierung des Sozialen,* Berlin 1993. Online:http://www.nadir.org/nadir/archiv/Internationalismus/jugoslawien/materialien_06/

Marco Revelli: *Pratiche di confine.* In italienisch online: http://www.sherwood.it/carta/nowar/revelli2904.htm

Edward W. Said:*Orientalismus.* Frankfurt/Berlin/Wien 1981.

Florian Schneider: *Zivile Ziele.* In: SüddeutscheZeitung, 20.4.1999. Online:http://www.copyriot.com/unefarce/portal/encore/zizi.html.

Florian Schneider: *"Balkanien" - Land ohne Grenzen.*In: Freitag Nr. 18, 30.4. 1999. Online:http://www.freitag.de/1999/18/99181301.htm

Klaus Schönberger/Claus Köstler: *Der freie Westen, der vernünftige Krieg, seine linken Liebhaber und ihr okzidentaler Rassismus oder wie die Herrschaft der neuen Weltordnung in den Köpfen begann.* Marbach a.N./Tübingen 1992. Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau.

Ole See: *Kein Krieg ohne Interessen,* in: Friedensblätter für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg. Nr.44/September 1999.

Mark Terkessidis: *Die Fiktion vom wilden Balkan,* in: taz, 12.4. 1999. Online:http://www.copyriot.com/unefarce/portal/encore/fiktion.html

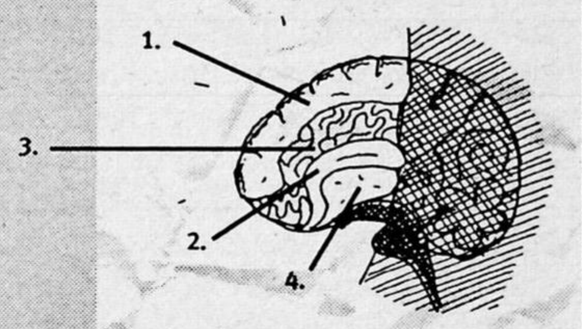
Immanuel Wallerstein: *"Bombs away!"* In englisch online: http://www.nettime.org/nettime.w3archive/199904/msg00180.html

ZAK Tübingen: *Auschwitz im Kosovo? Zur Gleichsetzung von Massenvertreibungen mit der NS-Vernichtungspolitik.* In: ak 427,10.6. 1999, S. 6.

Slavoj Zizek: *Die doppelte Erpressung,* in: ZEIT,14/1999 vom 31.3. 1999, Online:http://www.ZEIT.de/archiv/1999/14/199914.serbien_.html

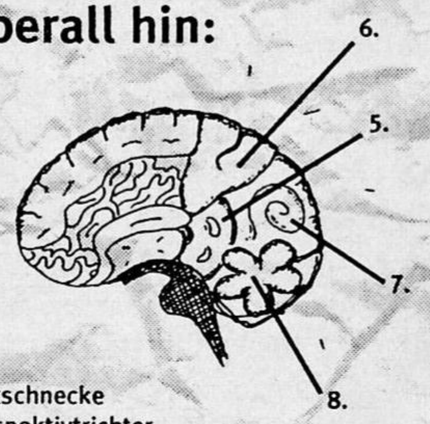
Slavoj Zizek: *Die Nato - die linke Hand Gottes? Über die Selbsttäuschung des Westens oder: Warum der Konflikt auf dem Balkan so bald kein Ende finden wird,* in: DIE ZEIT 26/1999 vom 24.6.1999. Online:http://www.archiv.zeit.de/daten/pages//199926.zizekii._.html

Viele Zeitschriften kommen nur bis hierhin:



1. Frustrationslappen
2. bewegungsmelancholischer Schlund
3. auswegloses Analyseganglion
4. spätpatriarchale Blähzone

Aber alaska kommt überall hin:



5. Lustschnecke
6. Perspektivtrichter
7. feministischer Widerspruchswirbel
8. Zeitgeisttaster

Heft 229: Nichts als die Wahrheit – Züchter, Denker und Barbaren

Probeheft bestellen: Redaktion alaska, Bernhardstr. 12, 28203 Bremen, fon/fax 0421/72034

alaska. *internationalistisch. feministisch. links. anders.*

Zur Verhaftung von Axel H., Harald G. und Sabine E., zur Abschiebung von Frank L. und Alicia L. und zur Erstürmung des MehringHofes

Wer glaubt, ein Knast steht ewig ...

Am Sonntag, den 19. Dezember 1999, stürmten um 6 Uhr schwer bewaffnete Spezialeinheiten von Polizei und Bundesgrenzschutz die Privatwohnungen von Axel H. und Harald G. in Berlin. Anschließend wurden sie nach Karlsruhe gebracht, wo ihnen am 20. Dezember Haftbefehle verkündet wurden. Im selben Zusammenhang erfolgte in Frankfurt/ Main die Verhaftung von Sabine E.

Zeitgleich wurde die Umgebung des MehringHofes in Berlin-Kreuzberg - der Arbeitsstelle von Axel und Harald - von etwa 1.000 PolizeibeamtInnen umstellt. BeamtInnen verschiedener Bundesländer und Bundesgrenzschutz samt Spezialeinheiten durchsuchten mit Schnüffelhunden den MehringHof nach einem Sprengstoff- und Waffendepot, das sich dort befinden sollte. Hohlräume wurden aufgestemmt, Türen aufgebrochen, bis spät in den Abend hinein wurden alle Räume durchsucht - gefunden wurde nichts. Festgenommen wurden bei der Durchsuchung Frank L. und Alicia L., zwei Flüchtlinge, die sich gegen Ende einer Fete noch am Morgen im MehringHof aufgehalten haben. Sie wurden in Abschiebehaft genommen und mittlerweile nach Weißrußland und Bolivien abgeschoben.

Die Verhaftungen und Durchsuchungen werden von der Bundesanwaltschaft damit begründet, daß Tarek Mousli - der wenige Wochen vorher von der Bundesanwaltschaft (BAW) wegen Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen (RZ) verhaftet worden war - Axel H., Harald G. und Sabine E. mit Aussagen belastet habe. Axel H. soll danach Mitglied der RZ sein und ein Sprengstoff- und Waffendepot im MehringHof "betreut" haben. Harald G. und Sabine E. sollen gleichfalls Mitglieder der RZ bzw. der Roten Zora sein und an einem Sprengstoffanschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Berlin im Februar 1987 beteiligt gewesen sein.

Tarek Mousli soll weiter behauptet haben, daß Harald G. und Sabine E. bei den Schüssen auf die Beine des damaligen Vorsitzenden Richters des Bundesverwaltungsgericht Günter Korbmacher, im Jahre 1987 beteiligt gewesen. Außerdem soll Sabine im Jahre 1986 an einem Anschlag auf den einstigen Leiter der Berliner Ausländerbehörde, Harald Hollenberg, mitgewirkt haben - strafrechtlich sind letztere Vorwürfe nach Angaben der BAW verjährt.

Harald G. hat 1994 die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) mit begründet. Die FFM ist vor allem durch ihre kritische Recherche und durch ihre Publikationen zu den Auswirkungen der Festung Europa auf Flüchtlinge in den Grenzregionen sowie in den mittel- und osteuropäischen Ländern bekannt geworden. In den mittlerweile fünf Jahren FFM hatte Harald entscheidenden Anteil an der Recherche- und Öffentlichkeitsarbeit. So hat er die Dokumentationsstelle "Menschenrechtsverletzungen an der Grenze" mit aufgebaut. Er hat den Versuch der staatlich erzwungenen Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen in die Ausgrenzung von Flüchtlingen und MigrantInnen anhand der Verurteilungen von TaxifahrerInnen an den östlichen Grenzen Deutschlands recherchiert und öffentlich gemacht. Zuletzt beteiligte er sich an der Beobachtung eines Prozesses in Cottbus. Dort stehen junge Nazis vor Gericht, die im Februar 1999 einen algerischen Flüchtling in Guben in den Tod hetzten. Die Verhaftung von Harald reißt nicht nur eine große Lücke in die ohnehin personell schwierige Situation der FFM, sondern auch in die flüchtlingsunterstützenden Netze wie den Flüchtlingsrat Brandenburg, dem Harald ebenfalls angehört. Eines seiner künftigen, von ihm bereits mit vorbereiteten Projekte ist die Mitarbeit am "Internationalen Menschenrechtsteam an der Grenze". Damit soll die kritische Beobachtung der polizeilichen Fahndungs- und Behandlungspraxis gegenüber Flüchtlingen an der östlichen Schengener Außengrenze zum regulären Aufgabenfeld international anerkannter Menschenrechtsgruppen werden.

Axel ist mit dem MehringHof seit Bestehen eng verbunden. Bevor er die Stelle als Hausmeister antrat, war er Mitglied des Kneipenkollektivs Spectrum, das er seinerzeit mit gründete. Das legendäre "Specci" war eine der ersten kollektiv geführten Berliner Szenekneipen und zog 1980 mit den ersten Projekten in den MehringHof ein. Das Spectrum war ein Ort, wo regelmäßig Solidaritätskonzerte, -feten und politische Veranstaltungen zu den verschiedensten Themen stattfanden, die die Linke in den 80ei Jahren bewegten. Nach Auflösung des Kollektivs wurde der Gewinn in ein Schulbauprojekt in Nicaragua gesteckt und in eine Seifenmanufaktur für salvadorianische Flüchtlingsfrauen. Gegen Ende der 80er Jahre hatte Axel an der Errichtung eines kommunalen Radios im Süden Nicaraguas mitgewirkt. Bis zu seiner Verhaftung war er im "Initiativkreis gegen den Schlußstrich" aktiv, der sich in Berlin im Zusammenhang mit dem geplanten Mahnmal für die ermordeten europäischen Jüdinnen und Juden gebildet hatte. Der Initiativkreis wendet sich dagegen, daß mit dem Holocaust-Mahnmal ein historischer Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit gezogen und es als Symbol einer abgeschlossenen Geschichte funktionalisiert wird. Axel gehört, wie viele andere von uns, jener Generation an, für deren Politisierung die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus ausschlaggebend war.

Bei der Erstürmung des MehringHofes nahmen die strafverfolgenden Behörden gezielt in Kauf, daß durch die Durchsuchung wieder einmal das politische und kulturelle Projekt MehringHof, das über 30 Gruppen, Initiativen und Gewerbebetriebe unter seinem Dach vereint und über 120 Menschen einen Arbeitsplatz bietet, zum Vorführ-Objekt für verschiedene JournalistInnen und PolitikerInnen wurde. Die zwanzigjährige Geschichte des MehringHofes steht für eine unabhängige, unbequeme und vielfältige Kultur des Protestes und für ein Engagement für eine gerechte Gesellschaft. Neben gewerblichen Einrichtungen wie Verlagen, einer Druckerei, einem Fahrradladen und einem linken Buchladen finden hier unterschiedliche soziale, kulturelle und politische Initiativen Platz. In der letzten Zeit hat der gesamte MehringHof eine übergreifenden Initiative für "Flüchtlinge ohne Papiere" beschlossen. So entschieden sich anläßlich des zwanzig jährigen Jubiläums alle MieterInnen für die praktische Solidarität mit Flüchtlingen, MigrantInnen und Illegalisierten durch die Übernahme einer Patenschaft.

Wir fordern die sofortige und bedingungslose Freilassung von Axel H., Harald G. und Sabine E. und protestieren gegen die Abschiebung von Frank L. und Alicia L.!

Bündnis für Freilassung

aus: Zitronenfalter. Herausgegeben vom Berliner Bündnis für die Freilassung von Axel H., Harald G. & Sabine E., Nullnummer, Februar 2000.

Weitere Infos:
Soli-Büro im MeringHof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Tel/Fax: 030/6938318; e-Mail: info@freilassung.de

Der " Kronzeuge" Tarek Mousli

Die Durchsuchung des MehringHofs und die Haftbefehle beruhen - nach Angaben der Ermittlungsbehörden - ausschließlich auf den Anschuldigungen des "Kronzeugen" Tarek Mousli.
Der Vorwurf, daß im MehringHof Sprengstoff und Waffen gelagert wären, wurde bereits zu Beginn der Polizeiaktion zu einem Schlag ins Wasser: Im MehringHof wurde nichts davon gefunden. Tarek Mousli hat sich offensichtlich als "Kronzeuge" den Ermittlungsbehörden angedient, belastet sich selbst und hofft nun darauf, durch Angaben, die andere belasten, ungeschoren davon zu kommen.
Diesen Rollenwandel im laufenden Ermittlungsverfahren versucht die Bundesanwaltschaft (BAW) mit Hilfe der am 31. Dezember 1999 ausgelaufenen Kronzeugenregelung durchzusetzen. Die Mehrheit der Richter- und Anwaltschaft bezeichnet den Rollenwandel vom potentiellen Angeklagten zum Zeugen der Anklage wie insgesamt die Kronzeugenregelung als Verstoß gegen ein fundamentales strafprozessuales Prinzip.

Kronzeugen werden von den Ermittlungsbehörden bei sogenanntem Ermittlungsnotstand aufgebaut, das heißt in Situationen, in denen es keine Beweismittel gibt. Die strafverfolgenden Behörden verhören Kronzeugen während der Ermittlungen und Strafprozesse weiter und können die, die sich auf das Versprechen des Straferlasses und des späteren Zeugenschutzprogramms eingelassen haben und sich in absoluter Abhängigkeit von den Verhörern befinden, je nach Opportunität auf neue Fährten setzen. Damit ist der Manipulation der Ermittlungsverfahren und der Strafprozesse durch BKA, BAW und andere Behörden Tür und Tor geöffnet. Sie verschaffen sich damit ein von ihnen selbst kontrolliertes Instrument der Beweisproduktion.

In der Praxis hat dieses Sonder-Beweismittel mehrfach dazu geführt, daß die Kronzeugen in den Strafverfahren angesichts ihrer sinkenden Glaubwürdigkeit immer absurdere Beschuldigungen vorbrachten. Denn sie klammern sich in ihrer Angst, den Erwartungen der Justiz nicht entsprechen zu können, an das Versprechen, daß der Strafnachlaß um so höher ausfallen wird, je gravierender die Taten sind, von denen Kronzeugen angeblich sprechen können.

Die Partei der Grünen, die im Vorwahlkampf zu den letzten Bundestagswahlen die ersatzlose Streichung nicht nur der Kronzeugenregelung, sondern auch des Paragraphen 129 a und aller anderen politischen Sondergesetze der 70er Jahre beantragte, schrieb am 11. Dezember 1997 zur Kronzeugenregelung: "Sie provoziert zum einen Falschaussagen und eröffnet die Möglichkeit der Einflußnahme durch die Ermittlungsbehörden auf den Zeugen. Dies wird eindrücklich durch den Fall Nonne belegt, der im Zusammenhang mit der Aufklärung des Mordes an Alfred Herrhausen steht. Nonne widerrief seine bereits zuvor gestandene Beteiligung an dem Anschlag und seine Angaben über den Tathergang und die Tatbeteiligten. Seine Falschaussagen seien unter Druck der Ermittlungsbehörden mit Geldzusagen veranlaßt worden."

Politische Gefangene/Prozesse

Kurzmeldungen

+++Erfurt: Hausdurchsuchungen bei AntifaschistInnen+++

In Erfurt wurden am 4. März drei Wohnungen durchsucht. Zuvor waren drei Jugend-liche am Nachmittag bei der Beobachtung einer Totengedenkfeier des Bundes der Vertriebenen unter dem Vorwand, die Veranstaltung gestört zu haben, festgenommen worden. Erst nach drei Stunden auf dem Polizeirevier wurde den Jugendlichen, zwei Männern und einer Frau, mitgeteilt, warum sie festgenommen wurden: Angeblich hätten sie "Nazischweine" zu den Vertriebenen, die um die 1945 an Polen und die damalige Sowjetunion übergebenen ehemaligen deutschen Ostgebiete trauern, teilweise deren Wieder-angliederung und immer mehr Entschädigungszahlungen fordern, gesagt. Außerdem hätten die Jugendlichen das Mahnmal der Vertriebenen in der vorangegangen Nacht mit "Nie wieder ..." besprüht und die Wappen der ehemaligen Ostgebiete entfernt.
Daraufhin mußte einer der drei zum wiederholten Male seine Fingerabdrücke abgeben, anschließend wurden die Wohnungen und ein Auto durchsucht. Daß die Wohnungen teilweise gar nicht Wohnsitze der Personen waren, störte die Polizei dabei wenig: So war eine der durchsuchten Wohnungen die der Eltern der einen Beschuldigten, die dort aber gar keinen Wohnsitz hat. Gefunden hat die Polizei bei den Durchsuchungen nichts. Fraglich ist, wie die Staatsanwaltschaft die Beschuldigungen - Beleidigung, Sachbe-schädigung, Diebstahl und Störung der Totenruhe - aufrecht erhalten will. Aussagen haben die drei jedenfalls keine gemacht.
[Quelle: Fax aus Erfurt]

+++Razzien bei der Kurdistan-Solidarität+++

Am 25. Januar nahmen Sondereinheiten der belgischen Polizei in De Haan (Belgien) auf Ersuchen der deutschen Bundesanwaltschaft und unter Beteiligung des deutschen Bundeskriminalamtes (BKA) acht AktivistInnen aus der Kurdistan-Solidaritätsarbeit in der BRD, darunter auch MitarbeiterInnen der Informationsstelle Kurdistan, vorläufig fest. Das wurde mit dem Vorwurf der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" (§ 129a StGB) begründet, genauso wie die anschließenden Durchsuchungen von Wohnungen und Büros in Köln und Hamburg unter der Leitung des Bundeskriminalamtes. Betroffen war auch das Koordinationsbüro der Internationalen Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan, die unter anderem von Dario Fo, Harold Pinter, Noam Chomsky und dem Bremer Hochschul-Rektor Ronald Mönch unterstützt wird. Hier wurden zahlreiche Schriftstücke, Computer und Disketten beschlagnahmt. In Hamburg wurde unter anderem das Büro der Kurdistan-Solidarität in der Brigittenstraße 5 (B5) durchsucht.
Als Folgemaßnahme wurde am Nachmittag die B5 auf der Suche nach Computern von nadir durchsucht, auf denen sich Daten befinden sollten, die im Zusammenhang mit den Vorwürfen stehen. Um die Beschlagnahme der Computer zu verhindern, wurden dem BKA von ihm definierte Dateien und Verzeichnisse ausgehändigt, d.h. auf eine mitgebrachte Festplatte kopiert. Hierbei handelte es sich um im world wide web (www) frei zugängliche Daten: die Homepage von Azadi (kurdische Rechtshilfeorganisation), die Homepage der Informationsstelle Kurdistan (isku) sowie die Homepage des Kurdistan-Informationszentrums (Kiz) und des Kurdistan-Reports. Weiterhin ist davon

auszugehen, daß das BKA im Rahmen der Durchsuchungen eMails folgender Accounts beschlagnahmte: isku, isku-web und kurd-sol-hh. Das BKA hatte während der Durchsuchung keinen unbeaufsichtigten Zugang zu den nadir-Computern.
Am 7. Februar wurde zudem die Kulturelle Begegnungsstätte Kurdistan in Braunschweig von schwer bewaffneten und maskierten SEK-Polizisten durchsucht - ohne Durchsuchungsbeschluß. Hier wurden ebenfalls zahlreiche Unterlagen beschlagnahmt, alle zufällig anwesenden Personen wurden in Handschellen zur erkennungsdienstlichen Behandlung abgeführt.
[Quellen: Pressemitteilung vom 25.1.2000 der Informationsstelle Kurdistan e.V., Hobrechtstraße 14, 12047 Berlin, Tel/Fax: 030-61305622, eMail: isku@mail.nadir.org, Internet: http://www.nadir.org/isku/; Gegenwind, Nr. 138, März 2000, S. 75f]

+++Razzien wegen angeblicher Beteiligung für die PKK+++

Ebenfalls am 25. Januar wurden in Kiel und Umgebung 17 Wohnungen von KurdInnen sowie befreundeten Deutschen durch das Landeskriminalamt Schleswig-Holstein sowie die örtliche Polizei durchsucht. Als Begründung in den vom Amtsgericht Flensburg ausgestellten Durchsuchungsanordnungen wurde jeweils angegeben, die Betroffenen hätten sich für die PKK betätigt und damit gegen § 20 Vereinsgesetz verstoßen. 20 Personen wurden zur erkennungsdienstlichen Behandlung mitgenommen. Beschlagnahmt wurde das Übliche - Computer, Disketten, Notizen, Terminkalender, Dokumente und Videocassetten -, in einigen Wohnungen offensichtlich wahllos, in anderen wurde genauer ausgewählt. In mindestens einer Wohnungen wurden haufenweise Gegenstände, unter anderem Arbeitsmaterialien, eines unbeteiligten Journalisten herausgeschleppt, gegen den weder eine Beschuldigung erhoben wurde noch ein Durchsuchungsbeschluß vorlag. Auch bei einem weiteren Journalisten ließ die Polizei zahlreiche Arbeitsmaterialien mitgehen.
Die richterlichen Durchsuchungsbeschlüsse waren bereits fast ein halbes Jahr alt, sie datierten sämtlich von Anfang August 1999. Das läßt die Vermutung aufkommen, hier seien gegen KurdInnen quasi auf Vorrat Durchsuchungsbeschlüsse beschafft worden, die nun, warum auch immer, vollstreckt wurden.
[Quellen: Gegenwind, Nr. 138, März 2000, S. 75f; Pressemitteilung vom 26.1.2000 der Redaktion Gegenwind, Kiel]

+++Souhaila Andrawes ist frei+++

Souhaila Andrawes, einzige Überlebende des palästinensischen Kommandos Martyr Halimeh, das im Oktober 1977 die Lufthansa-Maschine "Landshut" nach Mogadischu entführte, um Gefangene aus der RAF aus deutschen Gefängnissen freizupressen, wurde am 30. November 1999 aus der Haft entlassen.
1996 war sie vom Oberlandesgericht Hamburg wegen der Flugzeugentführung zu zwölf Jahren Haft verurteilt worden (vgl. unter anderem kassiber 37, Januar 1999, S. 36). Damit hat Souhaila Andrawes die Hälfte der Strafe absitzen müssen - die Untersuchungshaft und eine Haftzeit in Mogadischu wurden angerechnet.

+++Wg. Bad Kleinen: Europäischer Gerichtshof weist Beschwerde ab+++

GSG-9-Beamte werden wegen der Erschießung von Wolfgang Grams am 27. Juni 1993 auf dem Bahnhof von Bad Kleinen keine strafrechtliche Verfolgung zu befürchten haben.
Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg weist die Beschwerde der Eltern von Wolfgang Grams gegen die Bundesrepublik als unbegründet ab.
Die Eltern von Wolfgang Grams sehen in der Entscheidung des Gerichtshofes, die bereits am 5. Oktober 1999 ergangen ist, eine Verhöhnung des Todes ihres Sohnes, die sie schmerzt und empört. Die Entscheidung macht deutlich, daß die staatlichen Vertuschungsmaßnahmen bezüglich der Todesumstände im Ergebnis für die GSG-9-Beamten erfolgreich waren.
Es bleibt die bittere Ahnung, daß ein Mord nicht immer ein Mord ist und daß ein solcher gar zum Selbstmord umgedeutet werden kann, wenn es die Umstände verlangen.
Das Bemühen der Eltern von Wolfgang Grams, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit für die Erschießung ihres Sohnes einzufordern, ist - juristisch gesehen - gescheitert. Dieses Ergebnis steht in einem für den Rechtsstaat bedenklichen Widerspruch dazu, daß in diesem Land kaum ein aufgeklärter Mensch zu finden ist, der an den "Selbstmord des Wolfgang Grams" glaubt. Daß selbst der Bayernkurier in seiner Ausgabe vom 25. September 1999 in einem Beitrag daran erinnert, "Grams wurde damals von der GSG 9 erschossen", vermag da kaum noch zu erstaunen.
[Pressemitteilung der Rechtsanwälte Thomas Kieseritzky, Frankfurt/M., und Andreas Groß, Wiesbaden]

+++Antifaschistische Aktion Passau: Akteneinsicht im §129a-Verfahren+++

Am 12. Mai 1998 fanden insgesamt 36 Hausdurchsuchungen in Berlin, Hamburg, Göttingen, Passau, München, Nürnberg, Bielefeld und Mühldorf statt. Grundlage des Staatsschutzangriffs war ein Durchsuchungsbeschluß des Amtsgerichts München I, wonach sich "innerhalb der Antifa Passau" eine kriminelle Vereinigung (§ 129 StGB) gebildet habe (vgl. kassiber 35, Juni 1998, S. 58). Im Herbst vergangenen Jahres haben erstmals vier der 39 Betroffenen Akteneinsicht erhalten.
Laut Aktenlage soll die Antifaschistische Aktion Passau (AA/PA) für 33 Straftaten verantwortlich gemacht werden. Die Zuordnung verläuft dabei über unterschiedliche Konstrukte. So werden 26 Straftaten der AA/PA zugeschrieben, weil angebliche Mitglieder tatverdächtig sind, 13 aus anderen Gründen. Diese anderen Gründe sind "Logoverwendung" (vom Gruppennamen auf einem Flugblatt bis zu einem gesprühten roten Stern), "spezifisches Angriffsziel", d.h. wenn eine Straftat zu einem Themen-

bereich vorlag, zu dem die AA/PA einmal politisch aktiv war, und "anderweitige sonstige Erkenntnisse". Hervorzuheben ist, daß es zu 15 der 33 "Straftaten" bereits abgeschlossene Ermittlungsverfahren gibt, von denen zwei mit einer Verurteilung, zehn mit Einstellung und drei mit Freispruch endeten. Konkret handelt es sich bei diesen Straftaten um so hochkriminelle Aktivitäten wie Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (z.B. in Bezug auf Demonstrationen), Ordnungswidrigkeiten gemäß bayrischem Pressegesetz (falsches Impressum) oder Nötigung (Aufforderung, die "Junge Freiheit" nicht mehr zu verkaufen). Andererseits werden aber auch eine Reihe schwerer Vorwürfe gegen die AA/PA erhoben, wie etwa schwerer Landfriedensbruch, Raub oder politisch motivierte Sachbeschädigung, deren Zuordnung jedoch sehr willkürlich erscheint. Weiterhin wollen die ErmittlerInnen die "Antifa Jugend Aktion", die "Antifa Jugendfront Passau" und den "Verein zur Förderung des kulturellen Bewußtseins junger Menschen e.V." als "Untergruppierungen" der AA/PA ausgemacht haben.

Während sich diese Informationen aus einem allgemeinen Aktenteil ergeben, der für alle Beschuldigten gilt, sind die Akten jeweils um einen personenbezogenen Teil ergänzt. Dabei geht es den ErmittlerInnen vor allem um den Nachweis persönlicher Kontakte unter den Beschuldigten, was z.B. durch gemeinsames Wohnen belegt werden soll. Unklar bleibt meistens, aus welchen Quellen die ErmittlerInnen ihre Kenntnisse schöpfen. Doch schon jetzt deuten sich Dimensionen der Schnüffelei an, die ein gewaltiges Ausmaß annehmen dürften: mindestens 4.500 abgehörte Telefonate, über 93 aufgelistete unbeteiligte Personen und ausführliche Observationen, die bis jetzt anhalten, zählen zur vorläufigen Bilanz.

Doch obwohl bislang kaum juristisch verwertbares Material vorhanden ist, ist das Verfahren in jedem Fall ernst zu nehmen. Denn offensichtlich hat nach derzeitigem Erkenntnisstand eine ziemlich dürftige Beweislage vor den Münchner Richtern ausgereicht, um die Ermittlungen so weit voranzutreiben. Außerdem handelt es sich bei den herausgegebenen Akten definitiv nur um einen Bruchteil des Gesamtbestandes. Schon jetzt gibt es eine Reihe schwerer Vorwürfe, die im Falle einer Verurteilung, mit welchen abstrusen Begründungen auch immer, heftige Straftaten nach sich ziehen würden.

[Erklärung der Autonomen Antifa (M) - redaktionell gekürzt und überarbeitet; weitere Informationen über Autonome Antifa (M), c/o Buchladen, Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen, Tel: 0551-7704889, Fax: 0551-7704362]

+++Nürnberger Antifaschist soll 24.000 Mark zahlen+++

Rund 1.500 Frauen und Männer protestierten am 22. Februar 1997 in Aschaffenburg gegen eine geplante NPD-Demonstration. Der bis dahin jährlich stattfindende Nazi-Aufmarsch war aufgrund der Gegenaktivitäten abgesagt worden und fand bis heute nicht mehr statt. Während der Abschlußkundgebung gab es die Information, daß sich am Aschaffenburger Hauptbahnhof doch noch Nazis sammeln würden. Daraufhin formierte sich ein zweiter Demonstrationszug mit 500 TeilnehmerInnen. Am Rande der Demonstrationsroute wurde ein geparktes Fahrzeug beschädigt. Die bayrische Polizei-Sonderheit USK kesselte die DemonstrantInnen am Hauptbahnhof ein und ließ sie erst nach längeren Verhandlungen gehen. Auf dem Weg zum Zug nach Nürnberg wurde ein dort lebender Antifaschist festgenommen. Ihm wurde vorgeworfen, den geparkten Mercedes beschädigt zu haben.

Der Betroffene erhielt einige Monate später einen Strafbefehl wegen Landfriedensbruchs und Sachbeschädigung. Zwei Zivilpolizisten hatten ausgesagt, der Nürnberger Antifaschist habe mit einer Fahnenstange auf das Dach des Wagens eingeschlagen. Da keine Aussicht auf einen Freispruch bestand, wurde die Strafe bezahlt. Doch damit fing erst alles an.

Die Versicherung des Fahrzeughalters verklagte den Antifaschisten auf Zahlung der Reparaturkosten in Höhe von 17.200 Mark. Zwar wurde im Schadensgutachten festgestellt, daß am Dach des Wagens keinerlei Schaden festzustellen sei, doch nach Aussage von Polizeibeamten soll der Betroffene Rädelsführer gewesen sein: Von seinem Schlag auf das Dach des Mercedes sei eine Signalwirkung auf andere DemonstrationsteilnehmerInnen ausgegangen. Trotz anderslautender Zeugenaussagen muß der Betroffene jetzt 24.000 Mark, Schaden plus Anwaltskosten der Versicherung, zahlen. Im Urteil heißt es: "Nach Überzeugung der Kammer ist der Beklagte für den gesamten Schaden am PKW verantwortlich. (...) Hierbei ist rechtlich ohne Bedeutung, daß er eigenhändig den Schaden nicht mit verursacht hat." Der Versuch, gegen dieses Urteil in Berufung zu gehen, scheiterte bereits beim Antrag auf Prozeßkostenhilfe: "Das Berufungsvorbringen" führe "zu keiner anderen Beurteilung".

Mit diesem Urteil soll ein aktiver Antifaschist finanziell und beruflich ruiniert werden. Falls er die Strafe nicht zahlt, heißt das für ihn Gerichtsvollzieher, Zwangsvollstreckung und Lohnpfändung. Die Rote Hilfe Nürnberg/Fürth/Erlangen ruft daher zu Spenden auf das Konto 160 168 54 der Roten Hilfe e.V. (Stichwort "Mercedes") bei der Postbank Nürnberg (BLZ 760 100 85) auf.

[Quelle: Spendenaufruf der Roten Hilfe Nürnberg/Fürth/Erlangen, in: Die Rote Hilfe, 1/2000, Januar 2000]

+++Bundesgerichtshof bestätigt Urteile gegen ehemalige DDR-Politiker+++

Die DDR war ein verbrecherisches Regime - glaubt hier (im Westen) fast jede/r und bekräftigte am 8. November nochmals der Bundesgerichtshof in Karlsruhe. Dessen fünfter Strafsenat bestätigte im Revisionsverfahren die Urteile des Landgerichts Berlin gegen die früheren SED-Spitzenpolitiker Günther Kleiber und Günter Schabowski sowie den ehemaligen Staats- und Parteichef Egon Krenz. Letzterer war in der Vorinstanz 1997 wegen Totschlags in vier Fällen zu einer Haftstrafe von sechseinhalb Jahren verurteilt worden, Günther Kleiber und Günter Schabowski wegen Totschlags in drei Fällen zu jeweils drei Jahren. Angeklagt und verurteilt wurde in ausgewählten Fällen von Todesschüssen an der hier offiziell nie anerkannten Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD bzw. West-Berlin. Zwar hatte die Siegerjustiz den jahrzehntelang von der BRD behaupteten so genannten Schießbefehl in den Überbleibseln der DDR nicht finden können, doch den brauchte es auch nicht, hätten doch die ehemaligen SED-Politbüromitglieder mit dem von ihnen erteilten "Klassenauftrag", die Grenze notfalls auch durch Schüsse zu sichern, quasi den fehlenden Schießbefehl erteilt.

Jedes Herz
ist eine revolutionäre Zelle...

Seit dem 19.12.99 sitzen Axel H., Harald G. und Sabine E. auf Grundlage des terroristischen §129a in Haft. Die Bundesanwaltschaft wirft ihnen eine Beteiligung an Aktionen der RZ/Rote Zora gegen die rassistische staatliche Flüchtlingspolitik aus den 80er Jahren vor.

Für die Kampagne zur Freilassung der drei brauchen wir in den nächsten Monaten dringend Spenden für RechtsanwältInnen, Reisekosten und Öffentlichkeitsarbeit.

...jede Mark ein Schritt zur Freilassung von Axel, Harald und Sabine!

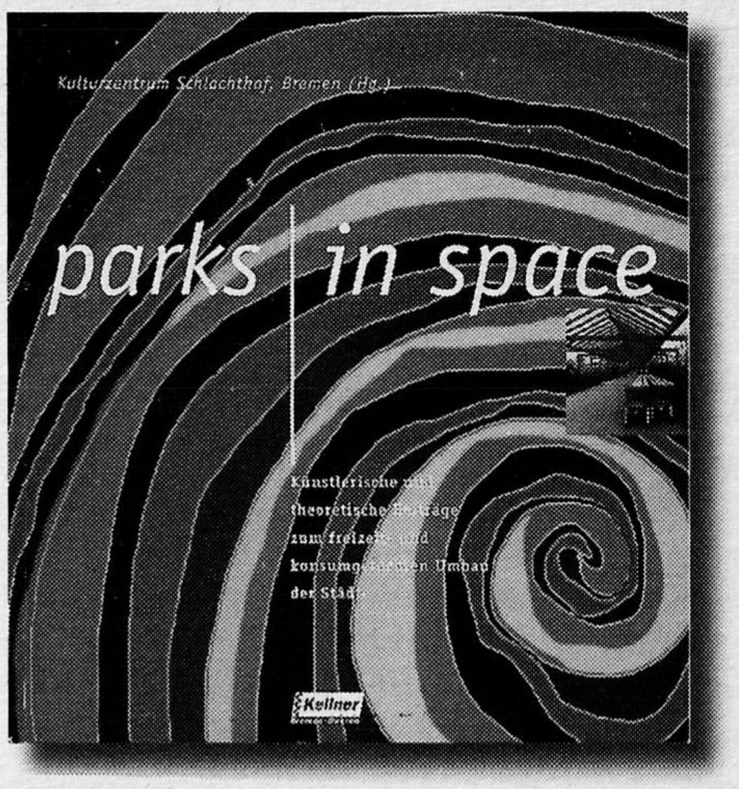
Solikonto: Martin Poell, Kto-Nr: 2705-104,
BLZ 10010010, Postbank Berlin, Stichwort „Freilassung"
Infos unter: www.freilassung.de

Bücher, Broschüren und Filme

Schöner kontrollieren?

Ästhetik und Politik in der Stadt: “Parks in space” und “Die Straße”

Seit einigen Jahren wird in der Stadtforschung wie in der Kunst zunehmend das Verhältnis von Ästhetik und Politik in der Stadt diskutiert (1). In diesen Trend passen zwei Bücher aus Bremen, die sich dem Thema in mehr oder weniger kritischer Weise annehmen.
Zum einen wäre da *parks in space*, die Dokumentation der Ausstellung und der Vortragsreihe von Ende 1998 im Schlachthof, zum anderen *Die Straße*, das Buch zur gleichnamigen Ausstellung 1998 im Focke-museum.



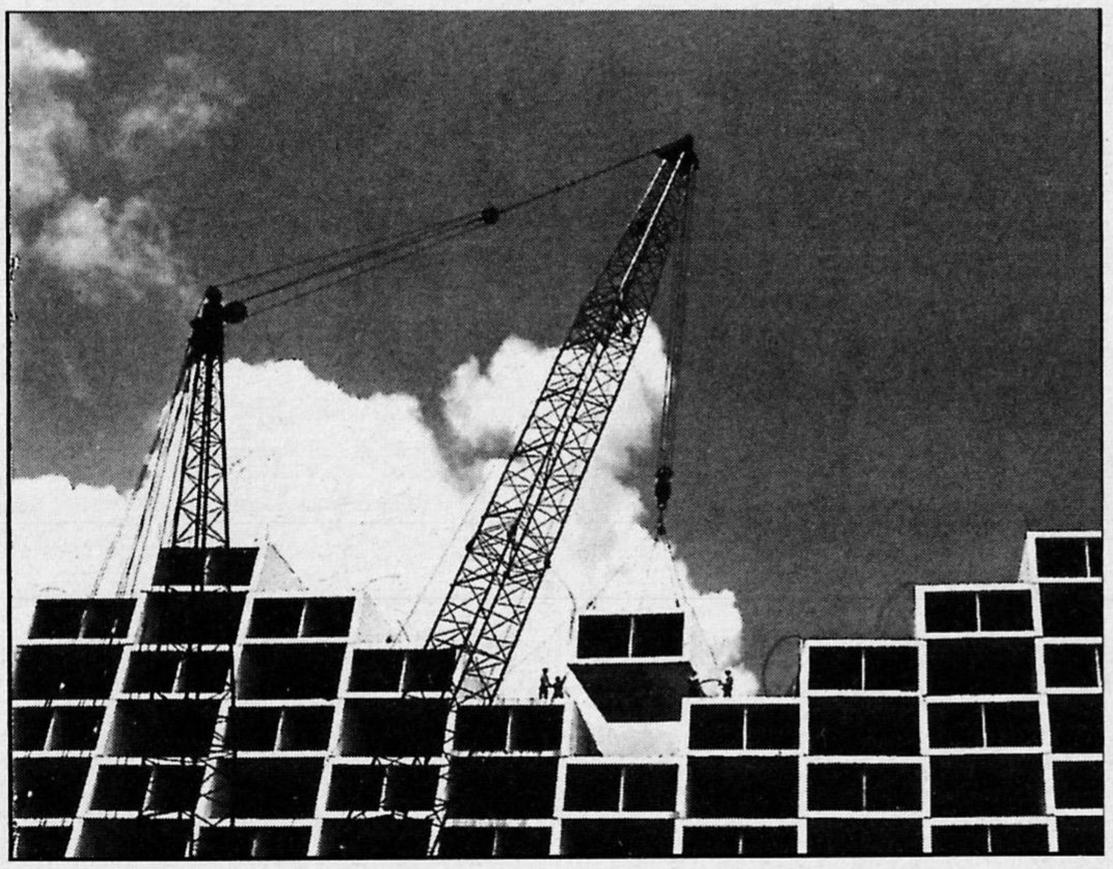
Zuerst zu *parks in space* mit den Beiträgen von Ausstellung und Vortragsreihe vom November und Dezember 1998. Im Vorwort legen Elke Heyduck (die auch die Redaktion des Buches besorgte) und Vera Kandzia ihre Motivation dar, diese Veranstaltungen (zusammen mit Piet Schnabel und Werner Kuhrmann) zu organisieren. Ausgangspunkt sind die Planungen von Space- und Ocean-Park in Bremen und Bremerhaven. Dabei bot es sich an, den Topos von der Stadt als Themenpark zu verhandeln (2). Dazu wollten die VeranstalterInnen, so heißt es in Vorwort, "einen Ort schaffen, an dem die ästhetischen und städtebaulichen Maßgaben dieser Parks öffentlich zur Debatte stehen" und dazu einen "projekthaften Zusammenhang zwischen Künstlern, Stadtsoziologen und Kunstwissenschaftlern (...) stiften". Für den sie interessierenden "Zusammenhang von Ästhetik und Kontrolle, Stadtentwicklung und Strukturwandel" konstatieren sie: "'Urbanität' ist das Stichwort oder eben im aktuellen Kampf um den besseren 'Standort' nur das Label, mit dem die Städte in Konkurrenz zum Umland, aber auch in globaler Konkurrenz zu anderen Städten versuchen, sich für Einwohner und Touristen wieder attraktiv zu machen und ihnen ein Stück Unverwechselbarkeit zurückzugeben." Hier ist also die kritische Richtung vorgegeben, aus der die Beschäftigung mit dem Umbau der Städte erfolgen soll. Das bietet, soviel sei vorweggenommen, viel Stoff zur Diskussion zu diesem wichtigen Thema. Mich interessieren hier weniger die Beiträge der 23 beteiligten Bremer KünstlerInnen, die von Sabine Maria Schmidt in ihrem Beitrag *Parks in Space - Fiktionen einer Ausstellung* in einem postmodernen Assoziationsgewitter behandelt werden, sondern die theoretischen Texte, die aus der Feder von z.T. sehr prominenten ProtagonistInnen der aktuellen Debatten sind.

Der erste Beitrag stammt von dem Soziologen Klaus Ronneberger, Kopf der Gruppe spacelab und Chefideologe der Innen!Stadt!Aktion! (3). Unter dem Titel *Die Stadt als Themenpark ?* kommen so ziemlich alle relevanten Themen zur Sprache, garniert mit zahlreichen Beispielen. Behandelt werden die "sogenannte Globalisierung der Ökonomie", Stadtentwicklung und -politik, Malls, Themenparks, "postindustrielle Kulturwirtschaft", und "neofeudale Kontrollstrategien". Leider geht in diesem bunten Strauß an Beschreibungen und Erklärungen die klare Linie einschließlich der konsistenten Argumentation verloren. Dazu zwei Beispiele. Einerseits konstatiert Ronneberger, daß "das Umland ökonomische, soziale und kulturelle Funktionen, die bislang den Kernstädten vorbehalten waren" übernimmt und in "innerstädtischen Lagen sogenannte soziale Brennpunkte entstehen". Andererseits betont er, daß "viele Metropolen weiterhin einen Schwerpunkt für ökonomische Aktivitäten" bilden und zählt zahlreiche Bereiche auf, die "auf eine enge räumliche Kooperation angewiesen sind", weshalb die "bauliche Aufwertung bestimmter Stadtviertel" zu "Visitenkarte" im Stadtzentrum erfolgt. Nun lassen sich für beide Behauptungen empirische Belege und zahlreiche theoretische Annäherungen in den Debatten der Stadtforschung finden (4). Sie nur zu referieren ohne zu erklären, wie diese beiden Prozesse zusammenhängen, ist aber ziemlich unbefriedigend. Ähnlich bei der Frage nach dem Verhältnis von Konsum und Freizeit: Zur beobachtbaren Entwicklung hin zu Malls (den aus Amerika kommenden Super-Einkaufszentren mit 'Erlebnisqualität') und ähnlichen Phänomenen schreibt Ronneberger: "Die Grenzen zwischen Einkaufen und Freizeit sind (...) völlig verwischt, auch wenn der Verkauf von Waren und Dienstleistungen vorrangig bleibt." Also was jetzt, verwischen sich im postmodernen Durcheinandertal alle Grenzen oder wird auch die Freizeit (die ja sowieso nur dadurch bestimmt ist, daß mensch in ihr nicht seine/ihre Arbeitskraft verkauft und dem Konsum nachgeht) immer mehr zum reinen Konsum. Diese Beispiele sind symptomatisch für den laxen Umgang Ronnebergers mit Konzepten und Theorien, die sich mitunter auch ausschließen können. Das mag weitgehend dem Versuch geschuldet sein, auf zehn Seiten den ganz großen Rundumschlag zu leisten. Trotzdem hinterläßt zumindest mich ein solcher Text (wie so viele, von denen noch die Rede sein wird) in ziemlicher Unklarheit darüber, was denn eigentlich die Frage der/des AutorIn ist.

Der nächste Text fängt gleich sehr schön an. Schon im ersten Satz stellt Monika Wagner, Kunsthistorikerin aus Hamburg, in ihrem Beitrag *Sakrales Design für Fiktionen vom öffentlichen Raum* klar: "Den öffentlichen Raum für eine uneingeschränkte Öffentlichkeit hat es in der Moderne wohl nie gegeben". In ihm waren vielmehr schon immer "die soziale wie geschlechtsspezifische Überwachung und Ausgrenzung eingebaut". Das zeigt sie zunächst an den Passagen des 18. Jahrhunderts, die keineswegs allen offen standen. Wie auch heute wurde der Zugang zunächst über das Design geregelt, "die ästhetische Gestaltung zielte auf Exklusion". Bei hartnäckigen StörerInnen griffen dann die Wachleute ein. Daß sich an dem, was öffentlicher Raum ist, nicht gar so viel geändert hat, zeigt Wagner dann an einem schönen aktuellen Beispiel aus dem Hamburger Abendblatt. Dort war am 28.11.98 zur geplanten Überdachung einer Geschäftsstraße zu lesen: "die 'allgemeine Nutzung des öffentlichen Raums' habe zur Voraussetzung, daß die Investoren 'der dann passagenähnlichen Straße' auch das Hausrecht erhielten, 'um unerwünschtes Publikum fernhalten zu können'". Der Ausschluß wird hier also damit begründet, dass es sich um öffentlichen Raum handelt. Den Boulevard-Schreiberlingen vorzuwerfen, sie würden den Begriff des öffentlichen Raumes mißbrauchen, mit dem doch eigentlich ein Raum gemeint sei, der immer und für alle zugänglich sein müsse, hieße das Wesen des schillernden Begriffes vom 'öffentlichen Raum' idealistisch zu verklären. Nun wird der Begriff ja in wissenschaftlichen wie politischen Debatten viel benutzt, leider geschieht das häufig recht unreflektiert, seine Bedeutung wird nur selten geklärt. Deshalb der Versuch einer Klarstellung: Wenn ein Raum als öffentlicher daherkommt, dann auf der Grundlage eines Rechtsverhältnisses, das, wie jedes Rechtsverhältnis, vom Staat eingerichtet und verwaltet wird. Gegen die Vertreibungspolitik in den Innenstädten gibt es bestimmt eine Menge einzuwenden. Deshalb muß mensch aber noch lange nicht den öffentlichen Raum toll finden.
Im weiteren zeigt Monika Wagner an Beispielen aus amerikanischen Großstädten, wie dort in mehr oder weniger öffentlichen Räumen

durch den Einsatz von Pflanzen und/oder Anleihen aus der Sakralarchitektur gearbeitet wird, um "eine Art Corporate Design" zu entwickeln, so daß sich die Ästhetik "als Kunst der Unterscheidung erweist". Die Ästhetik wird also zur Verfolgung ökonomischer und politischer Zwecke eingesetzt.

Der Stadtsoziologe Hartmut Häußermann, ehemals Bremen, jetzt Berlin, will in seinem Beitrag *Stadtentwicklung und Globalisierung* ersteres mit letzterer erklären. Los geht es mit der Frage "Was ist Globalisierung?". Seine Definition geht so: "Globalisierung bezeichnet einerseits den Übergang vom Außenhandel zu einer global organisierten Produktion, andererseits die Etablierung eines Weltmarktes durch eine umfassende Echt-Zeit-Kommunikation ".
Die konstatierten Veränderungen des Kapitalismus mögen ja stimmen, eine Erklärung wird hier aber nicht geliefert. Zunächst sind es ja nicht die neuen technischen Möglichkeiten der Kommunikation, die den Weltmarkt etabliert, diese sind nur seine Voraussetzung. Den Weltmarkt etablieren die Nationalstaaten, der "Übergang", von dem Häußermann spricht, ist ja nicht einfach passiert, sondern von ihnen herbeigeführt worden in der Hoffnung, daß so mehr Geschäft auf ihrem Territorium abgeht. Der "Abbau von Handelsbeschränkungen und die freie Konvertabilität von Währungen", ist ja wohl das Werk der nationalen Souveräne. Sie sind es, die mit GATT und dem Ende des Bretton Woods-Abkommens (freie Wechselkurse) die neue Stufe der globalen Konkurrenz beschlossen und eingerichtet haben. Ohne ihre Erlaubnis wäre es Essig mit der Globalisierung. Daraus, daß nur ganz wenige Staaten wirklich von dieser Entwicklung profitieren, sollte mensch nicht schließen, daß das alles gegen den Willen der Staatenwelt passiert. Stattdessen sollte mensch sich fragen, wie all die anderen dazu kommen, trotzdem mitzumachen, welche falschen Hoffnungen sie da haben bzw. mit welchen Zwangsmitteln der imperialistischen Weltmächte sie sich bei Verweigerung konfrontiert sähen. Weil Häußermann Globalisierung so bestimmt, sind für ihn folgerichtig die Nationalstaaten nicht die Subjekte, sondern die Opfer. Entsprechend beklagt er in irgendwie kritischer Manier den Abbau des Sozialstaates und die Unwahrscheinlichkeit "eine Solidarität auf der Grundlage gemeinsamer Zugehörigkeit zu einer territorial definierten Gemeinschaft (Nation)". Jetzt ist es nicht nur ziemlich offensichtlich, daß der Nationalismus in den letzten Jahren keineswegs schwächer geworden ist, ganz im Gegenteil, geradezu absurd ist es, daß er seine Hoffnung auf die Nation und deren "demokratisch gewählte Regierungen" setzt. An die appelliert er "die soziale Kohäsion nicht den internationalen Finanzmärkten (...) zu opfern". Da scheint dem Kritiker entfallen zu sein, daß das Wohlergehen der Leute eben nicht der Zweck nationaler Politik ist (5).



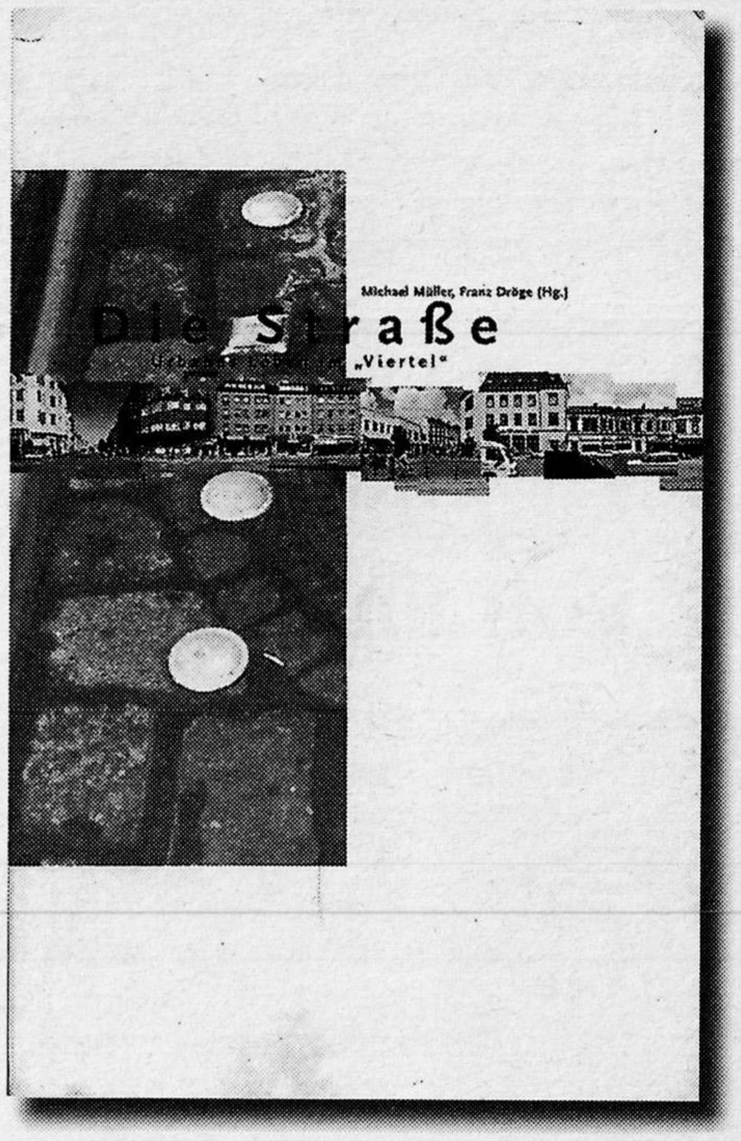
Lobenswert ist Häußermanns Kritik an einem leider auch in der Linken beliebter werdenden Topos, dem Ideal der räumlich verwurzelten 'community'. "Die Vorstellung, daß der Ort die wesentlichen sozialen Beziehungen umgrenzt, wird immer irrealer." Es gibt überhaupt keinen Grund für die gängige Annahme, daß die räumliche Nähe der Grund für soziale Beziehungen ist, daß das Zusammenleben in einem Stadtteil oder einer Region die Leute irgendwie "zusammenschweißt". Ganz platt kann sich ja jedeR erst einmal selber überlegen, wieviel Kontakte sie/er zu ihren/seinen Nachbarn unterhält, und wo die eigenen FreundInnen wohnen. Das jeweilige Netz sozialer Beziehungen wird eben nicht durch den Raum determiniert. Damit ist nicht behauptet, daß mensch üblicherweise gleich viele Leute in Bremen und in Patagonien kennt, sondern daß deren Aufenthaltsort nichts über die Beziehung zueinander aussagt. Soziale Beziehungen haben Gründe die im Sozialen liegen, Raum taucht dabei nur als Rahmenbedingung auf. Räumliche Nähe ist eine physikalische Eigenschaft, euklidische Distanz ein Maß für Natur, nicht für Gesellschaft. Aber das auch in linken Kreisen (auf der Suche nach dem revolutionären Subjekt?) beliebter werdende Ideal von der räumlich verankerten 'community' ("der Stadtteil", "die Leute vor Ort") wird nicht nur von der Empirie widerlegt, es birgt auch eine ganze Reihe zweifelhafter Annahmen über die angestrebte Vergesellschaftung. Es ist ja kein Zufall, daß sich dieses vormoderne Ideal der regional verwurzelten Gemeinschaften bei Leuten wie Heidegger, Haushofer oder den "neuen Rechten" findet. Diese absurde Vorstellung, daß das Soziale irgendwie räumlich geerdet sein müsse, macht die Zugehörigkeit zu einer räumlichen Einheit zum Kriterium des Sozialen. Leuet gehören in diesem Denken zusammen weil sie im gleichen Raumausschnitt wohnen. Wie im rassistischen oder sexistischen Denken wird die Teilhabe anhand einer Dichotomie (hier: drinnen/draußen) geregelt, die naturgegeben daherkommt (6).

Thema von Detlev Ipsen, Stadt- und Regionalsoziologe in Kassel, sind die *Raumbilder der modernen Stadt - eine Collage*. Der Anfang ist noch ganz korrekt, die Stadt im Kapitalismus wird als widersprüchliches Projekt bestimmt, vor dem Propagieren von "Moden der Stadtentwicklung" wird gewarnt. Aber dann. Wo gerade noch "die jeweilige Logik der Kapitalverwertung" mit der Entwicklung der modernen Stadt zumindest "eng verbunden" war, begibt sich Ipsen jetzt in die Welt der Bilder, der "Raumbilder" genauer gesagt. Wie er sich das mit den "Raumbildern" genau denkt, bleibt unklar. Irgendwie geht es um die Bilder, die wir uns von Raumausschnitten auf Grund von physisch-materiellen Objekten machen: "Das Arrangement der Gegenstände im Raum verdichtet sich zu Bildern, die wir interpretieren und bewerten können." Das ist nun allerdings eine ziemliche Banalität, zu erklären wäre wie, von wem und zu welchem Zweck die Bilder produziert werden und welche Rolle sie in unserer Alltagspraxis spielen. An etwas Ähnlichem versucht sich Ipsen mit seiner "Raumbildanalyse", sie "soll dazu beitragen, den heute wirksamen geschichtlichen Raum zu begreifen". In der schematischen Darstellung seiner "Raumbildanalyse" ist als Ausgangspunkt der "Wertewandel" benannt, vom Kapitalismus keine Spur mehr. Um das "Raumbild" der modernen Stadt (den "technischen Raum") zu analysieren, bietet der Autor "fünf Bausteine diese Raumbildes" an. Als da wären: "Die Philosophie der Machbarkeit, die Praxis des Luxuskonsums, die Stadthygiene, die räumlich funktionale Ordnung und der Wert des bequemen Lebens". Jetzt sind das ja alles Sachen, die schon irgendwie etwas mit der modernen Stadt zu tun haben. Warum aber diese bestimmte Form der "Philosophie der Machbarkeit" (7) im Kapitalismus so wichtig ist,

oder warum hierzulande die "Vorstellung des guten Lebens (...) auf dem Konsum von Luxusgütern und der Inanspruchnahme von Dienstleistungen beruht", das erfahren wir nicht. Jedenfalls nicht von Herrn Ipsen. Von ihm erfahren wir nur, daß ein gewissen Karl Marx, vermutlich ein Namensvetter des beliebten Kritikers von Kapital und Staat, eine "Vision des Lebens im Kommunismus" hatte, bei der es sich auch um ein Raumbild handelte, und zwar um "eine Vervollkommnung und Verallgemeinerung diese Raumbildes vom guten Leben" (das mit den Luxusgütern). Auf die weiteren "Bausteine" einzugehen erübrigt sich, gemeinsam ist ihnen doch allen, das sie etwas 'zusammenbauen' sollen (wie das geht bleibt völlig unklar), das von immenser Bedeutung ist. Und zwar als Leitbild für die staatliche Planung. Denn das ist der Zweck der ganzen Analyse: "die in der Regionalplanung üblich gewordene Suche nach Potentialen setzt eigentlich die Analyse der Raumbilder voraus". Warum das so sein soll, erklärt uns der Autor nicht. Was Ipsen an Raumbildern verwirklicht sehen will sind "Soziale Gerechtigkeit, die Solidarität der Stadt (???; A.L.), der politische Diskurs, die Offenheit gegenüber Fremden, die Dynamik wirtschaftlicher Innovation, die Kultur einer Landschaft in der Stadt (???; A.L.), der zukunftsfähige Umgang mit Natur". Diese Ziele sind wohlgemerkt alles nur "verschiedene Konzepte und Bilder", Materie kommt bei Ipsen immer nur als Träger von Bildern vor, gesellschaftliche Verhältnisse schon gleich überhaupt nicht. Die Opfer des Rassismus werden sich freuen über das "Raumbild" von der "Offenheit gegenüber Fremden", die Natur über das vom "zukunftsfähigen Umgang" mit ihr. Was Ipsen betrieben wissen will ist nichts als Ideologieproduktion in der Standortkonkurrenz. Weil er das selber wohl auch merkt, fordert er wider "die Absicherung hegemonialer Ansprüche des ökonomischen Projektes" eine "Trialektik" (???) von "drei Projekten, (...) dem kulturellen, dem ökonomischen und dem Landschaftsprojekt". Das kann Herr Ipsen ja fordern (so wie die Nachhaltigkeits-Freaks mit ihrem beinahe identischen magischen Dreieck), die bösen "Ansprüche des ökonomischen Projektes" werden sich aber einen Dreck darum scheren. Auch das merkt der Autor irgendwie, daß niemand, der/die etwas zu sagen hat, auf seine Tips gewartet hat, aber immerhin: "Besucherstege bei Kläranlagen weisen in die richtige Richtung" (8).

Der letzte Beitrag, *Kunst im Freizeitpark* von der Kunsthistorikerin Claudia Büttner beschäftigt sich mit der Entwicklung der Kunst im öffentlichen Raum in den letzten Jahrzehnten. Dabei zeigt sie, wie einerseits immer stärker die Spezifika des jeweiligen Ortes und die Interaktion mit der Bevölkerung betont werden, andererseits die Versuche, politische Aussagen zu transportieren, sich immer schwieriger gestalten bzw. gar nicht erst unternommen werden. Was das Verhältnis von Kunst und (linker) Politik angeht, konstatiert sie ein Abflauen dezidiert politischer Arbeiten und eine Betonung des Zieles "Freude und Unterhaltung zu spenden".

Weiter mit *Die Straße*. Urbanes Leben im "Viertel". Auch dieses Buch erschien begleitend zu einer Ausstellung mit Vortragsreihe (Mai - August 1998). Bei *parks in space* gab es ja einiges zu meckern, das hat aber immerhin noch Spaß gemacht. In den theoretischen Beiträgen kamen einige vieldiskutierte Themen zur Sprache, auf die einzugehen sich lohnte. Bei *Die Straße* allerdings ist mir der Spaß abhanden gekommen. Bei den Texten handelt es sich um eine Aneinanderreihung postmoderner Plattitüden, gespickt mit aus diversen Theorien beliebig herausgerissenen Begriffen, die nichts, aber auch gar nichts zu erklären in der



Lage sind. Gegenstand der Texte ist Die Straße, womit Ostertorsteinweg und Vor dem Steintor gemeint sind. Besonders scheinen die AutorInnen es mit dem Raum zu haben. Zwar erklärt keineR von ihnen jemals, was damit gemeint sein soll, geräumelt wird aber, daß die Schwarte kracht. Wahllos wird da fabuliert von Stadtraum, angeeignetem Raum, sozialem Raum, Raum-Zeit, architekturalem Raum, Hyperraum, öffentlichem Raum, Straßenraum usw. Das eine ist, daß all diese Begriffe kaum bis gar nicht geklärt werden. Das andere ist, das so mal wieder soziale Phänomene auf Probleme des Raumes reduziert werden. Natürlich ist es sinnvoll, sich mit Fragen des Raumes zu beschäftigen, die Produktion des Raumes und das Verhältnis von Gesellschaft und Raum zu untersuchen (11). Bei der lockeren Rede vom Raum jedoch, wie sie hier betrieben wird, wo nicht nach Gründen und Zwecken gefragt wird, da handelt es sich entweder um eine vulgärmaterialistische Reduktion des Sozialen (räumliche Arrangements etc. determinieren die Gesellschaft) oder um völligen Idealismus (dann kann Raum schlicht für alles stehen). Mit diesem "Raum" wird kein Stück zur Erklärung der Verhältnisse beigetragen. Im besten Fall handelt es sich um intellektuelle Fingerübungen auf niedrigstem Niveau, im schlechtesten um Ideologieproduktion. Denn wenn erst einmal allen eingebläut ist, daß Armut und Gewalt, daß Hunger und Politik, daß schlicht alles ein Problem des Raumes ist (denn alles, so wird dann behauptet, findet ja im Raum statt), dann sind die bestehenden Verhältnisse in Politik, Ökonomie und Kultur affirmiert.

Allan Leinwand

Anmerkungen

(1) So kommen beispielsweise in documenta (Hg.): Politics - Poetics. das Buch zur dokumenta X. Ostfildern 1997 die StadtforscherInnen David Harvey, Saskia Sassen, Alain Lipietz und Klaus Ronneberger zu Wort.

(2) Michael Sorkin (Hg.): Variations on a Themepark. New York 1992.

(3) Vgl. spacelab: Alles unter Kontrolle? Politische Aktion gegen die neoliberale revanchistische Stadt. In: StadtRat: Umkämpfte Räume. Hamburg/Berlin/Göttingen 1998. S.141-153; Klaus Ronneberger, Stefan Lanz und Walter Jahn: Die Stadt als Beute. Bonn 1999 (Besprechung im nächsten kssiber).

(4) So ist die Suburbanisierung von Wohnen und Arbeit und der daraus folgende Bedeutungsverlust der Kernstädte schon Thema bei Alexander Mitscherlich: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. FfM 1965 und aktuell etwa bei Mike

Davis: City of Quartz. London/New York 1990 oder Martin Wentz (Hg.): Region (= Die Zukunft des Städtischen. Band 5). Ffm/New York 1995. Der entgegengesetzte Gedanke, daß gerade im (globalisierten) Kapitalismus die Städte und deren Innenstädte an Bedeutung gewinnen, wurde schon in der neoklassischen Agglomerations- und in der räumlichen Polarisationstheorie gewälzt. Aktuelle wird er etwa in den Theorien von der World City (John Friedmann und Goetz Wolff: World city formation. In: International Journal of Urban and Regional Research 6. Jg. 1982. S. 309-344) oder der Global City (Saskia Sassen: Metropolen des Weltmarktes. FfM 1996) thematisiert.
(5) Wider die Verklärung des Sozialstaats vgl. Susan Ruddick: Das Geschlechtliche konstruieren. Armut, Geschlechterverhältnis und Familie im Goldenen Zeitalter. In: Alex Demirovic u.a. (Hg.): Hegemonie und Staat. Münster 1992. S. 290-303; Joachim Hirsch: Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. Berlin 1998.
(6) Wider das Ideal von räumlich verankerter 'community' vgl. Marion Iris Young: The ideal of community and the Politics of Difference. In: Linda L. Nicholson (Hg.): Feminism/Postmodernism. New York/London 1990. S. 300-323; David Harvey: Justice, Nature and the Geography of Difference. Oxford 1996.
(7) Gemeint sind wohl irgendwie Positivismus, Naturbeherrschung, technische Vernunft etc. Genauer bestimmt wird das, wie so vieles in diesem Aufsatz, nicht.
(8) Wie es sinnvoll möglich ist, die Produktion von Bildern und Ideologien von Räumen und Städten als Mittel der Standortkonkurrenz zu erklären zeigt etwa David Harvey: The Condition of Postmodernity. Oxford 1989 und Ders.: Justice, Nature and the Geography of Difference. Oxford 1996.
(9) Zum Begriff des Raumes gäbe es durchaus einiges an Wichtigem und Interessantem zu sagen: Henri Lefèbvre: Die Zukunft des Kapitalismus. München 1974; Neil Smith: Uneven development. Nature, Capital and the Production of Space. Oxford 1984; sowie die Hinweise in Fußnote (8).

Kulturzentrum Schlachthof (Hg.): parks in space. Künstlerische und theoretische Beiträge zum freizeit- und konsumgerechten Umbau der Städte. Bremen und Boston 1999. ISBN 3-927155-45-4. 120 Seiten, DM 24,80.
Michael Müller und Franz Dröge (Hg.): Die Straße. Urbanes Leben im "Viertel". Bremen 1998. 227 Seiten, DM 20,-.

Geschichte von unten

Gemeinhin gilt die autonome Bewegung als noch geschichtsloser als die restliche Linke. Mit der Geschichtsserie "Gegen das Vergessen" wollte die Zeitschrift radikal der autonomen Bewußtlosigkeit und Unkenntnis über weiter zurückliegende Ereignisse entgegentreten. In einem Nachdruck sind nun die ab radikal Nr. 139 (vom November 1989) erschienen elf Folgen dieser Serie zu sozialrevolutionärem Widerstand und Verweigerung in Deutschland nachzulesen. Zeitlich und inhaltlich spannt sich der Bogen von den Hexenverfolgungen über die Entstehung der neuzeitlichen Sexualität, von Kindheit und Familie bis zu den Anfangsjahren der DDR 1953. Den Schwerpunkt bilden die Weimarer Republik, die Zeit des Nationalsozialismus, Stalinismus und die unmittelbare Nachkriegszeit in Ost- und Westdeutschland. Den Abschluß bilden zwei Folgen zu Erziehung, Patriarchat und Sexualität.
Die radikal-AutorInnen wollen in ihren Beiträgen die Geschichte von Widerstand und Verweigerung sichtbar machen und die Geschichte derjenigen, die in der HERRschenden Geschichtsschreibung nicht oder falsch beschrieben werden, an die Öffentlichkeit tragen. Dieses Vorhaben lösen sie ausführlich und vielfältig ein. Ihre Serie ist nicht dem Ideal der kommunistischen Geschichtsauffassung vom mächtigen Arbeiter verpflichtet, der heldenhaft und unbeirrt seinen Widerstand praktiziert. Sie richten ihren Blick auf alltägliche und auch unstetige Prozesse von Organisation und Subversion, von Aneignung und Sabotage, auch jenseits der gängigen linken Organisationen. Dem Buch ist eine Unmenge interessanter Dinge zu entnehmen - trotzdem ist sein Grundtenor zu kritisieren. Im guten Vorsatz, die Geschichte von Widerstand zu schreiben, geraten die AutorInnen in Gefahr, die Menschen, die ihrer Ansicht nach Widerstand leisten und "sich verweigern" vor allem als Subjekte und weniger als Objekte von Herrschaft zu betrachten. So schreiben die AutorInnen Vergangenheit als Geschichte von Widerstand und malen so ein Bild, das z.B. die Zeit des Nationalsozialismus vor allem als die Widerstandes gegen ihn auffasst, was eindeutig falsch ist. Noch schiefer wird das Bild im Beitrag zum Lagersystem des NS. Auch wenn es unbestritten wichtig ist, zu zeigen, daß Widerstand gegen die Nazis möglich war (und auch vereinzelt stattfand), darf doch nicht übersehen werden, daß die meisten Opfer eben überhaupt keine Möglichkeit zum Widerstand hatten. Über die Hälfte aller Holocaust-Opfer wurde in einem der sechs großen Vernichtungslager ermordet, die so barbarisch waren, daß denjenigen, die aus ihnen flüchten konnten, ihre Berichte nicht geglaubt wurden. Die Hälfte aller Holocaust-Opfer wurde im relativ kurzen Zeitraum März 1942 bis Februar 1943 getötet, die meisten von ihnen wurden, für sie völlig überraschend, unter freiem Himmel erschossen.
Trotz der Kritik ist "Gegen das Vergessen" ein wichtiges und nützliches Buch, das sowohl Grundlagen wie auch die Anhaltspunkte für eine weitergehende Beschäftigung mit der Geschichte von Widerstand und Verweigerung liefert - auch gegen den modischen Trend in der akademischen Geschichtsschreibung, der Geschichte von unten mittlerweile in eine politisch harmlose kulturelle Alltagsgeschichte verwandelt hat.

Heiner Winkel

GdV-Team (Hrsg.): Gegen das Vergessen. 332 S., 29,80 DM, Unrast Verlag Münster 1999

Veranstaltung zu dem Buch "Gegen das Vergessen"
Ende der 80er bis Mitte der 90er Jahre erschien in der autonomen Zeitschrift radikal die elfteilige Geschichtsserie "Gegen das Vergessen".
Von der Hexenverfolgung über Geschlechterpolarisation und "Entdeckung" der Liebe im Mittelalter bis zur Geschichte der BRD und der DDR in den 50er Jahren wurde der Versuch unternommen, eine eigenen, linken Geschichtsschreibung mit einem konsequenten "Blick von unten" zu betreiben.
Ein Mitarbeiter des UNRAST-Verlages wird das Buch vorstellen. Im Anschluss daran ist eine Diskussion zu einzelnen Themen des Buches geplant sowie zu den Fragen was ist eigentlich linke Geschichtsschreibung und brauchen wir sie überhaupt?
Besonders interessant wäre zum Beispiel der Komplex: Trägt eine "eigene" Geschichtsschreibung wirklich zur Aneignung der eigenen Geschichte bei oder wird sie dadurch nicht gerade "verpackt und ad acta gelegt"?

Die Veranstaltung findet am Freitag , den 28.4. um 20 Uhr im Infoladen Bremen, St.Paulistr. 10-12, statt.

"Strategische Neuorientierung": Piraterie!

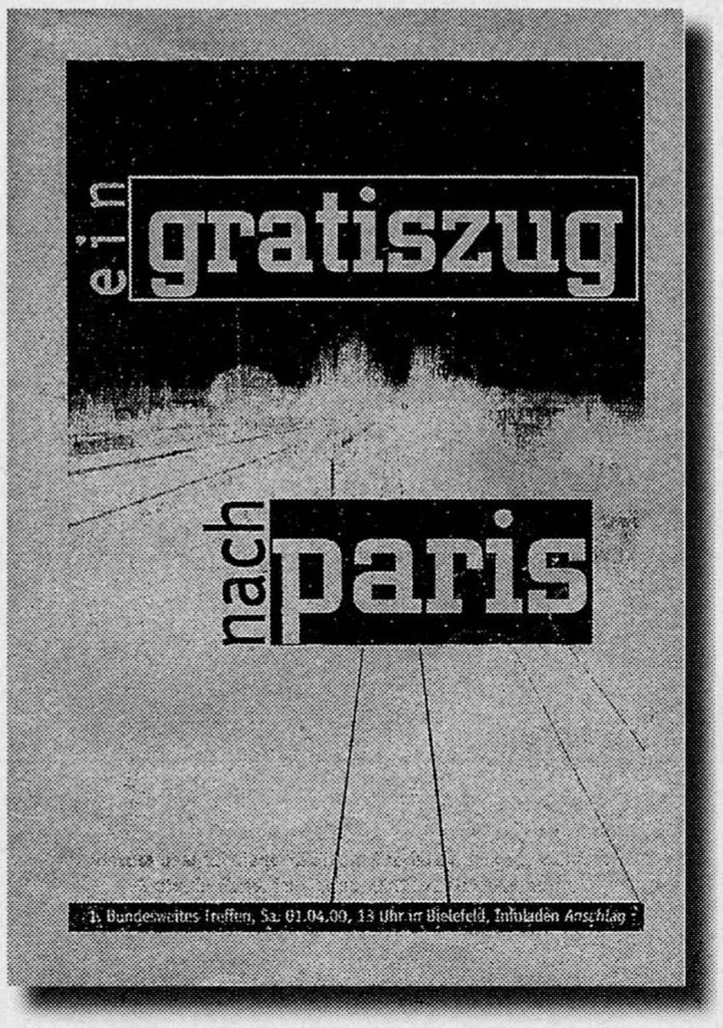
Broschüre "Gratiszug nach Paris"

"Gratiszug - geil, einen Zug besetzen, nein kapern", denke ich. Vor dem geistigen Auge schlägt eine wilde Bilderfolge aus Western- und Piratenfilmsequenzen Purzelbaum. "Klar, da kümmere ich mich drum," höre ich mich murmeln, während ich mir die gerade eingetroffene Borschüre "ein gratiszug nach paris" vom ak internationalismus aus Bielefeld schnappe. Bei der Lektüre derselben verflüchtigten sich allerdings - und das ist auch gut so - sämtliche Abenteuer Assoziationen. Denn leider sind bekanntlich die Verhältnisse nicht wie im Film, Widerstand kein Räuber-und-Gendarm Spiel und die Linken schon gar keine HeldInnen. Hinsichtlich der Broschüre scheinen die Linken vor allem nicht gerade HeldInnen der Analyse zu sein. Im dem einleitenden Aufruf zur Diskussion über einen Gratiszug nach Paris (nebenstehend dokumentiert) folgenden, eher analytischen Teil der Broschüre wollen die AutorInnen zunächst die Situation in Europa und der BRD kurz darstellen, dann den antikapitalistischen Aspekt der Gratiszug-Idee mit anderen Ansätzen zur sozialen Frage vergleichen und schließlich die antirassistische Komponente der Gratiszug-Aktionen hervorheben.

Ausgangspunkt der AutorInnen für alle weiteren Überlegungen ist die Frage, warum die Mobilisierungen und Aktionen gegen die EU- und G8-Gipfel im Juni 1999 in Köln im Gegensatz zur erfolgreichen Mobilisierung gegen den IWF 1988 in West-Berlin oder gegen den WWG 1992 in München ein "Trauerspiel" waren. Der mit dieser zweifellos sinnvollen Frage aufgebaute Spannungsbogen fällt aber einige Zeilen weiter wieder in sich zusammen. Denn ohne große Mühe auf Argumentation oder vielleicht einen Hinweis für weitergehende Lektüre zu verschwenden, wird die LeserIn schlicht in Kenntnis gesetzt, daß ein in den 60ern begonnener "Zyklus gesellschaftlicher Auseinandersetzungen" nun zu Ende geht, weswegen eine "Neuorientierung der Linken" erforderlich sei. Mit derlei wenig erhellenden Allgemeinplätzen fahren die AutorInnen mit ihrer in der Tat äußerst "kurzen Darstellung der Situation in Europa und der BRD" fort, um dann geradewegs auf ihr Anliegen zu sprechen zu kommen, nämlich der Forderung nach einer - angesichts des europäischen Einigungsprozesses - internationalen Organisierung des Widerstandes. "Im Zusammenkommen und in der Vernetzung der autonomen Kämpfe und Basisprozesse auf europäischer Ebene sehen wir eine aktuelle notwendige strategische Orientierung", denn - so erfährt die LeserIn einige Zeilen zuvor - in Europa wimmelt es nur so von "Klassenkämpfen" mit "neuer Qualität", von "sozialen Bewegungen (...), die die europäische Frage und antikapitalistische sowie antirassistische Organisierung auf die Tagesordnung setzen". Als Beispiele verweisen die AutorInnen auf den nationalen Rahmen sprengende Aktionen der Sans-Papier (Frankreich, Belgien und Deutschland), die Streiks der Renault-Arbeiter (Frankreich, Belgien und Spanien) und der Widerstand von Arbeitslosen und Ausgegrenzten (überall). Nun soll hier nicht in Frage gestellt werden, daß es Sinn macht, die genannten Beispiele in Überlegungen zur derzeitigen Situation, über Perspektiven und mögliche Neuorientierung einzubeziehen. Aber die AutorenInnen sollte in ihrem durchaus begrüßenswertem Nachdenken über eine offensichtlich sozialrevolutionäre Neuorientierung, nicht in denselben Fehler verfallen, den schon Generationen von Sozialrevolutionären vor ihnen gemacht haben. Nämlich von jedem illegalen Flüchtling deterministisch auf eine künftige Stärke beispielsweise der Sans-Papier-Bewegung zu schließen oder von jedem Supermarktklau auf den künftigen Revolutionär. Denn hinsichtlich der Darstellung (Einschätzung?) der AutorInnen, die den Eindruck erweckt, als würde die herrschende Ordnung bereits durch Massenbewegungen erschüttert, wußte die Rezensentin nicht mehr, ob sie den VerfasserInnen Anerkennung angesichts eines - im Sinne von Verkaufsstrategie - gelungenen Aufrufs zollen sollte, oder ob ernstliche Sorgen wegen verzerrter Wahrnehmung angebrachter wären. (Vielleicht ist aber auch meine Wahrnehmung als angehende Sesselfurzerin nicht mehr auf dem neusten Stand...)

In ähnlicher Weise ließe sich der Eindruck beschreiben, den der Vergleich des Gratisleben-Konzeptes mit anderen Ansätzen zur sozialen Frage hinterließ. Das Gratisleben-Konzept ist sozusagen der übergeordnete Begründungszusammenhang, unter dem die AutorInnen ihr Votum für eine Gratiszug-Aktion als "ein Baustein" verstanden wissen wollen. Das Gratisleben-Konzept wird verglichen mit der Existenzgeld-Forderung, dem proletarischen Internationalismus/neuen Antiimperialismus und dem Lohnkampf. In aller Kürze werden hier die genannten Ansätze durchdekliniert anhand von "inhaltlicher Form/theoretischen Überlegungen", "möglichen Aktionsformen", "Grenzen", "Bündnissen und Koordinationsmöglichkeiten" und "Basisorientierung". Insgesamt erinnert die Besprechung der Ansätze eher an den Vergleich von Kuchenrezepten: Wer backt den besten Kuchen, sprich Revolution? Pointiert zusammengefaßt kommt dabei ungefähr folgendes heraus:

* Existenzgeld-Forderung: Läßt den Kuchen nicht gar werden, weil - sofern sie überhaupt revolutionär gedacht wird - Staat und Kapitalismus nicht ihren eigenen Zusammenbruch organisieren.
* Proletarischer Internationalismus/Neuer Antiimperialismus: Schmeckt zur sehr nach Lenin, konkret nach "Avantgarde", "historischem Determinismus" und "Diktatur des Proletariats".
* Lohnkampf: Da haben die Gewerkschaften mit ihrer Sozialpartnerschaft schon längst die Oberhitze ausgeschaltet und obendrein gehören LohnarbeiterInnen zu den sich verflüchtigenden Gewichtsanteilen der Gesellschaft.
* Gratisleben-Rezept: Obwohl dieses Rezept ein "hohes Konfrontationsniveau" mit sich bringt (laut Duden ist übrigens eine milderne oder beschönigende Umschreibung eines Sachverhaltes "Euphemismus"), garantiert das Gratisleben-Rezept schon beim Backen "die praktische Infragestellung des kapitalistischen Prinzips von Markt, Besitz und Eigentum (...) die Revolutionierung des Alltags" sowie "Emanzipation durch Selbstorganisation", sofern die BäckerInnen die Kunst beherrschen, sowohl eine homogene Teigmasse "auf internationalistischer und anti-imperialistischer Basis" zu kneten als auch gleichzeitig die potentiell weniger begeisterten "ArbeitsplatzbesitzerInnen" unterzurühren. Obwohl auch mir Backwerk nach dem Gratisleben-Rezept am ehesten munden würde, bleibt der fade Nachgeschmack, daß die AutorInnen nicht nur ihren Vergleich verschiedener Ansätze zur sozialen Frage inhaltlich reichlich simpel gestrickt haben, sondern auch "die Revolution" zwar einen "dialektischen Prozeß zwis-



chen den Handelnden und der Gesellschaft" nennen, tatsächlich aber eher an eine Art Mechanik, die man nur richtig bedienen muß, denken. Wobei zu diskutieren wäre, ob derlei mechanisch anmutende Vorstellungen nicht ein Problem der Revolutionstheorie insgesamt sind.

Wer allerdings nicht den Maßstab des analytischen Gehalts anlegt, sondern den Text an der Elle einer gut verständlichen Schreibe, klarer Strukturierung deutlicher Standortbestimmung und Handlungsanweisung mißt, kurz, wer einen Text mit Aufrufcharakter samt künftiger Marschrichtung erwartet, wird nicht enttäuscht werden. Im zweiten Teil der Broschüre, dem Dokumentenanhang, werden verschiedene Aufrufe und Berichte aus Italien, Frankreich und den Niederlanden zu vergangenen Gratiszug-Aktionen in deutscher Sprache veröffentlicht. Die Texte stammen aus der französischen Zeitung "No Pasaran" und der holländischen "Ravage". Aufschlußreich sind weniger die Aufrufe für Gratiszug-Aktionen, einmal im März 1999 von Italien nach Paris zu einer Demonstration anläßlich des dritten Jahrestages einer Kirchenbesetzung durch Sans-Papiers und einmal im Mai 1999 von den Niederlanden zur Kölner Euromarschdemo, als vielmehr die Berichte über den Verlauf der Aktionen. Gerade die Lektüre dieser Berichte führt vor Augen, wie viele Fragen die AutorInnen der Broschüre unbeantwortet lassen oder gar nicht gestellt haben. Vielleicht wäre es sinnvoller gewesen, anstelle des zwar groß angelegten, aber letztlich wenig erkenntnisreichen Rundumschlages über die Möglichkeiten und Grenzen diverser "Revolutionskonzepte", die konkreten Möglichkeiten und Grenzen der vorgeschlagenden Gratiszug-Aktionen zum Pariser EU Gipfel und zum Prager IWF in diesem Jahr vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen genauer unter die Lupe zu nehmen.

Berücksichtigt man jedoch, daß die AutorInnen die Broschüre als Aufruf und Diskussionsgrundlage für das bundesweite Treffen Anfang April geschrieben haben, so ist ihnen dies sicherlich gelungen. Denn ein zwar inhaltlich etwas schlichter Text, der aber Widersprüche provoziert und Fragen offenläßt, ist allemal sowohl "seichtem Gelabere" als auch unter Umständen tiefgründigen, aber häufig wegen exklusiven Sprachgebrauchs nur noch Berufstheoretikern zugänglichen Analysen bei weitem vorzuziehen. Fazit: Noch´n bißchen nachdenken und diskutieren und dann - na klar - Züge kapern!

Else Koslowski

AK Internationalismus (Hg.): Ein Gratiszug nach Paris, Bielefeld 1999, 40 Seiten, DIN A5.

Bezugsadresse:
AK Internationalismus, Infoladen "Anschlag", Heeperstr. 132, 33607 Bielefeld, e-Mail: akinternationalismus@usa.net, http://people.knup.de/~akinter/

Aufruf zur Diskussion über einen Gratiszug nach Paris

In Paris wird im Herbst dieses Jahres ein EU-Gipfel stattfinden. Wie schon beim Kölner Gipfel wird es dort um die konkrete Zukunft der Europäischen Union gehen.
Die Gipfel sind die Repräsentations-Höhepunkte der EU. Damit sind sie Symbol für die EU-Politik und stehen für Sozialabbau und wirtschaftliche Liberalisierung im Inneren, Abschottung gegenüber MigrantInnen nach aussen, die wirtschaftliche, politische oder militärische Durchsetzung von Herrschaftsansprüchen gegenüber Ländern in Osteuropa und im Trikont, die Verwertung der Natur im Europamasstab (Agenda 2000, Transeuropäische Netze...) und anderes mehr.

Wir gehen davon aus, dass der europäische Einigungsprozeß die Rahmenbedingungen auch für die sozialen Bewegungen verändert hat. Gegen das Europa-Projekt der Herrschenden ist eine internationale Organisierung erforderlich. Als Kristallisationspunkt für eine übergreifende internationale Zusammenarbeit bietet sich der Widerstand gegen die EU-Gipfel an. Ansätze einer derartigen Organisierung sehen wir z.B. im Euromarsch-Bündnis. Allerdings bewegt sich bisher in Deutschland nur wenig, wie auch die linksradikale Mobilisierung gegen den EU-Gipfel in Köln gezeigt hat.

Unser Vorschlag ist, das Gratiszug-Konzept aufzugreifen, das in Frankreich und Italien erfolgreich praktiziert wird. So wollen wir an die Bewegungen in diesen Ländern anknüpfen und die Mobilisierung in Deutschland intensivieren und verbreitern. Folgende Beispiele sollen zeigen, was wir an diesem Konzept interessant finden:

- 1500 Menschen aus Italien fuhren 1997 zum EU-Gipfel nach Amsterdam, ohne zu bezahlen, ohne Kontrollen, ohne Papiere. Der Zug wurde allerdings in Deutschland und in Amsterdam gestoppt. Bezahlt wurde nicht, ob Papiere gezeigt wurden wissen wir nicht.
- Im März 1999 wurde in Frankreich und Italien zu einer europaweiten antirassistischen Demo anlässlich des dritten Jahrestages der Besetzung der St. Bernard-Kirche durch die Sans Papiers mobilisiert. Auch hier wurde der Versuch unternommen, aus Italien mit Gratiszügen - ohne zu bezahlen, ohne Papiere - nach Paris zu fahren. An der Aktion nahmen auch illegal eingereiste albanische Oppositonelle teil. 3000 Menschen aus Italien und Albanien wurden an der französisch-italienischen Grenze von 2000 CRS-Bereitschaftspolizisten gestoppt und an der Einreise gehindert.
- Zur Euromarschdemo gegen den EU-Gipfel in Köln reisten 1200 Menschen aus Frankreich in einem Gratiszug an - ohne Kontrollen, ohne zu bezahlen, ohne Papiere, mit Erfolg. Für diesen Gratiszug wurde in Frankreich ein Jahr lang öffentlich mobilisiert.

Darüber hinaus wurde das Konzept auch in den Niederlanden und Großbritannien aufgegriffen, dort wurde für Gratiszüge nach Köln mobilisiert. An die Gratiszug-Idee wollen wir zum Herbst diesen Jahres anknüpfen.

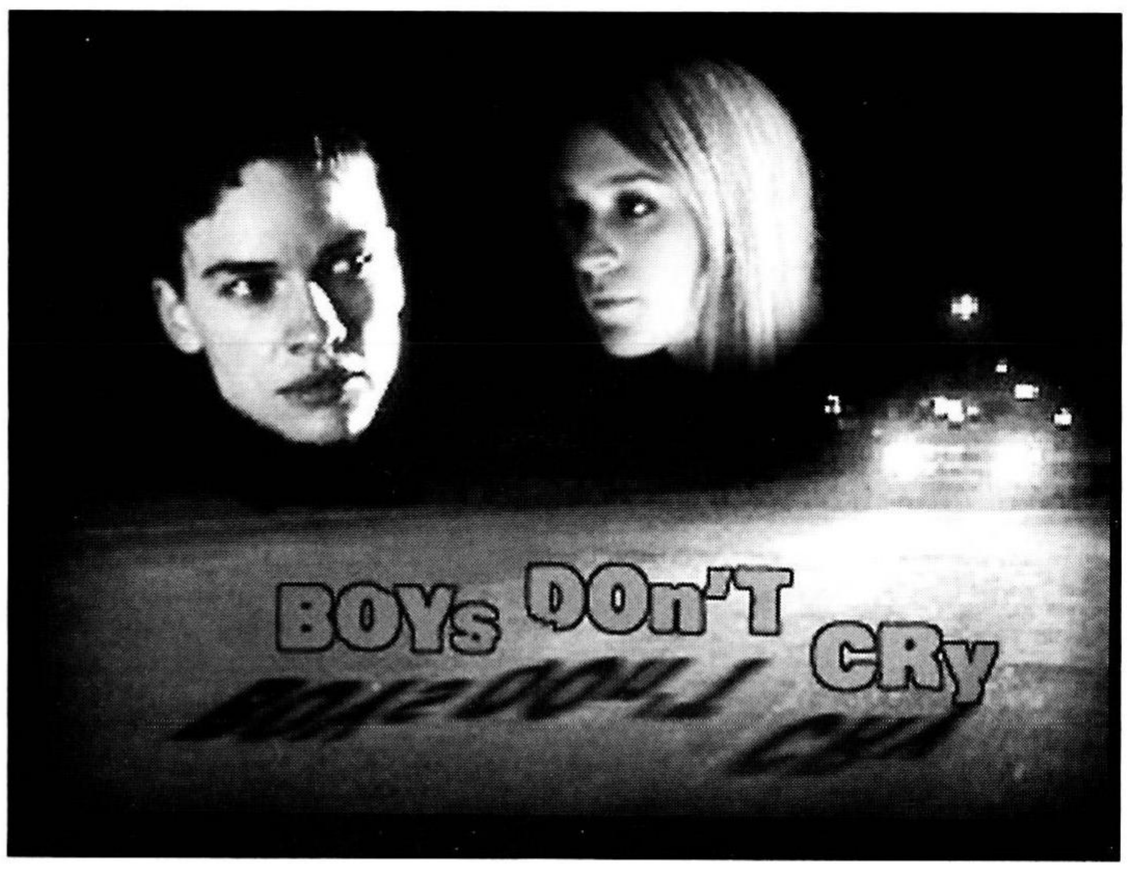
- Weil sie das Europa der inneren und äusseren Grenzen praktisch, zumindest aber symbolisch, in Frage stellt. Das Gratiszugkonzept beachtet die Ausgrenzung von Menschen aufgrund nationaler Zugehörigkeit nicht. Gratiszüge sind ein Teil antirassistischer Praxis.
- Weil sie das Prinzip von Markt, Preis und Eigentum praktisch in Frage stellt. Damit wird das Prinzip des freien Zugangs zum gesellschaftlichen Reichtum für alle über das Prinzip des kapitalistischen Profits gesetzt.
- Weiter ist das Konzept international ausgerichtet, es wird in anderen Ländern schon praktiziert und wir können Verbindungen schaffen.

Wichtig ist uns eine öffentliche Mobilisierung. Wir wollen die Forderung nach einem Gratiszug durch eine Kampagne verbreitern und so auch das Bewußtsein für die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen und den Widerstand in Europa schärfen.
Wir hoffen auf Interesse und sind für Kommentare, Kritik & Anregungen dankbar.

AK Internationalismus

Bücher, Broschüren und Filme

Boys don`t cry



Als Brandon Teena (Hilary Swank) in der amerikanische Kleinstadt Falls City auftaucht, ist er 20 Jahre alt und auf der Flucht vor der Enge seines ebenso provinziellen 75 Meilen entfernten Heimatortes Lincoln. Er betritt das soziale Gefüge der Stadt durch die Tür einer verrauchten Karaoke Bar, wo er für die anwesenden Frauen sofort ein interessanter Neuzugang ist. Nach einer rempeligen Barbekanntschaft lernt er die örtliche Clique, bestehend aus gelangweilten Fabrikarbeiterinnen, kleinkriminellen Dorfprolls und kiffenden allein erziehenden Müttern kennen. Lachend fliehen sie vor dem Rest der angetrunkenen Bargesellschaft, die gern die sich bietende Gelegenheit zur Schlägerei nutzt. Über den rauschenden Highway geht es zum nächtlichen Highlight: Rodeoreiten auf der Ladefläche eines Pickups, immerzu im Kreis um einen von der Jugend der Umgebung belagerten Strommasten. Hier beweist Brandon seinen neuen Freunden John Lotter (Peter Sarsgaard) und Thomas Nissen schnell seine Kumpeltauglichkeit, die Frauen finden Gefallen am wilden Gehabe des smarten Mannes. Er verliebt sich in Lana (Cloë Sevigny), eine junge Frau, die mit ihrer labilen Mutter zusammenlebt und ihren Lebensunterhalt in der Nachtschicht mit dem Einfüllen von Spinat in Konserven verdient. Zwischen Brandon und Lana entwickelt sich eine vorsichtige Liebesbeziehung.

Der Film entstand auf der Grundlage eines "Hate-Crimes", das in der Mitte der Neunziger Jahre große Beachtung durch lesbische, schwule und transsexuelle AktivistInnen und auch der mainstream Medien fand. Die reale Person Brandon Teena (oder auch Tenna Ray Brandon, Teena Brandon) wurde am 31. Dezember 1993 in Humbold, Nebraska zusammen mit Lisa Lambert und Philip De Vine in einem Farmhaus ermordet. Der Mord geschah eine Woche nachdem Lotter und Nissen Brandon gewaltsam entkleidet hatten und seine Freundin zwangen festzustellen, daß ihr Freund "wirklich eine Frau" ist. Im Anschluß an diesen Übergriff lauerten sie Brandon auf, vergewaltigten und mißhandelten ihn. Trotz einer Anzeige bei der örtlichen Polizei blieben die Täter auf freiem Fuß.

Boys don´t cry gelingt es, dem komplexen Thema der geschlechtlichen Uneindeutigkeit gerecht zu werden, indem er aufzeigt, daß Brandon nach seiner Ankunft in Falls City ein Mann ist. Bevor Brandon Lincoln verläßt, schneidet sie sich die Haare kürzer, bindet sich die Brust ab und trägt eindeutig männlich konnotierte Kleidung. Durch sein Auftreten und die tiefe Stimme gibt es für seine neuen Freunde und Freundinnen keinen Zweifel an seinem Geschlecht. Selbst seine Geliebte hat keinen Zweifel daran. Als durch einen Zufall sein rechtliches Geschlecht herauskommt, geraten seine Freunde Lotter und Nissen in Rage. Dadurch, daß sie von Brandons rechtlichem Status als Frau wissen, fühlen sie sich in ihrer Männlichkeit existentiell in Frage gestellt, sie sehen Brandon nicht mehr als Mensch, sondern als ein etwas, daß zwischen den Geschlechtern steht. Mehr Mann als sie es für Lana sein können, mehr Frau als sie es je erwartet hätten. Doch selbst als sie Lana zwingen, das Geschlecht Brandons zu klassifizieren, erleiden sie eine Niederlage, da Brandon für Lana ein geliebter, schöner Mensch ist, der in ihrer homophoben Sozialisierung von ihr nur als männlicher begehrt werden darf und es damit weiterhin ist. So müssen die Täter Brandon erst vergewaltigen, um ihn zur Frau zu machen oder ihn wenigstens damit seiner Männlichkeit zu berauben.

Was dem Film eine bittere Seite zufügt, ist die ausführliche Darstellung der Vergewaltigung, die sich über mehrere Minuten mit brutaler Genauigkeit hinzieht. Es wäre in diesem Film ausreichend gewesen, das zerschlagene Gesicht Brandons während des schonungslosen Verhörs durch den aufnehmenden Polizisten zu zeigen. Dieser will von ihm einen demütigend genauen Verlauf des Verbrechens, wobei er ihn auch nach seiner sexuellen Orientierung befragt und sich wundert, weshalb sich eine Frau denn hier allein herumtreibt. In den letzten Jahren scheint es ein populärer Trend zu sein, viele Filme mit schonungslos gezeigten Vergewaltigungen zu produzieren, denen es sonst an Tiefe und Dramatik mangeln könnte. Und das bei so unterschiedlichen Filmen wie Siebtelbauern, American History X, ... Wo die drastische Darstellung in den 80ern bei *Angeklagt* noch einsichtig ist, da hier für ein breites Publikum erläutert wird, warum eine Frau nicht nein zu sagen braucht, damit es eine Vergewaltigung ist, und warum ein "flittchenhaftes" Aussehen nicht bedeutet, daß eine es provoziert hätte, ist es in *Boys don´t cry* nur noch die immer-wahre Drohung für die Betrachterinnen. Oder auch der Wunsch der FilmemacherInnen nach dem Oscar, verbunden mit dem schlechten Gefühl für die Betrachterin, daß es bestimmt auch Männer gibt, die sich in dem Gezeigten mit dem Täter identifizieren.

Brandon Teena real.

Problematisch ist auch der Text des Abspannes, da hier geschrieben wird, daß John Lotter die Todesstrafe erwartet, was tatsächlich der Fall ist. Möglicherweise liegt es den FilmemacherInnen fern, diese zu befürworten, aber da dieser nach dem emotionsgeladenen Film ohne weiteren Kommentar eingeblendet ist, bleibt dies eine Interpretationsfrage.

Insgesamt ist der Film trotz der drastischen Darstellungen sehr zu empfehlen, da er atmosphärisch sehr dicht ist und es schafft, die Personen komplex darzustellen. Es ist möglich, die Motive der Täter zu verstehen, ohne das dieses Verstehen ihre Taten entschuldigt oder rechtfertigt. Hilary Swank trägt den Film durch ihre draufgängerische Art, die mit einer ergreifenden Sensibilität einher geht. Verwunderlich bleibt, wo sie diese talentierte Schauspielerin in der Serie Beverly Hills 90210 versteckt hielten, wo sie ihre Zeit nun wirklich verschwendet hat.

Mia Kara Packard

Boys don´t cry, USA 1999, Regie: Kimberly Peirce, Mit Hilary Swank, Cloé Sevigny, Peter Sarsgaard, Brendan Sexton III, 144 Minuten

“Wahrscheinlich läßt sich die Berichterstattung zur Expo noch lange auf dem Niveau des Possierlich-provinziellen halten. Eine Lesart wäre damit auf jeden Fall gestützt: die Expo ist auch Projekt des gesamten Erdenrunds, alle geben von sich das Beste, um das Gemeinsame voranzutragen - eine stolze positive Bilanz an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. In Deutschland kann man stolz sein, diese Schau des Gemeinsamen präsentieren zu dürfen; Kritik und Analysen dürfen sich dann erübrigen.
In diesem Zug “Wir sind doch nur das Festkommittee provinzieller Erdenkultur” sind Breuel und Co. bislang gut gefahren. Viele in früheren Zeiten kritische Zeitgenossen und -genossinnen haben einen Platz am Fahrkartenschalter und als Weichensteller bekommen. Begeistert ist so richtig niemand, aber die Kritik bleibt verhalten. Die Expo ist nicht toll, aber so `in´ und unvermeidlich wie Handys an einem sonnigen Samstagnachmittag.”
(aus: “Anmerkungen zur Expo: Zu wenige Milchtüten, zu viele Menschen”, Artikel in dieser Ausgabe)

bremer kassiber. stadtzeitung für politik, alltag, revolution
vzvun. stpaulistr 10/12. 28203 bremen. fax 0421 75682
email: kassiber@brainlift.de • http://pages.ohz.north.de/kombo/